

RONALD FRIEDMANN/JÜRGEN HOFMANN (HRSG.)

DEN SOZIALISMUS AM HUMANISTISCHEN ANSATZ MESSEN

sinistrA 1

ARCHIV



**ROSA
LUXEMBURG
STIFTUNG**

RONALD FRIEDMANN/JÜRGEN HOFMANN (HRSG.)

DEN SOZIALISMUS AM HUMANISTISCHEN ANSATZ MESSEN

ERKLÄRUNGEN DER HISTORISCHEN KOMMISSION
BEIM VORSTAND DER PARTEI DIE LINKE

INHALT

Die Historische Kommission der Partei DIE LINKE Ein Abriss zu ihrer Geschichte und den Schwerpunkten der Debatten	7
Den Sozialismus am humanistischen Ansatz messen Erklärung der Historischen Kommission vom 18. Januar 1993 anlässlich des 3. Parteitags zur Geschichtsdiskussion in der PDS	25
Empfehlungen für die Geschichtsarbeit der PDS Vorlage der Historischen Kommission für die Sitzung des Parteivorstandes am 14. Februar 1994	29
Zum Zusammenschluss von KPD und SPD 1946 Erklärung der Historischen Kommission vom Dezember 1995	33
Die Doppelbiographie der Bundesrepublik. Zum Phänomen der deutschen Zweistaatlichkeit Thesenpapier der Historischen Kommission vom 6. März 1999	49
Zum 60. Jahrestag des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion Erklärung des Sprecherrates der Historischen Kommission vom 18. Juni 2001	57
Zum 40. Jahrestag des Baus der Berliner Mauer Erklärung der Historischen Kommission vom 26. Juni 2001	59
Zum 70. Jahrestag des Beginns der Errichtung der faschistischen Diktatur in Deutschland Erklärung der Historischen Kommission vom 10. Dezember 2002	65
Der 17. Juni 1953 – eine spontane Arbeitererhebung Erklärung der Historischen Kommission vom 25. April 2003	69

Zum 11. September 1973

Erklärung der Historischen Kommission vom 21. August 2003 77

Wider das Hitlerregime. Der Umsturzversuch vom 20. Juli 1944 und der antifaschistische Widerstand.

Erklärung der Historischen Kommission vom 13. Juli 2004 81

Herbst 1989: Für eine andere DDR – Chancen und Grenzen

Erklärung der Historischen Kommission vom 12. September 2004 85

8. Mai 1945

Erklärung der Historischen Kommission vom 5. April 2005
zum 60. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus 91

Zum 60. Jahrestag der Bodenreform

Erklärung des Sprecherrats der Historischen Kommission
vom 3. September 2005 97

Zur Stalinismus-Debatte. 50 Jahre nach dem XX. Parteitag der KPdSU

Erklärung der Historischen Kommission vom 7. Februar 2006 101

Zum 60. Jahrestag der Gründung der SED

Stellungnahme des Sprecherrates der Historischen Kommission
vom 11. April 2006 111

Zum 90. Jahrestag der Gründung der USPD

Erklärung der Historischen Kommission vom 4. April 2007 115

1968: Ein globaler Aufbruch

Erklärung der Historischen Kommission der LINKEN vom 15. April 2008 119

Die revolutionäre Geburtsstunde der deutschen Demokratie

Erklärung des Sprecherrates der Historischen Kommission
der Linken vom 30. Oktober 2008 zum 90. Jahrestag
der deutschen Revolution von 1918/19 125

Der 60. Jahrestag der doppelten deutschen Staatsgründung 1949 und der 20. Jahrestag des Epochenbruchs 1989

Erklärung der Historischen Kommission der Partei DIE LINKE
vom 1. Juli 2009 131

Zum 65. Jahrestag der Ermordung Ernst Thälmanns Erklärung des Sprecherrates der Historischen Kommission vom 18. August 2009	137
Den 8. Mai 1945 als Befreiung begreifen Erklärung des Sprecherrates der Historischen Kommission vom 23. April 2010 zum 65. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus	139
Sozialismus braucht Mehrheiten Erklärung der Historischen Kommission vom 14. Juni 2011 zum 50. Jahrestag des Baus der Berliner Mauer	141
Zum 80. Jahrestag der Machtübernahme des Hitlerfaschismus Erklärung der Historischen Kommission vom November 2012	145
Der 17. Juni 1953 im Bannkreis politischer Interessen Stellungnahme des Sprecherrates der Historischen Kommission vom 14. Mai 2013	147
Nein zum Krieg ist und bleibt die wichtigste Lehre Erklärung der Historischen Kommission vom 22. Juli 2014 zum 100. Jahrestag der Zustimmung zu den Kriegskrediten im Deutschen Reichstag	149
Der 8. Mai 1945 Stellungnahme des Sprecherrates der Historischen Kommission der LINKEN vom 23. April 2015 zum 70. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus	153
Zum 100. Jahrestag der Russischen Revolutionen Erklärung der Historischen Kommission beim Parteivorstand der Partei DIE LINKE vom 11. Juli 2017	155
Marx lebt Erklärung der Historischen Kommission der Partei DIE LINKE vom 12. Dezember 2017 zum 200. Geburtstag von Karl Marx	161
1968: Ein globaler Aufbruch Stellungnahme der Historischen Kommission der LINKEN vom 12. Juli 2018	165

Zum 100. Jahrestag der Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands Erklärung der Historischen Kommission der Partei DIE LINKE vom 11. September 2018	171
Auflösen oder Erneuern? Erklärung des Sprecherrates der Historischen Kommission beim Parteivorstand der LINKEN vom 25. November 2019 zum Außerordentlichen Parteitag der SED im Dezember 1989	177
Generalstreik für die Weimarer Republik Erklärung der Historischen Kommission der Partei DIE LINKE vom 5. Februar 2020 zum 100. Jahrestag der Niederwerfung des Kapp-Lüttwitz-Putsches im März 1920	181
Interview Die Linkspartei und ihre Historiker Ein Gespräch mit Jürgen Hofmann	187
Anhang: Die Mitglieder der Historischen Kommission 1990	191
2001	192
2007	192
2013	192
2017	193

DIE HISTORISCHE KOMMISSION DER PARTEI DIE LINKE

EIN ABRISS ZU IHRER GESCHICHTE UND DEN SCHWERPUNKTEN DER DEBATTEN

Im Juni 2007 traten die Delegierten der Linkspartei.PDS und der Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit (WASG) in Berlin zum Gründungsparteitag der Partei DIE LINKE zusammen. In den folgenden Wochen galt es u. a. die Frage zu klären, mit welchen Strukturen und in welchen Formen die Arbeit der neu gebildeten Partei und ihrer Gremien unterstützt werden sollte. Nach Beratungen mit Vertretern des Parteivorstandes fiel die Entscheidung, unter Nutzung der in der Linkspartei.PDS vorliegenden Erfahrungen eine Historische Kommission beim Parteivorstand der LINKEN zu berufen. Dabei ging es vor allem darum, mehr Vertreter und Kompetenz aus den alten Bundesländern für die künftige historisch-politische Arbeit zu gewinnen. Am 25. August 2007 berief der Parteivorstand der LINKEN 27 Historikerinnen und Historiker sowie historisch Interessierte in die neue Kommission. Sie konstituierte sich noch im selben Jahr am Rande einer Karl-Liebknecht-Konferenz¹ am 19. Oktober 2007 in Leipzig. Sie wählte aus ihrer Mitte einen fünfköpfigen Sprecherrat und betraute den Historiker Jürgen Hofmann mit der Geschäftsführung.²

Im Mai 2017 nahm der Bundesvorstand der LINKEN einen Bericht zur Arbeit der Kommission entgegen und berief 23 Mitglieder neu bzw. bestätigte deren bisherige Mitgliedschaft. Ein Berufungsvorschlag wurde nicht bestätigt und ein weiterer in Frage gestellt. Mitglieder des Vorstandes hatten Zweifel am wissenschaftlichen und politischen Standort der Kandidaten. Zum Sprecherrat der neu formierten Kommission gehören gegenwärtig Jürgen Hofmann, Ronald Friedmann, Daniela Fuchs und Klaus Kinner. Nelli Tügel ist inzwischen ausgeschieden.

¹ Siehe Klaus Kinner (Hrsg.): «Militarismus und Antimilitarismus». Aktuelle und historische Dimensionen von Karl Liebknechts Schrift anlässlich des 100. Jahrestages ihres Erscheinens, Leipzig 2008 ² Dem Sprecherrat gehörten an: Marcel Bois (Hamburg), Daniela Fuchs (Berlin), Jürgen Hofmann (Berlin), Klaus Kinner (Leipzig), Florian Wilde (Hamburg).

Die Historische Kommission beim Parteivorstand der Partei DIE LINKE ist ein ehrenamtliches Gremium.³ Ihre Aufgabe ist es, den Parteivorstand und die Mandatsträger der Partei sowie parteinahe Bildungsvereine in historisch-politischen Fragen zu beraten sowie mit Stellungnahmen und Diskussionsangeboten die Meinungsbildung zu historisch-politischen Themen unter Mitgliedern und Sympathisanten zu unterstützen. Jährliche Übersichten der Jahrestage von Ereignissen und Persönlichkeiten orientieren auf zu erwartende öffentliche Diskussionen. Außerdem pflegt die Historische Kommission Kontakte zu Vertretern und Einrichtungen der Geschichtswissenschaft sowie zu den parteinahen Stiftungen und Bildungsvereinen. Sie ist, wie schon die Historische Kommission der PDS und der Linkspartei.PDS, Mitglied der Internationalen Tagung der HistorikerInnen der Arbeiter- und anderer sozialer Bewegungen (ITH) mit Sitz in Wien, deren jährliche Tagungen in Linz (Österreich) nach wie vor der inzwischen vielfach vernachlässigten Geschichte der Arbeiterbewegung in einem erweiterten Verständnis gewidmet sind.⁴

Einen wesentlichen Beitrag zur historisch-politischen Diskussion in der Partei und in ihrem Umfeld leisten die Mitglieder der Historischen Kommission mit Beiträgen in der Mitgliederzeitschrift «Disput», in regionalen und überregionalen Zeitungen der LINKEN sowie in zahlreichen weiteren Zeitschriften und Zeitungen. Außerdem sind die Kommissionsmitglieder häufig als Referenten und Diskussionspartner in Basisorganisationen, Kreis- und Landesverbänden unterwegs.

Rückblick: Die Arbeit der Historischen Kommission der PDS und der Linkspartei.PDS

Die Historische Kommission der Partei DIE LINKE knüpft an die Arbeit der Historischen Kommission der Linkspartei.PDS an. Diese hatte ihren Ursprung in einer Forderung des Außerordentlichen Parteitages der SED/PDS, der im Dezember 1989 in Berlin tagte. Die angestrebte Erneuerung der Partei verlangte zwingend nach einer kritischen und selbstkritischen Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte, einschließlich ihrer Erbschaften und Traditionen. Delegierte aus Gera in Thüringen schlugen vor, «zur Weiterführung der grundsätzlichen Klärung objektiver Bedingungen und subjektiver Einflüsse bei der Ausbreitung stalinistischer Praktiken in unserer Partei und Gesellschaft eine Geschichtskommission beim Präsidium des Parteivorstandes zu bilden»⁵.

Am 6. April 1990 bestätigte das Präsidium des Parteivorstandes der PDS die Konzeption für die Bildung einer Historischen Kommission, die nach Konsultation mit

³ Weitere Informationen zur Historischen Kommission und ihrer Arbeit unter: <https://www.die-linke.de//historische-kommission>. ⁴ Zur ITH siehe www.ith.or.at. ⁵ Außerordentlicher Parteitag der SED/PDS. Protokoll der Beratungen am 8./9. und 16./17. Dezember 1990 in Berlin, hrsg. von Lothar Hornbogen/Detlef Nakath/Gerd-Rüdiger Stephan, Berlin 1999, S. 354.

Vertretern verschiedener geschichtswissenschaftlicher Einrichtungen der DDR unter Leitung von Klaus Höpcke erarbeitet und Ende März 1990 von der Kommission Kultur- und Wissenschaftspolitik beraten worden war. Als Aufgabe wurde «die Förderung der Diskussion und Aufarbeitung historischer Fragen, insbesondere der Geschichte der Partei und ihrer Vorgänger» festgehalten. Außerdem sollte die Kommission die Zusammenarbeit mit Historikern aller weltanschaulichen und politischen Richtungen ermöglichen und «für ein demokratisches Geschichtsverständnis auf der Basis eines Meinungspluralismus sensibilisieren». Deshalb konnte es auch nicht Aufgabe sein, «ein parteioffizielles Geschichtsbild auszuarbeiten und zu vermitteln».⁶

Mit der Bildung der Historischen Kommission entsprach die PDS der veränderten Situation, die einen Kontakt zur institutionalisierten Geschichtswissenschaft nur noch über einzelne Personen erlaubte. Obwohl Tempo und Umfang der rigorosen Abwicklung der DDR-Geschichtswissenschaft zu diesem Zeitpunkt noch nicht völlig zu überschauen waren, ließ sich die Richtung der Entwicklung bereits zweifelsfrei erkennen. Zwar verfügte die Partei sogar noch über eigene Institutionen, doch deren Tage waren bereits gezählt. Sich für die Kommissionsarbeit auf die freiwillige Mitarbeit von Einzelpersonen zu stützen, erwies sich deshalb in den Folgemonaten als grundsätzlich richtig. Die Kommission Kultur- und Wissenschaftspolitik beim Parteivorstand forderte über eine Pressemitteilung der Partei angehörende oder ihr nahestehende Historikerinnen und Historiker und andere an dieser Arbeit Interessierte auf, sich für eine Mitarbeit zu melden. Die Historische Kommission sollte mit der Aufarbeitung der Geschichte der Partei und ihrer Vorgänger «einen Beitrag für ein neues historisches Selbstverständnis der PDS, für ein demokratisches Geschichtsbild» leisten.⁷

Die Konstituierung der Historischen Kommission der PDS erfolgte am 23. Juni 1990 in Berlin.⁸ Vorsitzende wurden die Geschichtslehrerin Christine Kindt aus Schwerin und der Historiker Klaus Kinner aus Leipzig. Nachdem Christine Kindt diese Aufgabe nicht mehr wahrnehmen konnte, wurde die Historikerin Helga Schultz Ko-Vorsitzende der Kommission. Sekretär der Kommission war in der Anfangsphase Herbert Burmeister, Historiker und hauptamtlicher Mitarbeiter im Parteiapparat. Ihm folgte Lutz Prieß aus dem Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung in dieser Funktion. Mitte der 1990er Jahre nahm Herbert Meier für

⁶ Konzeption für die Bildung und die Tätigkeit der Historischen Kommission beim Parteivorstand der PDS. Vorlage für das Präsidium des Parteivorstandes vom 3. April 1990 (DIE LINKE/Parteivorstand/Archiv). Material im Besitz des Autors. ⁷ Neues Deutschland (B) vom 26./27. Mai 1990, S. 13. ⁸ Siehe Information über die Konstituierung der Historischen Kommission beim Parteivorstand der PDS und Vorschlag zu ihrer Zusammensetzung. Vorlage für das Präsidium vom 29. Juni 1990 sowie [überarbeitete] Vorlage an den Parteivorstand vom 5. Juli 1990 (DIE LINKE/Parteivorstand/Archiv.). Siehe auch Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 1990, H. 6, S. 835. In der PDS-Chronik wird die Konstituierung der Historischen Kommission irrtümlich auf den 17. Juni datiert. Siehe Chronik der PDS 1989 bis 1997, Berlin 1998, S. 26. Material im Besitz des Autors.

einige Zeit diese Aufgabe wahr. Die Kommission bildete wegen der großen Resonanz – 137 Bereitschaftserklärungen lagen vor – zunächst Arbeitskreise. Der hohe Organisations- und Vorbereitungsaufwand konnte jedoch ehrenamtlich auf Dauer nicht bewältigt werden. Außerdem verloren mit der Abwicklung der Wissenschaftseinrichtungen der DDR in Folge des Beitritts zur Bundesrepublik die meisten Mitglieder und Gäste der Arbeitskreise ihre Arbeitsplätze und ihr institutionelles Hinterland. Eine zweite Wissenschaftslandschaft im strukturellen Rahmen einer wissenschaftlichen Subkultur bildete sich erst schrittweise heraus. An den historischen Lehrstühlen der alten Bundesländer waren marxistisch bzw. linkssozialistisch orientierte Wissenschaftler eher die Ausnahme.

Ein wesentlicher Bestandteil der Erneuerung der Partei

Für die konstituierende Tagung der Historischen Kommission hatte Günter Benser Thesen zum Umgang mit Geschichte vorgelegt.⁹ Bekräftigt wurde noch einmal, kein parteioffizielles Geschichtsbild anzustreben und keine normierten Wertungen vermitteln zu wollen. Die Stellungnahmen der Historischen Kommission sollten vielmehr den Charakter von Diskussionsangeboten haben und der Tatsache Rechnung tragen, dass die Geschichtsdebatte offen sein und offen bleiben musste. Solche Angebote waren sowohl im Hinblick auf die Programmdebatte als auch für die Bewältigung der Identitätskrise erforderlich, in der sich viele Mitglieder und Sympathisanten befanden. Eine vertrauensstiftende kritische und selbstkritische Aufarbeitung der Vergangenheit musste verknüpft werden mit der Bewahrung von Leistungen und Erfahrungen. Diese Abwägung erwies sich immer wieder als schwierig und wurde wiederholt zum Feld von Verdächtigungen sowie andauernder und oft zugespitzter Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Gruppierungen innerhalb der Partei.

Dennoch war die kritische und selbstkritische Geschichtsdiskussion wohl gerade deshalb von Anbeginn ein wesentlicher Bestandteil der Erneuerung der Partei. Dies wurde schon im Vorfeld der Erneuerungskonferenz deutlich, die für Anfang September 1990 nach Berlin einberufen wurde. «Ohne Aufarbeitung der Geschichte ist Erneuerung der Partei undenkbar»¹⁰, hieß es in den vorbereiteten Thesen zu dieser Veranstaltung. Nachdem die DDR Anfang Oktober 1990 dem Geltungsbereich des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland beigetreten war, erinnerte das Präsidium des Parteivorstandes der PDS Mitglieder und Sympathisanten noch einmal an die gemeinsame Verantwortung für die eigene Geschichte. In der Erklärung vom 22. Oktober 1990 hieß es: «Die Ge-

⁹ Siehe Günter Benser: Geschichte und Politik bei der Gründung der Historischen Kommission, in: Klaus Kinner/Helmut Meier (Hrsg.): Politikum Geschichte. Die Rolle der Geschichte in öffentlichen Diskussionen, Berlin 2009, S. 71–79 (hier besonders 75–77). ¹⁰ Parteivorstand der PDS (Hrsg.): PDS. Dokumente Juni 1990–Januar 1991(=PDS. Dok. 2), [Berlin 1991], S. 61.

schichte der DDR und der SED kritisch aufzuarbeiten und nicht zu verdrängen, gehört zu unserem neu gewonnenen Selbstverständnis als demokratische Partei. Ehrlich zu sich selbst zu sein, seine eigene Geschichte ohne Wenn und Aber zu befragen und allen Angriffen der politischen Gegner zu widerstehen, verlangt ein hohes Maß an Mut und Offenheit. Nur die kritische Auseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit bewahrt uns davor, dass Fehler wiederholt werden.«¹¹

Erste Konferenzen

Die Historische Kommission der PDS mischte sich erstmals mit der Konferenz «Der Stalinismus in KPD und SED – Wurzeln, Wirkungen, Folgen» im November 1990 in die historisch-politische Diskussion der Partei und der Öffentlichkeit ein.¹² Dieses Thema stand nicht von ungefähr am Beginn. Die Konferenz erfuhr viel Aufmerksamkeit über den Rahmen der Partei hinaus. Ein knappes Jahr später folgte im Oktober 1991 in Kleinmachnow die Konferenz zur Sicherheitspolitik der DDR und zur Verantwortung der SED.¹³ Anders als im bis heute gängigen politischen Schlagabtausch und den meist aufgeheizten Verdächtigungs- und Delegitimierungsdebatten war die kritische Betrachtung der Rolle des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) in den Zusammenhang gemeinsamer Verantwortung eingebettet und mit der Kritik an der Sicherheitsdoktrin der SED verknüpft. Dieser Kontext sollte auch in künftigen Diskussionen nicht verdrängt werden. Im Oktober 1992 standen auf einer Konferenz in Berlin das Staats- und Rechtssystem der DDR und deren Bewertung im Zentrum.¹⁴ Es folgten in kürzeren und größeren Abständen Konferenzen und Veranstaltungen zu Problemen der politischen Justiz, der Außenpolitik, der russischen Revolutionen von 1917 und der deutschen Zweistaatlichkeit.¹⁵ An diesen und weiteren Veranstaltungen war die Historische Kommission federführend oder mitwirkend beteiligt. Kommissionsmitglieder engagierten sich in historisch-politischen Veranstaltungen der parteinahen Stiftungen und der politischen Bildungsvereine. Außerdem meldete sich die Kommission wiederholt in den Programmdebatten der Partei zu Wort.¹⁶

11 Ebenda, S. 216 und 220 (siehe auch Abdruck in: PDS. Pressedienst, Nr. 42 vom 26. Oktober 1990). 12 Siehe Der Stalinismus in der KPD und SED – Wurzeln, Wirkungen, Folgen. Materialien der Konferenz der Historischen Kommission beim Parteivorstand der PDS am 17./18. November 1990, Berlin 1991. 13 Siehe Gregor Gysi/Uwe-Jens Heuer/Michael Schumann (Hrsg.): Zweigeteilt. Über den Umgang mit der SED-Vergangenheit, Hamburg 1992. 14 Siehe Lothar Bisky/Uwe-Jens Heuer/Michael Schumann (Hrsg.): Rücksichten. Politische und juristische Aspekte der DDR-Geschichte, Hamburg 1993. 15 Siehe u. a.: Lothar Bisky/Uwe-Jens Heuer/Michael Schumann (Hrsg.): «Unrechtsstaat»? Politische Justiz und die Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit, Hamburg 1994; DDR-Außenpolitik aus heutiger Sicht. Politikwissenschaftliche Konferenz der PDS am 16. April 1994, o.O.u.J.; Wladislaw Hedeler/Horst Schützler/Sonja Striegnitz (Hrsg.): Die russische Revolution 1917. Wegweiser oder Sackgasse? Berlin 1997; Deutsche Zweistaatlichkeit 1949–1990. Referate und Beiträge der wissenschaftlichen Konferenz vom März 1999, in: UTOPIE kreativ, 1999, H. 103–106. 16 Siehe u. a. Tradition und Programmatik der PDS. Ausgewählte Vorträge des Kolloquiums der Historischen Kommission am 12. Januar 2002, in: UTOPIE kreativ, 2002, H. 141/142.

Suche nach Kontakten und Möglichkeiten der Zusammenarbeit

Die Historische Kommission suchte von Beginn an den Kontakt mit anderen Initiativen zur Aufarbeitung der Geschichte der Arbeiterbewegung. Ein wichtiger Beitrag war die mehrjährige Zusammenarbeit mit der Marx-Engels-Stiftung in Wuppertal. Mehrere gemeinsame Konferenzen zu Problemen deutsch-deutscher Nachkriegsgeschichte konnten zwischen 1992 und 1998 in Wuppertal abgehalten werden. Zeitweise gelang es, die Arbeitsgruppen und Arbeitskreise, die sich in den ostdeutschen Ländern und Gemeinden zur Geschichtsaufarbeitung gebildet hatten, zu gemeinsamen Beratungen in Berlin zu versammeln. Die erste Beratung dieser Art mit immerhin etwa 110 Teilnehmern fand am 15. Mai 1993 statt.

Als problematisch erwies sich die Kooperation mit der von Wolfgang Harich initiierten Alternativen Geschichtskommission. Zum einen deckten sich die konzeptionellen Ansätze beider Kommissionen nicht bzw. nur punktuell. Zum anderen musste sich die Historische Kommission der PDS der von Harich gewünschten Vereinnahmung verständlicherweise verweigern, da dies die Spezifik beider Kommissionen verwischt und ihre Handlungsspielräume eher behindert hätte. Dennoch haben Mitglieder und Sympathisanten beider Geschichtskommissionen bei Wahrung ihrer Eigenständigkeit in Projekten und Veranstaltungen immer wieder gemeinsam gearbeitet.

Von besonderem Gewicht war (und ist) die Mitarbeit in der Internationalen Tagung der Historiker der Arbeiterbewegung (ITH), die seit 1965 in Wien und seit 1966 jährlich in Linz (Österreich) zusammentrifft. Die Historische Kommission der PDS wurde im September 1992 in die ITH aufgenommen. Sie setzte faktisch die Mitgliedschaft des aufgelösten Instituts für Geschichte der Arbeiterbewegung fort. Günter Benser vertrat am Anfang der 1990er Jahre das IfGA und die Kommission im Internationalen wissenschaftlichen Beirat der ITH. Ihm folgten 1992 Lutz Prieß und ab 1996 Jürgen Hofmann in dieser Funktion.¹⁷

Etliche ehemalige Historiker und Historikerinnen der DDR fühlten sich durch die Historische Kommission und ihre konzeptionelle Ausrichtung nicht adäquat vertreten. Sie fanden sich im Marxistischen Arbeitskreis zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung zusammen. Die ursprünglich als Geschichtskommission der Kommunistischen Plattform gedachte Gruppierung konstituierte sich schließlich im Januar 1992 als Arbeitskreis unter dem Dach der Historischen Kommission. Sie pflegte Verbindungen zur Geschichtskommission der DKP, veranstaltete eigenständige Konferenzen und gab regelmäßig Mitteilungen und Sammelbände heraus, mied jedoch die Mitarbeit in der Kommission. Deshalb wurde dem

¹⁷ Inzwischen gehören Mario Keßler und Bernd Hüttner dem Internationalen wissenschaftlichen Beirat der ITH an. Jürgen Hofmann ist seit 2005 Mitglied des Kuratoriums.

Arbeitskreis 2001 versagt, sich weiterhin als Teil der Historischen Kommission darstellen zu dürfen. Er setzte seine Arbeit als selbständige Gliederung fort.¹⁸

Enquete-Kommission des Bundestages zur «Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland»

Eine besondere Herausforderung erwuchs aus dem Beschluss des 12. Deutschen Bundestages vom März 1992, eine Enquete-Kommission zur «Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland» einzusetzen.¹⁹ Schon die Antragstellung ließ keinen Zweifel über Stoßrichtung und gewünschtes Ergebnis. In der PDS gab es nicht wenige Stimmen, die eine Beteiligung der Partei und ihrer Bundestagsgruppe an der Arbeit der Enquete-Kommission prinzipiell ausschlossen. Nach heftigen Diskussionen in den verschiedensten Gremien entschloss sich die PDS zur Mitarbeit. Auch die Historische Kommission hatte mehrheitlich zu diesem Schritt geraten, ohne dass ihre Mitglieder die Illusion hatten, damit an der vorgegebenen Zielstellung etwas ändern zu können. Dies ermöglichte jedoch, mit eigenen Expertisen und Stellungnahmen in die Diskussion einzugreifen. Die Historische Kommission unterstützte die Vertreter der Bundestagsgruppe PDS/Linke Liste, vermittelte Kontakte zu Spezialisten aus der Historikerzunft und begleitete die Arbeit der Enquete-Kommission kritisch. Dies schloss im Ausnahmefall auch Kontroversen in den eigenen Reihen ein.²⁰ Aus der Kooperation mit der Bundestagsgruppe ging die mehrbändige Publikationsreihe «Ansichten zur Geschichte der DDR» hervor.²¹ In den offiziellen Abschlussbericht der Enquete-Kommission musste ein ausführliches Sondervotum Dietmar Kellers aufgenommen werden, in dem die Bundestagsgruppe ihre abweichenden Einschätzungen und deren Begründung öffentlich machte.²² Die Historische Kommission kommentierte die Ergebnisse der Enquete-Kommission 1994 im Rahmen einer Konferenz in Leipzig.²³ Auch die Arbeit der zweiten Enquete-Kommission, die im Auftrage des 13. Deutschen Bundestages die «Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der deutschen Einheit» erörtern sollte,²⁴ begleiteten die Historische Kommission und ihre Kooperationspartner mit Expertisen, Stellungnahmen und Veranstaltungen.

¹⁸ Einen Überblick über die Stellungnahmen aus dem Umfeld der Kommunistischen Plattform und ihres Sympathisantenkreises zur Geschichtsdebatte gibt der Sammelband Klartexte. Beiträge zur Geschichtsdebatte, Berlin 2009«. Außerdem sei auf die Schriftenreihe Geschichtskorrespondenz» (1995 ff.) verwiesen. ¹⁹ Siehe Ludwig Elm: Die Enquete-Kommissionen des Deutschen Bundestages zur DDR (1992–1994 und 1995–1998) als geschichtspolitische Staatsakte, in: Klaus Kinner/Helmut Meier (Hrsg.): Politikum Geschichte, S. 33–42. ²⁰ Siehe Dietmar Keller/Matthias Kirchner (Hrsg.): Zwischen den Stühlen. Pro und Contra SED, Berlin 1993. ²¹ Siehe dazu Dietmar Keller u. a. (Hrsg.): Ansichten zur Geschichte der DDR, Bd. 1–5, Bonn/Berlin 1993 ff. ²² Siehe Deutscher Bundestag (Hrsg.): Materialien der Enquete-Kommission Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), Bd. 1, Baden-Baden 1995, S. 680–737. ²³ Siehe Jochen Černý/Dietmar Keller/Mannfred Neuhaus (Hrsg.): Ansichten zur Geschichte der DDR, Bd. V, Bonn/Berlin 1994. ²⁴ Siehe Deutscher Bundestag (Hrsg.): Materialien der Enquete-Kommission «Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland (13. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), 8 Bde. In 14 Teilbänden, Baden-Baden/Frankfurt a. M. 1999.

Erste Zwischenbilanz im November 1995

Im November 1995 wagte die PDS eine erste Zwischenbilanz der fünfjährigen historisch-politischen Debatte. In Berlin trafen sich rund 500 Teilnehmer. Der Kreis reichte über Mitglieder und Sympathisanten hinaus. In drei Arbeitskreisen und bei Plenardebatten tauschten die Teilnehmer an zwei Tagen ihre Erfahrungen mit der Geschichtsdiskussion der zurückliegenden Jahre aus. Es war bedauerlicherweise die letzte große Konferenz, auf der sich Mandatsträger, Wissenschaftler und Mitglieder unter Beteiligung einer breiteren Öffentlichkeit zu Problemen der Geschichtsarbeit und ihrer politischen Implikationen austauschten.²⁵

Die Historische Kommission musste zu diesem Zeitpunkt bereits unter stark veränderten Bedingungen arbeiten. Viele der ursprünglich berufenen Mitglieder hatten den Auftrag nicht mehr wahrnehmen können und mussten ausscheiden. Dafür waren neue Mitstreiter hinzugetreten. Außerdem war mit der Auflösung des Instituts für Geschichte der Arbeiterbewegung im Frühjahr 1992 das einzig noch verbliebene institutionelle Hinterland weggefallen. Aus dem stark reduzierten Parteiapparat stand seit Frühjahr 1993 kein Mitarbeiter für die Organisation der Kommission mehr zur Verfügung. Nach Helga Schultz, die eine Aufgabe beim Aufbau der neuen Europa-Universität Viadrina in Frankfurt/Oder übernahm, musste auch der in Leipzig abgewickelte Klaus Kinner sein Amt zur Verfügung stellen. Eine kleine Kernmannschaft kam nach ausführlichen Beratungen zu der Entscheidung, die Historische Kommission künftig über einen Sprecherrat ehrenamtlich zu führen. Für die Funktion des Sprechers wurde Jochen Černý, ein Historiker aus der abgewickelten Akademie der Wissenschaften der DDR, gewonnen. Zum Sprecherrat fanden sich neben ihm Wilfriede Otto, Lutz Prieß und Jürgen Hofmann zusammen.²⁶

Thematische Schwerpunkte

Seit 1993 meldete sich die Historische Kommission der PDS bzw. ihr Sprecherrat regelmäßig mit Diskussionspapieren und Erklärungen zu wichtigen historischen Themen und Jubiläen zu Wort. Den Auftakt machte eine Erklärung zur Geschichtsdiskussion in der PDS anlässlich des 3. Parteitages. Die Kommission warnte darin, auf die Kriminalisierung der DDR als «Unrechtsstaat» mit »«DDR-Apologetik» zu reagieren.²⁷ Sie forderte die Partei auf, sich keiner sachlichen Auseinandersetzung um DDR- oder SED-Geschichte zu verweigern. Mit Thesen zum 50. Jahrestag des Zusammenschlusses von KPD und SPD griff Günter Benser 1995 ein im-

²⁵ Siehe Lothar Bisky/Jochen Černý/Herbert Mayer/Michael Schumann (Hrsg.): Die PDS – Herkunft und Selbstverständnis. Eine politisch-historische Debatte, Berlin 1996. ²⁶ Jochen Černý (1934–2018), Wilfriede Otto (1933–2015), Lutz Prieß schied 1996 aus. An seine Stelle trat Herbert Mayer (Berlin). ²⁷ Diese und alle weiteren erwähnten bzw. zitierten Erklärungen und Stellungnahmen sind in der vorliegenden Sammlung aufgenommen. Auf einen Einzelnachweis wird deshalb im Folgenden verzichtet.

mer wieder heiß umstrittenes Thema auf. In seinem Papier wird ausführlich auf die historische Situation und die Motive des Zusammenschlusses eingegangen, aber es werden auch die Konflikte und die Repressionen gegen Sozialdemokraten benannt, die bis heute als Beleg für die Bewertung als «Zwangvereinigung» dienen. Es folgten im Zeitraum von 1999 bis 2006 Papiere zur «Doppelbiographie der Bundesrepublik», zum 40. Jahrestag des Mauerbaus, zur Neubewertung des 17. Juni 1953, zum Herbst 1989, zum 60. Jahrestag der Befreiung und zum XX. Parteitag der KPdSU – um nur einige Beispiele zu nennen. Sie wurden im PDS-Pressedienst und in der Zeitung «Neues Deutschland» veröffentlicht.

Einige grundsätzliche Themen begleiteten die Entwicklung der PDS und die Arbeit der Kommission von Beginn an. Ein Abschluss der Diskussionen und Kontroversen ist auch weiterhin nicht auszumachen. Dazu gehört die Stalinismus-Debatte, die eng mit dem Partei- und Gesellschaftsverständnis verbunden ist. Obwohl der Bruch mit dem Stalinismus Gründungskonsens der Partei war und von der Mehrheit der Mitglieder getragen wird, gestalten sich konkrete Auseinandersetzungen um Erscheinungsformen und Weiterungen sowie um die Konsequenzen für das Geschichtsbild oft kompliziert. Schon 1995 zeigte sich, dass die «Analyse des repressiven, zentralistischen, antidemokratischen Gesellschafts-systems» nicht selten verdrängt wurde «durch die *Verteidigung der Legitimität des Versuches*».²⁸ Auch die Konferenz zur realsozialistischen Kommunistenverfolgung im Juni 1997 in Berlin ließ die Wellen hochschlagen.²⁹ Mancher vermutete dahinter ein Komplott zur Diskriminierung der Oktoberrevolution. Eine ähnliche Welle der Entrüstung und Verdächtigungen brandete auf, als vor der Gedenkstätte der Sozialisten 2006 ein Gedenkstein für die Opfer des Stalinismus aufgestellt wurde.³⁰ Das Ereignis provozierte aber auch eine erneute Beschäftigung mit dem Thema Stalinismus, das nicht als abgeschlossen gelten kann. Das zeigte sich erneut in den heftigen Diskussionen um eine Gedenktafel für die zahlreichen Opfer stalinistischer Repressionen am Karl-Liebknecht-Haus, dem ehemaligen Sitz der KPD-Zentrale. Sie erinnert an die Menschen, die in die Sowjetunion gegangen waren, um am Aufbau des Sozialismus mitzuwirken, und dort willkürlich verfolgt wurden. Die Tafel konnte schließlich am 17. Dezember 2013 eingeweiht werden. Den Befürwortern schlug im Vorfeld heftiges Misstrauen entgegen. Der unwider-rufliche Bruch mit dem Stalinismus als System, zu dem sich die PDS und die LINKE wiederholt bekannten, lässt eine Eingrenzung des Stalinismus-Begriffs auf die Regierungszeit Stalins, auf den Personenkult und auf die Schauprozesse nicht zu.

28 Michael Nelken: Schwierigkeiten einer Emanzipation. Zur Stalinismusdebatte in der PDS, in: Lothar Bisky/Jochen Černý/Herbert Mayer/Michael Schumann (Hg.): Die PDS – Herkunft und Selbstverständnis. Eine politisch-historische Debatte, S. 71. 29 Siehe die Beiträge der Konferenz Realsozialistische Kommunistenverfolgung. Von der Lubjanka bis Hohenschönhausen» in: UTOPIE kreativ, H. 81/82, Juli/August 1997, S. 50 168. 30 Siehe Jürgen Hofmann: Respekt vor den Opfern gebietet würdige Ehrung, in: Neues Deutschland (B) vom 5. Januar 2007.

Damit würde die Diskussion auf den Stand der Geheimrede Nikita S. Chruschtschows auf dem XX. Parteitag der KPdSU 1956 zurückfallen. Die prinzipielle Kritik am stalinistisch geprägten Partei- und Gesellschaftsmodell sowie an stalinistischen Denkstrukturen darf nicht ausgespart bleiben.

Eine hohe Brisanz behält ebenfalls die Debatte um das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) der DDR, die nur zu gern politisch instrumentalisiert wird. In diesem Zusammenhang muss daran erinnert werden, dass einseitige Schuldzuweisungen an Angehörige der Sicherheitsorgane nicht weiterführen. Die Verantwortung für die Sicherheitspolitik in der DDR lag nicht allein beim MfS. Eine Rechtfertigung der Strukturen und Praktiken kann aber gleichfalls nicht überzeugen.³¹

Den weitaus größten Raum nahmen und nehmen Diskussionen zum Platz der DDR in der deutschen Geschichte und zur Rolle der SED ein. Bei der Umsetzung des Anspruchs einer kritischen und zugleich selbstbewussten Analyse liegt der Teufel oft im Detail. Unter dem Eindruck der Krise und der Ereignisse 1989/90 gab es zunächst eine verbreitete Bereitschaft zur selbstkritischen Rückschau und ein großes Bedürfnis nach Aufklärung. Durch die beiden Enquete-Kommissionen des Deutschen Bundestages und ihrem im Auftrag vorweggenommenen Ergebnis wurden die PDS und ihre Anhängerschaft in eine Verteidigungsposition gedrängt. Die ständige Entwertung der DDR provozierte und provoziert Gegenreaktionen. In der Absicht, gegen den Zeitgeist wirken zu wollen, gerät die selbstkritische Rückschau nicht selten ins Hintertreffen.³² Ohne Deutungshoheit und bei geringer Medienpräsenz ist es für zahlreiche Mitglieder nicht einfach, sich zwischen kritischer Analyse und Abwehr von Pauschalverurteilung zu positionieren. Dennoch hat die Kommission immer wieder strittige Themen angefasst und – wie bereits erwähnt – Diskussionsangebote unterbreitet, so zur Vereinigung von KPD und SPD 1946, zum 17. Juni 1953, zum Mauerbau 1961 oder zu den Ereignissen des Herbstes 1989.

Neuberufung zur Jahrtausendwende

Zur Jahrtausendwende machte sich eine Neuberufung der Historischen Kommission erforderlich. Von den im Sommer 1990 ursprünglich berufenen Mitgliedern arbeiteten nur noch neun mehr oder weniger regelmäßig in der Kommission mit. Dafür hatte sich aus einem größeren Interessentenkreis ein Stamm von Teilnehmern herausgeschält, die durch Kooptierung oder als ständige Gäste die Arbeitsfähigkeit des Gremiums sicherten. Auf Vorschlag des damaligen

³¹ Siehe u. a. Reinhard Grimmer/Werner Irmeler/Willi Opitz/Wolfgang Schwanitz (Hrsg.): Die Sicherheit. Zur Abwehrarbeit des MfS, 2 Bde., Berlin 2002. ³² Siehe u. a. Gerhard Fischer/Hans-Joachim Krusch u. a. (Hrsg.): Gegen den Zeitgeist. Zwei deutsche Staaten in der Geschichte, Schkeuditz 1999; Dieter Becker/Siegfried Mechler (Hrsg.): Priester der Klio? Neokonservativer Geschichtsklitterung Paroli bieten, Berlin 2007.

Sprecherrat berief der Parteivorstand am 2. Juli 2001 die Historische Kommission in neuer Zusammensetzung. In diesem Zusammenhang wurde auch ein Beschluss über die weitere Gestaltung der Arbeit der Historischen Kommission verabschiedet. Die erneuerte Kommission konstituierte sich am 1. Dezember 2001 in Berlin und wählte Jochen Černý (Berlin), Jürgen Hofmann (Berlin), Klaus Kinner (Leipzig), Wilfriede Otto (Berlin) und Sonja Striegnitz (Berlin) in den Sprecherrat. Ab 2004 bildeten Daniela Fuchs (Berlin), Jürgen Hofmann (Berlin) und Klaus Kinner (Leipzig) den Sprecherrat.

Eine neue Kommission in einer neuen Partei

Das erste Thema, mit dem sich die Historische Kommission der LINKEN 2008 in die historisch-politische Debatte einmischte, war eine politisch-historische Rückschau auf das vielschichtige Jahr 1968. Die Erklärung fasste das Jahr 1968 als «Chiffre für eine bis in die späten 1970er Jahre währende Epoche globalen gesellschaftlichen Aufbruchs» auf. In diesem Aufbruch wurde im Detail viel erreicht. Dennoch erstickten im Klima der Systemkonfrontation die Reformversuche im Osten ebenso wie die emanzipatorischen Visionen im Westen. Die Historische Kommission rückte deshalb u. a. im Februar 2012 die Berufsverbote in der Bundesrepublik ins Zentrum ihrer Tagung.

Ein weiterer Themenkomplex, der die Historische Kommission 2008 – begleitet von heftigen Debatten – und erneut zehn Jahre später beschäftigte, waren die Revolutionen von 1917 bis 1919. In der Erklärung vom Oktober 2008 betonte sie die revolutionäre Geburtsstunde der Demokratie in Deutschland, die eng mit dem November 1918 und dem Sturz der Monarchie verbunden bleibt und nicht ausschließlich bei der Nationalversammlung verortet werden kann. Als Teil der Weltkriegsrevolutionen in Mittel- und Osteuropa wurde die deutsche Revolution befördert und zugleich belastet durch die Ereignisse in Russland. Die vielbeschworene bolschewistische Gefahr blieb bei näherer Betrachtung ein Phantom. Die russischen Revolutionen von 1917, ihre Leistungen und ihre Grenzen, standen im Focus der Debatte zu deren 100. Jahrestag. Neben den historischen Chancen und unbestreitbaren Leistungen waren die Widersprüche und Irrwege zu benennen. Das Kommissionspapier forderte von der Partei, «sich mit den historischen Wirkungen, Leistungen und Fehlleistungen der russischen Revolutionen 1917 als einem der zentralen Ereignisse des 20. Jahrhunderts weiterhin kritisch auseinander(zu)setzen». Eine Verengung der Sicht auf Terror und diktatorische Parteiherrschaft wird der Oktoberrevolution 1917 und der Bewertung der folgenden Entwicklungen jedoch ebenfalls nicht gerecht.

Von Anfang an gab es von Seiten der Historischen Kommission der LINKEN ernsthafte Bemühungen, wenn auch zunächst erfolglos, mit der Historischen Kommission der SPD ins Gespräch zu kommen. Die Kommission ging davon aus, dass es

angesichts eines gemeinsamen Erbes, unbeschadet der tradierten und fortbestehenden Meinungsverschiedenheiten, möglich sein sollte, sich auszutauschen. Die Briefe der Historischen Kommission der LINKEN blieben jedoch unbeantwortet. Lediglich einige wenige Mitglieder der Historischen Kommission der SPD nutzten die Einladungen zu Konferenzen und Veranstaltungen. Erst eine Vereinbarung zwischen der Friedrich-Ebert-Stiftung und der Rosa-Luxemburg-Stiftung vermochte die langjährige Blockade aufzubrechen. Die Gesprächsreihe mit Historikerinnen und Historikern beider Seiten zu Geschichtsthemen in Berlin, Erfurt und Bonn in den Jahren 2015 bis 2017 erwies sich als außerordentlich konstruktiv. An ihr waren auch einige Mitglieder der Historischen Kommission beteiligt.

Konferenz zum «Epochenbruch 1914–1923»

Am 24. Februar 2018 konnte der gesamte Komplex im Rahmen einer Konferenz unter dem Thema «Epochenbruch 1914–1923. Krieg – Frieden – soziale Revolution» in Berlin mit ausgewiesenen Spezialisten und renommierten Referenten aus dem universitären und akademischen Bereich erörtert werden. Darunter waren die Luxemburg-Forscherin Annelies Laschitzka, Peter Brandt, Michael Buckmiller und Bernhard H. Bayerlein. Geplant war die Konferenz als gemeinsame Veranstaltung der Kommission und des Parteivorstandes. Der beabsichtigte Dialog zwischen politischen Mandatsträgern und Wissenschaftlern zu Problemen des erinnerungspolitischen Diskurses blieb leider aus, da der Vorstand zeitgleich tagte und der Konferenz deshalb fernbleiben musste.

Eine vor allem unter älteren Mitgliedern und Sympathisanten diskutierte Frage ist die nach der Bewertung der Gründung der KPD. Die Kommission nahm den 100. Jahrestag zum Anlass, die KPD-Gründung und wichtige Etappen ihrer Geschichte zu beleuchten. Die kritisch-konstruktive Auseinandersetzung mit der Geschichte der KPD war bereits von der Historischen Kommission der PDS angestoßen und gefördert sowie unter Beteiligung ihrer Mitglieder realisiert worden.³³ In Abgrenzung zu tradierten Legenden hob die Kommission in ihrer Erklärung hervor, dass die KPD-Gründung in die Novemberrevolution eingebettet war. Die Gründung erfolgte auf dem Höhepunkt der Revolution, als die meisten grundlegenden Entscheidungen gefallen waren, und konnte nicht selbst zu deren Höhepunkt werden. Die gerade aus der Taufe gehobene Partei, deren führende Köpfe kurz darauf ermordet wurden, blieb zunächst der Einfluss versagt, den Wunschenken ihr gern zugeschrieben hätte. Die Chance, die sich später durch die Vereinigung mit dem mitgliederstarken linken Flügel der USPD ergab, kam mit der Entscheidung für das bolschewistische Parteimodell wieder zum Erliegen.

³³ Siehe Klaus Kinner u. a.: Geschichte des Kommunismus und Linkssozialismus, 19 Bde., Berlin 1999–2015 (= Rote Reihe).

Dass bestimmte Themen der Geschichte, insbesondere der Geschichte der eigenen Bewegung, immer wieder aufgerufen werden, ist kein Zufall und folgt nicht allein der Logik der Jahrestage. Es geht um die eigene Verortung in der Geschichte. Da historische Prozesse widersprüchlich verlaufen, ist in der Regel keine widerspruchsfreie historische Erzählung zu haben. Deshalb müssen bisherige Gewissheiten immer wieder auf den Prüfstand gestellt werden. Nur so ist eine Annäherung an historische Wahrheit möglich. Dies gilt insbesondere für eine Partei, die aus zwei Quellparteien hervorging, die ihrerseits viele und mannigfaltige Strömungen sozialer Bewegungen in sich aufgenommen hatten. Die Vielfalt und Breite des historischen Selbstverständnisses wiederum beeinflusst auf die eine oder andere Weise das politische Profil einer Partei. Insofern verknüpft sich historische Rückschau mit Positionierung in der Gegenwart und mit Visionen für die Zukunft. Das im Oktober 2011 in Erfurt beschlossene und in einem Mitgliederentscheid bestätigte Programm der Partei DIE LINKE skizziert im Abschnitt «Woher wir kommen, wer wir sind» diesen breiten Ansatz. Dort heißt es: «DIE LINKE knüpft an linksdemokratische Positionen und Traditionen aus der sozialistischen, sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiterbewegung sowie aus feministischen und anderen emanzipatorischen Bewegungen an. Wir bündeln politische Erfahrungen aus der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland.»³⁴

Mitwirkung in der Debatte des Parteiprogramms der LINKEN

Die Historische Kommission hat sich ebenfalls in die Diskussion zum Parteiprogramm eingebracht. Bereits im Dezember 2009 bot sie den Parteivorsitzenden und dem Vorstand der Bundestagsfraktion ihre Mitwirkung an. Im Februar 2010 beteiligten sich Kommissionsmitglieder mit mehreren Beiträgen an der Konferenz «DIE LINKE. Erbe und Tradition» in Leipzig³⁵, und im Juni und im Oktober des gleichen Jahres wurde der Programmentwurf in der Kommission ausführlich diskutiert. Zum Jahresende gab die Kommission eine insgesamt zustimmende Stellungnahme zum Programmentwurf ab. Darin unterstrich sie die Notwendigkeit, sich erneut und eindeutig zum Bruch mit dem Stalinismus als System zu bekennen.³⁶ In der Programmdebatte waren vereinzelt Stimmen aufgetaucht, die bezweifelten, dass dies auf dem Außerordentlichen Parteitag der SED/PDS im Dezember 1989 bindend beschlossen worden sei.³⁷

³⁴ www.die-linke.de/partei/grundsatzdokumente/programm/ (abgerufen am 24. Februar 2020). ³⁵ Siehe Klaus Kinner (Hrsg.): DIE LINKE – Erbe und Tradition, 2. Bde., Berlin 2010. ³⁶ Siehe Stellungnahme des Sprecherrates der Historischen Kommission beim Parteivorstand vom 2. November 2010 (Archiv des Autors). ³⁷ Siehe Jürgen Hofmann: Bruch mit dem Stalinismus. Rückblick auf eine notwendige Debatte, in: Klaus Kinner (Hrsg.): Linke zwischen den Orthodoxien. Von Havemann bis Dutschke (Reihe: Texte/Rosa-Luxemburg-Stiftung; Bd. 71), Berlin 2011, S. 48–62.

Für die Charakteristik der Partei DIE LINKE und ihren politischen Standort unverzichtbar bleibt das Bekenntnis zum Antifaschismus. Dies ist angesichts der unübersehbaren Konjunktur des Rechtspopulismus in vielen Ländern Europas und in der Gesellschaft der Bundesrepublik ein dringendes Erfordernis. In einer Stellungnahme vom Dezember 2012 heißt es dazu: «Gegenwärtige Krisenprozesse verweisen auf mögliche Gefahren rascher Entfaltung rechtsextremen Potentials. Aktuelle Entwicklungen auch in Deutschland zeigen die Gefährdung, die aus der Unterschätzung des Rechtsextremismus erwachsen kann.» Die Historische Kommission hat in ihren Papieren zur deutschen Nachkriegsgeschichte sowie zu verschiedenen Einzelereignissen immer wieder auf den besonderen Stellenwert des Antifaschismus hingewiesen, der für eine demokratische Gesellschaft konstitutiv ist. Antifaschismus in seinen verschiedenen Ausprägungen, mit seinen oft sehr unterschiedlichen Motivationen gehört zum wichtigsten Erbe einer demokratisch verfassten Gesellschaft. Schon die Historische Kommission der PDS hatte die Beschäftigung mit den Erfahrungen des Antifaschismus zu einem Schwerpunkt der zeitgeschichtlichen Diskussion erklärt. In der Besinnung auf den antifaschistischen Grundkonsens sah sie ein anzustrebendes gemeinsames Element eines gesamtdeutschen Selbstverständnisses.

Deutsch-deutsche Geschichte

Einen besonderen Schwerpunkt der Kommissionsarbeit bildeten Prozesse und Ereignisse der deutsch-deutschen Geschichte seit 1945. So positionierte sich die Kommission 2010 und 2015 zum 8. Mai 1945, dessen Verständnis als Tag der Befreiung in einigen Kreisen der Bundesrepublik Deutschland nach wie vor in Zweifel gezogen wird. Die Bewertung dieses Ereignisses bleibt ein Maßstab für demokratische Erinnerungskultur. Die Kommissionserklärung machte darauf aufmerksam, dass der «Blick auf 1945 ... mehr als eine historische Rückschau» sei, weil «Rechtsextremismus, Nationalismus, Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit und Hegemonieansprüche ... keine Themen der Vergangenheit» sind. Auch andere umstrittene Ereignisse, wie der 17. Juni 1953 und der 13. August 1961, wurden von der Kommission behandelt. Im Rückblick auf den 17. Juni 1953 wurde in der Kommissionsstellungnahme hervorgehoben, dass weder die Klassifizierung als «faschistischer Putsch» durch die SED-Führung noch die Vereinnahmung als «Tag der deutschen Einheit» durch die Bundesrepublik den Ereignissen und den Ursachen der Arbeiterproteste gerecht werden. Die kritische Auseinandersetzung mit dem 13. August 1961 führt zu der Erfahrung: Sozialismus braucht Mehrheiten und kann nicht erzwungen werden. Das kann auch nicht durch den Verweis auf die damalige zugespitzte Systemkonfrontation in Abrede gestellt werden.

Vor allem die kritische Analyse der DDR-Geschichte und ihrer Erfahrungen stießen in Teilen der Mitgliedschaft auf Skepsis und Widerspruch. Diese Stimmen

griff besonders der Ältestenrat der Partei auf. In einem Papier zum Umgang mit der Geschichte vom Juli 2008 warnte er davor, «der Benennung von Fehlern den dominierenden Platz ein(zu)räumen». Er hielt es für erforderlich, «die Konzentration auf eine Distanzierung von der Politik sozialistischer Führungskräfte im 20. Jahrhundert, von damaligen Unzulässigkeiten, Fehlern, sonstigen negativen Handlungen und ihren nachwirkenden Folgen zu überwinden».³⁸ Der Ältestenrat befürchtete nachteilige Wirkungen auf junge Menschen. Der Sprecherrat traf sich daraufhin zu einem ausführlichen Gespräch mit Vertretern des Ältestenrates. Die Meinungsverschiedenheiten, wie viel Kritik am gescheiterten Realsozialismus zulässig und welche Wirkungen sie auf junge Menschen hat, konnten dabei nicht ausgeräumt werden. Der Sprecherrat vertrat die Auffassung, dass ein Verschweigen von Problemen bzw. geglättete Geschichtsbilder keine tragfähige Basis für das Bekenntnis zu sozialistischen Idealen sind.

Angesichts von vier Jahrzehnten deutscher Zweistaatlichkeit und deren Nachhall ist es nicht angemessen, gegenwärtige Entwicklungen als bloße Fortsetzung der Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik zu fassen, die im Osten des Landes lediglich durch Nachwirkungen der «SED-Diktatur» beeinträchtigt wird. Die Gesellschaft der Bundesrepublik ist gut beraten, beide Entwicklungsverläufe der deutschen Nachkriegsgeschichte als ihr Erbe zu begreifen. Sie gehören zur historischen Substanz der heutigen Bundesrepublik, unabhängig davon, wie einzelne Ereignisse und Prozesse bewertet und gewichtet werden. Einseitige Sichten und die Beschränkung auf selektierte Ereignisketten dienen eher der Untermauerung politisch konnotierter, vorgegebener Urteile als gegenseitigem Verständnis. Da hilft es auch nicht zu beklagen, dass viele ostdeutsche Geschichten noch kein selbstverständlicher Bestandteil des gesamtdeutschen «Wir» geworden seien.³⁹ Wie breit der Kanon der ins Bewusstsein gerückten Geschichte ist und ob er das tatsächliche, an den Ereignissen beteiligte politische und soziale Spektrum erfasst, darüber wird vor allem politisch entschieden. Die Historische Kommission hat wiederholt auf die «Doppelbiografie» der heutigen Bundesrepublik verwiesen. Sie hat sich zu keinem Zeitpunkt der notwendigen kritischen Rückschau verschlossen. Zugleich hat sie darauf aufmerksam gemacht, dass die Reduktion der DDR auf eine Repressionsgeschichte an der vielfältigen und widersprüchlichen Lebenswirklichkeit der Menschen im Osten vorbeigeht, zu Verwerfungen in der öffentlichen Geschichtsdebatte führt und Aufklärung und Einsichten eher behindert als befördert.

³⁸ <https://www.die-linke.de/partei/parteistruktur/kommissionen/aeltestenrat/erklarungen-und-stellungnahmen-des-aeltestenrates/detail/news/anregungen-zum-umgang-mit-der-geschichte/> (abgerufen am 24. Februar 2020). Siehe auch Die Weisheit der Partei. Ein Abriss der Geschichte des Ältestenrats der LINKEN, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin 2019, S. 40 f. ³⁹ Siehe Frank-Walter Steinmeier anlässlich der Ordensverleihung im Schloss Bellevue am 2. Oktober 2019 (abgerufen von www.bundespraesident.de).

Für den Erhalt des Parteiarchivs im Bestand der SAPMO

Inzwischen verlangt das Thema MfS und SED neue Aufmerksamkeit. Im Zusammenhang mit dem Übergang des MfS-Archivs in die Zuständigkeit des Bundesarchivs sind Pläne bekannt geworden, ein Archiv-Zentrum zur SED-Diktatur zu bilden. Abgesehen von der Missachtung archivfachlicher Grundsätze, würden auf diese Weise wissenschaftlich fragwürdige und politisch-ideologisch konnotierte Konstruktionen institutionalisiert.⁴⁰ Die Historische Kommission hat sich mit diesem Problem befasst und Parteivorstand und Bundestagsfraktion auf die Konsequenzen dieses Vorhabens hingewiesen. Die Partei DIE LINKE hat hier eine besondere Verantwortung. Eine ihrer Quellparteien war Rechtsnachfolger der SED und Einbringer des Parteiarchivs der SED in die Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO). Außerdem befinden sich im ehemaligen SED-Parteiarchiv Überlieferungen von Organisationen und Personen der Arbeiterbewegung, die weit über das engere Spektrum der SED hinausreichen.

Die Historische Kommission im Jahre 2020

Die Kette von Jubiläen zu 70 Jahren doppelter deutscher Staatsgründung, 30 Jahren «friedlicher Revolution» und bevorstehendem 30. Jahrestag der deutschen Einheit zeigen erneut, wie wichtig die Auseinandersetzung mit Geschichte ist. Geschichtsbilder bleiben ein Politikum. Die konfliktbereinigte Propagierung der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland und die Reduktion der DDR-Geschichte auf Repressionen, 17. Juni 1953 sowie Mauerbau und Mauerfall können nicht kommentarlos hingenommen werden. Politischer Gestaltungswille darf nicht auf historisches Wissen verzichten. Die Auseinandersetzung ist jedoch nicht mit Reproduktion alter Geschichtsbilder zu bestehen. Nur am neuen Forschungsstand überprüfte Positionen haben Bestand.

Aktuelle Entwicklungen verlangen dringend danach, die bislang zu stark auf DDR und SED fixierte Forschung und Vermittlung der jüngeren Zeitgeschichte, die durch die interessengesteuerte politische und mediale Abrechnung mit der DDR stimuliert wurde, zu überwinden. Nur eine Sicht, die beide deutsche Staaten sowie das vereinigte Deutschland und ihr jeweiliges internationales Umfeld einschließt, kann zu einer neuen Qualität des historischen Selbstverständnisses führen.⁴¹ Im

⁴⁰ Siehe Simone Barrientos/Karsten Krampitz: Jenseits von Anklage und Apologie. Es braucht ein Archiv zur Geschichte der DDR, nicht nur zur SED-Diktatur, in: neues deutschland vom 18. Mai 2019; Karlen Vesper: Droht eine zweite Enteignung. Warum der Historiker Günter Benser ein «Archivzentrum zur SED-Diktatur» für ein unakzeptables Konstrukt hält, in: ebenda vom 3. Juni 2019. ⁴¹ Eine Ausnahme bilden hier das von Clemens Burrichter, Detlef Nakath und Gerd-Rüdiger Stephan herausgegebene Handbuch «Deutsche Zeitgeschichte von 1945 bis 2000. Gesellschaft – Staat – Politik», Berlin 2006 sowie Christoph Kleßmann: Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945–1955, Bonn 1991; ders.: Zwei Staaten, eine Nation. Deutsche Geschichte 1955–1970, Bonn 1997; ders./Peter Lautzas: Teilung und Integration. Die doppelte deutsche Nachkriegsgeschichte als wissenschaftliches und didaktisches Phänomen, Schwalbach/Ts. 2006.

Umfeld der Partei DIE LINKE gibt es dafür jedoch gegenwärtig keine ausreichenden institutionellen und personellen Voraussetzungen. Wie kann Mitgliedern und Sympathisanten die Entwicklung von der SED zur PDS, die Vorgeschichte der WASG, ihre rasche Formierung und der Weg beider in die Partei DIE LINKE nahegebracht werden? Es stellt sich auch die Frage, wie sich politische Debatten gestalten, wenn die Beteiligten nur wenig voneinander wissen, dafür aber allerorten mit Klischees bzw. Feindbildern konfrontiert werden? Politik kann sicherlich auch künftig nicht nur aus aktuellen Aufgaben, Sachzwängen und vagen Zukunftserwartungen heraus konzipiert werden. Geschichtsblindheit fördert Gegenwartsblindheit und manchmal auch Zukunftstorheiten. Ein sachkundiger Blick zurück kann ein erhellender Blick nach vorn sein, auch wenn die Rückschau nicht die Vision ersetzen kann.

Von den politischen Konkurrenten wurden und werden die Geschichtsdebatten innerhalb der PDS und der LINKEN nicht oder bestenfalls selektiv zur Kenntnis genommen. Die immer wieder reproduzierte Behauptung, die «SED-Nachfolgepartei» müsse sich endlich einmal mit ihrer Geschichte auseinandersetzen, zeugt von Ignoranz und gewollt gepflegter Unkenntnis. Wenn überhaupt, wird ihr bestenfalls «halbherziger Revisionismus» zugestanden.⁴² Offensichtlich wird von der LINKEN verlangt, sich den Deutungen ihrer politischen Gegner und Konkurrenten zu unterwerfen. Das hat aber mit Meinungspluralismus und historisch-politischer Debattenkultur nichts zu tun. Auch der akademische Bereich verhält sich äußerst zurückhaltend gegenüber der in eine Grauzone verdrängten linken Wissenschaftslandschaft.

Die vorliegende Sammlung gibt Mitgliedern, Sympathisanten und Mandatsträgern sowie einer interessierten Öffentlichkeit Material und Diskussionsangebote der Historischen Kommission der PDS und der LINKEN aus 30 Jahren geschichtspolitischer Arbeit in die Hand. Die Texte wurden in der Fassung belassen, in der sie veröffentlicht wurden. Es versteht sich deshalb von selbst, dass die Leser den jeweiligen zeithistorischen Kontext mitdenken sollten.

Jürgen Hofmann
Berlin, im November 2020

⁴² Siehe u. a. Rainer Eckert (Hrsg.): Halbherziger Revisionismus. Zum postkommunistischen Geschichtsbild, München u. a. 1996.

DEN SOZIALISMUS AM HUMANISTISCHEN ANSATZ MESSEN

ERKLÄRUNG DER HISTORISCHEN KOMMISSION VOM 18. JANUAR 1993 ANLÄSSLICH DES 3. PARTEITAGS ZUR GESCHICHTSDISKUSSION IN DER PDS

1. Die Historische Kommission unterstützt den von der Grundsatzkommission im Dezember 1992 vorgelegten Entwurf für ein Parteiprogramm, insbesondere in seinen Aussagen zur Sozialismus- und DDR-Geschichte.

Auch sie ist der Auffassung, dass DDR-Geschichte von ihren nationalen und internationalen Voraussetzungen und Bedingungen her und in ihrer ganzen Widersprüchlichkeit diskutiert werden muss. Zu ihr gehören, wie es im Entwurf heißt, «Fehler, Irrwege, Versäumnisse und selbst Verbrechen», zugleich aber «wertvolle Ergebnisse und Erfahrungen im Kampf um soziale Gerechtigkeit, um ein solidarisches und friedliches Gemeinwesen auf deutschem Boden.»

Auch sie meint, dass viele Fragen an die Geschichte noch unbeantwortet, viele Fragen an die Zukunft vorerst unbeantwortbar sind und nur in länger wählender praktischer wie theoretischer Arbeit beantwortet werden können.

2. In der Auseinandersetzung mit dem Stalinismus, mit dem Staatsverständnis der SED sowie mit dem Missbrauch von Macht und Recht, insbesondere mit der MfS-Problematik, haben Kommissionen und Arbeitsgruppen der PDS wichtige Fortschritte erzielt. Doch ist es nicht gelungen, sie in der Bildungsarbeit der PDS sowie in der Öffentlichkeit hinreichend zur Geltung zu bringen. Stark treten noch Wahrnehmungs- und Wertungsmuster des SED-Parteilehrjahrs hervor. Die in den Medien vorherrschende pauschale Verurteilung der DDR lässt viele Genossen und Genossinnen auf alte Positionen zurück- und zur Rundumverteidigung der DDR übergehen.

3. Erinnern wir uns an den außerordentlichen Parteitag der SED-PDS im Dezember 1989. Mitten im rapiden Zusammenbruch alter Strukturen und Autoritäten und voller Sorge um den Frieden im Lande sahen es unsere Delegierten als ihre

erste «Pflicht an, sich im Namen der Partei gegenüber dem Volk aufrichtig dafür zu entschuldigen, dass die ehemalige Führung der SED unser Land in diese existenzgefährdende Krise geführt hat», und sie erklärten: «Wir sind willens, diese Schuld abzutragen.» In politbürokratischer Monopolisierung der Macht, politischer «Entmündigung der Bürger unserer Republik und Kriminalisierung Andersdenkender» erkannten sie den Krebschaden der allzu lange verteidigten Ordnung. Davon darf uns nichts abbringen. In dieser Verantwortung stehen wir nach wie vor, obwohl es uns sehr schwer gemacht wird, ihr auch durch wirksamen Einsatz für die Interessen von Bürgerinnen und Bürgern und Arbeitskolleginnen und Arbeitskollegen gerecht zu werden – ob in parlamentarischen oder gewerkschaftlichen Gremien oder anderswo.

4. Wer auch das seit Oktober 1990 Geschehene zur zwangsläufigen Folge von «40 Jahren Diktatur und Misswirtschaft der SED» erklärt, will nicht nur die PDS diskriminieren, sondern auch die katastrophalen Folgen des Anschlusses der DDR an die BRD sachgerechter Kritik entziehen und Widerstand unmöglich erscheinen lassen. Die Kriminalisierung der DDR ist die Ideologie ihrer Liquidierung und soll zudem die Spuren der Liquidatoren verwischen. Das Hauptschlagwort dieser Ideologie heißt Unrechtsstaat. Es blockiert die differenzierende Betrachtung der DDR und suggeriert eine Wesensgleichheit mit dem NS-Staat, die dessen Verbrechen relativiert. Zudem verschwindet beim Einengen des Urteils über Macht auf deren Exzesse das aus dem Blickfeld, worin sich Herrschaft stets gleichbleibt, weswegen ja menschliche Emanzipation zu ihrer Abschaffung führen muss.

All dies soll immer wieder gesagt und nachgewiesen werden, kann aber nicht zur DDR-Apologetik führen und darf uns keinesfalls davon abhalten, aus gründlicher Kritik am ersten Sozialismusversuch die für Programmatik und praktische Politik des demokratischen Sozialismus unentbehrlichen Lehren zu ziehen.

5. Dafür untauglich scheinen der Historischen Kommission bestimmte Positionen und Argumentationsmuster zu sein, die es derzeit in der Geschichtsdiskussion innerhalb der PDS gibt:

Die Kernfrage nach dem Charakter des (wie auch immer) gescheiterten Systems wird durch die rhetorische Frage ersetzt, ob der Sozialismus nicht notwendig, ob er nicht als Alternative zum Kapitalismus gerechtfertigt sei. Die erwartete Antwort «Doch!» erübrigt aber keineswegs die vorurteilsfreie Prüfung, inwieweit bisheriger Sozialismus überhaupt eine echte Alternative war.

Soweit DDR-Geschichte konkretisiert wird, geschieht das allzu oft folgendermaßen selektiv: Konflikte und Krisen, so die von Juni 1953, Herbst 1956, Sommer 1961, werden erwähnt, aber nicht analysiert. Die Aufmerksamkeit richtet sich auf den «besonderen deutschen Weg» der ersten Nachkriegsjahre, den «Neuen

Kurs» von 1953, das «Neue Ökonomische System» von 1963, als ob sich schon in diesen Konzeptionen die Lernbereitschaft der SED sowie die Reformfähigkeit des DDR-Sozialismus hinreichend erwiesen hätten.

Eingeräumte Fehlentscheidungen und -entwicklungen sowie Defizite werden mit Leistungen verrechnet, um zu einem positiven Saldo zu gelangen, als ob in der Geschichte nicht fortwährend beides zu Buche schlänge. Hinter der (richtigen) Forderung nach allseitiger Betrachtung und differenzierender Bewertung versteckt sich nicht selten die Weigerung, die Gegensätze innerhalb der DDR-Gesellschaft wahrzunehmen und den Antagonismus im realsozialistischen System zu entdecken.

Oft fehlt eine gründliche Erörterung dessen, was nebulös «Scheitern» oder deutlicher «Zusammenbruch» oder nahezu tendenziös «Niederlage» genannt wird. Die Erklärung dafür, wie und warum das so Benannte geschah, suchen manche Genossinnen und Genossen kaum in inneren Widersprüchen, sondern primär in der Ungunst von Entstehungs- und Entwicklungsbedingungen, in feindlicher Übermacht, in so begründeten «Deformationen», in Dogmatismus und/oder Revisionismus, in Versagen und/oder Verrat des einen oder anderen Parteiführers.

Mancher Text liest sich so, als meinten die Autorinnen und Autoren, die Repräsentanten sozialistischer Staaten wären besser nicht nach Helsinki gegangen, als seien dem Gegner von dort aus Tür und Tor geöffnet worden. Frieden, Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa verwandeln sich in dieser Sicht aus politischer und ökonomischer Notwendigkeit in eine Sache taktischen Kalküls.

Auf die Sowjetunion wird in einer solchen Weise verwiesen, als enthöbe dies die SED weitgehend eigener Verantwortung. In dieser Sicht kann die DDR dann auch als «Homunculus aus der sowjetischen Retorte» (Pjotr Abrassimow) erscheinen, durch Stalin hervor-, durch Gorbatschow hinweggezaubert.

Die Historische Kommission meldet hier ihren Widerspruch an. Damit tut sie keineswegs die Probleme ab, sagt nur: So sind sie ihres Erachtens nicht zu lösen.

Wir brauchen Toleranz, aber keine Indifferenz. Wir brauchen Meinungsstreit, kein gleichgültiges Nebeneinander. Der «Gründungskonsens» der PDS, an den eingangs erinnert wurde, muss dabei gewahrt bleiben.

6. Zu neuem Selbstbewusstsein und zu selbstbestimmtem Handeln gelangen wir nimmer durch Ausflüchte, Abschieben von Verantwortung und das berüchtigte «Schluss mit der Fehlerdiskussion!», eher in Verantwortungsbewusstsein und mit Selbstkritik. Die allerdings möchte sich von der in der SED lange gepflegten, schon ritualisierten wesentlich unterscheiden.

EMPFEHLUNGEN FÜR DIE GESCHICHTS- ARBEIT DER PDS

VORLAGE DER HISTORISCHEN KOMMISSION
FÜR DIE SITZUNG DES PARTEIVORSTANDES
AM 14. FEBRUAR 1994

1. Die PDS unterstützt nach Kräften alle Bemühungen um eine allseitige, vorurteilsfreie, differenzierende Aufarbeitung der Geschichte der Arbeiterbewegung in allen ihren Strömungen, der Geschichte des wissenschaftlichen sowie des realen Sozialismus, der deutschen Geschichte seit 1918, insbesondere der Geschichte von DDR und BRD. Darin sowie im Studium der Erfahrungen anderer emanzipatorischer Bewegungen, eingeschlossen die in der Dritten Welt, und der Bestrebungen zum Schutze von Frieden und Umwelt sieht die PDS einen ihrer wichtigsten Beiträge für die Selbstverständigung und Standortbestimmung der Linken in Deutschland, für die Überwindung von Theoriedefiziten und die theoretische Fundierung sozialistischer Politik.

Unerlässlich und vorrangig förderungswürdig sind theoretische Studien, Diskussionen und Publikationen

- zum Umgang mit den marxistischen Kategorien der Gesellschaftswissenschaften sowie zur Begriffsbildung und zur Klärung der Kriterien für die Geschichtsschreibung über die emanzipatorischen Bewegungen und den Sozialismus,
- zur Epochenproblematik, zur weltgeschichtlichen Bedeutung der Revolutionen von 1789, 1848, 1917/18 und 1944–49, zu den gegenwärtigen und zukünftigen Erfordernissen und Möglichkeiten der globalen Revolution,
- zur Dialektik von Nationalem, Regionalem und Globalem, zur Abwehr von Nationalismus und Rassismus, zur Überwindung des Eurozentrismus, zur Fundierung internationalistisch-solidarischer Positionen,
- zur vergleichenden Betrachtung realsozialistischer Systeme (sowjetisches, volksdemokratisches, jugoslawisches, chinesisches), zur Typisierung, zur Ermittlung von Allgemeinem und von regional sowie national Besonderem,
- zur Kritik am Staatssozialismus, insbesondere in seiner deutschen Erscheinungsform, zur Analyse seiner inneren Widersprüche, vor allem der zwischen

- sozialistischen Ansprüchen, Verhaltensweisen und Verhältnissen an der Basis einerseits, dem politischen und ideologischen «Überbau» andererseits,
- zur Auseinandersetzung mit dem Konzept von «zwei deutschen Diktaturen» (NS- und SED-Diktatur), zum Vergleich zwischen dem Staatssozialismus der DDR und dem staatsmonopolistischen Kapitalismus der BRD,
 - zur weiteren Erkundung der Geschichte des Gesellschafts- und Herrschaftssystems der Bundesrepublik sowie zur kritischen Aneignung der von demokratischen und sozialistischen Kräften in der BRD gewonnenen Erfahrungen.

2. Die Arbeit von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, die der PDS angehören oder ihr nahestehen, sowie die Auswahl der durch die Partei nach Maßgabe ihrer eingeschränkten Möglichkeiten zu fördernden Forschungs- und Publikationsvorhaben sollte sich zunächst auf Themen und Probleme konzentrieren,

- die im Zentrum der politisch-ideologischen Auseinandersetzung um deutsche Zeitgeschichte stehen, in der die Gegenseite mit den Schlagworten vom Unrechtsstaat und von maroder Wirtschaft operiert, die Legende vom zwangsläufigen (40 Jahre währenden) Niedergang der DDR kolportiert und die Kriminalisierung der SED anstrebt,

- die wichtig sind für die Polemik gegen die alte und die neue Rechte, gegen eine nationalkonservative Wende, gegen jede Rücknahme von sozialen und kulturellen Fortschritten, die während der letzten Jahrzehnte in beiden deutschen Gesellschaften, sei es in kleinerem oder in größerem Maßstab, durchgesetzt werden konnten,
- die eine mehr oder minder aktuelle Bedeutung im linken Diskurs über die Alternativen sowohl zum Realsozialismus als auch zum realen Kapitalismus haben.

Besondere Bedeutung misst die PDS jenen Themen und Problemen zu, die der Aufhellung jener gesellschaftlichen Geschehnisse und persönlichen Schicksale dienen, die in der DDR vernachlässigt, verfälschend behandelt oder völlig tabuisiert wurden. Deren Erforschung und Darstellung kann Mitgliedern wie Sympathisanten der PDS auch helfen, sich der Traditionen des nicht- bzw. antistalinistischen Kommunismus sowie des demokratischen Sozialismus zu vergewissern.

Von den speziell SED-geschichtlichen Arbeiten bedürfen insbesondere jene der Förderung, die sich mit den innerparteilichen Auseinandersetzungen und Repressalien der Jahre 1948–53, 1956–58, 1965/66, 1968 und 1976 befassen, wobei sich die Aufmerksamkeit einerseits auf alternative Sozialismus-Vorstellungen richten wird, wie sie vor allem bei der Arbeitererhebung 1953 sowie in verschiedenen intellektuellen Zirkeln 1956 artikuliert wurden, andererseits auf die Rolle der ZPKK sowie der regionalen Kontrollkommissionen und ihr Verhältnis zum MfS.

Nicht minder wichtig sind empirische Forschungen und Veröffentlichungen zur Vorgeschichte der Bürgerbewegungen vom Herbst 1989 sowie zur Entstehungsgeschichte der PDS.

Historikerinnen und Historiker, die der PDS angehören oder nahestehen, sollten sich auch der Geschichte von KPD und DKP sowie anderer kommunistischer und linkssozialistischer Gruppierungen in der alten Bundesrepublik zuwenden.

3. Interessierten Genossinnen und Genossen in den Ortsverbänden und Basisgruppen öffnet sich ein weites Feld, in parallelen Arbeiten die Geschichte auch «von unten» zu erforschen. Interessen- und Arbeitsgemeinschaften auf Landes-, Kreis- und Ortsebene werden sich wohl hauptsächlich mit Regional- und Lokalgeschichte befassen und insbesondere lebens- und alltagsgeschichtliche Vorhaben fördern.

Mitglieder und Sympathisanten der PDS, die in Bildungs-, Geschichts- u. a. Vereinen tätig sind, könnten dort anregen und dabei mitwirken, dass sich Zirkel von Arbeitslosen, Vorruehständlern, Rentnern mit der Geschichte ihrer Betriebe, Orte und Wohngebiete beschäftigen, dass dort Lebensgeschichten erzählt und aufgezeichnet werden. Womöglich können sie Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen für die fachkundige Anleitung und Koordinierung solcher Arbeiten sowie für die Archivierung und Publikation der Ergebnisse nutzen. Dabei ist auch an die Aufbewahrung von Nachlässen zu denken, die unverzichtbare Quellen für derartige Forschungen sind. An all dem junge Menschen zu beteiligen, wäre sehr wichtig. Empfohlen wird, die Öffentlichkeit über derartige Forschungen regelmäßig zu informieren, über Arbeitserfahrungen auch in der Mitgliederzeitschrift «DISPUT» zu berichten und den geschichtswissenschaftlichen Zeitschriften Titellisten, Inhaltsangaben sowie Rezensionsexemplare eigener Publikationen zuzusenden.

4. Den Basisgruppen wird vorgeschlagen, während der Bildungsabende, die sie der Zeitgeschichte widmen, in den kommenden Jahren u. a. folgende Themen zu behandeln:

- Faschismus und Antifaschismus in Deutschland vom Beginn der 30er Jahre bis 1945.
- Restaurative oder revolutionäre Neuordnung? Auseinandersetzungen um den einzuschlagenden Weg 1945–48.
- Die Gründung der SED und ihre Stalinisierung 1946–53.
- Deutschland im Kalten Krieg 1948–61.
- Die zwei deutschen Gesellschaften eingangs der 60er Jahre.
- Reformansätze und -abbrüche in der DDR 1962–71.
- Die Außerparlamentarische Opposition und die gesellschaftlichen Veränderungen in der BRD der 60er und 70er Jahre.
- Die internationalen Beziehungen, das «Neue Denken» und die DDR-Außenpolitik der 80er Jahre.
- Die sowjetische Perestroika und ihr Scheitern.
- Krise und Zusammenbruch der DDR 1989/90.

- Der Anschluss der DDR an die BRD, dessen nationale und internationale Folgen.
- «DIE LINKE» in der BRD und der Platz der PDS.

Alle sachkundigen Parteimitglieder und Sympathisanten sind dazu eingeladen, sich an der Vorbereitung von Unterlagen für diese Bildungsarbeit zu beteiligen, indem sie Literaturempfehlungen und Dokumentationen zusammenstellen, Thesen und Aufsätze abfassen und diese in AG, IG und Basisgruppen, in den daran interessierten Vereinen, Zeitungen und Zeitschriften zur Diskussion stellen. Zu einem späteren Zeitpunkt könnte die Historische Kommission Autorengruppen bilden – unter Einbeziehung von kompetenten Wissenschaftlern, auch Geschichtsmethodikern und Publizisten –, die von früher veröffentlichten und neuerdings entstandenen Unterlagen her entsprechende Bildungshefte erarbeiten.

5. Kolloquien und Konferenzen sollten in den nächsten Jahren folgenden Themen gewidmet werden:

- Arbeiterbewegung und bürgerliche Demokratie in Deutschland
- Historische Aspekte der globalen Revolution
- Deutsche Großmachtspolitik einst und jetzt
- Wie marxistisch war der Marxismus-Leninismus?
- «Sozialismus in den Farben der DDR», was war das?
- Die SED und ihre Dissidenten
- Das Erbe von 1848
- Die russische Oktoberrevolution, Größe und Grenzen

Alle sachkundigen Parteimitglieder und Sympathisanten sowie die Interessen- und Arbeitsgemeinschaften der Partei sind aufgerufen, bei der Vorbereitung und Durchführung solcher Kolloquien und Konferenzen zusammenzuwirken.

6. Äußerst dringlich ist die Erarbeitung und Einführung einer Archivordnung für die beim Vorstand seit 1990 angefallenen und weiterhin entstehenden Akten sowie die Einrichtung eines Parteiarchivs.

ZUM ZUSAMMEN- SCHLUSS VON KPD UND SPD 1946

ERKLÄRUNG DER HISTORISCHEN KOMMISSION VOM DEZEMBER 1995

Im April 1996 jährt sich zum fünfzigsten Male der mit dem Vereinigungsparteitag vollendete Zusammenschluss von KPD und SPD in der sowjetischen Besatzungszone. Es war dies eines der herausragenden, die weitere Entwicklung maßgeblich bestimmenden Ereignisse deutscher Nachkriegsgeschichte.

Von den unmittelbaren Vorgängen jener Zeit trennt uns nunmehr ein halbes Jahrhundert. Die damals begründete Einheitspartei, die in Ostdeutschland eine überragende Machtstellung errang und die Hauptverantwortung für Aufstieg und Untergang der Deutschen Demokratischen Republik trägt, existiert nicht mehr. Die Mehrzahl der damaligen historischen Akteure weilt nicht mehr unter den Lebenden. Dennoch werden die Vorgänge des ersten Nachkriegsjahres auch heute in der Regel nicht als abgeschlossenes historisches Geschehen betrachtet und gewertet, sondern überwiegend gegensätzlichen aktuellen politischen Interessenlagen gemäß wahrgenommen.

Wir begegnen verklärender Rückschau – vor allem bei Befürwortern, aber auch bei Gegnern der Vereinigung –, mit der selbstkritische Analyse abgewehrt wird. Wir bemerken, wie zurückliegende historische Vorgänge benutzt werden, um Abgeordnete, Funktionäre und Mitglieder der PDS politisch auszugrenzen und ihre Politikangebote zu disqualifizieren. Wir konnten beobachten, wie Treuhandanstalt und Unabhängige Kommission zur Überprüfung des Vermögens der Parteien und Massenorganisationen der DDR Meinungen von Historikern zu den Ereignissen von 1945/1946 in den Rang von juristischen Beweisen erhoben, um diese im Streit um Immobilien einzusetzen.

Die Historische Kommission der PDS spricht sich für einen Umgang mit dem Zusammenschluss von KPD und SPD aus, der geeignet ist, die Atmosphäre im Lager der Reformkräfte zu entgiften. Das besagt: Jeder, der sich am dringend gebotenen Disput beteiligt, sollte die ganze Fülle widersprüchlicher Tatsachen zur Kenntnis nehmen

- Einzelereignisse nicht aus ihren großen historischen und internationalen Zusammenhängen herauslösen
- über die Motive aller historisch handelnden Kräfte ernsthaft nachdenken
- die eigenen geschichtstheoretischen Standpunkte und Überzeugungen immer wieder am empirischen Material überprüfen
- Wertungen historischer Vorgänge nicht eigenen politischen Vorurteilen oder Parteiinteressen unterwerfen.

Die PDS hat sich von jeglichen Bestrebungen, ein verbindliches Geschichtsbild zu setzen, unmissverständlich verabschiedet. Ist Geschichtsinterpretation im Ganzen produktiv nur pluralistisch denkbar, so gilt dies auch für die Wertung einzelner historischer Prozesse, Ereignisse und Personen. Auch in der Beurteilung der Gründung der SED kann, darf und soll es ein Spektrum von Meinungen geben. Verbietet es sich aus den genannten Gründen für die Historische Kommission der PDS, der Partei und ihren Sympathisanten eine Sichtweise auf die Gründung der SED vorzugeben, so braucht sie deshalb nicht auf ein Darlegen ihrer Auffassung zu verzichten.

Wir geben deshalb allen, die sich – von welchen Positionen und mit welchen Absichten auch immer – mit dem Zusammenschluss von KPD und SPD beschäftigen, vor allem folgendes zu bedenken:

1. Das politische Projekt einer Einheitspartei der Arbeiterklasse und des gesamten werktätigen Volkes war keine ostdeutsche Einmaligkeit und keine bloße Drapierung eines Führungs- und Machtanspruches der KPD. Das Verlangen, die mit dem Zusammenbruch der II. Internationale sichtbar gewordene Spaltung der sozialistischen Bewegung wieder zu überwinden, ist von unterschiedlichen politischen Kräften zu verschiedenen Zeiten im nationalen wie im internationalen Maßstab immer wieder zur Geltung gebracht worden. Doch gab es stets auch starke Gegenteilstendenzen. Diese wurden auf der einen Seite genährt durch die Bolschewisierung kommunistischer Parteien, ihre zunehmende Fixierung auf die sowjetrussische Außen- und Großmachtspolitik und die Rechtfertigung stalinistischer Repressalien. Andererseits wirkte der Zerfall der II. Internationale in zwei Kriegslager nach, stieß die in einigen Ländern zu verhängnisvoller Anpassungs- und Kapitulationspolitik führende Integration sozialdemokratischer oder sozialistischer Parteien in das kapitalistische System auf heftige Ablehnung. Besonders im Kampf gegen den Faschismus hatte jedoch die Idee der Sammlung und Bündelung der Kräfte der Arbeiterbewegung bis hin zu organisatorischen Zusammenschlüssen überaus an Anziehungskraft gewonnen. Das äußerte sich in zahlreichen Ländern in Erfolgen der antifaschistischen Aktionseinheit von Kommunisten und Sozialdemokraten und in mehr oder weniger weit gediehenen Vorbereitungen ihrer Vereinigung. Davon zeugte auch das Entstehen internationaler Organisationen der Gewerkschaften, der Jugendverbände, der Frauenbünde,

der Studentenvereinigungen, die vor allem von Sozialdemokraten und Kommunisten getragen wurden.

2. Der Zusammenschluss von KPD und SPD ist mithin in diesem gesamthistorischen Zusammenhang zu sehen. Den Akteuren jener Zeit sollte zugebilligt werden, dass sie mit ihrem unverwechselbaren – vor allem in den Jahren 1914 bis 1945 gewonnenen – politischen Erfahrungshorizont handelten. In Deutschland war dieser aus dem Weg der herrschenden Klassen vom Weltkrieg Nr. 1 in den Weltkrieg Nr. 2 erwachsen, aus den Halbheiten der Weimarer Demokratie und schließlich aus den Verbrechen der faschistischen Diktatur. Den Zeitgenossen waren die gravierenden Ereignisse der deutschen Arbeiterbewegung jener Jahre viel unmittelbarer als uns heute gegenwärtig: die Zustimmung der deutschen Sozialdemokratie zu den Kriegskrediten am 4. August und Karl Liebknechts Nein am 2. Dezember 1914, die Abspaltung der USPD und der Weg der Spartakusgruppe zur KPD, die Novemberrevolution mit ihren widersprüchlichen Ergebnissen, revolutionäre Umsturzversuche der Kommunisten und Koalitionspolitik der Sozialdemokraten, das am 1. Mai 1929 geflossene Blut, das übereinstimmende Stimmverhalten von Kommunisten und Nationalsozialisten im Preußenvolksentscheid des Jahres 1931, das Zurückweichen sozialdemokratischer Minister beim Papen-Staatsstreich des 20. Juli 1932. Es hatte Angebote zur Einheitsfront gegeben, mit denen die KPD die Sozialdemokratie aushebeln wollte; und es waren Angebote zurückgewiesen worden, die angesichts der nazistischen Gewaltherrschaft und zur Verhinderung des Krieges gewissenhafte Prüfung verdient hätten. Gegenseitige Bezeichnungen und zahlreiche Zusammenstöße waren noch längst nicht vernarbt. Und dennoch wollte beim Neubeginn im Frühjahr 1945 die Mehrzahl der Kommunisten und Sozialdemokraten gemeinsam einen neuen Anfang wagen. Das erwarteten auch viele der Arbeiterbewegung zugehörnde oder zuneigende Parteilose von ihnen. Es bedarf der Voreingenommenheit der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages, um jenseits dieses historischen Untergrundes, einzig anhand der Kriterien einer Totalitarismustheorie über die Gründung der SED zu urteilen und in ihr ausschließlich die Fundierung der ostdeutschen SED-Diktatur zu sehen.

3. Die Idee und die Praxis eines breiten antifaschistischen Bündnisses und der Einheit der Arbeiterklasse – repräsentiert in Einheitsgewerkschaften und einer Einheitspartei – besaß beim politischen Neubeginn im Jahre 1945 große Anziehungskraft. Das fand nicht zuletzt in sofortigen lokalen Zusammenschlüssen von Kommunisten und Sozialdemokraten seinen Ausdruck. Die Aktionsabkommen von KPD und SPD, wie sie zentral in Berlin und gleichzeitig für bestimmte Regionen und Orte – auch in den westlichen Besatzungszonen – in großer Zahl abgeschlossen wurden, fanden weithin positive Resonanz. Durch gemeinsames Handeln wurden überlebte Strukturen aufgebrochen und Grundlagen einer anti-

faschistischen Demokratie geschaffen, deren Nachhall noch heute zu spüren ist. Die Argumentation, dass die zur leitenden Kraft des antifaschistisch-demokratischen Neuaufbaus berufene Arbeiterklasse eine einheitliche Führung in Gestalt einer marxistischen Einheitspartei brauche, überzeugte viele. Die Erinnerung an den Siegeszug der in der Arbeiterbewegung konkurrenzlosen revolutionären deutschen Sozialdemokratie war noch lebendig. Allen, die der Arbeiterklasse die Mission zutrauten, Schöpfer der neuen, ausbeutungsfreien Gesellschaft zu werden, erschienen Einheitsorganisationen der Werktätigen als eine logische Konsequenz, die in der historischen Rolle dieser Klasse begründet lag.

Gleichwohl sind zeitgenössisch auch prinzipielle Einwendungen gegen einen auf solche Weise motivierten Zusammenschluss von Sozialdemokraten und Kommunisten vorgetragen worden, weil es sich um zwei unvereinbare politische Strömungen handle oder weil eine mehr gefühlsmäßig bejahte Einheit nicht dauerhaft tragfähig sei. In diesem Zusammenhang sind Warnungen ausgesprochen worden, die sich durch die spätere Entwicklung der Einheitspartei als nicht unbegründet erweisen sollten, Warnungen vor einem überwiegend taktisch angelegten Bekenntnis der KPD-Führung zur Demokratie, Warnungen vor einer Auslieferung von Arbeiterorganisationen an die Siegermacht UdSSR.

1945/1946 standen alle Politiker stark im Banne eben durchlebter schlimmer Zeiten. Sie wollten die Zukunft grundlegend neugestalten, wobei sie überwiegend zu einschneidenden Eingriffen in die ökonomischen und politischen Strukturen bereit waren. Doch entwickelten alle Richtungen ihre Politik vorwiegend in Rückgriffen auf Gesellschaftstheorien und Politikerfahrungen der vorkfaschistischen Zeit. Sehr früh trat an die Stelle antifaschistischer Gemeinsamkeit neubelebter Parteiegoismus. Im Lager der Linken wirkte dies einem unvoreingenommenen Ausloten optimaler Strukturen und Bewegungsformen entgegen. Von den Verfechtern der Einheit und später von der DDR-Historiographie ist niemals ernsthaft erwogen worden, ob die Arbeiterklasse – wie immer sie definiert wird – tatsächlich eine solche Homogenität aufweist, dass die Einheitsorganisation zu allen Zeiten das ihr Naturgemäße ist. Deshalb blieb auch der sich in den antifaschistischen Ausschüssen offenbarende basisdemokratische Impuls ungenutzt. Chancen des Handelns in pluralistischen Strukturen bei Bündelung der Kräfte in der Hauptrichtung der Bewegung und durch gemeinsame Aktionen von Fall zu Fall sind von keiner Seite ernsthaft geprüft und erprobt worden. Es bedurfte wohl der Erfahrungen mit den in der zweiten Hälfte der vierziger Jahre entstandenen Einheitsparteien, um am Ausgang unseres Jahrhunderts die Frage nach Einheit und Vielfalt linker Kräfte auf neue Weise zu stellen.

4. Gab es 1945/1946 in Deutschland einen unübersehbaren Drang zur Einheit, so gab es keine Voraussetzungen für ein wirklich freies Spiel der Kräfte, um die anstehenden Entscheidungen demokratisch und im gesamtnationalen Maß-

stab herbeizuführen. Die Tatsache, dass Deutschland ein besiegtes und besetztes Land war, in dem die oberste Regierungsgewalt bei den Besatzungsmächten lag, hat jegliches politisches Handeln in jeder Region bestimmend beeinflusst. Bei einer das politische Kräfteverhältnis so nachhaltig verändernden Frage wie Einheit oder Spaltung der Arbeiterbewegung war und ist Neutralität der Besatzungsmächte undenkbar.

4.1. Die westlichen Besatzungsmächte hatten – ungeachtet mancher gegenläufiger Tatsachen – nie Zweifel aufkommen lassen, dass eine linke Hegemonie in Nachkriegsdeutschland und in Westeuropa überhaupt ihren Interessen widersprach und zu verhindern war. Entsprechend griffen sie in die Formierung der antifaschistischen Bewegung und der Arbeiterorganisationen restriktiv ein. Da die Einheitsbestrebungen in den Westzonen außerhalb der KPD schon Ende 1945 – nicht ohne Zutun der Besatzungsmächte – wieder abebbten, lässt sich nicht ermesen, ob diese Besatzungspolitik eine unüberwindliche Barriere darstellte. Die Militärregierungen gerieten nicht in die Lage, die Gründung einer Einheitspartei auch um den Preis absoluten Verlustes an demokratischem Image mit militärisch-diktatorischen Mitteln zu unterbinden, sondern vermochten mit überwiegend dirigistischen Methoden und durch die Favorisierung ihnen genehmer Politiker ihre Besatzungsziele durchzusetzen. Ein chancengleiches freies Spiel der Kräfte hat in den Westzonen keineswegs stattgefunden.

4.2. Die sowjetische Besatzungsmacht hatte in der KPD ihre wichtigste Stütze und den deutschen Vollstrecker ihrer Besatzungsziele gesehen und nicht gezögert, diese Partei in eine exponierte Stellung zu bringen. Anhand der Erfahrungen in osteuropäischen Ländern, spätestens nach den Wahlergebnissen in Österreich und Ungarn, aber auch angesichts des Zustroms zur Sozialdemokratie in der sowjetischen Besatzungszone musste ihr klargeworden sein, dass die Kommunisten über keinen ausreichenden Einfluss verfügten, um die sowjetische Deutschlandpolitik hinreichend abzustützen, dass es dazu der Einbindung des sozialdemokratischen Potentials bedurfte. Über eine kommunistisch dominierte Einheitspartei sollte dies erreicht werden. War das Verhalten der UdSSR und ihrer Besatzungsorgane in Deutschland vorwiegend macht- und sicherheitspolitisch bestimmt, so verstanden sich zahlreiche Mitarbeiter der SMAD zugleich als Vertreter der Arbeiterbewegung. Deshalb standen neben der administrativen, mitunter repressiven, Vorgehensweise der Besatzungsmacht zugleich die historisch-theoretische Argumentation und der politisch-moralische Appell. Dies wurde dadurch begünstigt, dass sich die UdSSR als Sieger über den Faschismus damals auf dem Höhepunkt ihres internationalen Ansehens befand. Der Zentralausschuss der SPD, auch Vertreter der kommunistischen Opposition sahen ungeachtet mancher Vorbehalte in der Sowjetunion die Schutzmacht für eine so-

zialistische Entwicklung in Europa. Sie hielten es für geboten, sich im Falle eines amerikanisch-sowjetischen Konfliktes für die UdSSR zu entscheiden.

In ihrer Besatzungszone griff die UdSSR mit jener Rigorosität, mit der sie ihre Ziele generell verfolgte, auch in die Auseinandersetzungen um die Vereinigung von KPD und SPD ein, so dass eine Option gegen die Einheitspartei zugleich zum Affront gegen die Besatzungsmacht wurde. Dies schuf ein politisches Klima, in dem schwer auszumachen ist, wo für das Individuum die freie Entscheidung für die Einheitspartei aufhörte und wo Anpassung oder Gehorsam begonnen haben, wo die Zustimmung zur Einheitspartei trotz oder wo sie wegen dieser Begleiterscheinungen erfolgt ist, wo sie als Unterwürfigkeit empfunden oder wo sie als Weg zur Gewinnung von größerer Handlungsfreiheit verstanden wurde. Für die Gesellschaft war die Besatzungspolitik allgegenwärtig, für den einzelnen Kommunisten, Sozialdemokraten oder Parteilosen blieb durchaus Spielraum, sich als Mitglied in die Einheitspartei einzureihen oder ihr fernzubleiben beziehungsweise sich von ihr wieder zu lösen.

4.3. Die KPD hatte sich bei Wiederezulassung der politischen Parteien für die Sammlung der Kräfte in den vertrauten Organisationen und für die Aktionseinheit von KPD und SPD ausgesprochen. Doch bereits im Herbst 1945 ging von ihr die Initiative für einen Zusammenschluss beider Arbeiterparteien aus, wie sie überhaupt als Initiator und Organisator des Neuaufbaus und der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung in Erscheinung trat. Durch die KPD in erster Linie erfolgte die politische Mobilisierung im Vereinigungsprozess. Ihr Engagement für die Einheitspartei begründete die KPD von der marxistischen Theorie her und aus den Traditionen der Arbeiterbewegung heraus, mit der besonderen Verantwortung der Arbeiterklasse für den antifaschistisch-demokratischen Neuaufbau und für eine sozialistische Perspektive Deutschlands, mit den Erfolgen von einigen Monaten Aktionseinheit sowie mit Warnungen vor den Gefahren eines Wiederauflebens der Reaktion, die sowohl die antifaschistische Demokratie als auch die nationale Einheit bedrohte. Wie die internen Quellen belegen, reagierte sie zugleich auf den zunehmenden Einfluss und ein wachsendes Selbstbewusstsein einer SPD, die nun wiederholt gegenüber den Kommunisten auf Distanz ging. Die öffentlich vorgetragenen Argumente der KPD verdeckten manche taktischen und machtpolitischen Kalküle der Führung der KPD. Ihre Wirkung verfehlten sie auf breite Kreise der Werktätigen indes nicht, denn sie waren in vieler Hinsicht aus realen historischen und zeitgenössisch-aktuellen Erfahrungen geschöpft. Belastungen und Beschädigungen der ursprünglich überwiegend positiv aufgenommenen Idee und Praxis der Einheit erwachsen aus drei Elementen kommunistischer Politik, wengleich diese oft erst Jahre später in vollem Umfange deutlich wurden. Erstens war die KPD aus den Traditionen der Komintern heraus in einem Maße auf die KPdSU(B), auf die UdSSR und mithin auch auf die sow-

jetische Besatzungspolitik fixiert, dass sie nicht wahrhaben konnte und wollte, wie sehr das Handeln des «ersten sozialistischen Staates der Welt» von russischen Großmachtinteressen bestimmt war. Für die Führung der KPD erschien es nicht vorstellbar, bei unvermeidlichen Interessenkonflikten originäre Anliegen der deutschen Werktätigen gegenüber der Besatzungsmacht offen und aktionsorientiert zu vertreten. Auch in Bezug auf die Einheitspartei bedurften alle ihrer wesentlichen Schritte zumindest der Billigung durch die sowjetische Partei- und Staatsführung. Zweitens hatte die KPD in ihrer Spitze und in ihrer Mehrheit trotz verheißungsvoller Vorsätze und Anläufe kein durchgreifend und dauerhaft erneuertes Verhältnis zur Demokratie gefunden, zur Demokratie als Grundwert, unabdingbar für den Sozialismus und auch innerhalb der eigenen Organisation. Zwar sind ihre Bemühungen nicht abzuspochen, wie sie in dem Konzept von einem besonderen deutschen Weg zum Sozialismus kulminierten, doch wurde die Partei schließlich und endlich immer wieder von der eigenen Vergangenheit eingeholt. Darunter litt auch die Konsensfähigkeit in der Bündnispolitik wie die Fähigkeit der KPD, auf den sozialdemokratischen Partner in erforderlicher Weise einzugehen. Drittens lasteten auf der Führung der KPD die Stalinschen Repressalien, denen auch zahlreiche deutsche Antifaschisten zum Opfer gefallen waren. Dies war ein wesentlicher – von kommunistischer Seite allerdings nie akzeptierter – Grund, weshalb ihre Einheitsfrontangebote auch nach 1933 überwiegend auf Ablehnung gestoßen waren. Selbst wenn die KPD-Führung gewollt hätte, so bestand allerdings gerade 1945/1946 die geringste Chance, dieses trübe Kapitel in der Geschichte der kommunistischen Bewegung zu bereinigen. Denn die Alliierten hatten jegliche Kritik an jedweder Siegermacht verboten, und die Präsenz der Stalin verpflichteten sowjetischen Apparate in Ostdeutschland schloss bereits ein Benennen, geschweige denn eine Anklage stalinistischer Verbrechen absolut aus. Das musste sich für die Einheitspartei als schwere Hypothek erweisen.

4.4. Die SPD hatte ebenfalls allen Grund zu selbstkritischer Aufarbeitung ihres seit 1914 zurückgelegten Weges. Die Burgfriedenspolitik während des Ersten Weltkrieges, die unausgeschöpften Möglichkeiten der Novemberrevolution und die Demokratie-Defizite der Weimarer Republik waren von ihr wesentlich mitzuverantworten. Das waren jedoch für ihre Führungskräfte im ersten Nachkriegsjahr kaum Themen. Zu dem Zeitpunkt, als das Einheitsparteiprojekt praktisch wurde, war die deutsche Sozialdemokratie de facto bereits nach Besatzungszonen aufgespalten, mit zwei Führungszentren: dem Zentralkomitee in Berlin und dem Büro der Westzonen in Hannover. Wesentlicher Dissenzpunkt zwischen beiden war die Stellung zu den Kommunisten und zur Einheitspartei der Arbeiterklasse – schroff und unflexibel ablehnend das Büro der Westzonen und die sich vor allem in den Berliner Westsektoren organisierende Opposition; prin-

zipiell bejahend, aber Vorbedingungen stellend, zeitweise manövrierend und bremsend die Mehrheit des Berliner Zentralausschusses.

Die Folge war, dass die Entscheidungen über Programm, Politik und Organisation der Einheitspartei, über den Vollzug der Vereinigung nicht im Rahmen des in ganz Deutschland vorhandenen politischen Kräfteverhältnisses fielen, sondern einerseits unter den kommunistisch-dominierten Bedingungen der sowjetischen Besatzungszone und andererseits unter den konfliktgeladenen Verhältnissen und Rivalitäten der Viersektoren-Stadt Berlin. Damit war die Möglichkeit vergeben, mit und innerhalb einer gesamtdeutschen vereinigten Partei der Arbeiterklasse das sozialdemokratische Potential seiner Bedeutung und seinem Einfluss entsprechend zur Geltung zu bringen. Da in der Sozialdemokratie eine selbstkritische Bestandsaufnahme der eigenen Politik zwischen 1914 und 1945 unterblieb, standen nachdenkliche Sozialdemokraten vor der Alternative: Rückkehr in die alten Geleise oder Neubeginn mit einer Einheitspartei, selbst wenn diese kommunistisch dominiert war.

Es fällt auf, dass das Einheitsparteiprojekt in der sowjetischen Besatzungszone und in Berlin von sozialdemokratischen Gegnern einer Fusion nur selten frontal angegriffen worden ist. Einer Debatte über die im Entwurf der Grundsätze und Ziele der SED enthaltene Programmatik und die im Entwurf des Parteistatuts niedergelegten Organisationsprinzipien der Einheitspartei haben sie sich nicht gestellt. Vielmehr nahmen sie Anstoß am Zeitpunkt, am Tempo, an den Konditionen des Zusammenschlusses. Dies ist ein Indiz dafür, dass die Idee der Einheit auch unter Sozialdemokraten im Grundsätzlichen zahlreiche Anhänger hatte.

4.5. Kaum zum Zuge kamen die zwischen KPD und SPD angesiedelten kritischen Potentiale der Arbeiterbewegung, wie sie sich in der KPD(Opposition), in der Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP), im Internationalen Sozialistischen Kampfbund (ISK) oder anderen Gruppierungen organisiert hatten. Obwohl Vertreter dieser Richtungen in den Mitte 1945 auf lokaler Ebene entstandenen Einheitsorganisationen oder beim Zustandekommen von Aktionsausschüssen oft eine herausragende Rolle gespielt hatten, wurden sie bald von den Stammparteien SPD und KPD aufgesogen, wozu eine durch die Besatzungsmächte gesteuerte Parteilizenzierung das Ihre beitrug. Der produktive, ausgleichende Impuls für eine Einheitspartei, wie er gerade von diesen Kräften erhofft werden durfte, kam nicht zum Tragen. Im Gegenteil, schon bald setzte in der SED nicht nur die Ausgrenzung, sondern auch die Verfolgung von tatsächlichen oder vermeintlichen Vertretern dieser Gruppierungen ein. In der SPD blieb diesen Arbeiterfunktionären meist nur die Wahl zwischen Resignation oder Kollision.

5. Im Spannungsfeld des besiegten und besetzten Deutschlands und angesichts konkurrierender politischer Kräfte erwachsen unterschiedliche Haltun-

gen zur Einheitspartei und gegensätzliche Betroffenheiten der am Geschehen Beteiligten. Die unmittelbar – wenngleich mehr oder weniger intensiv – einbezogenen Männer, Frauen und Jugendlichen zählten nach Hunderttausenden. Es ist indes ein Trugschluss anzunehmen, dass sich die SED überwiegend aus vor 1933 entweder in der KPD oder in der SPD organisierten Mitgliedern rekrutiert habe. Das Gegenteil war der Fall. Schon zur Jahreswende 1945/1946 bestanden in der sowjetischen Besatzungszone KPD wie SPD in der übergroßen Mehrzahl aus Mitgliedern, die sich erst nach 1945 einer politischen Partei angeschlossen hatten. Das gilt allerdings weit mehr für die KPD als für die SPD, die in ihrem Bestand ein höheres Maß an Kontinuität verkörperte. Für die Masse der künftigen Mitglieder der Einheitspartei war mithin eine Option für den Zusammenschluss von KPD und SPD nicht oder nur bedingt mit Erhalt oder Preisgabe einer kommunistischen beziehungsweise einer sozialdemokratischen Identität verbunden.

Deshalb finden wir unter den am Zusammenschluss von KPD und SPD beteiligten Menschen die unterschiedlichsten Verhaltensweisen oder Betroffenheiten: freudig überzeugtes, durch Klassenbewusstsein bestimmtes Engagement für die Einheitspartei; rational abwägendes, politisch-motiviertes Bejahen dieser Vereinigung; Mitläufertum im Vertrauen auf die Entscheidungen der Führungen; Zweifel, aber auch das Verdrängen von Zweifeln, opportunistisches Einschwenken in einen für unvermeidlich gehaltenen Gang der Ereignisse; Widerstand gegen eine für verfrüht oder für verfehlt gehaltene Fusion, aber auch die Aufgabe dieses Widerstandes angesichts massiver ideologischer Umwerbungen oder auch unter politischem Druck; abgetroztzte Teilnahme an der Einheitspartei durch indirekte oder direkte Ankündigung von Benachteiligungen wie auch durch korpumpierende Versprechungen; das Ausschalten von Einheitsgegnern, was für manche Betroffene ein schlimmes Schicksal bedeutete.

Verantwortungsbewusste Forschung und ausgewogene Bewertung sollten danach fragen, inwieweit derartige Verhaltensweisen und Betroffenheiten als typisch anzusehen sind und in welchem Verhältnis sie zueinander gestanden haben.

6. Viele Diskussionen um Freiwilligkeit oder Zwang beim Zustandekommen der Einheitspartei wären hinfällig, wenn dem Zusammenschluss von KPD und SPD ein Votum der Gesamtmitgliedschaft vorausgegangen wäre. Eine Urabstimmung war im Frühjahr 1946 nicht nur in Berlin, sondern auch in verschiedenen Städten der sowjetischen Besatzungszone – mitunter auch von Mitgliedern der KPD – gefordert worden. Doch widersprach der eingeschlagene Weg der Entscheidung durch Delegierte auf Konferenzen und Parteitagen keineswegs den Traditionen der politischen Arbeiterbewegung in Deutschland. Das Standardbeispiel Berliner Urabstimmung reicht nicht aus, um die Frage nach Zwang oder

Freiwilligkeit beim Zustandekommen der SED überzeugend zu entscheiden. Denn in Berlin bestand eine spezifische, mit anderen Regionen nicht gleichsetzbare politische Situation. Die Daten dieser Abstimmung verlieren an Beweiskraft als überragendes Votum gegen die Einheitspartei, wenn sie nicht lediglich auf die Abstimmungsteilnehmer, sondern auf die Gesamtzahl der Mitglieder der SPD in den Berliner Westsektoren oder gar auf die Gesamtzahl der Berliner Sozialdemokraten bezogen werden. Die Frage «Bist Du für den sofortigen Zusammenschluss der beiden Arbeiterparteien?» verneinten bei der Urabstimmung vom 31. März 1946 zwar 82,3 Prozent der Abstimmungsteilnehmer, doch repräsentierten diese nur 47,7 Prozent der SPD-Mitglieder der Berliner Westsektoren und 28,6 Prozent der SPD-Mitglieder Groß-Berlins. Demgegenüber wurde die Frage «Bist Du für ein Bündnis beider Arbeiterparteien, welches gemeinsame Arbeit sichert und den Bruderkampf ausschließt?» nur von 24,8 Prozent der Abstimmungsteilnehmer verneint, die 14,4 Prozent der SPD-Mitglieder der Berliner Westsektoren und 8,6 Prozent der SPD-Mitglieder Groß-Berlins ausmachten. Was die Ergebnisse der Urabstimmung unanfechtbar belegen, ist erstens die Tatsache, dass in Berlin große Teile der Sozialdemokraten dem Zentralaussschuss die Gefolgschaft aufgekündigt hatten und den von ihm eingeschlagenen Weg in die Einheitspartei nicht mitgehen wollten. Zweitens weisen sie aus, dass selbst diese Sozialdemokraten mehrheitlich eine Neuauflage des «Bruderkampfes» zwischen SPD und KPD ablehnten und ein Zusammengehen beider Parteien erwarteten. Das Votum für Gemeinsamkeit trotz vorhandener Differenzen ist von den Initiatoren der Urabstimmung zu keiner Zeit als Richtschnur politischen Handelns respektiert worden.

Wenn Urabstimmungen das zuverlässigste Mittel sind, um den Willen der Betroffenen zweifelsfrei zu erkunden, ergibt sich die Frage, warum im Anschluss- und Vereinigungsprozess des Jahres 1990 nicht davon Gebrauch gemacht wurde. Weder den Fusionen der CDU (Ost) wie der DBD mit der bundesdeutschen CDU und der LDPD wie der NDPD mit der FDP noch dem Aufgehen der SPD (Ost) in der westdeutschen Mutterpartei sind Urabstimmungen vorausgegangen, in der Regel nicht einmal der SED-Gründung vergleichbare Parteitagsbeschlüsse. Im Rahmen des DGB entscheiden heute Delegierte ohne Urabstimmung über Auflösung und Fusionierung von Industriegewerkschaften. Die SED vermochte nach ihrer Gründung einen enormen Zuwachs an Mitgliedern zu erzielen, den bundesdeutschen Parteien haben vereinnahmte Mitglieder in Scharen den Rücken gekehrt.

7. Es dürfte der Wahrheit am nächsten kommen und dem politischen Klima in Deutschland am dienlichsten sein, wenn aus den vielfältigen und widersprüchlichen Tatsachen, von denen die Gründung der SED begleitet war, gefolgert wird: Eine bedeutende Minderheit trat überzeugt und engagiert für die Einheitspartei

ein. Eine beachtliche Minderheit, die sich vor allem aus langjährigen Sozialdemokraten rekrutierte, hatte erhebliche Vorbehalte oder war strikt gegen einen Zusammenschluss mit der KPD. Die Mehrheit war bereit, ihren Führungen zu vertrauen, zumal das Einheitsparteiprojekt auf sie eine solche Anziehungskraft ausübte, dass Bedenken vielfach in den Hintergrund traten. Die Programmatik wie das Parteistatut der SED trugen diesem Gründungskonsens in beachtlichem Maße Rechnung, die Parität bei der Besetzung der Parteifunktionen wirkte vertrauensstiftend, wenngleich in der Realität eine kommunistische Dominanz von Anfang an nicht zu übersehen war.

8. Es hat beim Zusammenschluss von KPD und SPD zweifellos Zwänge gegeben. Nicht wenige der Akteure des Jahres 1945/1946 haben den «Irrweg» der Deutschen in der ersten Hälfte unseres Jahrhunderts, die Notwendigkeit einer grundlegenden Wende deutscher Geschichte sowie die organisatorische Zusammenfassung aller linken Kräfte für den demokratischen Neuaufbau und für eine sozialistische Perspektive als gebieterischen objektiven Zwang empfunden. Sie wollten unbedingt die Spaltung der Arbeiterbewegung beenden – und sei es mit einer massiven, in mancher Hinsicht fragwürdigen Kampagne für die Einheitspartei. Der Zusammenschluss von KPD und SPD war mit einer intensiven politischen, organisatorischen und ideologischen Mobilisierung verbunden, vollzog sich in hohem Tempo und bot in der sowjetischen Besatzungszone Befürwortern und Gegnern der Fusion keine Chancengleichheit. Nach allem, was in Deutschland vorher an reaktionären Tatsachen geschaffen worden war, was sie an Krieg und Massenmord erlebt hatten, konnten allerdings viele Anhänger der Einheitspartei darin nichts Schlimmes erblicken. Gegner der Vereinigung sahen sich hingegen unter Druck gesetzt, und auch manche Befürworter der Einheitspartei hätten lieber andere Abläufe und Fristen vorgezogen. Die Führung der KPD und auch zahlreiche kommunistische Funktionäre vor Ort hatten keine Bedenken, sich der bevorzugten Stellung zu bedienen, die ihnen von der Besatzungsmacht eingeräumt worden war – bei der Besetzung von Funktionen, in der materiellen Ausstattung der politischen Arbeit, bei der Isolierung oder Diffamierung politischer Gegner. Auch die Mehrheit des Zentralausschusses der SPD ging, nachdem sie sich grundsätzlich für die Einheitspartei entschieden hatte, mit Ausschlüssen gegen die Opposition vor.

Durch die sowjetische Besatzungsmacht kam ein breitgefächertes Instrumentarium zum Einsatz: Umwerben von Sozialdemokraten, Appelle an ihr Klassenbewusstsein, Berufungen auf die Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung, demonstratives Vorhalten der Erwartungen der Besatzungsmacht, Versammlungsverbote, Zensur der Presse, Vorladungen bei den Besatzungsbehörden, Ablösung einzelner Funktionäre, Androhung von Gewaltmaßnahmen. Es kam zu Inhaftierungen und Aburteilungen durch Militärgerichte. Diese konnten, muss-

ten aber nicht, in ursächlichem Zusammenhang mit der Stellung der Betroffenen zur Einheitspartei stehen. Die schlimmsten Repressionen setzten in den folgenden Jahren ein und hingen nicht monokausal mit der SED-Gründung zusammen. Überwiegend als Maßnahmen im Kalten Krieg begründet, trafen sie in vielen Fällen Arbeiterfunktionäre, häufig Sozialdemokraten, jedoch auch Westemigranten der KPD und Vertreter oppositioneller kommunistischer Gruppierungen, der SAP und anderer Organisationen. Zunehmend waren später auch die Zentrale Parteikontrollkommission der SED sowie Organe der DDR beziehungsweise deren Vorläufer an derartigen Verfolgungen beteiligt.

Zwängen waren auch die Vorkämpfer einer Einheitspartei in den Westzonen ausgesetzt. Die dortige SPD-Führung drohte ihnen mit Ausschluss. Von den Besatzungsmächten wurden sie mit vielfältigen Ausgrenzungen und repressiven Maßnahmen belegt. Hier reichte das Instrumentarium von Benachteiligungen beim Zulassen von Parteien und Gewerkschaften, bei der Lizenzierung und Zensurierung der Presse über die Bevorzugung politisch genehmer Personen für die deutschen Auftragsverwaltungen und Länderregierungen bis hin zu direkten Einmischungen in Angelegenheiten der deutschen Arbeiterbewegung. Organisationskomitees der SED wurden verboten. In den Westzonen ansässige Mitglieder des Parteivorstandes der SED wurden aufgefordert, ihre Funktion niederzulegen oder ihren Wohnsitz zu wechseln. Es kam zu Verhaftungen vor allem kommunistischer Funktionäre. Bereits im April 1948 wurde ein Verbot der KPD erwogen.

Angesichts der Vielfalt und Widersprüchlichkeit der Vorgänge um den Zusammenschluss von KPD und SPD sind jegliche vereinfachenden, zu parteiisch aufgeladenen Kurzformeln geronnenen Wertungen abzulehnen. Mögen sie «Erfüllung der Sehnsucht aller Werktätigen» oder «Zwangsvereinigung» lauten.

9. Trotz schwerwiegender negativer Begleitumstände des Zustandekommens der SED trug die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands zunächst überwiegend den Charakter einer linkssozialistischen Volkspartei. Sie zählte zum Zeitpunkt ihrer Gründung in Ostdeutschland knapp 1,3 Millionen Mitglieder, die annähernd zu gleichen Teilen über die KPD und über die SPD in die Einheitspartei gelangt waren. Im ersten Jahr ihres Bestehens schlossen sich dieser Partei täglich im Schnitt 1200 Männer, Frauen und Jugendliche an. 1947 gehörte in den Ländern der sowjetischen Besatzungszone jeder 4. Industriearbeiter, jeder 3. Angestellte, jeder 16. Land- und Forstarbeiter, jeder 10. Bauer, jeder 7. Handwerker und Gewerbetreibende, jeder 7. Ingenieur oder Techniker und jeder 3. Lehrer der SED an. Die zahlenmäßige Stärke und das von der SED 1946 erzielte Wahlergebnis zeugen von einer beträchtlichen Akzeptanz dieser Partei.

Das Gegenwartsprogramm der SED enthielt antifaschistisch-demokratische Forderungen, in denen Kommunisten und Sozialdemokraten von Anfang an in ho-

hem Maße übereingestimmt hatten und die im Osten Deutschlands bereits in beträchtlichem Maße verwirklicht waren. Ihre knappgehaltenen programmatischen Aussagen über den Sozialismus wiesen große Verwandtschaft zum Erfurter Programm der deutschen Sozialdemokratie von 1891 auf und orientierten auf einen deutschen Weg zum Sozialismus. Dem Parteistatut nach war die SED eine demokratisch strukturierte Partei, die allen nichtnazistischen Werktätigen offenstand, in der Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozesse von unten nach oben zumindest statuarisch möglich waren. Die Partei kannte keine Kandidatenzeit, keine Parteiüberprüfungen und -säuberungen, keine Kontrollkommissionen, kein Politbüro und keinen Generalsekretär. Die zugesicherte Parität von Kommunisten und Sozialdemokraten in der Besetzung aller Wahlfunktionen und Parteiämter war formell weitgehend gewährleistet. Gleichwohl wurden in der SED auf nahezu allen Ebenen Funktionäre tonangebend, die ihre politische Prägung durch die Komintern erfahren hatten. Deren Dominanz erwuchs vor allem aus ihrer enormen politischen Energie, aus ihrem Umgang mit politischen Apparaten, besonders auf dem Felde der Kaderpolitik, aus ihrer Nähe zur sowjetischen Besatzungsmacht. Zugleich lassen sich in der Geschichte der SED, besonders an Schnittpunkten politischer Auseinandersetzungen, immer auch das Wirken oder der Nachhall einer von sozialdemokratischen Traditionen gespeisten politischen Praxis wie auch von demokratisch-kommunistischen Traditionen ausmachen, wie sie im Lebenswerk Rosa Luxemburgs ihren reifsten Ausdruck gefunden hatten.

Die 1948 im Zeichen des Kalten Krieges forciert einsetzende Ausrichtung der SED nach dem Vorbild der stalinistischen KPdSU(B) war zwar zu einem gewissen Grade durch die Schlüsselpositionen von Kominternfunktionären und Sowjetemigranten in der SED vorbereitet und vorbestimmt, nichtsdestoweniger markierte sie einen unübersehbaren Bruch in der Entwicklung der Einheitspartei. Die SED nahm eine Art Doppelcharakter als Massenpartei und Kaderpartei neuen Typs an. Dieser Widerspruch begleitete die SED in ihrer weiteren Existenz und äußerte sich unter anderem in einem kritischen Potential gegenüber der Politbürokratie der DDR. Anders wäre deren Sturz im Jahre 1989 auf friedliche Weise nicht vorstellbar und gleich gar nicht vollziehbar gewesen.

10. Die im April 1946 vollzogene Gründung der SED hat die bis dahin im wesentlichen übereinstimmende Parteienlandschaft in Deutschland gravierend verändert und polarisiert. Das wurde und wird oft als erster Schritt der Zerreißung Deutschlands hingestellt. Nicht nur im Bewusstsein der Gründer dieser Partei, auch der Sache nach war er das gewiss nicht. Denn geführt von der SED sollten im Osten Deutschlands gesellschaftliche Veränderungen erreicht werden, die auf ganz Deutschland ausstrahlten. Die Einheitspartei sollte in der sowjetischen Besatzungszone zwar ihren Ausgangspunkt, nicht aber ihren Endpunkt

haben, sie wollte auf den deutschen Westen übergreifen. Ein Friedensvertrag mit Deutschland, eine Aufhebung oder Zurücknahme der Besatzungszonen, Bewegungsfreiheit für alle Parteien in ganz Deutschland hätten die SED nicht nur mit ganz anderen Bedingungen ihres Wirkens konfrontiert und in neue politische Konkurrenzsituationen gebracht, sondern auch ihre innere Entwicklung nachhaltig beeinflusst. 1947 zeichnete sich im Umfeld der Moskauer Außenministerkonferenz die Möglichkeit der Zulassung gesamtdeutscher Parteien ab, was auch für die SPD neue Betätigungsmöglichkeiten in der sowjetischen Besatzungszone erschlossen hätte. Das Scheitern solcher Bestrebungen kann nicht primär der SED angelastet werden; denn diese war damals für eine gesamtdeutsche Verfassungsdebatte, für gesamtdeutsche Parteien und für eine gesamtdeutsche Repräsentanz gegenüber den Siegermächten. Es war Kurt Schumacher, der eine erforderliche sozialdemokratische Initiative strikt ablehnte.

11. Es gibt sehr zu denken, wenn im Jahre 6 der deutschen Einheit erneut eine Rückkehr zu simplen, emotional aufgeladenen Bildern des Kalten Krieges zu beobachten ist. Denn vor einem Jahrzehnt waren Historiker in Ost und West bereits einmal soweit aufeinander zugegangen, dass die einen die mit dem Zusammenschluss von KPD und SPD verbundenen Konflikte stärker wahrnahmen und die anderen den verbreiteten Drang zur Einheit nicht mehr generell in Abrede stellten. Die Umkehr dieses Trends lässt sich nur damit erklären, dass die Bewertung der historischen Ereignisse des Jahres 1946 erneut politisch besetzt worden ist. Sie wird als Karte im tagespolitischen Konkurrenzkampf der Parteien und im Ringen um Wählerstimmen ausgespielt. Letztlich soll selbst der Gedanke an mögliche Alternativen zu dem im deutschen Westen beschrittenen Weg gebrandmarkt werden. Solcher Umgang mit Geschichte aber steht nicht nur der Suche nach historischer Wahrheit entgegen, sondern auch einem Zusammenwachsen der Deutschen in Ost und West, einer Aussöhnung der früheren Gegner in den beiden Lagern des Kalten Krieges.

Für alle, welche die gegenwärtige konservative Hegemonie in Deutschland und in Europa und die Monopolstellung profitorientierter Kapitalmagnaten brechen möchten, kann das Ersetzen einer genauen Analyse durch althergebrachte Vorurteile und neubelebte Klischees nur ein Unterwerfen unter die Meinungsführerschaft jener konservativen und antisozialistischen Kräfte bedeuten, die nichts so sehr fürchten, wie die parteiübergreifende Formierung der Kräfte für eine Reformalternative. Die Historische Kommission der PDS empfiehlt deshalb allen Mitgliedern und Sympathisanten der Partei des Demokratischen Sozialismus, allen historisch und politisch interessierten Bürgern einen verantwortungsbewusst kritischen Umgang mit der Geschichte im allgemeinen und der Geschichte des Zusammenschlusses von KPD und SPD im Besonderen. Das ist weder aus der bloßen Erinnerung heraus, noch ausschließlich anhand der schriftlichen

Überlieferungen möglich. Sollten die Zeitgenossen die in den letzten Jahren erstmals veröffentlichten authentischen Quellen zur Kenntnis nehmen, so sollten die Nachgeborenen die Motivationen und Entscheidungen der damaligen Akteure ernstnehmen. Noch immer wissen wir weit mehr über die Vorgänge in den Chefetagen als über die Befindlichkeiten und Verhaltensweisen von Hunderttausenden Mitgliedern an der Basis. Noch immer ist das Bild über die SED-Gründung überwiegend von den Vorgängen in Berlin geprägt. Lokal- und regionalgeschichtliche Untersuchungen haben an Bedeutung nichts verloren. Sie sind eher dringlicher geworden, weil die Möglichkeit, Zeitzeugen zu befragen, nicht mehr lange gegeben sein wird.

12. Die Historische Kommission der PDS warnt davor, sich in historischen Fragen – von wem und unter welchem Vorwand auch immer – Ultimativen stellen zu lassen. Die Tatsachen zu erhellen und zu bewerten, ist Sache historischer Forschung. Sich ein Urteil zu bilden, ist das Recht jedes Parteimitgliedes und jedes Bürgers dieses Landes. Unakzeptabel ist es hingegen, Entscheidungen über politisches Vorgehen, über Bündnisse oder Koalitionen von Be- oder Verurteilungen historischer Vorgänge abhängig zu machen, die ein halbes Jahrhundert zurückliegen. Dies beschädigt sowohl das politische Profil und die Glaubwürdigkeit derjenigen, die solche Ansinnen stellen, als auch derjenigen, die auf solche Ansinnen eingehen. Dies kann weder im Interesse eines fortwirkenden produktiven Umgangs mit Geschichte liegen noch der politischen Kultur in diesem Lande dienlich sein. Zudem bleibt bei solchen Ansinnen in der Regel unberücksichtigt, dass negative Erscheinungen im Werden und Wachsen der SED auch von zahlreichen früheren Funktionären und Mitgliedern der SPD mitzuverantworten sind.

Kein Christ muss sich von Inquisition und Militärkirche öffentlich distanzieren, bevor er sich in eine Allianz für gesellschaftliche Erneuerung einreihen darf. Kein Sozialdemokrat muss sich zuvor für die Bewilligung der Kriegskredite im Jahre 1914, für die Ohnmacht der Weimarer Republik oder für das Abhängen der ostdeutschen Bevölkerung auf dem Wege in die Bundesrepublik entschuldigen, bevor er politisch bündnisfähig ist. Kein Vertreter der Bürgerbewegung braucht öffentlich zu bekunden, wie und warum er die ostdeutsche Bevölkerung nicht nur aus den Zwängen der «realsozialistischen» Gesellschaft herausgeführt, sondern zugleich in die Zwänge einer sich zunehmend militarisierenden und entsolidarisierenden kapitalistischen Marktwirtschaft hineingeführt hat, wenn er sich heute nach Mitstreitern für die Durchsetzung sozialer oder ökologischer Ziele umsieht. Kein PDS-ler kann verpflichtet werden, sich erst Pauschalverurteilungen, wie sie uns in Begriffen wie «Zwangsvereinigung» oder «SED-Unrechtsstaat» entgegen-treten, zu eigen zu machen, ehe er Anspruch auf politische Gleichberechtigung hat. Der notwendigen kritischen und selbstkritischen Auseinandersetzung mit

Geschichte und dabei nicht zuletzt mit dem Zustandekommen der SED stehen jedwede ultimativen Forderungen oder Erwartungen nur im Wege.

Die Historische Kommission der PDS empfiehlt stattdessen: Nicht schweigen, wenn Geschichte und Politik auf unzulässige Weise vermischt werden. Alle, die erfreulichen wie die unbequemen und beschämenden historischen Tatsachen zur Kenntnis nehmen. Nichts beschönigen, aber auch einem antikommunistischen und antisozialistischen Zeitgeist keinen Tribut zollen. Sich über eigenes Mittun und eigene Verantwortung klarwerden. Offen sein für die Sichtweisen aller, denen die Zukunft der Linken am Herzen liegt, aber jene zurückweisen, die uns in die ideologischen Schützengräben des Kalten Krieges zurückzerren möchten. Auch in der Auseinandersetzung mit Geschichte nach vorn blicken.

DIE DOPPEL- BIOGRAPHIE DER BUNDESREPUBLIK – ZUM PHÄNOMEN DER DEUTSCHEN ZWEISTAATLICHKEIT

THESENPAPIER DER HISTORISCHEN KOMMISSION
VOM 6. MÄRZ 1999

Anlässlich der 50. Jahrestage der Gründung der BRD und der DDR hat der Sprecherrat der Historischen Kommission beim Parteivorstand der PDS am 6. März 1999 das folgende Diskussionspapier verabschiedet, das von Jürgen Hofmann erarbeitet und in der Historischen Kommission am 4. Februar 1999 beraten wurde: In diesen Tagen und Wochen bereitet sich die Bundesrepublik Deutschland auf ihren fünfzigsten Geburtstag vor. Das ist Anlass zur Rückschau auf den Gründungsakt, der letztlich zur Weichenstellung für die deutsche Staatlichkeit und die deutsche Gesellschaft am Ausgang unseres Jahrhunderts wurde. Dabei gerät leicht aus dem Blickfeld, dass zur Biographie der Bundesrepublik mittlerweile auch die Geschichte des zweiten deutschen Staates gehört, der sich als Alternative verstand. Das Scheitern der Deutschen Demokratischen Republik und ihr Beitritt zur Bundesrepublik vor einem knappen Jahrzehnt macht reichlich vier Jahrzehnte deutscher Zweistaatlichkeit nicht ungeschehen. Inzwischen wird kaum noch ernsthaft bestritten, dass die DDR-Gesellschaft als Sozialisationszusammenhang und zeitgeschichtlicher Erfahrungswert den Staat, der sie hervorgebracht hat, wenigstens partiell überdauerte. Deshalb ist es für die Gesellschaft der Bundesrepublik abträglich, dieses Erbe zu ignorieren, auch wenn es aus der Sicht maßgeblicher Eliten ein ungeliebtes sein sollte. Im staatlich wiedervereinigten Deutschland treffen zwei Stränge deutscher Nachkriegsentwicklung zusammen. Sie münden beide in aktuelle Prozesse und politische Konstellatio-

nen und gehören somit zur historischen Substanz der heutigen Bundesrepublik, unabhängig davon, wie sie im Einzelnen bewertet und gewichtet werden.

Die mehr als vier Jahrzehnte währende deutsche Zweistaatlichkeit ist nur aus einem Geflecht von inneren wie äußeren Ursachen und Bedingungen zu erklären. Einseitige Schuldzuweisungen oder das bloße Wiederholen zeitgenössischer, den Denkschablonen des Kalten Krieges verhafteter Beschreibungen und Bewertungen werden der Tragweite und Widersprüchlichkeit der Vorgänge nicht gerecht. Nahezu unstrittig dürfte der Anteil der Besatzungsmächte an der deutschen Teilung sein. Da sich der Konsens der Anti-Hitler-Koalition nicht ohne weiteres in die Nachkriegszeit verlängern ließ, mussten konträre machtpolitische Interessen sowie ordnungspolitische Vorstellungen zwangsläufig stärkeren Einfluss auf die deutsche Nachkriegsentwicklung gewinnen. Die Einteilung Deutschlands in Besatzungszonen nahm die deutsche Teilung vorweg, weil ein Kompromiss der Siegermächte zur deutschen Frage ausblieb. Die Entscheidung für eine staatliche Reorganisation der Westzonen Deutschlands fiel bereits ein Jahr nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Die programmatische Rede des US-Außenministers Byrnes in Stuttgart 1946 setzte dafür ein öffentliches Zeichen. Die Ausgrenzung der sowjetischen Besatzungszone wurde bewusst in Kauf genommen.

Die deutsche Teilung ist aber ebenso ein Resultat innerer Auseinandersetzungen zwischen politischen und sozialen Kräften in Deutschland, deren Wurzeln und Anfänge bis in die Weimarer Republik und in die Zeit des Deutschen Kaiserreiches zurückreichen. Nach der deutschen Kriegsniederlage im zweiten Weltkrieg und nach der Zerschlagung des Faschismus von außen stellte sich gebieterisch die Frage: Was kommt nach Hitler? Die von den unterschiedlichen politischen Gruppierungen gegebenen Antworten erwiesen sich als ordnungspolitische Richtungsentscheidungen. So polarisierten sich frühzeitig die politischen und sozialen Kräfte. Auf dem Boden der Zoneneinteilung und angesichts der zusehends voneinander abweichenden Besatzungspolitik bildeten sich bald unterschiedliche Verhältnisse, Entwicklungsbedingungen und Konstellationen in Ost und West heraus. Begünstigt wurde dies durch den Verlust gesamtstaatlicher und nationaler politischer Strukturen. Die politischen Kräfte in Deutschland vermochten es nicht, über parteipolitische Schranken hinweg nationale Minimalforderungen zu formulieren und den Anspruch auf eine zentrale deutsche Verwaltung und einen Friedensvertrag gemeinsam geltend zu machen.

Weder in West noch in Ost konnte es eine bloße Neuauflage der Weimarer Republik geben. Die Fortführung vorhandener staatlicher und gesellschaftlicher Strukturen verbot sich von selbst. Diese gemeinsame Ausgangssituation blieb trotz unterschiedlicher Schlussfolgerungen und sich zuspitzender Konfrontation Ansatz für einen Konsens zwischen beiden deutschen Nachkriegsstaaten, der in das von beiden Seiten bekräftigte Leitmotiv mündete, dass von deutschem Boden nie wieder Krieg ausgehen dürfe. Wenn nach dem Verbindenden für ein

gemeinsames historisches Selbstverständnis der heutigen Bundesrepublik gefragt wird, sollte unbedingt an die deutsche Friedenspflicht angeknüpft werden. Die Besinnung auf den antifaschistischen und friedenspolitischen Gründungskonsens sollte ein gemeinsames Element unseres Selbstverständnisses bleiben. Von den Gründervätern beider deutscher Teilstaaten wurden jedoch auch unterschiedliche Lehren aus der deutschen Geschichte gezogen. Während im Westen die bürgerliche Gesellschaft erneuert und nach westlichem Demokratieverständnis gestaltet wurde, setzten im Osten die bestimmenden politischen Kräfte auf den radikalen Umbau der Gesellschaft und ihrer Strukturen. Völlig unterschiedliche Ansätze und Ziele wurden beim Austausch von Funktionsträgern des Deutschen Reiches, in der Eigentumsfrage und zur Frage des Staatsaufbaus verfolgt. Die Gründer der Bundesrepublik entschieden sich für eine Wiederherstellung der vom NS-Regime eliminierten Föderativstruktur; die der DDR sahen in der zentralisierten Republik die geeignete Form, um gesellschaftliche Umgestaltungen effektiv durchsetzen zu können. Die Erfahrungen der Weimarer Republik und des NS-Regimes führten zur konsequenten Ausgestaltung der individuellen Grundrechte im Grundgesetz und zur Sicherung des Prinzips der Gewaltenteilung. Auch die erste Verfassung der DDR gewährte traditionelle Bürgerrechte, ermöglichte aber zugleich deren Beschränkung zugunsten gesellschaftlicher Umgestaltung. Die Gewaltenteilung war aufgehoben. Die deklarierte universelle Zuständigkeit der Volksvertretung missriet zur Allmacht der SED und ihrer Führung. Die Auseinandersetzung mit Faschismus und Krieg schloss notwendigerweise Sanktionen gegen Träger, Hintermänner und Nutznießer dieses verbrecherischen Systems ein. Sie rückte die Verantwortung von Großgrundbesitz und Monopolkapital ins Blickfeld. Mit der Enteignung der Nazi- und Kriegsverbrecher und der Bodenreform wurden im Ostteil zwar radikale, aber durchaus naheliegende Schlussfolgerungen gezogen. Als antifaschistische Maßnahmen, die den sozialen Ausgleich förderten, fanden diese Enteignungen breite Zustimmung. Sie veränderten nachhaltig das politische und soziale Kräfteverhältnis und bereiteten eine grundlegende Umgestaltung der Gesellschaft vor. Im Westen Deutschlands unterblieben generelle Eingriffe in die Eigentumsstrukturen auch dann, wenn sie, wie in Hessen, durch demokratische Entscheidungen und Verfassungsoptionen gedeckt waren. Während nach einer gemeinsamen Phase der Entnazifizierung Beamte und Funktionsträger des Dritten Reiches in der Bundesrepublik wieder in Verwaltungs- und Staatsverantwortung einrücken konnten, blieb für die DDR die weitreichende personelle Erneuerung auf allen Ebenen charakteristisch. Der «Elitenaustausch» bot bisher benachteiligten Schichten die Möglichkeit zu politischer Teilhabe und sozialem Aufstieg. Er orientierte sich an Leitbildern der sozialistischen Bewegung und war Element eines Emanzipationsprozesses. Die «Aufbaugeneration» blieb deshalb der DDR trotz aller Konflikte mehrheitlich eng verbunden.

Bundesrepublik und DDR waren Ergebnisse des Kalten Krieges. Sie waren Objekt und in wachsendem Maße zugleich Subjekt, Vorposten und Hauptpartner ihrer Hegemonialmächte in einer globalen Systemkonfrontation, in die sie bis Ende der achtziger Jahre eingebunden blieben. Die Konfrontation hat die beiden deutschen Gesellschaften so nachhaltig geprägt, dass sie bis in die Gegenwart nachwirkt und als politische sowie soziale Nachhutgefechte die politische Kultur der Bundesrepublik belastet.

Zwischen den beiden Strängen deutscher Nachkriegsentwicklung lassen sich vielfältige wechselseitige Abhängigkeiten und asymmetrische Verschränkungen ausmachen. Viele Ereignisse und Vorgänge erschließen sich erst aus diesem Blickwinkel. Die Systemauseinandersetzung verlangte sowohl den Bezug auf den nationalen Konkurrenten als auch die deutliche Abgrenzung von ihm. Dabei ist die Eigenlogik sich ausschließender Wege nicht zu übersehen, zumal sie durch die unterschiedlichen internationalen Verflechtungen und Abhängigkeiten noch verstärkt wurde. Die Spaltung Deutschlands bot die Möglichkeit, die eigenen Leit- und Ordnungsvorstellungen wenigstens in einem Teil durchzusetzen, um sie später auf den anderen übertragen zu können. Beide deutsche Staaten begriffen sich deshalb zunächst als Provisorien, die zu gegebener Zeit um den konkurrierenden Teilstaat zu ergänzen waren. Jede Seite verstand sich als Kernstaat einer kommenden deutschen Einheit. Daran knüpften sich Alleinvertretungsansprüche und Einmischungsstrategien, «Magnettheorien» bzw. Vorstellungen von einer «historischen Mission», die stets von der Überlegenheit des eigenen Systems ausgingen. Der wechselseitige Ausschließlichkeitsanspruch blockierte lange Zeit eine tragfähige Regelung der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten. Erst die Anerkennung der deutschen Zweistaatlichkeit öffnete den Weg aus der Konfrontation zu vertraglich geregelter, begrenzter Kooperation. Sie war zugleich eine notwendige Bedingung des europäischen Entspannungsprozesses, der letztlich den Boden für die staatliche Einheit bereitete. Die Systemkonkurrenz und der damit verbundene Wettbewerb wirkten sowohl fördernd als auch hemmend auf die Entwicklung beider deutscher Teilstaaten. Die Entscheidung für das Prinzip der sozialen Marktwirtschaft, vor allem aber deren Ausbau während mehrerer Jahrzehnte, ist zweifellos von dieser Wettbewerbssituation stimuliert worden. Ähnlich musste die DDR den Lebensstandard ihrer Bevölkerung letztlich immer an der Bundesrepublik messen lassen. Die partiellen Abweichungen der DDR vom sowjetischen Modell, die sich u. a. in der sozialökonomischen Struktur und im Parteiensystem zeigten, wurden gleichfalls durch die besondere Konkurrenzsituation begünstigt.

In der Auseinandersetzung der Systeme, die wiederholt am Rande eines atomaren Weltkrieges ausgetragen wurde, schuf sich jede Seite ihr Feindbild. Nicht nur die realen Gegebenheiten, sondern gerade die verzerrten wechselseitigen Wahrnehmungen blockierten lange Zeit die deutsch-deutschen Beziehungen.

Sie wirkten auf verheerende Weise zurück auf den Umgang mit nicht systemkonformen Kräften im eigenen Macht- und Einflussbereich. Der übersteigerten Sicherheitsdoktrin und Sicherungspraxis der DDR stand in der Bundesrepublik eine antikommunistische repressive Staatsräson gegenüber. Diese Konstellation erhellt zwar eine der Ursachen für die politischen Verfolgungen in der DDR, kann aber deren antihumanen Praktiken und deren Ausmaß niemals rechtfertigen. Die Bundesrepublik hat auf Restriktionen und politische Strafverfolgung ebenfalls nicht verzichtet. Sie übertrafen das in Westeuropa seinerzeit Übliche. Wechselseitige Aufrechnungen führen uns jedoch eher zur Rechtfertigung, als zu Aufklärung und Rehabilitation. Sie konservieren Konflikte, an deren Auflösung der Gesellschaft gelegen sein muss.

Die Systemkonfrontation mit den ihr innewohnenden Gefahren innen- und außenpolitischer Konflikte warf ihren lähmenden Schatten auch auf Protestbewegungen und Versuche demokratischen Aufbegehrens. Die Arbeitererhebung gegen Normerhöhungen und SED-Herrschaftspraktiken im Juni 1953 in der DDR wurden von der SED-Führung als Konterrevolution abgestempelt, von den regierenden Kräften der Bundesrepublik als «Tag der deutschen Einheit» vereinahmt. Auch die intellektuelle «Tauwetter-» und Reformdebatte 1956 erstickte im Freund-Feind-Schema der SED-Politik. Ähnlich mussten sich die Bewegungen gegen Remilitarisierung und atomare Rüstung in der Bundesrepublik ständig der Unterstellung erwehren, Erfüllungsgehilfen des Ostblocks zu sein. Die Breitenwirkung der studentischen Protestbewegung 1968 mit ihren antiimperialistischen Losungen und ihren emanzipatorischen Ansprüchen blieb angesichts realsozialistischer Wirklichkeit begrenzt. Dennoch löste sie für die Bundesrepublik einen Reformimpuls aus. Der «Prager Frühling» scheiterte an der unerbittlichen Blocklogik und der militärischen Intervention, bevor er Anziehungskraft entfalten konnte.

Das internationale Wettrüsten zwischen den Systemen drängte beide deutsche Staaten in eine gefährliche und zugleich paradoxe Situation. Ihre Einbindung in feindliche Militärböcke Mitte der fünfziger Jahre machte sie einerseits zum wahrscheinlichen Schlachtfeld eines verheerenden dritten Weltkriegs. Hier standen sich über Jahrzehnte die stärksten militärischen Potentiale unmittelbar gegenüber. Als hochsensible Zone potentieller Kriegsgefahr waren beide deutsche Staaten aber andererseits gleichzeitig eine Zone erhöhter gegenseitiger Aufmerksamkeit und Feld des Interessenausgleichs. Dies zeigte sich deutlich bei der Errichtung der Berliner Mauer 1961, der ein amerikanisch-sowjetischer Interessenabgleich vorausgegangen war. Als am Übergang zu den achtziger Jahren die Raketenhochrüstung zu einer existentiellen Bedrohung wurde und in eine neue «Eiszeit» zwischen den Blöcken hineinzuführen drohte, sorgten beide deutsche Staaten dafür, dass der Gesprächsfaden zwischen Ost und West nicht abbriss, obwohl sie dabei zeitweilig in einen Interessenkonflikt mit ihren Hegemonialmächten gerieten.

Die DDR und die Bundesrepublik waren Staaten mit gegensätzlicher außenpolitischer Orientierung. Im Zuge ihrer Westbindung vermochte die Bundesrepublik Deutschland das historisch belastete Verhältnis zum französischen Nachbarn neu zu gestalten. Die Deutsche Demokratische Republik leistete Pionierarbeit für die Normalisierung des deutsch-polnischen Verhältnisses. Es bleibt ihr Verdienst, politische und kulturelle Weichen für das Verständnis der osteuropäischen Völker gestellt zu haben. Noch ist die unter den Bedingungen der Zweistaatlichkeit vollzogene Öffnung nach Westen und nach Osten nicht Allgemeingut der bundesdeutschen Gesellschaft. Angesichts laufender und bevorstehender europäischer Integration sollte diese Erbschaft nicht vernachlässigt oder gar ausgeschlagen werden.

Die Spaltung Deutschlands war wesentlich mit der Orientierung an völlig unterschiedlichen Gesellschaftsentwürfen verbunden. Während die DDR das Modell des Staatssozialismus übernahm, wurde in der Bundesrepublik ein sozialstaatlich regulierter Kapitalismus bestimmend. Die Verwirklichung der gegensätzlichen Gesellschaftskonzepte ließ beide deutsche Staaten immer schneller auseinanderdriften. Auf deutlich voneinander geschiedenen politischen und ökonomischen Grundlagen entstanden arbeitsteilig auf das eigene Territorium und unterschiedliche internationale Bindungen ausgerichtete Volkswirtschaften, eine spezifische Sozialstruktur und geistig-kulturelle Verflechtungen sowie unterschiedliche Wertorientierungen. Die über Jahrzehnte währende Eigenentwicklung führte schließlich zu einem Grad der Spaltung, der weit über das Staatliche hinausreichte und manchem wohl erst nach dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik voll bewusst wurde. Die lange Zeit von beiden deutschen Staaten abgegebenen Bekenntnisse zur deutschen Einheit vermochten an der Logik unterschiedlicher Entwicklung nichts zu ändern. Die Abschottung der DDR 1961 und der Rückzug der SED von der gesamtdeutschen Option Anfang der siebziger Jahre waren das faktische Eingeständnis, im Systemwettbewerb bei offenen Grenzen und fortdauernder nationaler Verklammerung nicht bestehen zu können. Die Bundesrepublik wiederum korrigierte mit dem Amtsantritt der Regierung Brandt/Scheel ihre Deutschlandpolitik, weil das Konzept der Nichtbeziehungen und der nationalen Alleinvertretung die Spaltung nicht aufhob, sondern eher verhärtete und außerdem den eigenen Einfluss auf den europäischen Entspannungsprozess gefährdete.

Die Chance zu einem qualitativ neuen Miteinander beider Teile Deutschlands war eröffnet, nachdem die Bürgerinnen und Bürger der DDR im Herbst 1989 gegen die Allmacht des SED-Politbüros aufbegehrt und ihre Verfassungsrechte einforderten. Diese friedliche Revolution mit ihren Massendemonstrationen, ihrer praktizierten Gewaltlosigkeit, ihren «Runden Tischen» auf allen Ebenen und ihrer Streitkultur bleibt eine Sternstunde der Demokratie. Ihr Ziel war Selbstbestimmung und nicht Selbstaufgabe. Der Verfassungsentwurf des «Runden Ti-

ches» widerspiegelt die Visionen dieser ostdeutschen Demokratiebewegung, zu der auch reformwillige Kräfte der SED gehörten. Die regierenden Kräfte der Bundesrepublik waren jedoch weder willens noch fähig, den Impuls dieses demokratischen Aufbruchs aufzugreifen, obwohl das Grundgesetz die Möglichkeit gemeinsamer staatlicher Neuordnung ausdrücklich vorsah. Sie instrumentalisieren die ostdeutsche Protestbewegung für den forcierten Beitritt zur Bundesrepublik. Die Enttäuschungen, die gegenwärtig das Verhältnis zwischen neuen und alten Bundesländern belasten, beziehen sich nicht zuletzt auf damals verbreitete Illusionen.

Die deutsche Zweistaatlichkeit hinterließ nicht nur tiefe Spuren in Politik, Kultur und Volkswirtschaft, sondern auch im Alltagsbewusstsein und im Spektrum der sozialen Verhaltensmuster. Diese Prägungen sind auf unterschiedliche Weise auch von denen verinnerlicht, die dem jeweiligen System ablehnend oder reserviert gegenüberstanden. Während sich für die Bevölkerung der alten Bundesländer die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen zunächst nicht spürbar veränderten, versetzte der Untergang der DDR und der für die Vereinigung gewählte Weg die ostdeutsche Bevölkerung in einen Anpassungszwang, der kurzfristig von den meisten nicht bewältigt werden kann. Die massenhafte Entwertung von Biographien und Lebenserfahrungen stellt eine Belastung der deutschen Einheit dar. Sie kann nur durch die gleichberechtigte Beteiligung der Ostdeutschen an der Gestaltung der gemeinsamen Zukunft nach und nach aufgehoben werden. Dafür müssen politische Leitideen, weitere gesetzgeberische Voraussetzungen sowie ein günstiges Klima in West und Ost entwickelt werden.

Der Ausgang der Systemauseinandersetzung begünstigt die Tendenz, die kritische Analyse zeitgeschichtlicher Vorgänge ausschließlich auf die unterlegene Seite zu konzentrieren. Der Reformbedarf der Bundesrepublik, der bereits vor 1990 offensichtlich war, gerät dabei leicht aus dem Blickfeld. Bewusstes politisches Handeln verlangt aber dringend nach einer kritischen Rückschau auf die Geschichte der Gesellschaft, die sich zwar in der Systemauseinandersetzung als überlegen erwies, deren Probleme und Konflikte mit diesem Sieg aber nicht verschwanden. Dass die DDR einer prinzipiellen kritischen Betrachtung bedarf, kann angesichts ihres Scheiterns infolge historisch bedingter sowie selbstverschuldeter Deformationen kein Streitpunkt sein. Ihre Pauschalverurteilung jedoch befremdet viele Ostdeutsche, weil sie sich weder mit den eigenen differenzierten Erfahrungen noch mit der historischen Wirklichkeit deckt. Sie reproduziert Feindbilder und verstellt den Bürgern der alten Bundesländer den Zugang zum Verständnis der DDR-Gesellschaft und ihrer Langzeitwirkungen. Die Bundesrepublik Deutschland unternimmt alles, um materielle, geistige, kulturelle und personelle Spuren der vormals konkurrierenden deutschen Gesellschaft zu tilgen. Der wird vorzugsweise die Funktion eines Kontrastmittels zugewiesen, das der eigenen Selbstbestätigung zu dienen hat. So soll tradiertes Selbstver-

ständnis gefestigt und auf die neuen Bundesländer ausgeweitet werden. Dies läuft jedoch, ob gewollt oder nicht, auf die Ausgrenzung ostdeutscher Erfahrungen hinaus.

Die deutsche Zweistaatlichkeit war Begleiterscheinung und gleichzeitig Sonderfall der bipolaren Welt des zwanzigsten Jahrhunderts. Weder ihre Entstehung, noch ihre Verfestigung oder ihr Ende können deshalb allein aus nationalen Zusammenhängen und Faktoren erschlossen werden. Die DDR konnte den Zusammenbruch des Staatssozialismus in Europa und seines Bündnissystems nicht überdauern. Doch Grenzen des Wachstums sind auch dem sozialstaatlich regulierten Kapitalismus und seiner neoliberalen Variante gesetzt. Der verbuchte Triumph über den Staatssozialismus ist keine Gewähr für die Lösung gegenwärtiger und künftiger existentieller Probleme. Er enthält auch nicht die Antworten auf die globalen Herausforderungen unserer Zeit. Für die Mehrheit der Ostdeutschen ist der Vergleich zwischen den Systemen auf absehbare Zeit kein Abwägen zwischen Theorien, sondern zwischen konkreten Lebensumständen und Alltagserfahrungen. Der Mangel an Demokratie und an individuellen Freiheitsrechten, der die DDR-Gesellschaft prägte, entwertet nicht erfahrene soziale Sicherheit und Gerechtigkeit, die garantierte Einbeziehung ins Erwerbsleben sowie erlebte Möglichkeiten eigener Bildung und beruflicher Qualifikation.

Über vier Jahrzehnte getrennte staatliche Entwicklung in gegensätzlichen Gesellschaften haben unterschiedliche zeitgeschichtliche Erfahrungen begründet. Das erste Jahrzehnt der deutschen Einheit hat den Befund der «geteilten Erinnerung» bekräftigt. Die unvoreingenommene Einbeziehung des jeweils anderen Weges, d. h. die Annahme der Doppelbiographie, steht in Ost und West noch weithin aus. Selbst gemeinsame historische Wurzeln werden größtenteils unterschiedlich wahrgenommen. Sicherlich kann es nicht darum gehen, aus «geteilter Erinnerung» ein homogenes Bild deutscher Nachkriegsgeschichte zu fügen. Für die weitere Gestaltung der deutschen Einheit ist es jedoch unerlässlich, auch in der jeweils anderen Vergangenheit ein Erbe und einen Erfahrungswert zu erkennen, der in die gemeinsame Gegenwart hineinwirkt und Handlungsvoraussetzung für die gemeinsame Zukunft in einem zusammenwachsenden Europa bleibt.

ZUM 60. JAHRESTAG DES DEUTSCHEN ÜBERFALLS AUF DIE SOWJETUNION

ERKLÄRUNG DES SPRECHERRATES DER HISTORISCHEN
KOMMISSION VOM 18. JUNI 2001

Am 22. Juni 2001 jährt sich zum 60. Male der Tag, an dem die deutsche Wehrmacht in die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken einfiel. Um Staat und Gesellschaft zu zerschlagen und daraus ein riesiges Kolonialimperium zu machen, wurde das größte Aufgebot an Soldaten und an Kriegstechnik versammelt und eingesetzt. Im Sommer und Frühherbst 1941 sollte der Kriegsgegner militärisch vernichtet sein, um sodann alle Militärmacht gegen Großbritannien und die Vereinigten Staaten von Amerika richten zu können. Der Plan deutscher Machthaber, die Weltherrschaft zu errichten, die deutsche Herrenrasse zu Lasten von Millionen «Untermenschen» wohl leben zu lassen und den Unterjochten nach eigenem Gutdünken Lebensrecht zu gewähren oder zu entziehen, war verbrecherisch. Er führte zu Untaten, deren Aufzählung und Schilderung das Fassungsvermögen eines einzelnen Menschen übersteigt. Der Überfall auf die UdSSR war durch nichts provoziert. Die These vom deutschen Präventivkrieg ist eine Geschichtslüge. Während des Krieges begingen Angehörige der Einsatzgruppen des SD und der Sicherheitspolizei, von Formationen der SS, der Wehrmacht, der Polizeieinheiten, Beamte deutscher Okkupationsbehörden und Beauftragte deutscher Konzerne massenhaft Verbrechen. Ihre Opfer waren Kriegsgefangene und Zivilisten, Erwachsene, Greise und Kinder, Gesunde, Behinderte und Kranke, Kommunisten und Parteilose, Juden, Atheisten, Christen und Angehörige anderer religiöser Bekenntnisse und Überzeugungen, Menschen verschiedenster Völker und Nationen des geschundenen Landes. Der Verweis auf Stalin, auf sein Regime und die folgenschweren Gewalttaten, die in den Vorkriegsjahren und bei Kriegsbeginn in der Sowjetunion an Bürgern des eigenen Landes begangen worden waren, nehmen den Untaten der deutschen Eroberer, ihrer Verbündeten und Kollaborateure kein Jota an Scheußlichkeit und Barbarei. Nichts kann die Schuld der Täter und die Mit-

schuld und Verantwortung derer, die ihr Wüten begünstigten, schmälern. Wäre Gleiches mit Gleichem vergolten worden, was wäre von Deutschland geblieben? Es ist daran zu erinnern, dass Soldaten und Zivilisten des überfallenen Landes in einer fast übermenschlichen Anstrengung nicht nur ihr Land von den Aggressoren befreiten, sondern einen entscheidenden Anteil an der Niederschlagung der faschistischen Staatenkoalition hatten. Sie errangen den Sieg gemeinsam mit den Soldaten der anderen Armeen der Antihitlerkoalition, mit Partisanen, Widerstandskämpfern und Antifaschisten vieler Länder. Die Truppen der Sowjetarmee haben auf ihrem schweren Wege von Moskau nach Berlin auch maßgeblich das Tempo bestimmt, in dem der Zweite Weltkrieg zu Ende ging. Es fällt nicht schwer, sich vorzustellen, was geschehen wäre, hätte der Krieg auch in Europa bis zu jenem Zeitpunkt gedauert, da die ersten Atombomben als Waffen eingesetzt werden konnten.

Die Schändung von Grabstätten und Denkmälern, mit denen an den Kampf und an den Tod der Soldaten der Sowjetarmee erinnert wird, muss jeden anständigen Bürger mit Abscheu erfüllen. Wir setzen uns für deren Erhaltung, Achtung und Pflege ein. Sie sind Erinnerungszeichen an die Zerschlagung des Naziregimes, die den Deutschen erst wieder die Chance gab, über ihre Zukunft selbst zu bestimmen.

Wir erinnern auch an jene deutschen Soldaten, die auf dem Vormarsch, wie während der Rückzüge und der Flucht, auf dem Wege in die Kriegsgefangenenlager oder in ihnen umkamen. Unter ihnen waren begeisterte Nazis, fanatische Landsknechte, gläubige oder gedankenlose Mitläufer und sogar Hitlergegner. Millionen Deutsche büßten für politische Fehlentscheidungen, die sie selbst oder ihre Eltern 1932/33 getroffen hatten. Auch Stätten, die an den Kriegstod von Deutschen erinnern, sind deshalb Orte der Mahnung und der Besinnung.

Die Zeitgenossen des Zweiten Weltkrieges, die heute in der Bundesrepublik noch leben, und die Nachgeborenen, die keine Schuld trifft, sollten sich einen nüchternen Blick auf die Tatsachen nicht von denen trüben lassen, die ihnen mit der Floskel «Die anderen auch» daherkommen oder meinen, es sei alles Geschehene vergolten oder wieder gut gemacht und daher nicht mehr erwähnenswert. Die einzig wirkliche «Wiedergutmachung» besteht darin, dass Ähnliches nie wieder durch Deutsche geschieht. Die beschämende Auseinandersetzung um die Entschädigung der Zwangsarbeiter, von der die osteuropäischen anfangs ganz ausgeschlossen bleiben sollten, stellt jene bloß, die sich ihrer Verantwortung nur zu gern entziehen möchten. Der Jahrestag des Überfalls ist ein Anlass, sich Tatsachen und Schlussfolgerungen aus diesem Teil deutscher Vergangenheit erneut oder erstmals bewusst zu machen.

Der 22. Juni 2001 erscheint uns als ein geeigneter Tag, an die politischen und moralischen Verpflichtungen zu erinnern, die den Deutschen aus Faschismus und Krieg erwachsen.

ZUM 40. JAHRESTAG DES BAUS DER BERLINER MAUER

ERKLÄRUNG DER HISTORISCHEN KOMMISSION
VOM 26. JUNI 2001

Die Ereignisse des August 1961 haben sich tief in die Erinnerung der Zeitgenossen eingegraben. Ihre Nachwirkungen sind bis heute deutlich zu spüren. Rechtfertigung und Stigmatisierung bestimmen nach wie vor die Auseinandersetzung. Die spektakulären Grenzsicherungsmaßnahmen galten den einen als unumgänglicher Akt der Friedenssicherung, den anderen als endgültiger Vollzug der Spaltung Deutschlands. Für Tausende von Menschen bedeutete die hermetische Abriegelung der Grenzen die jahrelange Trennung von Familienangehörigen und eine unzumutbare Beschränkung der Freizügigkeit. Die Berliner Mauer war ein Ergebnis der Blockkonfrontation im Kalten Krieg. Die Opfer dieses Grenzregimes sind jedoch mit dem Verweis auf internationale Rahmenbedingungen und Sicherheitskonzepte keinesfalls zu rechtfertigen. Menschliches Leid verlangt Respekt und Nachdenklichkeit.

Obwohl die historische Forschung Hintergründe, Zusammenhänge und Wirkungen des 13. August 1961 hinreichend untersucht und beschrieben hat, verharren Politik und Medien weiter in liebgewordenen Klischees. Notwendig ist aber eine sachkundige und kritische Auseinandersetzung mit diesem Ereignis, seinen Ursachen und Folgen.

Am 13. August 1961 um 1.05 Uhr erloschen am Brandenburger Tor die Lichter, Grenzpolizisten und Betriebskampfgruppen zogen auf, blieben auf den Zentimeter genau an der Sektorengrenze stehen, stellten spanische Reiter auf und errichteten Stacheldrahtbarrieren. Einheiten der Grenz- und Volkspolizei, Angehörige der Kampfgruppen, des Ministeriums für Staatssicherheit, der Transportpolizei, des Amtes für Zoll und Kontrolle des Warenverkehrs und des Luftschutzes sowie zwei Motorisierte Schützendivisionen der Nationalen Volksarmee (NVA) als zweite Sicherungsstaffel – unterstützt von in Alarmstufe 1 versetzten Einheiten der Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte in Deutschland (GSSD) – erfüllten die ihnen gestellten Aufgaben. Die Männer verstanden dies als Friedensmission und Schutz

ihrer Heimat. In wenigen Stunden wurden 45 Kilometer Sektorengrenze in Berlin sowie 160 Kilometer Grenze zum Umland von Berlin-West abgeriegelt, der S-, U- und Straßenbahnverkehr unterbrochen, Straßen in der Stadt aufgerissen. Gegen 6 Uhr war die Operation beendet. Am Morgen konnten die Bürger in der Presse den Entschluss der Staaten des Warschauer Vertrages lesen, «an der Westberliner Grenze eine solche Ordnung einzuführen, durch die der Wühl­tätigkeit gegen die Länder des sozialistischen Lagers zuverlässig der Weg verlegt und ... eine verlässliche Bewachung und eine wirksame Kontrolle gewährleistet wird».

Der 13. August hatte jedoch die deutsche Teilung nicht verursacht. Sie wurde auch nicht erst an diesem Tag vollzogen. Die Spaltung Deutschlands war die selbstverschuldete Folge des vom Deutschen Reich vom Zaune gebrochenen Zweiten Weltkrieges. Sie wurde durch die Besatzungsmächte im Zusammenspiel mit deutschen Politikern während des Kalten Krieges Schritt für Schritt vorangetrieben.

Vom 13. August an blieb das letzte, fast problemlos zu passierende «Schlupfloch» in den Westen via Berlin-West verschlossen. Stacheldraht und eine wachsende Mauer teilten die Stadt. Grenzdurchbrüche und der erste tödliche Schuss folgten wenige Tage später. Die Westberliner sahen sich regelrecht eingemauert. Selbst der Wochenendausflug wurde zum Problem. Empörung, Erbitterung und ein Gefühl der Ohnmacht prägten die Stimmung. Familiäre, kollegiale und freundschaftliche Verbindungen vieler Berliner waren gekappt worden. Mehrere Jahre lang bestanden keine Möglichkeiten, den Ostteil der Stadt zu besuchen. Von der DDR in Berlin-West eingerichtete Passierscheinbüros mussten auf westalliierte Anordnung im August 1961 sofort wieder schließen. Erst im Dezember 1963 unterzeichneten bevollmächtigte Vertreter der Regierung der DDR und des Senats von Berlin-West ein Passierscheinabkommen.

Mit den Maßnahmen zum 13. August wollte die Partei- und Staatsführung in einer Art Befreiungsschlag mit nicht mehr beherrschbaren Schwierigkeiten fertig werden. Was als Sieg gefeiert wurde, war in Wahrheit eine schwere Niederlage in der Systemauseinandersetzung auf deutschem Boden. Es erwies sich als unmöglich, die Abwanderung von Bürgerinnen und Bürgern mit anderen Mitteln einzudämmen. Unter ungleich schwierigeren Voraussetzungen konnte die DDR zunächst auf bemerkenswerte Aufbauleistungen verweisen. Bis in die frühen fünfziger Jahre unterschied sich der durchschnittliche Lebensstandard kaum von dem der Bundesrepublik. Doch Kampagnen, die Bauern und Handwerker in die Genossenschaften nötigen sollten, eine wiederholt schikanöse Behandlung gläubiger Christen, die Repressalien gegen kritische Intellektuelle und letztlich die fortwährende Verweigerung politischer Grundrechte machten vielen Bürgerinnen und Bürgern das Leben in der DDR unerträglich. Dem westdeutschen Wirtschaftswunder konnte die DDR auf Dauer nichts Gleichwertiges entgegensetzen. Das 1958 verkündete Ziel, im Pro-Kopf-Verbrauch aller wich-

tigen Lebensmittel und Konsumgüter mit der BRD gleichzuziehen, erwies sich als illusionär. Der Einfluss von Berlin-West, das sich selbst als «Frontstadt» und «Pfahl im Fleische der DDR» definierte und als Basis für Geheimdienste sowie als Schaufenster und Brückenkopf für Warenschmuggel und Währungsgeschäfte fungierte, machte sich immer stärker bemerkbar. Von 1956 bis zum Sommer 1961 verlor die DDR anderthalb Millionen Menschen. Nicht zum Schutz gegen einen angeblich drohenden Einmarsch der Bundeswehr, sondern gegen den Exodus der eigenen Bürger wurde ein Wall gebraucht. Chruschtschow gegenüber leistete Ulbricht den Offenbarungseid: Bei weiterhin offener Grenze ist der «Zusammenbruch unvermeidlich». Doch stand eine Selbstaufgabe der DDR nicht zur Debatte – und schon gar nicht zur Disposition deutscher Politiker, denn die DDR war «der westliche Vorposten des sozialistischen Lagers», wie Anastas Mikojan, der Vorsitzende des Obersten Sowjets der UdSSR, feststellte.

Im November 1958 hatte die Sowjetunion die Westmächte dazu aufgefordert, in Verhandlungen über einen Friedensvertrag mit Deutschland einzutreten, der zum Abzug der Siegermächte aus Berlin führen sollte. Notfalls, so hieß es aus Moskau, würde die Sowjetunion allein einen solchen Vertrag mit der DDR abschließen und den Vier-Mächte-Status Berlins liquidieren. Der durch das sowjetische Ultimatum abermals verschärfte Ost-West-Konflikt verstärkte auch die Verunsicherung in der DDR und gab der Republikflucht zusätzlichen Auftrieb.

Am 3. und 4. Juni 1961 trafen sich Ministerpräsident Chruschtschow und Präsident Kennedy in Wien. Es kam zur Konfrontation gegensätzlicher Standpunkte. Beide Staatsmänner gaben zu verstehen: «Bis hierher und nicht weiter!» Kennedy fixierte Essentials der USA: Weitere Präsenz der Westmächte in Berlin-West und freier Zugang für sie. Beide Staatsmänner bekundeten ihren Willen zum Frieden und schieden mit der wechselseitigen Drohung, notfalls militärische Gewalt anzuwenden. Westliche Notfallpläne gingen nun bis zum Einsatz atomarer Waffen.

Die endgültige Entscheidung für die Sperrmaßnahmen der DDR trafen die Partei- und Regierungschefs der Staaten des Warschauer Vertrages Anfang August 1961 in Moskau. Im Stab von Kennedy war man sich nach dem 13. darüber einig, dass die Berliner Mauer «unmoralisch und unmenschlich» ist, aber «dennoch keinen Kriegsgrund» darstellt. Das entsprach dem damaligen Kräfteverhältnis. Die Mauer fixierte den Status quo in Europa, an dessen Erhalt beide Seiten zunächst interessiert waren, und trug so zur Stabilisierung der weltpolitischen Lage und zur Friedenssicherung bei. Insofern eröffnete der Mauerbau Möglichkeiten der Entspannung unter den Bedingungen des fortdauernden Kalten Krieges. Es wuchs die Einsicht, dass die neue Situation nicht gewaltsam zu verändern war. Auf dieser Basis konnte eine schrittweise Normalisierung der zwischenstaatlichen Beziehungen angebahnt werden. Zugleich drehte sich die Spirale der Hochrüstung auf beiden Seiten weiter.

Nach dem 13. August wurde die Grenze zügig pioniermäßig ausgebaut, die Grenzsicherung immer tiefer gestaffelt sowie die Grenzkreise um Berlin und an der Staatsgrenze zur BRD (hier bereits zum zweiten Male) «gesäubert». In einer geheimen Verschlussache vom September 1961 wies Marschall Konew, 1961/62 Oberkommandierender der GSSD, die «Errichtung eines strengen Grenzregimes» an sowie die Aussiedlungen, den technischen Ausbau in den «hauptsächlichen Grenzverletzerrichtungen» mit Drahtsperrern und Minenfeldern und die Präzisierung der Dienstanweisungen für die Anwendung von Waffengewalt an der Westgrenze. Mit der Umwandlung der Grenzpolizei in Grenztruppen (September 1961) und der Eingliederung der Berliner Grenzbrigaden (August 1962) in das Ministerium für Nationale Verteidigung wurde die Mauer-Grenze in die bereits seit 1952 nach sowjetischem Muster gestaltete und mit militärischen Mitteln gesicherte Staatsgrenze der DDR zur Bundesrepublik Deutschland integriert. Obwohl an der Mauer auf Minenfelder und Selbstschussgeräte verzichtet wurde, gehörte sie wie die Grenze zur Bundesrepublik zu einem besonderen militärischen Sperrgebiet, das «von der Führung der Sowjetunion als eine Grenze zwischen zwei sich feindlich gegenüberstehenden militär-politischen Blöcken betrachtet und behandelt» wurde, wie Marschall Kulikow unlängst bestätigte. So waren an der Grenze zur Bundesrepublik 60 Prozent der sowjetischen Truppen in der DDR und 80 Prozent ihrer Großwaffensysteme stationiert.

Auf den Grenzsoldaten der NVA lastete eine hohe militärische und politische Verantwortung, aber auch ein moralischer Druck. Zehntausende DDR-Bürger versuchten Grenzdurchbrüche, die Mehrzahl von ihnen wurde festgenommen und verurteilt, Hunderte fanden den Tod, darunter auch Grenzsoldaten. Die Angehörigen der Grenztruppen unterlagen einer doppelten Kontrolle: durch ihre militärischen Vorgesetzten und durch Beauftragte der Staatssicherheit. Sie hatten sich für den Gebrauch wie für den Nichtgebrauch der Schusswaffe zu rechtfertigen. Umso höher sind die Umsicht und die Besonnenheit zu bewerten, die Kommandeure und Unterstellte während der sich überstürzenden Ereignisse bei der Maueröffnung im November 1989 bewiesen.

Im Windschatten der Mauer unternahm die SED Reformversuche zur inneren Stabilisierung der DDR. Kernstück war das Neue ökonomische System, das eine partielle Modernisierung ermöglichen sollte. Reformansätze scheiterten, weil die SED nicht mit stalinistischen Formen und Methoden grundsätzlich brach. Trotz der Grenzschießung hatte die SED immer noch eine gesamtdeutsche Perspektive, so dass schließlich auch deutsch-deutsche Gespräche auf Regierungsebene möglich wurden. Die internationale Anerkennung der DDR, das Vertragswerk der frühen siebziger Jahre, besonders das Vierseitige Abkommen über Berlin (September 1971) und der Grundlagenvertrag zwischen BRD und DDR (Dezember 1972) sowie der Helsinki-Prozess (1973–1975) boten Voraussetzungen, das Grenzregime zu humanisieren. Familienzusammenführungen und Rentnerreisen

hätten zur umfassenden gesetzlichen Regelung der Aus- und Einreise aller DDR-Bürgerinnen und Bürger ausgebaut werden können und müssen. Doch fürchtete die Partei- und Staatsführung zu sehr um ihre Macht. Verinnerlichte Feindbilder und Parteidisziplin setzten die Masse der SED-Mitglieder außerstande, Verstößen gegen Bürger- und Menschenrechte, der Entartung des sozialistischen Gesellschaftsideals und den praktizierten Sicherheitsdoktrinen kritisch entgegenzutreten. Hierin liegt ihre Mitverantwortung.

Die Wirkungen des Mauerbaus waren innen- wie außenpolitisch ambivalent. Während Teile der DDR-Bevölkerung sich angesichts der alternativlosen Lage in «Nischen» zurückzogen bzw. anpassten und «einrichteten», hegten nicht Wenige die Hoffnung, der Sozialismus könne nun ohne Störungen von außen seine Vorzüge entfalten. Der Resignation und Verzweiflung stand eine Aufbruchsstimmung gegenüber, die ihren Niederschlag u. a. in der «Ankunftsliteratur» fand. Außenpolitisch ebnete der Mauerbau indirekt den Weg zur internationalen Anerkennung der DDR und zu Verträgen, die das Verhältnis zwischen beiden Systemen schrittweise entkrampften. Der Schock vom August 1961 und die Kubakrise des folgenden Jahres machten beiden Supermächten deutlich, wo die Grenzen ihrer Macht und ihres Durchsetzungsvermögens lagen. Als «Jahrhundertbauwerk» deklariert, wurde die Mauer aber letztlich zu einem Kainsmal, das die DDR auf internationalem Parkett isolierte und die sozialistische Idee diskreditierte.

Die Mauer blieb bis 1989 stehen. Sie wurde mehr und mehr zum untrüglichen Indiz gesellschaftlicher Stagnation. Den erneuten massenhaften Ausbruch aus dem, was vielen Bürgerinnen und Bürgern, vor allem jüngeren, zum Gefängnis geworden war, konnte sie am Ende nicht mehr verhindern. Im Schatten der Mauer verkümmerte auch die Gesellschaft, die durch sie geschützt werden sollte.

Diese Erklärung wurde von Wilfriede Otto vorbereitet, von der Historischen Kommission am 23. Juni 2001 beraten und vom Sprecherrat am 26. Juni 2001 verabschiedet.

ZUM 70. JAHRESTAG DES BEGINNS DER ERRICHTUNG DER FASCHISTISCHEN DIKTATUR IN DEUTSCHLAND

ERKLÄRUNG DER HISTORISCHEN KOMMISSION
VOM 10. DEZEMBER 2002

In diesen Tagen trennen uns sieben Jahrzehnte von einem der folgenschwersten Ereignisse der deutschen, europäischen und der Weltgeschichte.

Am 30. Januar 1933 zog, vom Reichspräsidenten und ehemaligen kaiserlichen Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg berufen, Adolf Hitler in die Reichskanzlei ein. Damit nahm die Errichtung der faschistischen Herrschaft, des zweiten Regimes dieses Typs nach der Etablierung des Mussolini-Regimes in Italien, ihren Anfang.

Binnen weniger Monate waren die Republik vernichtet, die 1919 beschlossene Verfassung liquidiert, die Organisationen der Kommunisten und Sozialdemokraten, der Gewerkschafter und Pazifisten illegalisiert, die bürgerlichen Parteien aufgelöst. Konzentrationslager wurden errichtet. Die Verfolgung der Juden setzte ein. Die der Sinti und Roma, der Bibelforscher und Homosexuellen und weiterer Minderheiten, die nicht ins Bild von der Herrenmenschenrasse passten, schloss sich an. Terror und Demagogie verhalfen dem «Nationalsozialismus», dieser an Menschenfeindlichkeit nicht mehr zu überbietenden deutschen Ausprägung des Faschismus, zur Formierung einer stabilen gesellschaftlichen Basis. Indem sich die Nazis das Abklingen der Weltwirtschaftskrise zunutze machten sowie die allmähliche Überwindung der schlimmsten Not und des Elends, die mit ihr verbunden waren, indem sie weit verbreitete nationalistische, militaristische, antisemitische, antidemokratische und antisozialistische Traditionen und Vorurteile mobilisierten, indem sie mit ihrer raffinierten Propaganda unter Nutzung modernster

Massenmedien noch das entlegenste Dorf erreichten, vermochten es ihre Führer, die Mehrheit des Volkes auch geistig und mental an sich zu binden.

Wenige Jahre später weitete der deutsche Faschismus seine Herrschaft kriegerisch auf große Teile Europas aus. Überall verfolgte er seine politischen Gegner gnadenlos, ermordete geistig und körperlich Behinderte, trieb die Vernichtung der Juden bis zum nahezu sechsmillionenfachen Mord, ließ mehr als drei Millionen sowjetische Kriegsgefangene elend zugrunde gehen und zog seine blutige Spur durch fast alle Länder des Kontinents.

Es gibt tausend und mehr Gründe, sich des Ereignisses zu erinnern, das am Anfang dieses Weges steht. Schon die Frage der Zeitgenossen lautete: Wie konnte es geschehen? Sie ist auch nach mehr als einem halben Jahrhundert nicht verstummt. Keine Mehrheit, doch eine starke Minderheit der Reichsbevölkerung hatte der NSDAP ihre Stimme gegeben: 1932 waren das von fünf Wählern zwei, und in weiten, vorwiegend ländlich geprägten Teilen Norddeutschlands, von Ostpreußen bis Oldenburg, stimmte gar jeder zweite für sie. So erhielten die machthungrigen Politiker, die sich um den zum «Erlöser» stilisierten, von seinen Anhängern kultisch verehrten Hitler scharten, ein Faustpfand, mit dem sie wucherten. Sie boten den Oberschichten der deutschen Gesellschaft jene Massenbasis, welche zur Überwindung der politischen Krise, zur Stabilisierung der Macht sowie zur Vorbereitung eines Revanchemkrieges benötigt wurde. Dieses Angebot wurde akzeptiert. Gemeinschaftlich unternommen von NSDAP-Führern und Repräsentanten der Großbanken, der Großindustrie sowie des Großgrundbesitzes und getragen auch von den Sympathien der im Hintergrund operierenden Reichswehrgeneralität, gelang die antirepublikanische Intrige. In deren Ergebnis wurde der deutschen Arbeiterbewegung in allen ihren Strömungen die in ihrer bisherigen Geschichte schwerste Niederlage zugefügt. Zu einem Teil war sie die selbstverschuldete Folge des Unvermögens der Arbeiterführer, angesichts der faschistischen Drohung den Graben zuzuschütten, der Kommunisten und Sozialdemokraten seit den Tagen der Novemberrevolution trennte und seither nur noch vertieft worden war. Deren Ergebnisse gingen nun restlos verloren. Doch nicht für diejenigen allein, die sofort gezielt oder blind terrorisiert wurden, war der «Tag der nationalen Erhebung» ein tiefschwarzer Tag. Als solcher erwies er sich für nahezu alle Deutschen – dies spätestens, als der 1. September 1939, also der Beginn des Zweiten Weltkrieges durch den deutschen Überfall auf Polen, und der 22. Juni 1941, der Tag des Einfalls der deutschen Wehrmacht in die Sowjetunion, hinter ihnen lagen.

Am 30. Januar 1933 und in den darauffolgenden Wochen wurde eine Republik zertrümmert, der es seit längerem an Widerstandskraft mangelte, die es jedoch auch in ihrem bereits durch Demokratieabbau reduzierten, mehrfach ruinierten Zustand keineswegs verdient hatte, einem Hitler ausgeliefert zu werden. Sie war eine Reform wert: den Gewinn und Wiedergewinn demokratischer Rechte ihrer Bürger, die Neubelebung einer verfassungsgerechten Arbeit des Reichstages

und aller ihrer Parlamente, die Demokratisierung ihrer Justiz und vieles andere, aber keine Vernichtung.

Das dramatische Ende der Weimarer Republik birgt eine Warnung. Hat diese sieben Jahrzehnte später noch aktuelle Bedeutung? Darauf werden zwei Antworten gegeben. Die verneinende lautet: Die Berliner Republik steht auf sicherem Grund; kein Hitler klopft an ihre Türen; Antifaschisten, die da warnen, wollten nur auf sich aufmerksam machen. Dagegen wird eingewendet, dass in der Gesellschaft der Bundesrepublik eine organisierte, breit gefächerte Gruppierung von Rechtsextremisten existiert, die ihre Anleihen offen oder versteckt bei der Hitlerpartei nehmen und sich geistig, politisch und manche auch durch ihr uniformiertes Äußeres als Gegner demokratischer Zustände zu erkennen geben. Sie haben zwar keine Chance, an das Staatsruder zu gelangen. Doch sie vergiften das Leben in dieser Gesellschaft. Sie befeinden, überfallen, verletzen und töten Menschen – Einheimische wie Ausländer. Sie terrorisieren Anderslebende, Andersgläubige und Andersdenkende vor allem in Klein- und Mittelstädten, aber auch in manchen Wohngegenden größerer Städte. Sie führen insbesondere junge Menschen, beginnend mit noch Schulpflichtigen, auf Wege, auf denen deren Groß- und Urgroßväter zu ihrem eigenen Schaden in die Irre gingen.

Gegen diese Kräfte und Erscheinungen wurde von der Bundesregierung nach langer Unterschätzung und Untätigkeit vor nahezu drei Jahren zum «Aufstand der Anständigen» gerufen. Eine Rechenschaftslegung über die Ergebnisse dieses Appells ist bei den letzten Bundestagswahlen nicht erfolgt. Trotz der Anstrengungen einer Minderheit von Bürgern ließ sich deren Mehrheit nicht mobilisieren. Bundes- und Landesregierungen schienen das Interesse an einer permanenten Förderung aller und insbesondere der aktivsten Gegenkräfte zunehmend zu verlieren. Die vor allem vom Bundesinnenministerium zu verantwortende Vorbereitung des Verbotsverfahrens gegen die sich Nationaldemokraten nennenden Verfassungsfeinde entwickelte sich zu einer politischen Tragikomödie. Die staatsoffizielle Lehre von den «zwei deutschen Diktaturen», die deren Wesensgleichheit postuliert, begünstigt die Verharmlosung der Naziherrschaft. Gleichzeitig wird die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus dadurch behindert, dass antifaschistische Ideale ignoriert oder diskreditiert, Bildungsangebote ausgehöhlt, Mittel für einschlägige Forschungen sowie für die Traditionspflege gekürzt, manche Erinnerungsstätten und -zeichen geschleift sowie nach Widerstandskämpfern benannte Straßen umgetauft werden. Das trägt zur Desorientierung eines wachsenden Teils der Jugendlichen bei. Meldungen über Denkmals- und Friedhofsschändungen und -zerstörungen häufen sich, werden aber wieder ins Kleingedruckte gerückt. Statistische Erhebungen ermittelten die Ausbreitung von Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit, werden jedoch registriert wie Wetterberichte. Dass es in anderen europäischen Staaten ähnliche und schlimmere Geschehnisse gibt, macht sie nicht weniger schwer-

wiegend. Sie ereignen sich in einem Lande, in dessen Geschichtsbuch die Namen von Auschwitz und vieler weiterer Mordstätten verzeichnet sind.

All das wäre in einer Demokratie unmöglich, deren maßgebende Politiker Interesse zeigten, die Bürger in die Regelung der öffentlichen Angelegenheiten einzu beziehen, sie zum Mitdenken und Mithandeln herauszufordern, der Gleichgültigkeit und Bequemlichkeit entgegenzuwirken. Indessen gibt es eine zunehmende Zahl von Entscheidungen, die dem Urteil der Bürger nicht mehr zugänglich sind. Diese sehen sich immer häufiger vor vollendete Tatsachen gestellt. Ihre Einsprüche und Proteste versanden. Die innenpolitische Entwicklung ist charakterisiert durch sich mehrende Eingriffe in Persönlichkeitsrechte der Bürger und durch deren Verwandlung in «gläserne Menschen», die mit modernsten Mitteln ausgehorcht, beobachtet, auf verschiedene Weise ausgeforscht und so für die Herrschenden durchsichtig und manipulierbar gemacht werden. Die raffinierte Beeinflussung durch Massenmedien, gegen die keine Schule immunisiert, verbaut zunehmend die Voraussetzungen für eigenes Urteilen. Immer wieder wird an der Staatsspitze, sobald ein politisches, soziales oder ökologisches Alarmzeichen sichtbar wird, hinhaltend oder abwiegelnd reagiert.

Die sich Bürger so zurichten, sind keine Faschisten, sind aber auch keine Leute, die in der Tradition der Aufklärung stehen und jenen Zeichen folgen würden, welche die Republikaner am Ende des 18. Jahrhunderts setzten. Wer hingegen Maßstäbe aus jenen Frühzeiten der bürgerlichen Gesellschaft akzeptiert, der sieht und spürt, dass wir uns auf einer abschüssigen Bahn und keineswegs in sicheren Verhältnissen befinden. Wer nur nach Braununiformierten Ausschau hält, verengt seinen Blick. Wer sich den marschierenden Nazis entgegenstellt, beweist Mut und handelt richtig. Wer allerdings seine Kräfte in dieser Konfrontation verbraucht, verliert die Fähigkeit, jenen antidemokratischen Tendenzen entgegenzuwirken, die in den vom Kapital beherrschten Gesellschaften und Staaten chronisch sind. – Die deutsche sowie die weltpolitische Situation sind heute weniger übersichtlich, als sie das 1932 waren. Doch bilden sie kein unenthüllbares Geheimnis. Vor allem aber: Wir sind noch nicht an einem Punkt angekommen, an dem jene Entwicklung unaufhaltsam geworden wäre.

Der 30. Januar 2003 sollte allen Demokraten Anlass sein, einen Moment innezuhalten und die Angemessenheit ihrer Vorstellungen, Programme und Aktionen zur Verteidigung und Mehrung der demokratischen und sozialen Rechte der Bürger zu prüfen. Und das müsste eine Minute schweigenden Gedenkens für alle einschließen, die – wo und wie auch immer – im Kampfe gegen den Faschismus ihr Leben ließen oder zu seinen wehrlosen Opfern wurden.

Diese Erklärung wurde von Kurt Pätzold erarbeitet, auf der Tagung der Historischen Kommission am 2. November 2002 beraten und vom Sprecherrat am 10. Dezember 2002 verabschiedet.

DER 17. JUNI 1953 – EINE SPONTANE ARBEITERERHEBUNG

ERKLÄRUNG DER HISTORISCHEN KOMMISSION
VOM 25. APRIL 2003

17. Juni 1953: Das Datum markiert Ereignisse, deren Benennung und Bewertung sogleich umstritten waren und Jahrzehnte hindurch auch umstritten blieben. Doch seit 1989 gibt es wesentlich bessere Voraussetzungen für einen sachgerechten Meinungsstreit. Keine Staatsraison, keine Parteidisziplin blockiert ihn mehr, und er kann sich auf viele neu erschlossene Quellen beziehen.

Die Unruhen, die im Weiteren die DDR erschütterten, begannen schon in der ersten Junidekade mit vielen, zunächst kürzeren Arbeitsniederlegungen und erstem Bürgerprotest. So versammelten sich am 12. Juni vor Haftanstalten in Weimar und in der Brandenburger Innenstadt mehrere hundert Bürger, um Freilassungen einzufordern, die «sofort» herbeizuführen das SED-Politbüro am 9. Juni versprochen hatte. Wie sich immer wieder zeigte, konnten die Beschlüsse, mit denen die Partei- und Staatsführung in jenen Tagen mehrere Entscheidungen vorangegangener Monate widerrief, den Ausbruch angestauter Empörung nicht mehr verhindern. Vielmehr ließen sie die in der Gesellschaft und auch in der Partei seit längerem angestauten Gegensätze vollends aufbrechen. Der Widerruf, dem zunächst die Begründung fehlte, verunsicherte die vielen Funktionäre, die zuvor durchgesetzt hatten, was plötzlich als falsch bezeichnet wurde. Die Kritiker hingegen und erst recht die Gegner der Staatspartei fühlten sich in ihrer Haltung bestätigt und bestärkt.

Angekündigt wurden am 9. und 11. Juni insbesondere die Beseitigung jener Restriktionen, die sich gegen Einzelbauern, privat wirtschaftende Handwerker, Kaufleute sowie Unternehmer in Industrie und Bauwesen richteten, die Entschädigung derjenigen, welche aus der Republik geflüchtet waren und nun heimkehren wollten, sowie die Rücknahme der Relegierung von Oberschülern und Studenten, die der Jungen Gemeinde angehörten. Den Arbeitern jedoch blieb das Wichtigste versagt: Der Beschluss zur Normerhöhung wurde sogar bekräftigt! Das trieb Bauleute in der Hauptstadt auf die Straße. Erst daraufhin rückte das Po-

litbüro auch von jenem Mai-Beschluss ab – halbherzig und ohne es hinreichend publik zu machen.

Der Marsch von der Berliner Stinalallee zum Haus der Ministerien in der Leipziger Straße wurde republikweit bekannt – und zum Signal für die Streiks vom 17. und 18. Juni. An denen beteiligten sich schätzungsweise eine halbe Million Arbeiter und Angestellte, die ihre Solidarität mit den Berlinern bekundeten und oft auch deren Forderungen aufgriffen, wie sie in den Nachrichtensendungen des RIAS immer wieder zitiert wurden: Auszahlung der Löhne nach alten Normen; Senkung der Lebenshaltungskosten; freie und geheime Wahlen; keine Maßregelung der Streikenden und ihrer Sprecher.

Ohne den RIAS als «Katalysator» wäre kein solcher Massenstreik zustande gekommen. So bezeugt es Egon Bahr, der damals für den Rundfunk im US-amerikanischen Sektor von Berlin tätig war. Und zweifellos ließ sich in vielem von dem, was sich am 17. Juni tat, die Wirksamkeit jahrelanger antikommunistischer Propaganda erkennen, die in den USA als «Psychological warfare» perfektioniert wurde.

In Hunderten von Orten fanden am 17. Juni Demonstrationen statt. Sie begannen zumeist mit Märschen von streikenden Arbeitern, denen sich Lehrlinge und Rentner, Hausfrauen und Geschäftsleute anschlossen. Protestversammlungen gab es auch in Dörfern. Die größte Bauernkundgebung erlebte die Thomas-Müntzer-Stadt Mühlhausen: rund 2.000 Teilnehmer! Vielerorts kam es zu Ausschreitungen zumeist junger Leute, mancherorts auch zur Verwüstung von staatlichen Einrichtungen und Parteibüros, zur Erstürmung von Haftanstalten und MfS-Dienststellen, zu Misshandlungen von Funktionären und Polizisten. Das veranlasste die sowjetische Besatzungsmacht zur Verhängung des Ausnahmezustands über schließlich 167 der 217 Stadt- und Landkreise.

Am 17. Juni tobten sich auch Randalierer und Rowdys aus. Das gilt insbesondere für die von Westberlin her damals ohne weiteres zugängliche Hauptstadt der DDR. So sehr Exzesse jedoch das Urteil von Augenzeugen bestimmten (vor allem das Urteil jener, welche 20 bis 25 Jahre zuvor den Straßenterror der SA erlebt und erlitten hatten), den Charakter der Erhebung prägten sie keineswegs. In der Nachtsitzung, zu der sich das Zentralkomitee der SED am 21. Juni versammelte, sprach Kurt Hager von «Arbeitern, die auf die Straße gegangen waren, nicht weil sie Rowdys waren, sondern weil aus ihnen all das an Unzufriedenheit herausbrach, was sich bei ihnen seit acht Jahren angesammelt hatte». Ministerpräsident Otto Grotewohl bezeichnete die «gegenwärtige Situation» als «Ergebnis der fehlerhaften Politik unserer Partei». Die habe zur «Verschlechterung der Lebenshaltung der Bevölkerung» geführt, und um mit den «sich steigernden Schwierigkeiten» fertig zu werden, seien jene «politischen und juristischen Zwangsmaßnahmen» ergriffen worden, welche «die sich bildende Kluft zwischen Partei, Regierung und Volk nur noch vergrößerten».

Die vom Ministerpräsidenten angeführten Fehlentscheidungen erklären sich aus der Logik des Kalten Krieges sowie aus der Übernahme sowjetischer Praktiken beim Aufbau des Sozialismus, wie ihn die 2. Parteikonferenz der SED im Juli 1952 beschlossen hatte.

Der im US-amerikanischen Wahlkampf 1952 angekündigte Übergang zur Politik des «Roll back» sowie die Herausbildung eines die BRD einschließenden politisch-militärischen Bündnisses in Westeuropa mussten bedrohlich erscheinen – zumal mit dem Koreakrieg im Hintergrund. Das provozierte die Sowjetunion zur beschleunigten Aufrüstung, in die sie auch die DDR einbezog. Für die Ostdeutschen kamen die Unkosten der Vorbereitung auf den befürchteten Dritten Weltkrieg zu den restlichen Kosten des Zweiten hinzu. Die daraus erwachsenden Zwänge zur Neubeschaffung und Umverteilung von Mitteln verbanden sich mit der Stalinschen Doktrin einer «gesetzmäßigen Verschärfung des Klassenkampfes».

Hatte sich die SED zuvor (nach der Unterdrückung bürgerlichen Widerstands) darum bemüht, auch die Mittelschichten an dem im Fünfjahrplan konzipierten Aufbauwerk zu beteiligen, so unternahm sie ab Spätherbst 1952 den «Versuch zur Liquidierung der mittleren privaten Warenproduzenten», wie das Walter Ulbricht im Juli 1953 selbstkritisch nannte. Doch betrafen Spar- und Zwangsmaßnahmen bald weit größere Teile der Bevölkerung. Auch die (gewiss notwendige) Steigerung der Produktivität und Rentabilität volkseigener Betriebe wurde unter Missachtung von Rechten der Gewerkschaften und Belegschaften vorangetrieben. Auf diese Weise geriet die DDR in eine politische Krise, die sich zuerst in einem sprunghaften Anstieg der Republikfluchten äußerte. Der im Herbst 1952 eingeleitete Kurswechsel wurde weithin abgelehnt, im Mittelstand ohnehin, aber auch bei Arbeitern, Bauern und sogenannten Intelligenzlern, bei Mitgliedern der SED wie bei «Blockfreunden», wengleich mit unterschiedlichen Konsequenzen.

Im Juni 1953 äußerte sich der Protest gegen das Regime, das viele Demonstranten im SED-Generalsekretär Ulbricht verkörpert sahen, am heftigsten in den mitteldeutschen Zentren des Maschinenbaus und der chemischen Industrie. In vormaligen Hochburgen der Arbeiterparteien, wie es Magdeburg für die SPD und Halle/Saale für die KPD gewesen waren, erfasste er auch die Basis der SED. Angaben der Zentralen Parteikontrollkommission zufolge gab es «Betriebe, wo die gesamte Parteiorganisation mitdemonstrierte». Stark engagierten sich Kommunisten und Sozialdemokraten, die in Vorjahren aus der SED ausgeschlossen worden oder selbst ausgetreten waren.

Was wollten die Arbeiter? – Ein Bild davon vermitteln folgende, in Belegschaftsversammlungen erhobene, meist rasch, auf Zuruf zu Papier gebrachte Forderungen, die bald darauf im Vorstand der Industriegewerkschaft Metallurgie zusammengestellt wurden:

«Gesamte, freie Wahlen für ganz Deutschland! Einen sofortigen Friedensvertrag für ganz Deutschland! Abzug der Besatzungstruppen für ganz Deutschland! Presse- und Funkfreiheit! Strengste Bestrafung der Schuldigen, die diese Fehler verursachten! [Gemeint waren jene Fehler, welche das SED-Politbüro in seinem Kommuniqué vom 9. Juni eingeräumt hatte.] Preissenkung sämtlicher HO-Waren um 40 Prozent! Mitbestimmungsrecht der Gewerkschaften beim ZK und der Regierung! Die in den Zuchthäusern unschuldig sitzen, sollen freigelassen werden! Die Zeitungen sollen über alle Geschehnisse in der DDR die Bevölkerung in Kenntnis setzen! Keine Repressalien gegenüber den Kollegen! [Gemeint waren Sprecher der Belegschaften und Mitglieder von Streikleitungen.] Aufklärung über den Aufenthalt des Genossen Wilhelm Pieck und was er tut! Aufklärung über die Vermissten des letzten Krieges! Lohnkürzungen nicht nur bei den Arbeitern, sondern auch bei der Intelligenz! Wegfall der Klassenunterschiede zwischen der Arbeiterschaft! (Aktivisten, Helden der Arbeit usw.)»

Die auf die Wiedervereinigung Deutschlands abzielenden Forderungen entsprachen denen der DDR-Regierung. Doch erhielten sie jetzt oft den Zusatz, dass freie Wahlen bei Zulassung aller Parteien gemeint waren. Dabei dachten die Arbeiter kaum an die Adenauer-Partei, vielmehr an die SPD, deren Wiederherstellung oder Neugründung in der DDR sie denn auch oft verlangten. Wenn dies ein Votum für die Bundesrepublik war, dann nicht für die dort Regierenden, sondern für die Opposition, also für eine programmatisch auf den Sozialismus orientierte Partei, deren Vorsitzender Erich Ollenhauer sich denn auch gegen die Rückgabe des Großgrundbesitzes sowie der Schlüsselindustrien an die früheren Eigentümer aussprach.

In manchen Forderungen der Streikenden kommt als gesellschaftspolitisches Ziel ein libertärer, mehr oder minder ausgeprägt egalitärer Sozialismus zum Vorschein. Abgelehnt wurden oft die materielle Besserstellung der «Intelligenz», mitunter auch jedwede Arbeitsnormung, der Wettbewerb, die Herausstellung von Bestarbeitern. Dass ein freiheitlicher Sozialismus erstrebt wurde, äußerte sich sowohl in Forderungen zur Wiederherstellung aller staatsbürgerlichen Rechte, als auch in der «basisdemokratischen» Verfahrensweise in Belegschaftsversammlungen und Streikleitungen. Neben Rückgriffen auf ursprüngliche Organisations- und Aktionsformen der Arbeiterbewegung ist stellenweise eine Rückbesinnung auf die betriebliche Selbstverwaltung der frühen Nachkriegszeit nachweisbar. Überall gab es entschiedene Kritik an den Gewerkschaften, die sich der SED untergeordnet hatten, und oft auch Bestrebungen, die Partei aus den Betrieben zu entfernen. Doch anders als die Enteignungen der vorangegangenen Monate wurden die der Jahre 1945/46 nirgendwo in Frage gestellt.

Die Wunschvorstellung, im wiedervereinigten Deutschland die Freiheit mit der Gleichheit zu verbinden und den von der Besatzungsmacht oktroyierten durch einen selbstbestimmten, eigenständigen Sozialismus zu ersetzen, mag eine Trieb-

feder der Erhebung gewesen sein – zumindest für jene Sozialdemokraten und Kommunisten, welche Sprecher der Streikenden waren.

Die Werkstätigen handelten im Juni 1953 keineswegs einheitlich. Nebeneinander gab es Streiks und reguläre Arbeit, ja sogar demonstrative Sonderschichten. So traten auch Unterschiede hervor, die zwischen Regionen, Industriezweigen und Betrieben, in den Lebens- und Arbeitsbedingungen, in Erfahrungen und Erwartungen der Belegschaften bestanden. Zu respektieren sind jedenfalls sowohl jene Bürgerinnen und Bürger, die gegen das SED-Regime demonstrierten, als auch jene, die es verteidigten, weil sie Errungenschaften der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung gefährdet sahen.

Ein massiver Einsatz bewaffneter Kräfte, am 17. Juni vor allem der Sowjetarmee, an den folgenden Tagen auch und hauptsächlich der Kasernierten Volkspolizei, trieb den Protest von den Straßen in die Betriebe zurück. Solange ihr Einsatz dem Schutz von Personen und öffentlichen Einrichtungen galt, war er legitim. Er war es nicht mehr, als er sich gegen lediglich Streikende richtete, mit der Festnahme ihrer Sprecher verbunden war und die Wiederaufnahme der Arbeit erzwingen sollte. In manchen Fällen provozierte eben dies, was es verhindern sollte: Es führte zu Protest- und Solidaritätsstreiks von Belegschaften, die sich bis dahin zurückgehalten hatten. So gab es örtlich und zeitlich begrenzte Arbeitsniederlegungen bis zum 24. Juni und nochmals in der ersten Juli-Hälfte.

Wie viele Menschen beim Angriff etwa auf Haftanstalten und bei Einsätzen der Volkspolizei sowie der Sowjetarmee am 17. Juni ums Leben kamen oder später infolge ihrer Verletzungen starben, ließ sich nie mit Sicherheit ermitteln. Werden die neun nach Todesurteilen hingerichteten Personen hinzugenommen, dann geht die Gesamtzahl der Toten jedenfalls über 50 hinaus.

Im Juni und Juli wurden schätzungsweise 13.000 Personen festgenommen, die meisten aber nach wenigen Tagen entlassen. Auf die Verfassung verweisend, stellte Justizminister Max Fechner in einem Interview klar, dass weder die Teilnahme am Streik, noch die Tätigkeit in einer Streikleitung strafbar seien. Er wurde deshalb beschuldigt, «die faschistischen Provokateure vor der verdienten Strafe zu schützen», noch im Juli als Minister abgesetzt und selbst inhaftiert.

In der Führung der SED sprach sich damals am deutlichsten Rudolf Herrnstadt, ND-Chefredakteur und Kandidat des Politbüros, für eine konsequente Selbstkritik aus. Er hielt es für notwendig, aber auch für möglich, die SED «innerhalb weniger Monate zu erneuern». Von «Millionen parteiloser Werkstätiger» werde das erwartet, und Hunderttausende Parteimitglieder seien dazu bereit. In der «Kombinierung dieser beiden großen Kräfte», der Kräfte in der Partei sowie «heilsamen Drucks» von außen, sah er eine große Chance. Wie es für die auf Moskau fixierten Kommunisten damals gar nicht anders vorstellbar war, blieb die SED auch für Herrnstadt die Staatspartei. Wenn er aber im Entwurf für die Entschließung der 15. ZK-Tagung Dogmatismus und Sektierertum anprangerte, Personenkult

und Bürokratismus sowie die Missachtung und Bevormundung der Werktätigen verurteilte, schwebte ihm vor, was später Entstalinisierung genannt wurde. Das konnte Erfolg haben, soweit es sich mit dem vereinbaren ließ, was in der KPdSU nach Stalins Tod begonnen hatte. Solange aber in der DDR die politische Krise anhielt, schreckten Herrstadt und Gleichgesinnte vor einer zweifellos riskanten offenen Auseinandersetzung in der Partei zurück. Ulbricht gewann Zeit – bis ihm der Streit um die Stalin-Nachfolge die Möglichkeit bot, Rudolf Herrstadt und Wilhelm Zaisser mit dem in Moskau unterlegenen Berija in Verbindung zu bringen und aus der Parteiführung zu entfernen.

Ende Juli 1953 erklärte das Zentralkomitee der SED die Streiks und Demonstrationen zu einem «faschistischen Putschversuch», den «eine von den Amerikanern organisierte und unterstützte faschistische Untergrundbewegung» vorbereitet hätte. Ein Missbrauch antifaschistischer Traditionen verhalf der Partei- und Staatsführung zum Alibi für die rücksichtslose Abrechnung mit allen Kritikern. Die im August in den Betrieben angeschobene Entlassungs- und Verhaftungswelle ging einher mit Tausenden von Ausschlüssen aus der SED, einem weitgehenden Kaderaustausch in Parteileitungen sowie mit der «Säuberung» vieler Gewerkschaftsvorstände.

Im September rügte das Politbüro den Staatssicherheitsdienst, weil der bis dahin «nicht die Organisatoren der Provokation entlarvt» hatte. Wegen angeblicher oder auch wirklicher Straftaten verurteilten DDR-Gerichte bis Anfang Oktober 1.240 Personen zu mehrjährigen Haftstrafen, darunter 1.090 Arbeiter und 23 Einwohner Westberlins. 138 Personen hatten der einen oder anderen Nazi-Organisation angehört, 59 waren SED-Mitglieder, 76 waren Mitglieder anderer DDR-Parteien gewesen. Doch im November musste Staatssekretär Ernst Wollweber eingestehen, dass es immer noch «nicht gelungen» war, «die Hintermänner und die Organisatoren des Putsches [...] festzustellen». Der Nachweis einer zielstrebigem Vorbereitung und Lenkung von Streiks oder Demonstrationen, ob nun durch Nazis oder durch Amerikaner, gelang zu keiner Zeit.

Obschon niedergeworfen, wurde die Juni-Erhebung von der westdeutschen «Gruppe Arbeiterpolitik», die in der Tradition der von Heinrich Brandler und August Thalheimer geführten nichtstalinisierten KPD-Fraktion stand, als das «revolutionäre Erwachen des deutschen Proletariats» gewürdigt. Isaac Deutscher, seiner Herkunft nach ein polnischer Troztkist, seit langem in England als Historiker tätig, wandte ein, von einem solchen Erwachen könne schon deshalb keine Rede sein, weil das Proletariat im Westen völlig passiv geblieben sei. Dessen Apathie sowie der Umschlag des ökonomischen Kampfes der ostdeutschen Arbeiter in eine politische Revolte hätten dem Westen einen Punktsieg im Kalten Krieg verschafft und die Stellung Adenauers gefestigt. Daher «tendierte eine Aktion, die alle äußeren Anzeichen einer revolutionären Tat besaß, dazu, in die Hände der Konterrevolution zu spielen».

Nun wäre dies nicht die erste revolutionäre Aktion gewesen, die das Gegenteil des Erstrebten zur Folge hatte. Doch war eine selbstbestimmte Revolution nur als gesamtdeutsche möglich (wenn überhaupt), musste sich also vor allem gegen die Besatzungsmächte richten, und es versteht sich, dass sie einer hüten wie drüben anerkannten, zielstrebigem und energischem Führung bedurfte. Wer nun das, was am 17. und 18. Juni wirklich geschah, angemessen beurteilen will, der wird es gewiss nicht als Revolution bezeichnen. In der Hauptsache war es eine spontane Arbeitererhebung.

Der 17. Juni hatte langanhaltende, in sich widersprüchliche Wirkungen und Folgen. Als reiner Arbeitskampf betrachtet, war der Massenstreik erfolgreich. Nach den Leistungsbegrenzungen in der Sozialversicherung und den Preiserhöhungen wurden auch Normerhöhungen und Lohnrückstufungen für ungültig erklärt – selbst dort, wo sie gar nicht auf Widerstand gestoßen waren. Im Weiteren gab es Aufbesserungen für untere Lohngruppen sowie bei Renten. Allein im Ergebnis von Preissenkungen für Lebens- und Genussmittel sowie andere Artikel (insgesamt rund 12.000), die im Oktober wirksam wurden, wuchs die Kaufkraft der Bevölkerung um reichlich eine halbe Milliarde Mark.

Die Sowjetregierung ermöglichte das. Welche Absichten sie mit ihrer Deutschlandpolitik zuvor auch verfolgt haben mochte: Nach dem 17. Juni blieb ihr nichts anderes übrig, als die DDR zu entlasten und weitergehend zu unterstützen – ökonomisch wie politisch. Sie reduzierte die Anforderungen an den Ausbau der ostdeutschen Landesverteidigung sowie die von der DDR zu tragenden Stationierungskosten sowjetischer Truppen und verzichtete auf den noch ausstehenden Teil der Reparationen.

Unter derart verbesserten Voraussetzungen folgte die SED dem «Neuen Kurs», der in Moskau nach Stalins Tod eingeschlagen und auch den Satelliten vorgegeschrieben wurde. Doch anders als in jenen Staaten, die schon früher zum Sozialismus sowjetischer Prägung übergegangen waren, führte dieser Kurs in der DDR auch zur anhaltenden Neubelebung der Privatwirtschaft, gewährleistete er den Fortbestand des Demokratischen Blocks samt aller nichtkommunistischen Parteien sowie die Entspannung der Beziehungen zwischen Staat und Kirchen. Die SED zeigte sich nun auch bereit, auf kulturelle Massenbedürfnisse einzugehen und Unternehmungen zuzulassen, die nicht ausschließlich dem dienten, was sie unter sozialistischer Erziehung verstand.

Zu dem, was jener Sommer nach sich zog, gehören aber auch die Wiederherstellung und Befestigung der dominierenden Position Ulbrichts sowie der Parteibürokratie im politischen System der DDR. Die Bestrebungen, Partei und Staat zu demokratisieren, waren mit der Arbeitererhebung gescheitert. Alle, die einen demokratischen Sozialismus gefordert hatten, wurden so oder so zum Schweigen gebracht, und viele von ihnen verließen das Land. Das Selbstbewusstsein in der Arbeiterschaft war zwar gewachsen, und sie brachte ihre sozialen Interessen

fortan stärker zur Geltung, vermied es allerdings, die «führende Rolle» der Partei offen in Frage zu stellen. Die Parteiführung wiederum baute ihren Herrschafts- und Kontrollapparat maßlos aus und machte das «Stimmungs- und Meinungsbild» zum Indikator für eine Sozialpolitik, die bis in die achtziger Jahre hinein die Gesellschaftsordnung stabilisierte.

ZUM 11. SEPTEMBER 1973

ERKLÄRUNG DER HISTORISCHEN KOMMISSION VOM 21. AUGUST 2003

Der gewaltsame Sturz der gewählten Volksregierung in Chile unter Präsident Salvador Allende am 11. September 1973 prägte so nachhaltig wie kaum ein anderes Ereignis dieser Periode den Geschichtsverlauf zumindest in dieser Region der Welt und insbesondere das Denken und Handeln von Linken in Lateinamerika und darüber hinaus – auch in Europa. Sowohl die Brutalität und Menschenverachtung, mit der der Ausrottungsfeldzug gegen die Linken in Chile geführt wurde, als auch der Zusammenbruch der Hoffnungen, die sich mit der Regierung der Unidad Popular verbunden hatten, brachten diese Wirkung hervor.

Dass die in Chile 1973–1989 von den Streitkräften und ihren zivilen Helfern begangenen schweren, massenhaften und systematischen Menschenrechtsverletzungen strafbar sind und nach internationalem Recht nicht verjähren, ist weltweit anerkannt, wenn auch in Chile selbst erst wenige Strafprozesse durchgeführt und Schuldige nur in verschwindend kleiner Zahl verurteilt wurden. Hingegen ist die Frage nach den Ursachen und der Bedeutung dieser Ereignisse bis heute strittig geblieben. Insbesondere in der Diskussion über ein neues Projekt des demokratischen Sozialismus bleibt sie bedeutungsvoll. Sie ist es auch angesichts neuer gesellschaftlicher Aufbrüche in Lateinamerika.

Der Militärputsch in Chile war kein Staatsstreich wie so viele andere in der Geschichte lateinamerikanischer Länder.

Er war eine Notbremse, die die einheimischen Eliten und die das Land ausplündernden ausländischen Mächte zogen, um das Volk aufzuhalten, das sich trotz aller Hindernisse zu einem historischen Aufbruch zusammengeschlossen hatte. Aber die Ziele dieses Putsches reichten weiter als das Massaker an den chilenischen Linken und die Einschüchterung der Volksmassen, die gerade begonnen hatten, selbständig handeln zu lernen.

Flankiert von der kurz zuvor errichteten Militärdiktatur in Uruguay, der Diktatur in Bolivien und der Militärherrschaft in Brasilien, die schon seit 1964 bestand, beendete dieser Putsch eine Periode der Massenmobilisierung und offenen gesellschaftlichen Auseinandersetzung in Lateinamerika. Sie hatte sich nicht auf

diese Region beschränkt. Doch war gerade diese Region – ein Brennpunkt gesellschaftlicher Widersprüche – für Linke in der ganzen Welt zum Beispiel revolutionärer Potenzen und zum Hoffnungsträger geworden.

Der Gewaltakt in Chile war ein entscheidender Zug im Schachspiel der USA, um ihren «Hinterhof» wieder fest unter Kontrolle zu bringen und ihre globalen Machtpositionen zu verbessern. Dieser Umsturz bot zugleich die Gelegenheit, gewissermaßen im Großversuch eine neue Entwicklungsrichtung kapitaldominierter Gesellschaften anzusteuern. Beraten von USA-Ideologen, restaurierte die Diktatur nicht einfach die alten Machtverhältnisse. Vielmehr passte sie im Laufe ihrer fast 17jährigen Herrschaft die chilenische Gesellschaft an globale Verwertungsbedürfnisse des internationalen Kapitals an. Sie machte Chile gewaltsam zum Experimentierfeld und Modellfall einer extrem neoliberalen Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik. Die Beseitigung der demokratischen Freiheiten war dafür Voraussetzung.

An der direkten Mitwirkung der USA (durch die CIA und mit großen Geldsummen von USA-Unternehmen) bei der Planung und sogar bei der Durchführung des Militärputsches gibt es keine Zweifel, wie der Bericht der Church-Kommission des USA-Senats (Dezember 1975) über die Tätigkeit der CIA 1963–1973 in Chile, offengelegte Papiere aus ihren Archiven sowie Geheimdokumente des USA-Multis ITT beweisen. Diese Quellen lassen erkennen, dass – abgesehen von beträchtlichen ökonomischen Interessen der Konzerne – die USA eine Beispielwirkung der Unidad Popular fürchteten und das Ringen um eine Volksalternative in Chile in den Ost-West-Konflikt einordneten.

Genau in diesem Sinne verstand sich die Militärjunta Pinochets als Bollwerk gegen den «inneren Feind», gegen «marxistische Subversion», als Vorkämpfer gegen den «internationalen Kommunismus» und zettelte mit der «Operation Condor» zusammen mit den Diktaturen der Nachbarländer, mit CIA und Geheimdiensten weiterer Länder eine internationale Verschwörung gegen oppositionelle Kräfte an, der in der Folgezeit zahlreiche Demokraten und Linke zum Opfer fielen.

Der Sturz der Regierung der Unidad Popular war eine folgenschwere Niederlage für die Bestrebungen, auf neuen Wegen zu einer gerechten und freien Gesellschaft zu gelangen. Er war keineswegs nur Ergebnis des massiven Einwirkens äußerer Mächte, sondern offenbarte neben der Gewaltbereitschaft der in ihren Privilegien gefährdeten Oberschichten auch die inneren Schwierigkeiten, denen die Unidad Popular gegenüberstand. Aber er kann nicht als endgültiges Scheitern der Bestrebungen angesehen werden, in der offenen demokratischen Auseinandersetzung, ohne Waffengewalt und politische Repression die Machtverhältnisse zu verändern und den Weg zum Sozialismus zu öffnen. Die Regierung der Unidad Popular ist nicht gescheitert, sie wurde nicht vom Volke abgewählt. Sie hat von ihrem Amtsantritt 1970 bis zu den Parlamentswahlen im April

1973 ihren Stimmenanteil sogar von 36,3 Prozent auf 43,4 Prozent vergrößert! Sie wurde entgegen Gesetz und Recht gewaltsam gestürzt.

Der Sturz der Regierung Allende war nicht unvermeidlich. In den 1.000 Tagen ihrer Amtszeit brachte diese Koalition von Demokraten, Sozialisten und Kommunisten umfassende Reformen auf den Weg. Sie öffnete dem Lande neue Entwicklungsmöglichkeiten, bewies, dass es möglich ist, versteinerte Machtstrukturen aufzubrechen, verstärkte das demokratische Engagement der Bürger und erwarb dem Lande durch eine selbständige Außenpolitik internationale Anerkennung.

Es entspricht nicht der Wahrheit, sondern dient nur der Rechtfertigung des Putsches, wenn Allendes Regierungszeit als eine Periode der Anarchie, des Chaos und des wirtschaftlichen Niedergangs hingestellt wird. Die Reformen stimulierten vielmehr das Wirtschaftswachstum, bis sich der ökonomische Druck von außen und die innere Sabotage ab Mitte 1972 auswirkten. Die Reduzierung der Arbeitslosigkeit auf ein Drittel des vorherigen Umfangs, die allseitige Verbesserung des Lebens der unteren Schichten, die Erweiterung der Demokratie und Einführung neuer Formen der Partizipation, das erste Gesetz zur Wiederherstellung der Rechte des Urvolkes der Mapuche – all das waren Errungenschaften, die in der Geschichte Chiles ohne Beispiel sind.

Das Gedächtnis der Völker wird das Vermächtnis der Unidad Popular bewahren. Ihre Anhänger haben in vielen Ländern der Erde im Exil gelebt und Spuren hinterlassen. Die Solidarität mit den verfolgten chilenischen Demokraten – eine der größten Solidaritätsbewegungen, die weit über linke Kreise hinausreichte – gehört zu den politischen und menschlichen Grunderfahrungen, die in den 70er und 80er Jahren Bürgerinnen und Bürger beider deutscher Staaten machten. Diese Erfahrungen möchten im vereinigten Deutschland aufgenommen und weitergegeben werden. Für die Linken gehen aber auch direkt vom Projekt der Unidad Popular politisch-praktische Impulse sowie Herausforderungen für die theoretische Arbeit aus – Anregungen, derer wir heute dringender denn je bedürfen.

Die Erklärung wurde von Helma Chrenko vorbereitet und vom Sprecherrat der Historischen Kommission am 21. August 2003 verabschiedet.

WIDER DAS HITLER- REGIME. DER UM- STURZVERSUCH VOM 20. JULI 1944 UND DER ANTIFASCHISTI- SCHE WIDERSTAND.

ERKLÄRUNG DER HISTORISCHEN KOMMISSION
VOM 13. JULI 2004

Am 20. Juli 1944 um 12.42 Uhr detonierte während einer Lagebesprechung im Führerhauptquartier «Wolfsschanze» bei Rastenburg (Ketrzyn) in Ostpreußen eine Sprengladung, die vier Personen tötete, ihr Ziel jedoch verfehlte: Hitler erlitt nur leichte Verletzungen und konnte nach wenigen Stunden sein verbrecherisches Wirken fortsetzen. Es gelang den Attentätern Claus Schenk Graf von Stauffenberg und Werner von Haefen zunächst, zum Oberkommando des Heeres nach Berlin zurückzukehren, wo bereits die Vorbereitungen zur Machtübernahme begonnen hatten. Die Nachricht vom Scheitern des Attentats veränderte jedoch das ohnehin fragile Kräfteverhältnis in der Wehrmachtsführung zuungunsten der Attentäter. Noch am Abend des 20. Juli konnten sich hitlertreue Offiziere im Bendlerblock zum Gegenstoß sammeln und die Verschwörer gefangen nehmen. Oberst Claus Schenk Graf von Stauffenberg, General Friedrich Olbricht, Generaloberst a.D. Ludwig Beck, Oberleutnant Werner von Haefen und Oberst Albrecht Ritter Mertz von Quirnheim wurden noch in der Nacht zum 21. Juli erschossen.

Das Attentat vom 20. Juli war keine spontane Aktion, es hatte eine Vorgeschichte. Die Nazidiktatur 1933, die Aufrüstung, die Hofierung des Hitlerregimes durch die Regierungen Italiens, Frankreichs, Großbritanniens, Polens u. a., die schrittweise Beseitigung des Versailler Vertrages, der Anspruch auf eine deutsche Weltmachtstellung fanden die ungeteilte Zustimmung der Generäle und

bürgerlichen Politiker. Im Gegensatz dazu führten Zehntausende von Kommunisten und Sozialdemokraten – ungeachtet mancher Fehleinschätzungen der Lage durch die Führungen ihrer Parteien – von Anfang an einen grundsätzlichen und verlustreichen Kampf gegen den faschistischen Terror und die sich stabilisierende Nazidiktatur. Auch christliche und liberale Demokraten sowie Vertreter der Kirchen schlossen sich dem Kampf an. Bereits im März 1933 befanden sich über 20.000 Antifaschisten, vor allem KPD-Funktionäre, aber auch Sozialdemokraten und andere Nazigegner, in Konzentrationslagern und Zuchthäusern. Der Widerstandskampf und seine blutige Unterdrückung wurden nur marginal zur Kenntnis genommen – war er doch zu etwa 75 Prozent kommunistisch, zehn Prozent sozialdemokratisch und drei Prozent christlich-bürgerlich. Doch die terroristisch-demagogische und aggressive Politik rief allmählich auch bei einigen Militärs, bürgerlich-konservativen Politikern und Großkapitalisten Besorgnis hervor.

Heeresgeneralstabschef Ludwig Beck trat 1938 zurück, weil er die abenteuerliche Kriegspolitik Hitlers ablehnte. Der konservative Dr. Carl Goerdeler, seit 1930 Oberbürgermeister von Leipzig, gab 1937 sein Amt auf und knüpfte Kontakte zu Oppositionellen vor allem konservativer Prägung.

Seit 1940 sammelte sich um Helmuth James Graf von Moltke und Peter Graf York von Wartenburg eine Gruppe von oppositionellen Beamten, Offizieren, Geistlichen sowie sozialdemokratischen Politikern (Kreisauer Kreis). Auch beim Stab des Befehlshabers in Frankreich bestand eine kleine Gruppe Hitler-feindlicher Offiziere unter Führung Carl-Heinrich von Stülpnagels. In diesen Gruppen setzte sich die Auffassung durch, dass das Hitlerregime gestürzt und der abenteuerliche Kriegskurs beendet werden müssen.

Entscheidenden Einfluss auf die Entwicklung dieser Opposition gewannen angesichts der sich abzeichnenden totalen Niederlage die militärischen Ereignisse 1942–1944. Von wesentlicher Bedeutung war, dass sich 1942/43 eine Gruppe jüngerer Offiziere – 1933 noch Anhänger der «nationalsozialistischen Revolution» – angesichts der militärischen Entwicklung und inzwischen auch in erschütternder Kenntnis der von den Nazis verübten Verbrechen zum Handeln entschloss.

Ehemalige SPD- und Gewerkschaftsfunktionäre waren bemüht, in den illegalen Widerstandsgruppen der Arbeiterbewegung eine Basis für den geplanten Umsturz zu schaffen. Besondere Aktivität entwickelte dabei der sozialdemokratische Pädagoge Prof. Dr. Adolf Reichwein, der Verbindungen zu Kommunisten besaß und zum Kreisauer Kreis gehörte. So gab es 1944 aus Sozialdemokraten und Kommunisten bestehende illegale Gruppen insbesondere im Raum Berlin, in Sachsen, Thüringen, Mecklenburg, Hamburg, Hessen und im Rhein-Main-Gebiet, die allgemein von einem geplanten Umsturz informiert waren und auf das Signal warteten.

Das Scheitern des Unternehmens löste eine Terrorwelle aus. Im unmittelbaren Zusammenhang mit dem 20. Juli fielen etwa 160 bis 180 Menschen dem Terror zum Opfer, von denen 110 hingerichtet, 15 zum Selbstmord getrieben und andere ohne Gerichtsurteil umgebracht wurden. Darüber hinaus nahm die Naziführung den 20. Juli zum Anlass für eine umfassende Verhaftungs- und Ausrottungsaktion gegen alle, die für eine Volkserhebung oder für eine künftige demokratische Neugestaltung Deutschlands in Frage kamen. Zu den Opfern gehörte Ernst Thälmann, der auf direkte Weisung Hitlers am 18. August 1944 im KZ Buchenwald erschossen und dessen Leichnam sofort verbrannt wurde.

Der 20. Juli 1944 war ein vielschichtiges Ereignis und bietet darum bis heute sehr unterschiedliche Möglichkeiten der Interpretation und der Bewertung. Im Nationalkomitee «Freies Deutschland» wurde die Aktion mit großer Zustimmung begrüßt. Führende Mitglieder wie General Martin Lattmann, General Otto Korfes, Anton Ackermann, Wilhelm Pieck und Walter Ulbricht riefen unverzüglich zur gemeinsamen Weiterführung des Kampfes auf. Das NKFD veröffentlichte am 23. Juli 1944 einen Aufruf an das deutsche Volk und an die Wehrmacht: «Nun sind auch in Deutschland verantwortungsbewusste Generale zum Sturm gegen Hitler angetreten ... Jetzt muss der Sturm im ganzen Volk entfacht werden. Alle Waffen der Wehrmacht, alle Kraft im Lande zum Einsatz gegen Hitler und seine Mitverschworenen für die Rettung der Nation.» Auch in anderen Ländern begrüßten deutsche Antifaschisten die Aktion, so in der Bewegung «Freies Deutschland» für den Westen in Frankreich.

In der sowjetischen Besatzungszone fand der erste Jahrestag 1945 bemerkenswerte Resonanz. Alle vier großen Ostberliner Zeitungen – «Deutsche Volkszeitung» (KPD), «Das Volk» (SPD), «Neue Zeit» (CDU), «Berliner Zeitung» – würdigten den 20. Juli als antifaschistische Tat.

Im Zuge der von der SED-Führung seit 1947/48 betriebenen Durchsetzung der «führenden Rolle der marxistisch-leninistischen Partei» gerieten nichtkommunistische Antifaschisten an den Rand des Geschichtsbildes. In einer 1959 veröffentlichten Studie hieß es: «Jede nähere Untersuchung zeigt, dass im Zusammenhang mit den Ereignissen vom 20. Juli 1944 von antifaschistischem Kampf nicht die Rede sein kann. Die Verschwörung war das Werk einer Gruppe reaktionärer Politiker und Militärs, die von gewissen Kreisen des Finanzkapitals um Schacht, Krupp, Bosch, Flick, Siemens u. a. inspiriert und gelenkt wurde, und die deren Interessen vertrat.» In den 60er und 70er Jahren erarbeiteten jedoch DDR-Historiker, gegen manchen Widerstand, ein realistisches Bild und werteten den 20. Juli als bedeutenden Teil des antifaschistischen Widerstandskampfes, ohne dabei die auch vorhandenen reaktionären Projekte zu verharmlosen.

In den westlichen Besatzungszonen und der frühen BRD gab es bei der Beurteilung des 20. Juli zwei Tendenzen. Zunächst galten die Verschwörer zumeist als «Eidbrüchige», als «Landesverräter». Doch im Zuge der Konstituierung der

BRD mit ihren 21 Ministern und Staatssekretären, 100 Generalen und Admiralen, 245 Diplomaten, 828 hohen Justizbeamten usw. mit NS-Vergangenheit und ihrer Einbeziehung in das westliche Bündnis bedurfte dieser Staat auch einer Anti-Hitler-Legitimation, die zugleich militant antikommunistisch zu sein hatte. Hier boten sich die Konservativen des 20. Juli an, waren sie doch geeignet, «die eher peinliche Tatsache zu verdecken, dass zwischen den ehemaligen aktiven Widerstandskämpfern und dem neuen politischen Führungspersonal der Bundesrepublik eine nur sehr schwache Verbindung bestand» (Martin Broszat). Bereits 1945 verkündete Dr. Marion Gräfin Dönhoff die Doktrin: «Zum ersten Mal jährt sich der Tag, an dem Deutschland mit einem Schlage seine besten, seine letzten wirklichen Patrioten verloren hat.» In diesem Sinne wurde der 20. Juli in der offiziellen Geschichtspolitik zunehmend zum Höhepunkt, ja sogar zum einzigen Ausdruck des deutschen Widerstandes gegen den «Nationalsozialismus» deklariert. Kommunistischer Widerstand geriet unter dem Etikett des «Linkstotalitarismus» zunehmend auf die Ebene des Vergleichs mit dem «Rechtstotalitarismus».

Sechzig Jahre nach dem mutigen Versuch, das barbarische Hitlerregime zu beseitigen, ist dagegen geltend zu machen, dass früher und später Antifaschismus – auch eingedenk seiner zeitgenössischen Begrenztheit – gleichberechtigt zum wichtigsten Erbe einer demokratisch verfassten deutschen Gesellschaft gehört.

Diese Erklärung stützt sich auf Ausarbeitungen von Kurt Finker und Klaus Kinner. Sie wurde am 19. Juni 2004 von der Historischen Kommission beraten und vom Sprecherrat am 13. Juli 2004 verabschiedet.

HERBST 1989: FÜR EINE ANDERE DDR – CHANCEN UND GRENZEN

ERKLÄRUNG DER HISTORISCHEN KOMMISSION
VOM 12. SEPTEMBER 2004

1. Der Aufbruch des Volkes für eine erneuerte DDR im Herbst 1989 war Teil eines Prozesses, der schließlich mit dem Untergang des Staatssozialismus in Europa eine weltgeschichtliche Zäsur setzte: Was als hoffnungsträchtige Alternative zur kapitalistischen Ordnung mit der russischen Oktoberrevolution 1917 in die Welt getreten war und auf einem großen Teil des Erdballs Fuß gefasst hatte, endete letztlich in einer zivilisatorischen Sackgasse: Mehrheiten der Bevölkerung in diesen Ländern suchten ihre Zuflucht in der Restauration der spätkapitalistischen Ordnung. Der Untergang des Gegenpols zum kapitalistischen System veränderte von Grund auf die internationalen Handlungsbedingungen aller Staaten und machte den Weg zur globalen Dominanz der USA frei. Für die DDR endete der epochale Umbruch mit der Aufgabe ihrer Souveränität und dem Beitritt zur BRD. Damit wurden alle Lebensbereiche dem Diktat einer immer weniger «sozialen», einer neoliberal dirigierte Marktwirtschaft, des Kapitalismus, unterworfen. Die bisherigen DDR-Bürger gerieten in eine Gesellschaft, die selbst umfassend von Struktur- und Wirtschaftskrisen geschüttelt wird.

Die demokratische Massenbewegung, die im frühen Herbst mit den immer stärker anschwellenden Demonstrationen in Leipzig und anderen Städten eingesetzt hatte, wollte zunächst weder die Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung der DDR umwälzen, noch eine «Wiedervereinigung Deutschlands» heraufbeschwören. Die über 500.000 Demonstranten auf dem Berliner Alexanderplatz am 4. November 1989 forderten eine demokratisch erneuerte, souveräne DDR. Sie wollten die Fesseln der stalinistisch geprägten politischen Ordnung abwerfen und das Machtmonopol der SED in allen Lebensbereichen brechen. Ein Sozialismus sollte verwirklicht werden, der den mit ihm unlöslich verbundenen Freiheits- und Demokratierechten des Volkes Genüge tat. So war der 4. November 1989 Höhe-

punkt einer Welle von Demonstrationen, mit denen der Volkssouverän sich Stimme und Handeln zurückeroberte und die ihn bedrückenden Probleme artikuliert. In Leipzig, Dresden und Berlin hatten seit Anfang Oktober die Demonstranten bereits die Straße erobert. Die Führung und andere leitende Funktionäre der SED akzeptierten in dieser explosiven Situation das Prinzip «Keine Gewalt», so dass eine Sicherheitspartnerschaft von Bürgern und Staat entstehen und die Revolution einen friedlichen Verlauf nehmen konnte.

Die überstürzte, ungeordnete Grenzöffnung am 9. November 1989 durch die SED-Führung veränderte die Situation von Grund auf: Die DDR-Gesellschaft verlor die Zeit und die Handlungsfreiheit für eine Umgestaltung zu einem demokratisch-sozialistischen Gemeinwesen. Der Gestaltungsspielraum für eine längerfristige Anbahnung der deutschen Einheit schwand. Tür und Tor für den Weg in die Selbstaufgabe und den Untergang der DDR standen offen.

Als Nachfolgerin der SED sieht sich die PDS in der besonderen Pflicht und Verantwortung, kritisch auf die Rolle dieser Partei, auf deren politisches Versagen und historische Schuld an der Zerstörung der DDR zurückzublicken. Sie wurde selbst aus der Mitgliederbasis der SED heraus in der Bewegung gegen Stagnation und Deformation geboren. Ihr Außerordentlicher Parteitag im Dezember 1989 entschuldigte sich für die Fehler und Verbrechen der SED beim Volk, brach mit dem Stalinismus und entmachtete endgültig die autokratische, zu innovativen gesellschaftlichen Alternativen unfähige Führung der SED. Er verwarf das bolschewistische Konzept von der «Partei neuen Typus» sowie die Bindung an das sowjetische Gesellschaftsmodell und vollzog einen Durchbruch zum Denken und Handeln im Geiste eines demokratischen Sozialismus.

2. Die Massenbewegung im Herbst 1989 entfaltete sich vor dem Hintergrund einer umfassenden Krise des staatssozialistischen Gesellschafts- und Herrschaftssystems, die im Laufe der achtziger Jahre den gesamten Machtbereich der UdSSR erfasste. Dieses System erwies sich zwar als geeignet, mittels Verstaatlichung aller wesentlichen Bereiche von Gesellschaft und Wirtschaft Grundprozesse einer möglichen Entwicklung zu einem Sozialismus einzuleiten. Es verwirklichte in wesentlichen Teilen Ziele der Arbeiterbewegung, von der Brechung des Bildungsmonopols der begüterten Klassen bis zur Gleichberechtigung der Frauen. Die dabei gewonnenen Erfahrungen behalten ihren Wert im Kampf um Gerechtigkeit und soziale Sicherheit. Das Gesellschaftsmodell brachte jedoch keine eigenen objektiven Triebkräfte hervor. Es erstarrte in einem administrativ-zentralistischen Kommandosystem, das den mit der Produktivkraftrevolution seit den sechziger Jahren und den unerbittlichen Erfordernissen der Globalisierung sprunghaft steigenden Anforderungen an Flexibilität und Mobilität nicht gerecht werden konnte. Überdies war es einem ruinösen Rüstungswettlauf ausgesetzt, den es selbst mit forcierte. Die durch wirtschaftliche Krisenprozesse

mit dem Neuen Ökonomischen System in den sechziger Jahren angestoßenen begrenzten Reformansätze wurden abgebrochen, die Reformentwürfe im Prager Frühling 1968 bekämpft und kritische Denker – Kommunisten wie Wolfgang Harich, Fritz Behrens, Robert Havemann oder Rudolf Bahro und andere Linke – überhört, verfolgt, verurteilt, ausgewiesen.

Die SED-Führung erkannte nicht, dass reale politische Mitbestimmung und demokratische Öffentlichkeit unabdingbar waren, um die kreativen und innovativen Kräfte der Gesellschaft freizusetzen. Sie hielt stattdessen an ihrer Praxis des Meinungsdictats, der Bekämpfung aller Andersdenkenden und der Entmündigung der Bürger fest. Sie verwarf den – verspäteten – Versuch der KPdSU-Führung, mittels der Perestroika die Verkrustung der Gesellschaft aufzubrechen, und flüchtete sich in hilflose Machtarroganz sowie politische und ideologische Disziplinierungsversuche. Sie diffamierte durch ihre politische Praxis die Idee des Sozialismus und suchte außerdem ihre eigene Interpretation zu verewigen. Der Begriff des «realen Sozialismus» signalisierte den Rückzug auf die dauerhafte Fixierung des bestehenden Systems und die Absage an die emanzipatorischen Verheißungen der sozialistischen Arbeiterbewegung. Der verkündete «Sozialismus in den Farben der DDR» bedeutete ein Gegenmodell zu jeder Demokratisierung, die die «führende Rolle der Partei» hätte schmälern können. Wahlfälschungen, Dialogverweigerung, wirtschaftliche Ineffizienz und Gängelung trugen dazu bei, dass die politische Legitimation der SED vollends verfiel. Große Teile der Bevölkerung, insbesondere der jüngeren Generation, hatten Ende der achtziger Jahre mit diesem Realsozialismus gebrochen. Viele nutzten die erste sich bietende Gelegenheit zur Flucht. Es bedurfte nur noch eines Anlasses, um die Geduld des Volkes zu erschöpfen. Zum Stein des Anstoßes wurde die Reisefrage.

3. In dieser Situation bekannten sich die aus der Illegalität und dem Schutz der Kirche heraustretenden und schnell Massenzulauf gewinnenden Bürgerbewegungen zum «Wir bleiben hier!» und zur Erneuerung der DDR. Ungeachtet ihrer differenzierten politischen Ausrichtung stimmten sie zunächst darin überein, einen längst überfälligen gesellschaftlichen Dialog als Mindestform demokratischen Umgangs durchzusetzen. Die Sprachlosigkeit beenden, das wollten auch die meisten DDR-Bürger. Die Bürgerbewegungen verlangten öffentlich in ihrer Mehrheit einen Sozialismus, der die Menschenrechte umfassend verwirklichte, eine funktionierende parlamentarische und Basisdemokratie, eine effiziente Wirtschaft, leistungsfähige Sozialpolitik, soziale Gerechtigkeit, gesunde Umwelt; sie traten für umfassende Friedenssicherung und Abrüstung ein und bekannten sich zum Pazifismus. In vielen dieser Grundforderungen trafen sie sich mit Reformkräften in der SED. Das Misstrauen der Anhänger der Bürgerbewegungen gegenüber der SED und deren Allmacht sowie die Forderung nach Auflösung

des MfS stießen aber bei Mitgliedern und Funktionären der SED oft auf Unverständnis und Widerspruch. Dies verhinderte ein koordiniertes Zusammenwirken. Auch die unentschlossene Politik in der Machtfrage hemmte den Erfolg der Bürgerbewegungen. Dennoch waren ihr – und vieler einfacher Bürger – Mut und Entschlossenheit für den weiteren Verlauf der Umgestaltung der DDR im Herbst 1989 ausschlaggebend. Die SED-Reformer und die Masse der Parteimitglieder zauderten und gingen die Erneuerung zu spät und inkonsequent an. Jedoch begünstigten SED-Funktionäre vor Ort das Handeln der Bürgerbewegungen; auch SED-Mitglieder reihten sich in sie ein. Auf der Staatsebene war es das Verdienst der Regierung unter Hans Modrow, in Zusammenarbeit mit den sich überall bildenden Runden Tischen den gesellschaftlichen Dialog einzuleiten.

In dieser Phase der demokratisch-sozialistischen Erneuerung der DDR strich die Volkskammer die «führende Rolle der Partei der Arbeiterklasse» in der Verfassung. Staatsmacht und SED wurden voneinander getrennt, freie Wahlen anberaumt und am Zentralen Runden Tisch der Entwurf einer neuen Verfassung erarbeitet – ein Dokument, das als Vermächtnis der sich erneuernden DDR gelten kann.

Es gelang jedoch nicht, dauerhaft etwas Neues aufzubauen und gegen die auf dem Boden der DDR sich rasch ausbreitende westdeutsche Übermacht zu behaupten, die energisch und zielstrebig auf den Abbruch jeder Art «sozialistischen Experiments» hinwirkte.

4. Die enttäuschte und politisierte Bevölkerung ahnte instinktiv, dass eine auf die DDR beschränkte demokratisch-sozialistische Erneuerung ein Experiment mit ungewissem Ausgang sein würde. Sie hatte die Mängel in der eigenen Versorgung wie den Glanz westlicher Schaufenster, das Überangebot an Waren und den insgesamt höheren materiellen Lebensstandard in der Bundesrepublik vor Augen; zugleich war sie einer massiven ideologischen Beeinflussung ausgeliefert. Die Massenstimmung schlug um: Es gewann die Illusion Oberhand, dass sich die soziale Sicherheit der DDR mit harter D-Mark, höherem Lebensstandard, Reisefreiheit und anderen Vorzügen der Bundesrepublik verbinden würde. Der Ruf «Wir sind das Volk!» wurde vom «Wir sind ein Volk!» übertönt. In dieser Situation beschränkten sich auch die Bürgerbewegungen mehr und mehr auf den Kampf gegen Institutionen der Repression wie das MfS und dessen Nachfolger sowie die Entlarvung der SED. Währenddessen rangen SED-Reformer um die Erneuerung der Partei und gegen deren Auflösung.

Die BRD-Regierung erkannte im Laufe des November und Dezember 1989 die Chance, in Abstimmung mit den USA und mit Unterstützung der Europäischen Gemeinschaft die akute Krise im Ostblock und in der DDR auszunutzen. An die finanziellen und wirtschaftlichen Hilfeersuchen der Modrow-Regierung anknüpfend, diktierte die Regierung Kohl Bedingungen, die auf einen unumkehrbaren

gesellschaftlichen Umbau der DDR in Richtung kapitalistische Marktwirtschaft hinausliefen. Der DDR-Regierung wurde alsbald Hilfe versagt, der Kurs auf eine schnelle Eingliederung der DDR in die BRD eingeschlagen. Die Ankündigung einer Währungsunion im Februar 1990 durch die Bundesregierung und der zunehmende Druck auf alle Kräfte, die an einer eigenständigen Entwicklung festhalten wollten, trugen dazu bei, dass viele DDR-Bürger nur noch in der CDU/CSU bzw. ihrem DDR-Ableger «Allianz für Deutschland» eine Zukunft sahen.

Die internationale Situation erleichterte das Vorhaben der Kohl-Regierung. Diese konnte durch ihre Politik der «Einbettung der deutschen Einheit in den europäischen Einigungsprozess» westliche Befürchtungen vor einer wiedergeborenen Großmacht Deutschland im Herzen Europas zerstreuen und Zustimmung erreichen. Ausschlaggebend wurde, dass die Supermacht UdSSR unter M. S. Gorbatschow frühzeitig signalisierte, sie würde sich der Vereinigung der zwei deutschen Staaten nicht widersetzen.

5. Zwar hatte die Regierung Modrow anfangs Schlüsselpositionen noch mit Kräften aus der SED besetzt, doch führten die Abstimmung und Kooperation mit dem Zentralen Runden Tisch und der Einheitsdrang der Bevölkerung in der DDR dazu, dass der politische Einfluss der ehemals «führenden Partei» schwand. Die Auseinandersetzung konzentrierte sich auf die MfS-Auflösung, betraf aber alle alten Machtstrukturen. Die Regierung und viele Mitarbeiter der staatlichen und kommunalen Verwaltungen, zahlreiche Wirtschaftsfunktionäre und andere Verantwortungsträger sorgten dafür, dass die friedlich begonnene politische Revolution nicht im Chaos versank, dass Stabilität und Versorgung des Landes gewährleistet blieben. Mit den Wahlen am 18. März 1990 auf der Grundlage eines parlamentarisch-pluralistisch bestimmten Wahlgesetzes errangen vorwiegend konservative, zur Kapitulation vor der BRD bereite Kräfte die Macht.

Die Umwälzung in der DDR, ausgelöst durch innere Widersprüche und Konflikte, hatte als Revolution für einen demokratischen Sozialismus begonnen. Mit dem Fall der Mauer, dem moralischen und politischen Bankrott der SED-Führung und unter der unmittelbaren Einwirkung westdeutscher Akteure endete sie mit der Neuvergabe der Macht und der Errichtung eines politischen Systems, das die Restauration des Kapitalismus vollzog.

Die von vielen gewünschte Einheit Deutschlands brachte den Ostdeutschen wichtige Freiheitsgewinne und verbesserte für einen Teil von ihnen die soziale Situation. Doch zugleich bescherte sie in einer parlamentarischen Demokratie die Erfahrung, dass auch im Rechtsstaat der Willen und die Interessen des Volkes verzerrt oder gar missachtet werden können. Die Lebensleistungen nicht weniger DDR-Bürger wurden entwertet, und für viele führte der Weg in den sozialen Abstieg.

6. Das Ende der DDR ermöglichte den Triumph des Neoliberalismus in der Politik aller etablierten Bundestagsparteien und im öffentlichen Bewusstsein. Der Untergang der DDR bedeutete auch den Abschied von der sozialen Marktwirtschaft und des ihr zugrunde liegenden Wohlverhaltenspaktes zwischen Unternehmern und Beschäftigten der Alt-BRD. Enteignung der DDR-Bürger von ihrem gesellschaftlichen Reichtum, Überstülpung reformbedürftiger West-Strukturen, massiver Elitenaustausch, Wiederkehr der Arbeitslosigkeit, ein sich auflösendes Sozialsystem, Deindustrialisierung Ostdeutschlands und kulturelle Ausdünnung sind die Folgen. Erstmals seit 1945 beteiligte sich ein deutscher Staat wieder an Kriegen.

15 Jahre nach dem Herbst 1989 stellen sich die Bundesrepublik Deutschland und vornehmlich Ostdeutschland nicht als das verheißene blühende Land dar, sondern als Staat, in dem die Politiker durch ihr Handeln die Wähler von den Wahlurnen vertreiben und extreme Politikverdrossenheit schüren; die Wirtschaft ist nicht in der Lage, hinreichend Beschäftigung zu bieten; schwer errungene Rechte der Arbeitenden werden abgebaut; die soziale Kluft in der Gesellschaft verbreitert sich, das Lebensniveau der Arbeitenden sinkt und die Armut nimmt zu. Das Land steckt in einer sozialen und moralischen Krise. Immer offenkundiger wird die Untauglichkeit des auf Profitmacherei ausgerichteten Systems, elementare und existenzielle Konflikte und Widersprüche in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft zu meistern. Der Druck, sie zu lösen, wächst.

Der Herbst 1989 gab zu erkennen, wie abrupt ein politisch-sozialer Sturm in einer Gesellschaft losbrechen kann – wenn Spannungen, Hoffnungslosigkeit und Entmündigung unerträglich werden. Daraus ist 1989 eine der größten Volksbewegungen für die Würde und die Selbstbestimmung des Menschen in der deutschen Geschichte entstanden. So ist die Erinnerung an diese Zeit verknüpft mit der Gewissheit und Erfahrung von der Kraft des Volkes. Sie verpflichtet auch und gerade eine demokratisch-sozialistische Partei.

Diese Erklärung wurde von Stefan Bollinger verfasst, von der Historischen Kommission am 19. Juni 2004 beraten und vom Sprecherrat am 12. September 2004 verabschiedet.

8. MAI 1945

ERKLÄRUNG DER HISTORISCHEN KOMMISSION VOM 5. APRIL 2005 ZUM 60. JAHRESTAG DER BEFREIUNG VOM FASCHISMUS

Als in der Nacht vom 8. zum 9. Mai 1945 in Berlin-Karlshorst Vertreter des Oberkommandos der deutschen Wehrmacht vor den Vertretern der Streitkräfte der Anti-Hitler-Koalition die offizielle Urkunde über die bedingungslose Kapitulation unterzeichnet hatten, atmeten die Völker Europas auf. Für sie war ein Krieg zu Ende, dessen Ausmaße, Zerstörungen und Opfer alles bis dahin Gekannte übertraf. Mit dem Großdeutschen Reich war ein verbrecherisches System niedergeworfen, dessen Weltherrschaftspläne und Herrschaftspraxis sowie Rassenwahn die menschliche Zivilisation generell in Frage gestellt hatten. In das kollektive Bewusstsein der Völker Europas gingen diese Tage deshalb nicht allein als das Ende des Krieges, sondern vor allem als Tage des Sieges und der Befreiung ein. Der Sieg der Alliierten beendete den Zweiten Weltkrieg in Europa. Während hier die Waffen schwiegen, hielten die verlustreichen Kämpfe zwischen Japan und den USA sowie deren Verbündeten im asiatisch-pazifischen Raum an. Der auf Wunsch der USA erfolgte Eintritt der Sowjetunion in die Kampfhandlungen veränderte die Situation. Mit drei Fronten zwang diese in wenigen Tagen die Kwantung-Armee auf dem chinesischen Festland zur Aufgabe. Mit der bedingungslosen Kapitulation Japans am 2. September 1945 wurde das Ende des Weltkrieges besiegelt.

Die Bilanz des Zweiten Weltkrieges bleibt auch nach sechzig Jahren eine Bilanz des Schreckens, die das menschliche Vorstellungsvermögen überfordert. Nach neueren Berechnungen starben mehr als 60 Millionen Menschen bei Kampfhandlungen, durch Repressalien, Massenvernichtungsaktionen und Kriegseinwirkungen. Von den 18 Millionen Menschen, die das NS-Regime in Konzentrationslager verbrachte, wurden elf Millionen ermordet oder durch Arbeit vernichtet. Unfassbar der industrielle Massenmord an sechs Millionen europäischer Juden, die – wie auch Sinti und Roma – dem Rassengenozid zum Opfer fielen. In Deutschland mussten fast acht Millionen und in Japan über zwei Millionen Menschen aus den eroberten Ländern Zwangsarbeit leisten. Mit über 27 Millionen Menschen hatte die Sowjetunion die mit Abstand größten Verluste zu beklagen. China zahlte mit 15 Millionen, Polen mit sechs Millionen, Jugoslawien mit 1,7 Millionen, Frankreich mit etwa 800.000, die USA und Großbritannien mit

jeweils 400.000 und Italien mit 300.000 Toten ebenfalls einen hohen Blutzoll. Das «Dritte Reich» verheizte für großwahnwitzige Weltherrschaftspläne allein an den Fronten über sechs Millionen deutscher Staatsbürger. Die unermesslichen materiellen Schäden, die Zerstörungen der Natur und deren Langzeitfolgen entziehen sich exakten Berechnungen.

Seit Monaten werden die Landung in der Normandie und das Vorrücken der alliierten Streitkräfte im Westen als die kriegsentscheidenden Ereignisse für die Befreiung Europas gewürdigt. Dem Vormarsch der Roten Armee im Osten hingegen wird diese Qualität nicht zugebilligt. Dort habe sich die Befreiung erst mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion und des sozialistischen Staatensystems am Ende des Jahrhunderts vollendet. Der Verweis auf das stalinistische System hebt aber die Leistung, die die Sowjetunion für die Befreiung der Völker Europas und Asiens erbrachte, nicht auf. Die politischen und gesellschaftlichen Gegensätze unter den Teilnehmern der Anti-Hitler-Koalition waren angesichts der Bedrohung durch den Faschismus in Europa und Asien von untergeordneter Bedeutung. Erst die gemeinsame Abwehr der existenziellen Gefahr setzte die Völker wieder in die Lage, um zivilisatorische Perspektiven zu konkurrieren.

Der Sieg über den deutschen Faschismus und die Befreiung Europas bleiben eine Leistung aller Verbündeten in der Anti-Hitler-Koalition. Nur in einer gemeinsamen Anstrengung konnte die menschliche Zivilisation vor einem Terrorregime gerettet werden, das vor keinem Verbrechen zurückschreckte. Die Bedrohung führte Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung und Menschen unterschiedlichster Weltanschauung und politischer Orientierung zusammen. Die Lieferungen von Waren, Waffen und Ausrüstungen halfen der Sowjetunion, dem Druck des hochgerüsteten Aggressors standzuhalten. Die lang erwartete zweite Front verkürzte die letzte Phase des Krieges in Europa erheblich.

An der Seite der Streitkräfte der Anti-Hitler-Koalition kämpften Partisanen und Widerstandskämpfer in allen okkupierten Gebieten für die Freiheit ihrer Heimatländer. An der abschließenden Berliner Operation nahmen auch polnische Soldaten teil. Mit dem Überfall auf ihre Heimat hatte der Zweite Weltkrieg begonnen. Deutsche Antifaschisten reihten sich ebenfalls in die Armeen der Anti-Hitler-Koalition und in die Partisanen- und Widerstandsgruppen ein. Nicht vergessen werden dürfen die mutigen Frauen und Männer, die aus den unterschiedlichsten Motiven unter ständiger Lebensgefahr im Deutschen Reich Widerstand gegen das NS-Regime leisteten. Diese verschwindende Minderheit verkörperte die Hoffnungen auf ein anderes Deutschland.

Die Hauptlast im Kampf gegen Nazi-Deutschland trug die Sowjetunion. Sie hatte den entscheidenden Anteil am Sieg. Die Ostfront war die Hauptfront des Zweiten Weltkrieges. Das wurde von den westlichen Verbündeten der UdSSR unter dem Eindruck der Ereignisse auch wiederholt gewürdigt. Insgesamt 1.418 Tage und Nächte währten die militärischen Auseinandersetzungen mit dem deut-

schen Aggressor. Lange bevor endlich die zweite Front eröffnet wurde, hatten sowjetische Soldaten den Feind vor Moskau gestoppt, in Stalingrad und im Kursker Bogen die Wende des Krieges erzwungen. Die sowjetischen Streitkräfte zerschlugen 607 deutsche sowie mit Deutschland verbündete Divisionen. Drei Viertel seiner Kriegsverluste erlitt das Dritte Reich an der Ostfront.

Der Preis für diese Leistung war hoch. Über elf Millionen sowjetische Soldaten ließen dafür an der Front ihr Leben. Mehr als 13 Millionen Zivilpersonen wurden getötet oder starben unter den unmittelbaren Kriegseinwirkungen. Belorussland verlor ein Viertel seiner Einwohner. In Städten wie Leningrad, Smolensk oder Pskow überlebten ein Drittel der Einwohner die Kampfhandlungen nicht. Der deutsche Aggressor hinterließ eine Spur der Verwüstung: 1.710 Städte und 70.000 Dörfer, 31.800 Industriebetriebe, 13.000 Brücken und 65.000 Kilometer Eisenbahnnetz zerstört, gesprengt oder niedergebrannt. Diese Bilder hatten sowjetische Soldaten vor Augen, als sie die Grenze des Großdeutschen Reiches überschritten.

Der Krieg war im April 1945 an seinen Ausgangspunkt zurückgekehrt. In Berlin waren mit der «Machtergreifung» im Januar 1933 die Weichen für die «Neuordnung Europas» gestellt worden. Von hier aus wollte sich ein «Tausendjähriges Reich» über die versklavten Völker erheben. Dem Terror nach innen folgte der Terror nach außen. Die Revision des Versailler Vertrages war das Vorspiel zur Eroberung von «Lebensraum» und Rohstoffquellen, die den planmäßigen Völkermord einschloss. In Berlin befanden sich die Kommandozentralen des verbrecherischen NS-Regimes. Hier fielen die Entscheidungen für die Entfesselung des Zweiten Weltkrieges, für den «Fall Barbarossa» und den Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion sowie zur «Endlösung der Judenfrage». Das «Volk der Dichter und Denker» hatte sich selbst als «Volk der Mörder und Henker» diskreditiert. «Nie wieder Faschismus und Krieg», lautete deshalb die Botschaft, die sich 1945 aus bitterer Erfahrung ergab und die auch in Deutschland breiten Widerhall fand. Das schloss die Frage nach Verantwortung und Schuld, insbesondere nach den Verantwortlichen und den Profiteuren des Krieges und des NS-Systems ein. Deshalb richteten sich die Blicke auf jene Kreise aus Industrie und Grundbesitz, die den Machtantritt der Nazis zumindest wohlwollend geduldet, wenn nicht gefördert, jedenfalls aber von deren Eroberungs- und Vernichtungspolitik profitiert hatten. Diese antikapitalistische Stoßrichtung des Antifaschismus war in den Erfahrungen seit den beginnenden dreißiger Jahren begründet. Die Siegermächte des Zweiten Weltkrieges verständigten sich in Potsdam im Sommer 1945 auf die «Vernichtung der bestehenden übermäßigen Konzentration der Wirtschaftskraft, dargestellt durch Kartelle, Syndikate, Trusts und andere Monopolvereinigungen». Neben den Naziführern saßen auf der Anklagebank in den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen auch Spitzenvertreter der deutschen Wirtschaft und Staatsbeamte. Die Sanktionen der Siegermächte sollten sicherstellen, dass

von deutschem Boden nie wieder eine Gefahr für Europa und die Welt ausgehen kann. Diese Verpflichtung darf nicht in Vergessenheit geraten.

Der Ausgang des Zweiten Weltkrieges hatte die Welt verändert. Die Sowjetunion war trotz ihrer enormen menschlichen und materiellen Verluste gestärkt an Ansehen, Einfluss und militärpolitischer Kraft aus dieser Auseinandersetzung hervorgegangen und eine von allen zu respektierende Größe der Weltpolitik geworden. In Asien erstarkten die antikolonialen Befreiungsbewegungen und setzten erste Zeichen für den sich anbahnenden weltweiten Zusammenbruch des Kolonialsystems. In Europa hatte sich die Arbeiterbewegung mit ihrem überragenden Anteil am antifaschistischen Widerstand Einfluss auf die Gestaltung der Nachkriegsordnung verschafft. Gewerkschaften und Parteien strebten nach stärkerer Zusammenarbeit bisher getrennter Flügel, um politische Gefahrensituationen künftig besser abwenden zu können. Der Ruf nach Einheit war in ganz Europa verbreitet. Internationale Organisationen und Zusammenschlüsse entstanden. Ein herausragendes Erbe der Anti-Hitler-Koalition ist die Organisation der Vereinten Nationen, deren Charta im Juni 1945 in San Francisco unterzeichnet wurde. Angesichts der dramatischen Erfahrungen verbot sich eine einfache Rückkehr zur Vorkriegsordnung. Die Forderung nach gesellschaftlichen Veränderungen und die Chance ihrer Verwirklichung ergab sich zwangsläufig aus dem Fazit der ersten Jahrhunderthälfte. Sie hatte bereits nach dem Ersten Weltkrieg in vielen Ländern auf der Tagesordnung gestanden. Es bedurfte nicht des Diktats einer Besatzungsmacht, um diese Fragen auf die Agenda zu setzen. In Westeuropa und Westdeutschland wurde mit der Stärkung der parlamentarischen Demokratie und mit dem Modell der sozialen Marktwirtschaft ein von den Westmächten vorgegebener Weg eingeschlagen. Großen Teilen der alten Eliten eröffneten sich bald neue Karrieren. In Osteuropa und Ostdeutschland wurden dagegen schon in der antifaschistisch-demokratischen Übergangsphase grundlegende gesellschaftliche Veränderungen eingeleitet. Mit der späteren Übernahme des stalinistischen Gesellschaftsmodells wurden jedoch die Chancen vergeben, die diesem Weg innewohnten.

Während für die Frauen und Männer, die aus Zuchthäusern, Konzentrationslagern und aus der Emigration zurückkehrten, der Mai 1945 als Befreiung und Chance nie in Frage stand, sprachen traditionelle Eliten, die die Aufbaujahre der Bundesrepublik maßgeblich beeinflussten, von Zusammenbruch oder Kriegsende und beschworen die Fortexistenz des Deutschen Reiches. In der Deutschen Demokratischen Republik wurde der 8. Mai 1945 bereits kurz nach ihrer Gründung als Tag der Befreiung zum staatlichen Feiertag erhoben. In der Bundesrepublik Deutschland stieß noch 1985 die Aufforderung des Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker, den 8. Mai 1945 ungeachtet widersprüchlicher Erfahrungen auch als Tag der Befreiung zu begreifen, weithin auf Unverständnis. Bis heute halten die Versuche an, die Bedeutung dieses Tages unter Verweis auf

deutsche Opfer zu relativieren. Das in Filmen und Erzählungen der fünfziger Jahre im Westen kultivierte Muster, das eine «anständige» Mehrheit der Deutschen und eine «unbescholtene» Wehrmacht von den Verbrechen des NS-Regimes und seiner Spitzenfunktionäre abhob, wurde nur zu gern angenommen und verfehlte seine Wirkung nicht. Gefolgschaftstreue zu Hitler, massenhafte Loyalität im NS-Regime, Mitverantwortung und Verstrickung in die Verbrechen des Faschismus konnten so weitgehend verdrängt werden. Erst die Achtundsechziger stellten diesen Mythos in Frage.

In Ostdeutschland besaßen die Antifaschisten genug Autorität, um viele Menschen zum Umdenken zu bewegen. Die Aufforderung, die antifaschistische Position einer Minderheit als gesellschaftlichen Grundkonsens zu übernehmen und sich bei den «Siegern der Geschichte» einzureihen, förderte einerseits die Integration, ermöglichte aber andererseits ebenfalls Verdrängung. Die einseitige Ausrichtung sowie ritualisierte Formen des Gedenkens an Nazi-Verbrechen und Widerstand lassen sich zwar bemängeln, nicht aber, dass die Verantwortung der im Deutschen Reich wirtschaftlich, politisch und militärisch maßgebenden Kreise und Personen angeprangert und daraus Konsequenzen gezogen wurden.

Gewiss zählen auch viele Deutsche – wenn auch nicht generell ohne Schuld – zu den Opfern des Regimes und des Krieges, dem sie zuvor zugejubelt hatten. Doch gilt für alle Überlebenden: Sie waren befreit von den Schrecken des Krieges. Sie konnten aufatmen. Sie waren befreit von der Rolle, die sie als Gefolgschaft eines mörderischen Regimes gespielt hatten. Sie waren befreit von der Möglichkeit einer schandbaren Perspektive als Sklavenhalter Europas. Obwohl es vorerst nicht selbstbestimmt handeln durfte: Nach dem 8. Mai 1945 hatte das deutsche Volk wieder eine Zukunft.

Die vorliegende Erklärung wurde von Jürgen Hofmann erarbeitet, von der Historischen Kommission am 19. März 2005 beraten und vom Sprecherrat am 5. April 2005 verabschiedet.

ZUM 60. JAHRESTAG DER BODENREFORM

ERKLÄRUNG DES SPRECHERRATS DER HISTORISCHEN KOMMISSION VOM 3. SEPTEMBER 2005

Fast ein Menschenalter ist seit der Bodenreform in Ostdeutschland vergangen. Ihre Wirkungen reichen jedoch bis in die Gegenwart hinein. Vor einigen Monaten ergingen Urteile des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte in Straßburg – Erben von Enteigneten und ebenso Erben von Neubauern hatten geklagt. Nahezu eine Million Hektar Bodenreformland werden noch treuhänderisch für die Bundesregierung verwaltet. Als Pachtflächen bilden sie die Lebensgrundlage vieler ostdeutscher Agrarbetriebe. Sie sollen nach Auslaufen der Pachtverträge verkauft werden und bilden den Zankapfel divergierender Interessengruppen. Die in den Zwei-plus-vier-Verhandlungen 1990 von beiden deutschen Regierungen abgegebene Erklärung, Enteignungen auf besatzungsrechtlicher bzw. -hoheitlicher Grundlage nicht mehr rückgängig zu machen, das Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetz von 1994 und die Enteignung von Neubauern-Erben, die sich infolge des Modrow-Gesetzes zur Gleichstellung von neu- und altbäuerlichem Eigentum hatten ins Grundbuch eintragen lassen, lösten tiefe gesellschaftliche Konflikte aus.

Die PDS hat sich in Übereinstimmung mit der Position der letzten Volkskammer der DDR stets für die Unantastbarkeit der Bodenreform und für einen sozial gerechten Kompromiss im Umgang mit ihren Folgen eingesetzt. Ihre Bemühungen um die kritische Neubefragung der eigenen Geschichte schlossen auch die Bodenreform ein.

Die Bodenreform wurde 1945 in der Zeitspanne weniger Monate durchgesetzt. Insgesamt waren 11.697 Familien von Enteignung und Ausweisung betroffen. Der Bodenreformfonds umfasste 3,3 Millionen Hektar Land, mithin ein Drittel der land- und forstwirtschaftlichen Fläche. Zwei Drittel davon ging als Privateigentum in Individualbesitz, ein Drittel verblieb der öffentlichen Hand vor allem zur Ausstattung der neuen Staatsgüter. Es entstanden 210.000 Neubauernstellen, darunter 91.000 für Flüchtlinge und Vertriebene. Damit wuchs die Zahl der Bauernhöfe um 38 Prozent. Insgesamt profitierten 560.000 Familien von der Bodenreform. Für mehr als 2 Millionen Menschen veränderten und verbesserten sich

die Lebensbedingungen. Die Bodenreform in der sowjetischen Besatzungszone war die erste sozialökonomische Strukturreform auf dem Wege der antifaschistisch-demokratischen Erneuerung. Sie besaß eine Schubwirkung für alle nachfolgenden Umgestaltungen und zählte damit zu den kardinalen Ereignissen der deutschen Nachkriegsgeschichte. Ein wissenschaftlich fundiertes Geschichtsbild muss deshalb die Bodenreform und ihre Wirkungen in den jeweiligen historischen Zusammenhang stellen: Zum einen in die Politik der Siegermächte und der Orientierung auf einen antifaschistisch-demokratischen Neubeginn 1945/46; zum anderen in die folgende Konstellation des Kalten Krieges, der sich verfestigenden Spaltung Deutschlands und der Herausbildung gegensätzlicher Gesellschafts- und Wirtschaftssysteme, die in der DDR eine vorwiegend genossenschaftliche Landwirtschaft hervorbrachte; des Weiteren in die Zeit nach der staatlichen Einheit 1990, die von der Abwicklung der Bodenreform geprägt ist. Die Bodenreform war 1945 ein Gebot der Stunde. Sie gehörte deshalb zunächst zu den Zielen aller vier Besatzungsmächte, wie ein Gutachten des Instituts für Besatzungsfragen Tübingen bereits 1956 bestätigte. Noch 1947 hatten die Außenminister der Siegermächte eine Bodenreform in allen Besatzungszonen in Aussicht gestellt. Gleichzeitig stand sie auf dem Programm sämtlicher deutscher Parteien, wenn auch die Vorstellungen über Umfang und Durchführung auseinandergingen. Die Forderung nach einer Bodenreform hatte in Deutschland bereits eine lange Tradition bei demokratischen Kräften und in der Arbeiterbewegung. Die historisch überkommene Gutsherrschaft zu überwinden, war vor allem in den ostelbischen Gebieten eine überfällige Aufgabe.

Die Bodenreform selbst gehört zu den gut erforschten Prozessen deutscher Nachkriegsgeschichte. Umso mehr müssen fiktive Opferzahlen befremden, die keiner Überprüfung standhalten und offensichtlich ausschließlich auf die Manipulation der politischen Öffentlichkeit zielen. Die Erforschung der politischen Rolle des Großgrundbesitzes vor 1945 und des Zwangsarbeitersystems auf den Gütern bringt interessante Fakten an den Tag. So macht z. B. die endlich zugängliche NSDAP-Mitgliedskartei für Mecklenburg deutlich, dass jeder vierte Gutsbesitzer Mitglied der Nazi-Partei war und ein Drittel davon schon vor 1933 in die NSDAP eintrat. In der Flut der Memoirenliteratur dominiert hingegen die Verklärung von Gutsherrschaft und ihrer politischen Orientierung.

Eine kritische Würdigung der Bodenreform kann an der Ambivalenz der damaligen Vorgänge nicht vorbeigehen. Als Akt einer «Revolution von oben» war sie von breiter Zustimmung und einem starken Engagement der Landbevölkerung begleitet. Zugleich stellte die KPD mit ihrem Vorstoß, gestützt auf die sowjetische Besatzungsmacht, das Zusammenwirken der antifaschistisch-demokratischen Parteien in Frage. Der Keim neuer obrigkeitstaatlicher Strukturen begleitete den ersten Schritt zu einer alternativen Gesellschaft. Der demokratische Charakter der Bodenreform wurde durch Willkürakte bei der Enteignung von Bauernhöfen,

durch die rigide Ausweisungsaktion, durch die Verweigerung einer Entschädigung politisch Unbescholtener und die Widerrufung des Anspruchs auf Resthöfe für Teilnehmer des antifaschistischen Widerstandes beschädigt. Eile und Schematismus der Enteignungen führten zu Folgeschäden, die ebenso wie die volkswirtschaftlichen Impulse noch einer allseitigen Analyse harren.

Die geschichtliche Bilanz darf dennoch nicht am Beitrag der Bodenreform zum gesellschaftlichen Fortschritt in Deutschland vorbeigehen. Dazu gehört zweifelsohne die Entmachtung einer gesellschaftlichen Schicht, die durch führende Repräsentanten die Weimarer Republik bekämpfte, Hitlers Weg zur Macht beförderte sowie dessen Politik der Kriegsvorbereitung unterstützte und die insgesamt durch ihre ökonomische Vormachtstellung und gesellschaftspolitische Orientierung einer Demokratisierung des Dorfes im Wege stand. Die Bodenreform sicherte Umsiedlern, Flüchtlingen und Vertriebenen eine neue Existenz, verbesserte die Lebenslage breiter ländlicher Schichten. Sie mobilisierte die Landbevölkerung und half die allgemeine Stimmung von Lethargie und Perspektivlosigkeit zu durchbrechen, was auch auf die Stadt ausstrahlte.

Die Bodenreform im Osten Deutschlands war ein Akt des gesellschaftlichen Fortschritts mit zwiespältigen Zügen. Sie nahm durch Schematismus und einzelne Unrechtsakte Schaden. Das eigentliche Unrecht war aber, dass in den Westzonen die Bodenreform unterblieb.

Diese Erklärung wurde von Siegfried Kuntsche erarbeitet und vom Sprecherrat am 3. September 2005 verabschiedet.

ZUR STALINISMUS- DEBATTE. 50 JAHRE NACH DEM XX. PART- TEITAG DER KPDSU

ERKLÄRUNG DER HISTORISCHEN KOMMISSION
VOM 7. FEBRUAR 2006

I. Der XX. Parteitag der KPdSU im Februar 1956 markiert eine Wegscheide in der Entwicklung des Sozialismus. Die sogenannte Geheimrede N. S. Chruschtschows «Über den Personenkult und seine Folgen» ließ alle anderen Erklärungen des Parteitages – so die zu friedlicher Koexistenz der Staaten, zur Möglichkeit friedlicher Übergänge zum Sozialismus sowie zur Vielfalt seiner Formen – in den Hintergrund treten. Die Kritik an Stalin – und damit auch an politischer Ordnung und gesellschaftlicher Verfasstheit der Sowjetunion – löste ein politisches Erdbeben aus. Es erfasste über die KPdSU und die Sowjetunion hinaus die gesamte kommunistische Bewegung sowie die sozialistischen Staaten. Dies nicht nur, weil die in der Sowjetunion nach dem Tode Stalins eingeleitete Entstalinisierung nun öffentlich als politisches Programm verkündet wurde. Darüber hinaus wurde eine Wegscheide, eine Alternative für die Entwicklung des Sozialismus sichtbar.

In dem Maße, wie die Kritik am Stalinkult, der – wie Chruschtschow offenbarte – die «brutale Verletzung der innerparteilichen und Sowjetdemokratie» bewirkt und «Massenterror gegen die Parteikader» mit sich gebracht hatte, die internationale Öffentlichkeit erreichte und beschäftigte, verstärkten und veränderten sich die Reaktionen. Militante Antikommunisten sahen sich in ihren alten Anwürfen bestätigt. Viele Kommunisten und andere Freunde der Sowjetunion fühlten sich von einem sie seit langem belastenden Druck befreit, doch auch tief enttäuscht, wenn nicht sogar betrogen und verraten. Zugleich stieß die Verurteilung Stalins in einigen kommunistischen Parteien, insbesondere in der chinesischen, auf Zurückhaltung oder erbitterten Widerstand. Die Verteidiger Stalins sahen im XX. Parteitag den Beginn einer Abkehr vom Sozialismus und verurteilen ihn deswegen heute noch. Das Stalinsche Herrschafts-, Politik- und Parteiverständnis gilt

ihnen als historisch notwendig und die als sozialistisch deklarierte Ordnung als Prototyp des Sozialismus.

In einigen kommunistischen Parteien entwickelten sich Diskussionen, welche über die von der sowjetischen Parteiführung gezogenen Grenzen hinausgingen. Namentlich der Generalsekretär der Italienischen Kommunistischen Partei, Palmiro Togliatti, kritisierte die in Moskau abgegebenen Erklärungen für die Herausbildung des Stalinschen Systems in einem Interview, dessen Übersetzung ins Deutsche von der noch legalen KPD im Juni 1956 veröffentlicht wurde. Togliatti mahnte eine marxistische Analyse an, verwies auf die «Überspitzung der Bürokratie» im Gefolge altrussischer Tradition, auf einen «neuen Typ bürokratischer Führung [aus] dem Schoße der neuen führenden Klasse», und konstatierte das Fehlen von «demokratischen, wesentlichen Merkmalen der sozialistischen Gesellschaft» in der UdSSR.

Ungeachtet solcher Einwände entschloss sich die sowjetische Partei- und Staatsführung dazu, die Kritik auf den sog. Personenkult zu beschränken und die unter Stalins Ägide gültige Auffassung von Sozialismus in ihrer Substanz zu verteidigen. Die schon Jahrzehnte zurückreichende Verwurzelung des Stalinkultes in den eigenen Reihen wie im Volke und die Macht der Bürokratie erwiesen sich als Barrieren, die nicht rasch zu überwinden waren. Der Kalte Krieg, als akute Bedrohung der Sowjetunion und ihres Imperiums wahrgenommen, bewog ebenfalls, Risiken im Inneren zu vermeiden.

Für die DDR bestand ein kompliziertes Bedingungsgefüge. Sie war einerseits vom Streben der BRD bedroht, die Wiedervereinigung auf Grundlage des bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaftsmodells herbeizuführen, andererseits politisch und ökonomisch von der UdSSR abhängig und in ihrem Spielraum eingeeengt. Walter Ulbricht, die in der SED-Führung dominierende Persönlichkeit, hielt an der Stalinschen Interpretation der Diktatur des Proletariats fest. Die Erschütterung ihrer Macht hatte die Parteiführung 1953 darin bestärkt, die politische Festigung der DDR nicht durch eine demokratische Öffnung, sondern durch die Ausformung der etablierten Ordnung herbeizuführen. Für die SED gab es also mehr als einen Grund, in der Gefolgschaft der KPdSU zu verharren.

Zunächst auf der 3. Parteikonferenz im März 1956 den Delegierten vorgetragen, dann in Kurzfassungen auch der Parteimitgliedschaft zur Kenntnis gebracht, löste der Geheimbericht Chruschtschows anfänglich Bestürzung aus – und auch Ablehnung bei vielen SED-Mitgliedern, die auf Stalin fixiert politisch aufgewachsen waren. Doch bestimmten tieferlotende Fragen zunehmend die Diskussion: Wie es zu einer solchen «Deformierung» in der KPdSU hätte kommen können, wie sich die Führer der KPD im sowjetischen Exil zu den Repressalien – auch in den eigenen Reihen! – verhalten hätten, ob es nicht auch in der DDR Personenkult und Restriktionen gebe und welche Schlussfolgerungen die SED ziehen wolle.

Nach und nach konzentrierte sich die Kritik auf Walter Ulbricht, der als Stalins Vollstrecker in der DDR gesehen wurde, und drang zu Grundfragen des innerparteilichen Lebens, zu «demokratischem Zentralismus» und «Parteidisziplin» vor. In der Bevölkerung verstärkten sich die Forderungen nach Demokratisierung und die Kritik an der Medienpolitik. Unter Hinweis auf Vorgänge in anderen sozialistischen Staaten wurden vor allem von Wissenschaftlern, Schriftstellern, Künstlern sowie in der Studentenschaft Ansprüche auf Meinungs- und Informationsfreiheit und auf Öffentlichkeit ohne Gängelung und Bevormundung laut. Im Zentralkomitee und auch im Politbüro verstärkte sich die Kritik an mangelhafter Kollektivität der Leitung, verursacht durch Walter Ulbrichts Führungsstil, seine Selbstherrlichkeit und Eigenmächtigkeit. Einige Mitglieder der Parteiführung – namentlich Fred Oelßner, Karl Schirdewan, Fritz Selbmann, Paul Wandel, Gerhart Ziller – waren bestrebt, mehr innerparteiliche Demokratie, mehr Offenheit und größere Nähe zum Volk herbeizuführen.

Die Behauptung, in der DDR habe es weder Personenkult noch ungerechtfertigte Repressalien gegeben, so dass sich aus dem XX. Parteitag in dieser Hinsicht keine Schlussfolgerungen ergäben, konnte Ulbricht nicht lange aufrechterhalten. Bald schwenkte die Parteiführung auf Ablenkungsmanöver und Teilkonzessionen ein. Unter den Losungen «Festigung der Arbeiter-und-Bauern-Macht» und «Weiterentwicklung der sozialistischen Demokratie» wurde die Arbeitsweise der örtlichen Staatsorgane verbessert. Es kam zur Rehabilitierung von Opfern der Stalinschen Repressionen. Viele Personen, die in den Vorjahren bezichtigt worden waren, Agenten und Saboteure zu sein, entließ man aus den Strafanstalten. In den Gesellschaftswissenschaften wurden einige Dogmen Stalins aufgegeben, so die Doktrin von der permanenten Verschärfung des Klassenkampfes beim Aufbau des Sozialismus. Die Führung bekannte sich zu Meinungsfreiheit und kritischem wissenschaftlichem Meinungsstreit, behielt sich allerdings deren Begrenzung vor. Die Rückbesinnung auf die «Mannigfaltigkeit der Wege zum Sozialismus» vergrößerte den politischen Spielraum – immer auf dem Boden des gültigen Sozialismusmodells.

Vielen Intellektuellen genügte das nicht. Zentren der Kritik an der SED-Führung entstanden in Hochschulen – insbesondere in Berlin, Halle, Leipzig, Jena und Weimar. In Berlin fanden sich etwa 35 Personen, überwiegend Schriftsteller und Künstler, im «Donnerstagskreis» zusammen. Sie wollten ein von Parteien unabhängiges legales und öffentliches Forum für den Gedankenaustausch über Schritte zu einer «besseren DDR» schaffen. Die Sicherheitsorgane sahen darin eine Nachahmung des ungarischen «Petöfi-Klubs» – für sie ein ideologischer «Hort der Konterrevolution».

Die einzige Gruppierung, die unter dem Einfluss des XX. Parteitages zu einem systemtranszendenten politischen Konzept fand, sammelte sich um den Leiter des Aufbau-Verlages Walter Janka und den Philosophen Wolfgang Harich,

der dieses Konzept zu Papier brachte. Ausgangspunkt seiner Überlegungen war die Orientierung auf eine «zukünftige sozialistische Umgestaltung Deutschlands». Die Anziehungskraft und das Vorbild der DDR sollten die «fortschrittlichen, demokratischen und sozialistischen Kräfte» mobilisieren und die Massenbasis verbreitern. Für eine solche «gesamtnationale Zielsetzung des Sozialismus» sah Harich in der DDR jedoch keineswegs «ein begeisterndes Beispiel». Die SED müsse «tiefgreifende umfassende Selbstkritik» üben und einen «Personalwechsel in der Führung» vornehmen. Es müssten Reformen durchgeführt werden, «die den besonderen deutschen Bedingungen maximal angepasst» wären. Mit deutlichen Unterschieden zum sowjetischen Typus müssten die «besonderen deutschen Formen des Sozialismus» gefunden werden. Harich hielt es für erforderlich, Wirtschaftsreformen «etwa nach dem jugoslawischen Beispiel» und unter Auswertung auch anarcho-syndikalistischer Literatur durchzuführen, die Industrie zu dezentralisieren, die Eigenverantwortung der Betriebe zu erweitern, den kapitalistischen Elementen in der Wirtschaft breiteren Raum zu geben. Die Mittel der politischen Meinungsbildung sollten in der Hand der Partei bleiben, aber in Wissenschaft, Kunst und Literatur habe sie jede «autoritäre Intervention» zu unterlassen. Auch den Justiz- und Sicherheitsapparat wollte Harich der Partei unterordnen, doch die Strafprozessordnung an den «Traditionen fortschrittlicher Rechtspflege in den Staaten des Westens» ausrichten.

Harich stellte die Macht der Partei nicht in Frage. Mit den Forderungen nach Demokratisierung innerhalb der Partei, nach ihrer personellen Erneuerung und mit dem Projekt eines besonderen deutschen Weges zum Sozialismus durchbrach er allerdings das sowjetische Gesellschaftsmodell – zwar punktuell, doch in einem solchen Maße, dass sich die Perspektive eines demokratischen Sozialismus eröffnete. Doch die Gruppe um Harich und Janka hatte faktisch keine Chance, ihre Pläne auch nur ansatzweise zu realisieren. Sie verfügte weder über die Organisation noch über die Mittel dazu und suchte Hilfe bei der KPdSU. Deren Führung hielt jedoch an Ulbricht fest und ließ ihm freie Hand.

Während in den meisten sozialistischen Staaten die Stabilisierung der politischen und gesellschaftlichen Ordnung Vorrang gegenüber substanziellen Veränderungen erlangte, wurden in Polen und Ungarn die Hoffnungen und Bestrebungen immer stärker, echte demokratische Veränderungen durchzusetzen. Zudem gab es Spannungen, die sich auch in der DDR in sozialpolitischen Forderungen und Arbeitsniederlegungen äußerten und die Situation zunehmend verschärften. Im Herbst 1956 brach die – nach 1953 – zweite Entstalinisierungskrise aus. In Polen stabilisierte sich die Situation mit der Übernahme der Parteiführung durch Wladyslaw Gomulka, der als jahrelang inhaftierter «Nationalist» große Autorität besaß. Doch in Ungarn eskalierte eine studentische Solidaritätsdemonstration für Polen zum bewaffneten Volksaufbruch mit antikommunistischen Exzessen. Der im Vorjahr aus der Partei ausgeschlossene Imre Nagy trat an die Spitze

der Regierung. Es gelang ihm jedoch nicht, die Situation unter Kontrolle zu nehmen. Als er am 30. Oktober den Austritt Ungarns aus dem Warschauer Pakt verkündete, entschied sich die sowjetische Führung zur militärischen Intervention und warf die Erhebung im November blutig nieder. Sie befürchtete einen Einbruch des Westens in ihren Machtbereich mit unmittelbaren Auswirkungen auf die eigene Sicherheit. Zur Verunsicherung trug auch die im Sommer 1956 ausgebrochene Suezkrise bei, zumal sie sich im Oktober/November zum Überfall Großbritanniens, Frankreichs und Israels auf Ägypten auswuchs.

In der DDR gab die Partei- und Staatsführung nunmehr die Losung aus «Sichert den Frieden im Innern und nach außen!» und ging mit aller Härte gegen vermeintliche Gegner vor. Mit der Kriminalisierung der Harich-Janka-Gruppe und den hohen Zuchthausstrafen für ihre Protagonisten sollten vor allem Intellektuelle gewarnt und eingeschüchert werden. Gemaßregelt wurden angesehene Wissenschaftler und Künstler, darunter die Ökonomen Fritz Behrens und Arne Benary, deren Buch über eine Wirtschaftsreform in der DDR nicht ausgeliefert wurde, der Philosoph Ernst Bloch, der Schriftsteller Erich Loest sowie Mitarbeiter des Aufbau-Verlages und der Wochenzeitung «Sonntag». Die auf Anweisung Ulbrichts nach dem Harich-Prozess ausgearbeitete «Analyse der Feindtätigkeit» in der Intelligenz verdächtigte viele namhafte Intellektuelle, überwiegend Mitglieder der SED, einer als Kampf gegen den Stalinismus getarnten Mitwirkung an der ideologischen Diversion des Gegners.

Beginnend mit der 30. ZK-Tagung Anfang 1957 setzte sich Ulbricht auch gegen seine Kritiker in der Parteiführung durch. Der V. Parteitag im Juli 1958 besiegelte das Scheitern von Oelßner, Schirdewan, Wollweber u. a. Alle waren aus dem Zentralkomitee ausgeschieden, Gerhart Ziller dem Parteiverfahren mit seinem Freitod zuvorgekommen. Mit der Losung «Der Sozialismus siegt!» bekräftigte der Parteitag die Entschlossenheit, am sowjetischen Grundmodell festzuhalten. Der XXII. KPdSU-Parteitag im Oktober 1961 gab der Auseinandersetzung mit dem Stalinismus einen neuen Anstoß, der umso stärker war, als sie sich fortan auf Diskussionsbeiträge beziehen konnte, die alle veröffentlicht wurden. Im «Neuen Deutschland» und vollständig in der «Presse der Sowjetunion» konnte 1961 jedermann vieles nachlesen, was den nur mündlich übermittelten und mehr oder minder allgemein gehaltenen Parteiinformationen über Chruschtschows Rede vom Februar 1956 nicht zu entnehmen gewesen war. Allerdings fand in der SED diesmal keine solche Diskussion statt, wie es sie 1956 gegeben hatte. Zum Verständnis von «Stalinismus als System» gelangte auch 1961 weder die KPdSU, noch eine der auf Moskau orientierten Parteien. Nach der Ablösung Chruschtschows durch L. I. Breshnew im Oktober 1964 war selbst der Personenkult kein Thema mehr.

Erst Michail Gorbatschow, im März 1985 an die Spitze der KPdSU gelangt, sprach am 70. Jahrestag der Oktoberrevolution wieder von den «Massenrepres-

salien» der 30er Jahre, von der «Schuld Stalins und seiner engsten Vertrauten» und stellte fest: Die «Wiederherstellung der Gerechtigkeit» wurde nach dem XX. Parteitag «nicht zu Ende geführt und Mitte der 60er Jahre praktisch eingestellt». In einer gleichzeitig veröffentlichten «Handreichung für den Lehrgang Geschichte der KPdSU» erklärte hingegen die SED: «Die großartige Bilanz des Vormarsches der UdSSR in den zwanziger und dreißiger Jahren» werde «nicht durch die tragischen Ereignisse am Ende der dreißiger Jahre beeinträchtigt», in denen es zu «ungerechtfertigten Maßnahmen und Gesetzesverletzungen seitens J. W. Stalin kam. Die KPdSU erwies sich stets als fähig, die dem Sozialismus fremden Erscheinungen zu überwinden». – Dass hier nicht nur Geschichtsbilder divergierten, sondern politische Konzepte, wurde spätestens 1988 offenkundig. Die XIX. Parteikonferenz der KPdSU 1988 beschloss, die Partei werde «niemals mehr eine Wiederholung dessen zulassen, was mit den Perioden des Personenkults und der Stagnation in Verbindung steht, die tiefe Deformationen in der sozialistischen Gesellschaft hervorriefen, deren Entwicklung für ganze Jahrzehnte aufhielten und zu gewaltigen menschlichen Opfern sowie ungezählten moralischen und ideellen Verlusten führten». Noch deutlicher wurde die in Auflösung begriffene sowjetische Gesellschaftsordnung im ZK-Bericht an den XXVIII. Parteitag der KPdSU im Juli 1990 als «Variante des stalinistischen autoritär-bürokratischen Systems» charakterisiert. Als wichtigste Anliegen der «Perestroika» beschrieb Gorbatschow die Wiederherstellung der innerparteilichen Demokratie, die Abgrenzung der Funktionen von Partei- und Staatsorganen, die Herausbildung eines sozialistischen Rechtsstaats, die Gewährleistung der Meinungsfreiheit und die Aktivierung des intellektuellen Potentials der Gesellschaft.

Die Kennzeichnung «stalinistisch» wurde auch in der DDR zur «negativ identitätsstiftenden Bezugs- und Orientierungskategorie». Was nicht zuletzt ein großer Teil der SED-Mitgliedschaft für die DDR erstrebte und zu fordern begann, war durch «Glasnost» und «Perestroika» quasi sanktioniert – jedenfalls nach dem bis dahin gültigen Verständnis der Vorbild- und Führungsrolle der KPdSU. Die Honecker-Führung versuchte nun, sich mit dem Gleichnis Kurt Hagers vom nicht erforderlichen Tapetenwechsel von der KPdSU zu distanzieren. Ab 1988 reduzierte sie die Veröffentlichung von Übersetzungen einschlägiger Texte aus dem Russischen, verbot den Vertrieb der auch in Deutsch erscheinenden sowjetischen Zeitschrift «Sputnik», und entgegen altem Brauch wurden UdSSR und KPdSU in den Losungen zum 1. Mai 1989 nicht mehr erwähnt.

Der Außerordentliche Parteitag vom Dezember 1989, den die revoltierende Mitgliedschaft der SED erzwungen hatte, war von der Erkenntnis bestimmt: «Wir brauchen einen vollständigen Bruch mit dem gescheiterten stalinistischen, das heißt administrativ-zentralistischen Sozialismus». Der Bericht über den ersten Beratungstag machte diesen Bruch öffentlich und bezeichnete als Ziel den demokratischen Sozialismus «jenseits von stalinistischem Pseudosozialismus

und Herrschaft des Profits». Die Absage an stalinistische Herrschaftspraktiken und jenes Gesellschaftsmodell wurde und blieb bestimmend für Statut und Programm der PDS.

II. Der Begriff Stalinismus wird in der Linkspartei.PDS vornehmlich politisch gebraucht. Seine historische Rolle und gegenwärtigen ideologischen Funktionen sind umstritten. Das hat hauptsächlich zwei Gründe.

Zum einen sind sie in der politischen Vergangenheit vieler älterer Mitglieder zu suchen, die mit dem Stalin-Kult ideologisch «aufwuchsen» und die stalinistisch geprägte SED mehr oder weniger als die gebotene Gestalt einer wirklich sozialistischen Partei ansahen. Der ideologische Kanon des Marxismus-Leninismus als orientierende Dogmatik, ein feststehendes Sozialismusbild mit klaren Kriterien, die Parteauffassung (Partei neuen Typs) und die politische Praxis der Führungsrolle der SED – sie schienen angesichts des rasanten Aufstiegs der UdSSR und ihrer herausragenden Rolle im Zweiten Weltkrieg «gesetzmäßig» begründet zu sein und ein adäquates politisch-ideologisches Denken und Handeln zu verlangen. Die diffamierende pauschale Verwendung des Begriffes durch politische Gegner gegen alles, was in Geschichte und Gegenwart linkssozialistisch auftritt, provozierte überdies Abwehrreaktionen.

Zum anderen: Hinter dem alltäglichen politischen Gebrauch von «Stalinismus» verschwindet, dass er zugleich ein wissenschaftlicher Begriff ist, eine Kategorie der Politik- und der Geschichtswissenschaft. Mit dem Aufstieg Stalins an die Spitze der KPdSU bedeutete «Stalinist» anfangs subjektiv allein ein Glaubensbekenntnis zu einer politischen Linie; doch dies wurde in dem Maße, wie Stalin seine Sozialismusvision umsetzte und sein Terrorregime ausbaute, zum universalen Kampfbegriff seiner politischen Gegner. Dies insbesondere seit den Moskauer Schauprozessen und den Massenrepressalien der 30er Jahre. Diese negative Verwendung gewann nach dem XX. Parteitag noch an Boden. Ihre Dominanz zog zugleich nach sich, dass es innerhalb der kommunistischen Bewegung, in der SED wie in anderen regierenden sozialistischen Parteien, ausdrücklich verpönt war und auch emotional abgelehnt wurde, von «Stalinismus» zu sprechen. In die Wissenschaft ging diese Bezeichnung praktisch erst nach 1945 ein, obwohl die wissenschaftliche Analyse der Sowjetunion in den 20er Jahre eingesetzt und in den 30er Jahren vor allem Trotzki mit scharfsinnigen polemischen Analysen vorgearbeitet hatte. Wissenschaftlich stellt Stalinismus eine Kategorie der Systemanalyse dar, die zur Typisierung und Klassifizierung von Staat und Gesellschaft der UdSSR in allen Dimensionen beitragen soll. Dabei stehen Aspekte der Macht und Herrschaft, ihrer Organisation, die Instrumentarien der politischen Ordnung, des Wirtschafts- und geistigen Lebens – hier insbesondere der Ideologie – im Mittelpunkt. Wie der Faschismus diente das sowjetische Modell in seinen entscheidenden Herrschaftsaspekten seit den 30er Jahren den Totalitarismustheoretikern als «Material»; die strukturelle Analyse ignorierte vollkommen

die fundamentalen sozialökonomischen, politischen und ideologischen Gegensätze zwischen beiden Ordnungen.

«Stalinismus» ist im wissenschaftlichen Gebrauch originär kein Kampfbegriff, er wird erst zu einem solchen, wenn wissenschaftliche Erkenntnisse politisch instrumentalisiert und missbraucht werden. So wird der Umgang mit «Stalinismus» im Alltag zu einer Gratwanderung, die man nur bestehen kann, wenn nicht leicht hin und unbedacht, sondern in Kenntnis seines konkreten, substanzialen Inhalts sowie des Objekts mit ihm umgegangen wird. Dies ist deshalb sehr schwierig, weil «Stalinismus» im wissenschaftlichen wie politischen Bereich für eine zusammenfassende Charakteristik aller typischen Phänomene der Stalinschen Machtausübung steht. Aus «Stalinisten» wurde «Stalinismus» als ein komplexes System der Machtausübung und Gesellschaftsgestaltung. «Stalinismus» assoziiert zugleich wissenschaftlich wie politisch Denk- und Verhaltensweisen aus dem Arsenal einer kommunistischen Partei dieser Art. Es ist allerdings nicht zu ignorieren, dass manche Verhaltensweisen, die als «stalinistisch» angeprangert werden, zum allgemeinen Repertoire politischen Handelns gehören. Deshalb wird es stets darauf ankommen, zu welchem Zweck dieser Begriff benutzt wird. Doch unabhängig davon wird «Stalinismus» nach wie vor in einer engeren und einer weiter gefassten Auslegung verwendet: entweder ausschließlich für die Geschichte der UdSSR während der Machtausübung Stalins, oder übergreifend für alle sozialistisch orientierten Staaten, Parteien und politischen Bewegungen, die substanzial seine Merkmale erfüllen. Diese Fragestellung trat ansatzweise bereits mit der «Bolschewisierung» kommunistischer Parteien anderer Länder im Laufe der 20er Jahre auf, als diese, eingebunden in die Kommunistische Internationale, an der Parteiauffassung der Bolschewiki ausgerichtet wurden. Aber erst nach 1945, als die Sowjetunion in Osteuropa ein System von ihr abhängiger Staaten und Parteien schuf, stellte sich das Problem ernsthaft. Alle diese Länder (anfangs auch Jugoslawien) übernahmen in den Grundzügen das Sozialismus-, Gesellschafts- und Parteiverständnis, das unter der Führung Stalins in der UdSSR praktiziert wurde. Der XX. Parteitag der KPdSU nahm daran nur Modifikationen vor: Er wählte einen Weg ohne Stalin und die brutalsten, unverhüllt terroristischen Elemente seiner Herrschaft, aber mit dem von ihm geprägten und kanonisierten Marxismus-Leninismus, der in die Rolle einer wissenschaftlich verbrämten Glaubens- und Erlösungslehre geraten war, und mit den spezifischen Mechanismen des Stalinschen politischen Systems.

Es liegt nahe, «Stalinismus» als ein solches System zu sehen und nicht auf die persönliche Diktatur eines einzelnen Menschen einzugrenzen. Stalin stützte sich auf einen Stab ihm ergebener Funktionäre, dem eine ganze Schicht, in gewissem Sinne eine «neue Klasse», diente. Sie betrieb ein von ihr mit aufgebautes autoritäres, bürokratisches und zentralistisches System, das Stalins Tod überlebte. Dieses System garantierte die unantastbare «führende Rolle der Partei» mit

ihrem Machtmonopol, den Ausschluss der politischen Mitwirkung des Volkes mittels des «demokratischen Zentralismus», die Knebelung der Meinungsfreiheit und Unterdrückung einer kritischen politischen Öffentlichkeit.

Inzwischen wird bezweifelt, ob die stalinistische UdSSR überhaupt ein sozialistischer Staat war, vergleicht man sie mit dem humanistischen und demokratischen Geist der Auffassungen von Marx und Engels. Die Emanzipation des Individuums und die Aufhebung der Entfremdung waren ausgeblieben – an ihre Stelle die Sucht nach der umfassenden Kontrolle des Bürgers getreten. Die Idee der Räte war zur Vergötzung des Staates entartet. Der Stalinkult widersprach der Einstellung von Marx und Engels zur Rolle der Persönlichkeit. Voluntarismus und Subjektivismus des «Führers» – wie Stalin sich nennen ließ – nahmen die Stelle wissenschaftlich ausgearbeiteter Strategie ein. Stalin konnte an Elemente des Leninschen Werkes anknüpfen, verballhornte sie jedoch, verallgemeinerte widersinnig Maßnahmen aus dem Bürgerkrieg, brach mit Lenins Strategie eines langen Weges zum Sozialismus und ignorierte dessen Sorgen, es könnte zur Bürokratisierung der Parteiherrschaft und zur Aushöhlung der Räteidee kommen.

Der Stalinismus war kein unvermeidliches Resultat der Geschichte. In ihm verknüpften sich objektive und subjektive Faktoren in einer Weise, die nicht wiederholbar sein wird. Er zeigte nicht den einzig gangbaren Weg zum «Sieg des Sozialismus» in der UdSSR, auch nicht die einzig mögliche «Übergangsperiode» für andere Länder. Der Bolschewismus, aus dem er sich speiste, trug das Erbe russischer Geschichte mit all ihren Belastungen in sich. Er passte sich diesen Bedingungen an und versuchte, in einem rückständigen Lande den Weg zum Sozialismus zu finden. Der Bürgerkrieg und die Existenz als einziger sozialistischer Staat in einer feindlichen Umwelt konnten eine militärartige Organisation und Disziplin der Partei sowie eine straffe zentralisierte Führung rechtfertigen. Erst der Versuch, die Entwicklung zu «beschleunigen», in kürzester Zeit das Land zu industrialisieren und die Landwirtschaft zu kollektivieren, was mit einer späten «ursprünglichen Akkumulation» eine gigantische soziale Umwälzung nach sich zog, erzeugte den Handlungsdruck und die Vorstellungen, die die Person Stalin wirksam werden ließen. Der Massenterror sollte nicht nur Partei und Gesellschaft durch Schrecken stabil halten, sondern zugleich die soziale Umwälzung durch die Reduzierung oder Vernichtung «feindlicher» Schichten wie der Kulaken vortreiben – eben eine «Säuberung» der Gesellschaft von Millionen Menschen. Die mangelhafte Wirkung einer solchen politischen Praxis potenzierte wiederum den Vernichtungswahn.

Die Verallgemeinerung der Erfahrungen der russischen Revolution, des Weges der UdSSR zu allgemeinen «Gesetzmäßigkeiten des Sozialismus» und zum Grundmodell des Sozialismus bot den entstehenden sozialistischen Staaten Europas zunächst hilfreiche, vielleicht auch notwendige Orientierungen. Sie führte sie jedoch auf einen Weg, der den Widerspruch zwischen dem Ziel «Sozialis-

mus» und den Mitteln dazu unter den veränderten Bedingungen zwar zeitweise mindern, doch nicht aufheben konnte. Die SED bemühte sich am Ende nur noch um die Bewahrung und Reparatur des bestehenden, «Realsozialismus» genannten, doch an die Grundprinzipien des Stalinismus gebundenen Systems.

Das Scheitern des ersten weltgeschichtlichen Anlaufs zum Sozialismus wies den Stalinismus in all seinen Varianten als eine selbstzerstörerische und sozialismusfeindliche Ideologie und politische Praxis mit verheerenden Folgen für die Gesellschaft und die Lebenswirklichkeit der Bürger aus. Er erzeugte eine Parteimentalität und Denkweisen, die vom Glauben an den Sozialismus in der Überzeugung getragen waren, eine historische Mission zu erfüllen – über allem stehend und jedes Opfer, auch die Selbstaufgabe rechtfertigend, wie es die Moskauer Prozesse der 30er Jahre bezeugten: die Bereitschaft, trotz des Wissens darum, das einem Unrecht widerfuhr, sich der Partei zu opfern, damit diese das «große Werk» irgendwann vollenden könne.

Den Stalinismus trug mit einer Marx und Engels widersprechenden deterministischen Geschichtsauffassung eine Ideologie, die ihren Selbstwiderspruch zwischen Prophezeiung und realem politischen Prozess niemals auflöste. Das von allgemeinen Prämissen ausgehende Sozialismusbild unterlag nicht einer kontinuierlichen Anpassung an eine sich verändernde Welt und verlor zusehends seine visionäre Kraft und gesellschaftliche Leitfunktion. Die politische Diktatur, ausgeübt von der Führung einer Partei, die zentralistisch-bürokratische Verwaltung der Gesellschaft, die Unterdrückung kritischen und eigenständig konstruktiven Denkens jenseits des von der Führung fixierten – dies und viele andere Restriktionen und Grenzziehungen individueller Entfaltung ließen den Realsozialismus letzten Endes als eine Gesellschaftsform erscheinen, die mit dem emanzipatorischen, freiheitlichen und humanistischen Wesen der Sozialismusidee nur noch abstrakt und propagandistisch, nichts aber mehr real zu schaffen hatte.

Der Stalinismus schuf eine Gesellschaft ohne historische Perspektive, weil er mit der politischen und geistigen Entmündigung der Bürger keine selbsttragenden Triebkräfte seiner Entwicklung hervorbrachte, sondern sie organisieren musste und ihr damit die Fremdbestimmung seiner Bürger zugrunde legte. Diese zu überwinden, ist jedoch das Anliegen der sozialistischen Idee, nur auf dieser Basis kann die Befreiung des Menschen aus seiner Unmündigkeit Wirklichkeit werden.

Die vorliegende Erklärung wurde im Auftrag der Historischen Kommission von Ernst Wurl unter Mitwirkung von Jochen Černý verfasst.

ZUM 60. JAHRESTAG DER GRÜNDUNG DER SED

STELLUNGNAHME DES SPRECHERRATES DER HISTORISCHEN KOMMISSION VOM 11. APRIL 2006

Am 21. und 22. April 2006 jährt sich zum 60. Male die Gründung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, hervorgegangen aus dem Zusammenschluss von KPD und SPD. Dieses historische Ereignis ist nicht nur umstritten wie eh und je; es wird auch nach wie vor in vordergründiger Manier für den politischen Schlagabtausch genutzt. Da interessiert weniger die Frage, wie die Geschehnisse tatsächlich abgelaufen sind, als die Überlegung, wie sich der politische Gegner mit historischen oder pseudohistorischen Argumenten attackieren lässt. Wenig Widerhall hat die bereits vor zwei Jahrzehnten ausgesprochene Mahnung Willy Brandts gefunden, «nicht Gefangene gelernter und eingeschliffener Verhaltensmuster und Denkschemata (zu) sein, wenn die Welt vor unseren Augen sich wandelt und die alte Betrachtungsweise sich überlebt. Nichts wäre erfreulicher, als wenn auch hier nicht alle alten Schlachten immer neu geschlagen werden müssten.»

Die Historische Kommission der Linkspartei.PDS hatte bereits den 50. Jahrestag der SED-Gründung zum Anlass genommen, um sich in einer Erklärung ausführlich und mit dem Bestreben nach ausgewogener Beurteilung zu den vielschichtigen Vorgängen des Jahres 1945/1946 und zu deren Folgen zu äußern. Sie sieht keinen Grund, von dieser Darstellung und Einschätzung abzurücken.

Wenn es etwas neu zu bedenken gibt, so ist dies der Zusammenhang zwischen den Einigungsbestrebungen nach der Befreiung vom Hitlerfaschismus und den gegenwärtigen Bemühungen um die Bildung einer vereinten deutschen Linkspartei. Dass unter aktuellen Gesichtspunkten nach Erfahrungen und Lehren aus dem Zusammenschluss von KPD und SPD gefragt wird, liegt nahe. Die Unterschiede sind jedoch so gravierend, dass vor kurzschlüssigen Vergleichen oder Berufungen gewarnt werden muss.

Wir haben es mit grundverschiedenen historischen Bedingungen zu tun, und deshalb tragen die Einheitsbestrebungen von damals und heute auch unterschiedlichen Charakter:

- Damals die Bewegung in einem durch Faschismus und Krieg ruinierten, besiegten und besetzten, in Zonen aufgeteilten Land, in dem mehr oder weniger alles von Grund auf erneuert werden musste – heute Vereinigungsbestrebungen in einer die Nachkriegszeit hinter sich lassenden, reichen Bundesrepublik, eingebunden in die Europäische Union und mit den Prozessen zunehmender Globalisierung konfrontiert, ein Land mit einem enormen Reformstau, im Begriff, die sozialen Errungenschaften der Aufbaujahre und des deutsch-deutschen Wettbewerbs im Zeichen des Neoliberalismus zu demontieren.
- Damals eine Linke, die sich in ganz Europa in der Offensive befand, was auch in vielfältigen Einigungsbestrebungen seinen Ausdruck fand, im Osten Deutschlands eine enge Wechselwirkung zwischen Aktionseinheit und gesellschaftsverändernden Umgestaltungen – heute eine Linke, die sich im Abwehrkampf befindet, die gerade zur Abwehr weiterer Übergriffe auf Rechte der Werktätigen und soziale Standards, wegen des Abbaus von Demokratie und einer fortschreitenden Militarisierung der Außenpolitik den Zusammenschluss sucht.
- Damals im Zentrum der Einheitsbewegung zwei traditionsreiche Arbeiterparteien, die einen riesigen Zustrom neuer Kräfte verbuchen konnten – heute eine Linkspartei.PDS, hervorgegangen aus Resten der SED und weitgehend auf Ostdeutschland begrenzt, auf der einen Seite und aus der SPD ausgescherte Sozialdemokraten und entschiedene Gewerkschafter, die sich in einer so rasch nicht zu überwindenden Minderheitsposition befinden, auf der anderen Seite.
- Damals die Belastungen einer jahrzehntewährenden kommunistisch-sozialdemokratischen Fehde, die zu tiefen gegenseitigen Verletzungen geführt hatten – heute eine deutsche Linke, die in Ost und West ganz unterschiedliche politische Sozialisationsprozesse durchlaufen hat, die noch so manchen Graben aus der Zeit des kalten Krieges und der deutschen Teilung zuschütten muss.
- Damals in der sowjetischen Zone eine unanfechtbare Dominanz der durch die Besatzungsmacht protegierten kommunistischen Strömung, die in der Lage war, die Sozialdemokraten in eine alternativlose Situation hinein zu bugsieren und schließlich die Einheitspartei unter Preisgabe ihres Gründungskonsenses nach dem Vorbild der KPdSU zu formen – heute Gruppierungen mit unterschiedlichen territorialen Schwerpunkten und einem historisch gewachsenen Ost-West-Gefälle, die aber aufeinander angewiesen sind und nur Aussicht auf Erfolg haben, wenn sie sich auf gleicher Augenhöhe begegnen.
- Damals stieß die anfangs begründete Hoffnungen nährnde Bewegung in den Westzonen auf die prinzipielle Ablehnung des zum Führer der westdeutschen Sozialdemokratie aufsteigenden Kurt Schumacher und auf den geharnischten Widerstand der Besatzungsmächte – heute haben sich die Verfechter einer Vereinigung auch vieler unfairer Angriffe zu erwehren und gegen Ausgrenzungen anzukämpfen, aber es gibt niemand, der sie hindern könnte, eine vereinigte Linke zu schaffen, wenn es beide Seiten ernsthaft wollen.

Wenn es aus dem Vergangenen etwas zu lernen gibt, so vor allem drei Dinge:

1. Ohne das Streben nach Einheit und ohne Persönlichkeiten, die dieses Streben überzeugend vorleben, gibt es keine vereinte Bewegung. Aber die Beschwörung von Zusammengehörigkeit und das emotionale Bekenntnis zum hohen Wert der Einheit schaffen real existierende Differenzen und Konflikte nicht aus der Welt. Auf dem Wege zur SED und innerhalb der SED gab es vielversprechende Ansätze des Ausgleichs, aber letztlich sind die Gegensätze im Demokratieverständnis, hinsichtlich des Weges zur Macht und des Gebrauchs der Macht, hinsichtlich der inneren Verfasstheit einer Einheitspartei und in anderen Fragen nicht kameradschaftlich ausgetragen, sondern in Anlehnung an das sowjetische Parteimodell von oben herab entschieden worden. Anton Ackermanns Warnung «undemokratisch wird sich rächen», hat sich bestätigt und bleibt aktuell.

2. Deshalb gilt es vor allem das Vermächtnis jener Anhänger der Einheitspartei zu achten, denen es ernst mit einer Partei war, die weder die alte KPD noch die alte SPD sein sollte. Die letztlich vertane Chance der SED bestand darin, eine in der deutschen Arbeiterbewegung bis dahin nicht gekannte Qualität politischer Interessenvertretung der Werktätigen zu verwirklichen. Die Chance einer heutigen Linkspartei besteht darin, mehr zu sein als die Summe der sich zu ihrer Formierung bekennenden Gruppierungen. Berufungen auf die deutsche Arbeiterpartei vor 1914 helfen da nicht weiter, verursachte doch gerade deren Zerfall angesichts der Herausforderungen des Ersten Weltkrieges und der durch dieses Völkermorden ausgelösten Revolutionen die erbitterten, bis heute nicht überwundenen Auseinandersetzungen verschiedener Strömungen, die alle Anspruch erheben, die wahren Linken zu sein.

3. Bei der SED-Gründung verbanden sich antifaschistisch-demokratische Gegenwartsaufgaben mit einer sozialistischen Zielbestimmung und dem Nachdenken über einen eigenen Weg zum Sozialismus. Doch dieser Ansatz wurde nicht systematisch weitergedacht und in offener Diskussion vervollkommen, vielmehr wurden gerade jene Erkenntnisse wieder zurückgenommen, die von einem undogmatischen Umgang mit der Praxis zeugten und geeignet waren, neue Perspektiven zu eröffnen. Damals wie heute kann eine gemeinsame Organisation nur (muss aber nicht zwingend) aus gemeinsamem Handeln erwachsen. Die beste Stimulanz sind gemeinsame Erfolge. Doch eine vereinte Linkspartei ist mehr als ein Aktionsbündnis. Ihre unverwechselbare Authentizität kann sie nur gewinnen, wenn sie über den bestehenden Gesellschaftszustand hinausdenkt und eine demokratisch-sozialistische Zielvorstellung entwickelt und überzeugend vertritt.

ZUM 90. JAHRESTAG DER GRÜNDUNG DER USPD

ERKLÄRUNG DER HISTORISCHEN KOMMISSION VOM 4. APRIL 2007

Die Gründung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vor 90 Jahren, zu Ostern 1917 (6. bis 8. April), im Gothaer Volkshaus ist in mehrfacher Hinsicht ein des Gedenkens würdiges Ereignis. Die Linkspartei.PDS, inmitten des Parteineubildungsprozesses mit der WASG, sieht sich in mannigfaltigen Traditionsbezügen.

Die USPD ist einer von ihnen. Er verdient gegenwärtig besondere Aufmerksamkeit. Mit der USPD entstand eine Massenpartei links von der SPD. Damit erwachsen Voraussetzungen für eine linke Alternative zur «Mehrheitssozialdemokratie», die mit der «Vaterlandsverteidigung» im imperialistischen Ersten Weltkrieg die Arbeiterbewegung gespalten hatte.

Mit dem «Nein» zur Bewilligung der Kriegskredite im Deutschen Reichstag am 2. Dezember 1914 von Karl Liebknecht, dem sich bald weitere oppositionelle Sozialdemokraten anschlossen, wurde die antimilitaristische Tradition der deutschen Sozialdemokratie bewahrt. Im März 1915 verließen 30 Abgeordnete vor der erneuten Abstimmung über das Kriegsbudget den Saal, während die Mehrheit der Fraktion entgegen den programmatischen Grundsätzen der Partei dem Budget der Regierung zustimmte.

Aus Opposition gegen die «Burgfriedenspolitik» der offiziellen Parteinstanzen sammelten sich 1915 linke Sozialdemokraten in der Gruppe «Internationale», bald «Spartakusgruppe» genannt, unter Leitung von Leo Jogiches, Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Franz Mehring u. a. Der Ausschluss Karl Liebknechts aus der Reichstagsfraktion im Januar 1916 und weiterer Fraktionsmitglieder wie Wilhelm Dittmann, Hugo Haase, Georg Ledebour im März 1916 führte am 30. März desselben Jahres zum Zusammenschluss zu einer «Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft» zunächst noch im Rahmen der SPD.

Die USPD entstand unter dem großen Druck der Kriegereignisse und im Ergebnis eines fortschreitenden Differenzierungsprozesses in der SPD. Bedeutend-

de marxistische Theoretiker der Sozialdemokratie, wie Eduard Bernstein, Rudolf Hilferding und Karl Kautsky, die sich als Bewahrer des Erbes der Sozialdemokratie verstanden, brachen mit der «Mehrheitssozialdemokratie». Clara Zetkin begrüßte in einem solidarischen Schreiben die Gründung der USPD. Unter Wahrung ihres selbstständigen Standpunktes schloss sich die Spartakusgruppe der USPD an. Die russische Revolution veränderte die Koordinaten der Politik der verschiedenen Flügel der deutschen Arbeiterbewegung.

Auch in Deutschland reifte eine revolutionäre Krise. Während die «Mehrheitssozialdemokratie» den Kompromiss mit den alten Eliten suchte, nutzte die USPD nur zögernd die Chancen einer revolutionären Umwälzung. Der Spartakusbund setzte dagegen auf die Revolution, konnte jedoch nur marginal auf die Massenkämpfe Einfluss nehmen.

Obwohl Rosa Luxemburg zögerte, den Spartakusbund vorzeitig aus der USPD herauszulösen und eine Kommunistische Partei zu gründen – sie hätte sie lieber Sozialistische Partei benannt und mehr Zeit gewünscht, größere Teile der Mitgliedschaft der USPD mitzunehmen – entstand im Dezember 1918 die KPD (Spartakusbund).

Nach der Revolution spitzten sich die Auseinandersetzungen zu.

In der USPD erstarkte ein linker Flügel, der sich für die Schaffung einer einheitlichen revolutionären Massenpartei als Sektion der Kommunistischen Internationale aussprach. In der KPD standen Kräfte um den Vorsitzenden Paul Levi, die im Luxemburgschen Sinne für eine linkssozialistische Massenpartei eintraten, linksfundamentalistischen Revolutionaristen gegenüber. Das revolutionäre Potential der Mitglieder und Anhänger der USPD kam in der Zerschlagung des Kapp-Putsches 1920 wirksam zur Geltung. Das Zögern der Führung der KPD im Kampf gegen den Angriff der Konterrevolution, der zunächst als Auseinandersetzung innerhalb der herrschenden Klasse missdeutet wurde, verdeutlichte die Unsicherheiten in der Suche nach einer realpolitischen Strategie.

In beiden Parteien waren Abgrenzungen Voraussetzung für einen neuen Schritt auf dem Wege zu einer revolutionären Massenpartei. In der KPD führte das zum Verlust eines ganzen, antiparlamentarisch orientierten Flügels durch die Gründung der Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands (KAPD) im Frühjahr 1920; in der USPD zur Entscheidung des linken Flügels 1920 für die Vereinigung mit der KPD und einen Anschluss an die «Kommunistische Internationale». Die überstimmte Minderheit der USPD schloss sich im September 1922, bis auf eine ausgeschiedene Splittergruppe, wieder der Mehrheits-SPD an.

Aus der Fusion von etwa einem Drittel der USPD-Mitglieder, rund 200.000, mit der KPD im Dezember 1920 zur Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (VKPD) erwuchs eine große historische Chance. Mit der VKPD entstand die erste kommunistische Massenpartei (300.000 Mitglieder) in einem industrialisierten Land. Sie besaß international großes Gewicht und war die mit Abstand

weltweit stärkste kommunistische Partei außerhalb Sowjetrusslands. Arbeiterfunktionäre, die in der KPD großen Einfluss gewinnen sollten, wie Franz Dahlem, Wilhelm Florin, Theodor Neubauer, Wilhelm und Bernard Koenen, Walter Stoecker und Ernst Thälmann, waren in die Partei gekommen. Mit der Politik des «Offenen Briefes» an die Gewerkschaften und Arbeiterparteien vom 8. Januar 1921 lenkte die soeben gegründete VKPD die Richtung ihres Kampfes auf die Tagesaufgaben und Tagesnöte der Werktätigen, ohne ihren revolutionären, antikapitalistischen Anspruch aufzugeben.

Der Parteibildungsprozess verlangte angesichts sich verändernder weltpolitischer Konstellationen ein hohes Maß an Selbständigkeit und kritischer Urteilsfähigkeit.

Für die entstehende kommunistische Weltbewegung war die Überzeugung konstitutiv, dass der Niedergang des kapitalistischen Systems nach dem als «Urkatastrophe» empfundenen Ersten Weltkrieg zwangsläufig und die proletarische Revolution Instrument und Ergebnis dieses Zusammenbruchs sei. Diese Überzeugung geriet zunehmend in Widerspruch mit der Realität des sich stabilisierenden Kapitalismus.

Das bolschewistisch-avantgardistische Partei- und Revolutionskonzept, das 1920 in den 21 Aufnahmebedingungen in die Kommunistische Internationale das russische Vorbild festschrieb, blockierte den Weg zu einem breiteren linkssozialistisch-kommunistischen Flügel der Arbeiterbewegung, der das Ziel der Systemüberwindung mit einer Realpolitik im Interesse der werktätigen Massen zu verbinden vermochte.

Ermutigt durch die sprunghaft gewachsene Stärke der VKPD wurde eine Politik entwickelt, die ganz im Stile des Avantgardismus die Offensive suchte und in Verkennung der Kräfteverhältnisse in den Märzkämpfen einer gezielten Provokation der Reaktion in die Falle ging. Paul Levi lief gegen diese Politik mit seiner Broschüre «Unser Weg. Wider den Putschismus» Sturm. Kurz zuvor hatte sich der Gegensatz zwischen der Führung der Exekutive der Kommunistischen Internationale und Paul Levi bereits anlässlich der italienischen Parteispaltung zugespitzt. Es ging im Kern wiederum um die Frage nach Wesen und Funktion der Partei. Levi und mit ihm u. a. Clara Zetkin lehnten den Kurs der Komintern auf eine kleine, reine italienische Partei, die sich von der linken Mehrheit der Sozialisten trennte, ab. Auf Weisung der Komintern-Führung wurde ohne Not die Chance preisgegeben, die Mehrheit der italienischen Sozialisten für die Komintern zu gewinnen.

Auf der Zentralaussschusstagung der VKPD Ende Februar 1921 griff Paul Levi diese Linie der Komintern in der italienischen und deutschen Frage scharf an. Seine Option war die konsequente Fortsetzung des Kurses des «Offenen Briefes» vom 8. Januar 1921 mit dem Ziel, eine möglichst breite linkssozialistische Strömung in der deutschen wie internationalen Arbeiterbewegung unter dem Dach der Komintern zusammenzuführen. Das stand in der Tat der Politik, wie sie in den

21 Aufnahmebedingungen des II. Weltkongresses Niederschlag gefunden hatte, diametral entgegen.

Die Niederlage Paul Levis und seiner Parteigänger in der Zentralausschusstagung, die mit 28 gegen 23 Stimmen die Haltung der Komintern billigte, war folgenschwer. Sie führte zum Rücktritt von Levi und des Ko-Vorsitzenden Ernst Däumig sowie von Otto Brass, Adolph Hoffmann und Clara Zetkin. Der im weiteren Verlauf dieser Auseinandersetzung erfolgende Ausschluss Paul Levis und das Ausscheiden führender ehemaliger USPD-Funktionäre reduzierte die geringe Chance, die Komintern offen zu halten für eine breitere Sammlung der Kräfte der Arbeiterbewegung links von der reformistischen Sozialdemokratie vom Typ der MSPD. Das vertiefte die Spaltung der Arbeiterbewegung und führte zu einer Polarisierung, die linkssozialdemokratische Kräfte von der kommunistischen Bewegung abstieß. Die Option für eine einheitliche, demokratische, linkssozialistisch-kommunistische Organisation im nationalen wie im internationalen Maßstab verlor ihre wichtigsten Protagonisten.

Die weitere Zersplitterung der Arbeiterbewegung in den folgenden Jahren schwächte die Linke in ihrem Kampf gegen den aufkommenden Faschismus.

Der mit Paul Levi verbundene Versuch, aus der mit dem Zusammenschluss von KPD und USPD (Linke) entstandenen Massenpartei ein linkssozialistisches Projekt im Geiste Rosa Luxemburgs zu gestalten, scheiterte.

In seinem Scheitern wie in seinen alternativen Optionen ist dieser Versuch ein Lehrbeispiel hohen Ranges für heutige linke Politik.

Die Erklärung wurde von Wilfriede Otto und Klaus Kinner erarbeitet.

1968: EIN GLOBALER AUFBRUCH

ERKLÄRUNG DER HISTORISCHEN KOMMISSION DER LINKEN VOM 15. APRIL 2008

1. Einleitung

Auch vierzig Jahre danach verleiten die Studierendenproteste von 1968 zu hitzigen Debatten. Die einen sehen die Bewegung jenes Jahres lediglich als Vorläufer des Terrors der RAF oder sie vergleichen gar die protestierenden Studenten mit den Anhängern Hitlers. Für die anderen führte 1968 zur «Neu- und Umgründung der Bundesrepublik», die in den «Kanon der westlichen Demokratien aufgenommen» wurde. Die Proteste werden als eine Art Katalysator einer «Fundamental-liberalisierung» gesehen.

Wir hingegen sind der Meinung, dass «1968» vor allem die Chiffre für eine bis in die späten 1970er Jahre währende Epoche globalen gesellschaftlichen Aufbruchs ist, die sich vor allem auf die Jahre 1967–69 fokussiert.

1968 steht für weltweite Studierendenproteste, den «Pariser Mai» – den wochenlangen Generalstreik in Frankreich – und Fabrikbesetzungen in Italien. Es steht für die Reformversuche in der Tschechoslowakei, einen «Sozialismus mit menschlichem Antlitz» zu schaffen. Es ist zudem ein Synonym für den weltweiten Widerstand gegen den grausamen Krieg der USA in Vietnam, für die antikolonialen Befreiungsbewegungen in der «Dritten Welt» und die Bürgerrechtsbewegung der Schwarzen in den USA.

Das grundsätzliche Ziel, das viele 68er verfolgt haben – eine fundamentale demokratisch-sozialistische Veränderung der Gesellschaften im Osten und im Westen – haben sie nicht erreicht. Wohl aber wirken viele Errungenschaften der Bewegung noch bis heute nach.

Mit dem Jahr 1968 verbinden sich für Linke im Westen und im Osten Deutschlands sehr unterschiedliche Erfahrungen. Während in der ehemaligen DDR der «Prager Frühling» und seine Niederschlagung stark prägend waren, dominieren im Westen die Erfahrungen aus der außerparlamentarischen Opposition. Aufgabe heutiger Linker ist es, über eine kritische Auseinandersetzung mit der 68er-Bewegung darüber zu diskutieren, wie das Erbe nutzbar zu machen ist.

2. Globale Dimensionen einer Revolte

In historisch fast einzigartiger Form verdichteten sich 1967–69 verschiedene Emanzipationsbewegungen zu einem globalen Aufbruch einer «Neuen Linken». Es waren vor allem drei unterschiedliche Stränge, die in diesen Jahren zusammentrafen und sich gegenseitig beeinflussten: Eine gegen die «fordistische Fabrikgesellschaft» und ihren oft autoritären staatlichen Überbau gerichtete Revolte in den Ländern des kapitalistischen «Westens», der Versuch eines demokratisch-sozialistischen Ausbruches aus den bürokratischen Strukturen der post-stalinistischen Länder des Ostblocks und das Erstarren der antikolonialen Befreiungskämpfe in den Ländern des «Südens».

Die Revolte im Westen

Das für den Antikommunismus wesentliche Bild eines freien und demokratischen Westens geriet unter dem Eindruck des brutal geführten Krieges der USA in Vietnam, der Aufstände der Schwarzen in den Ghettos der USA und dem engen Bündnis westlicher Regierungen mit diktatorischen, zum Teil faschistischen Regimes (Portugal, Spanien, Griechenland, aber auch Iran und anderen) in die Krise. In der BRD kam die oft ungebrochene persönliche Kontinuität ehemaliger NS-Funktionäre im Staatsapparat hinzu.

Die ideologische Krise des Antikommunismus schuf den Raum für die Entstehung einer neuen, sozialistischen Linken. Diese verband sich in vielen Ländern mit der Zunahme von Arbeiterbewegungen, die ihren Höhepunkt namentlich im mehrwöchigen Generalstreik des Pariser Mai 1968 und den Kämpfen in Italien 1969 und den frühen 70er Jahren erlebten. Hinzu kam eine oft subkulturell geprägte anti-autoritäre Jugendbewegung. Sie kollidierte mit polizeilichen Repressionen gegen neue Formen jugendlichen Freizeitverhaltens (Rock-Musik, Aussteigertum, Drogen) ebenso wie mit autoritären Strukturen in Schule, Universität und Betrieb.

Der Aufbruch im Osten

Gegen die bürokratische Pervertierung der Emanzipationsversprechen des Sozialismus im Osten entstand namentlich in der CSSR eine breite, von Teilen des Parteiapparates unterstützte Bewegung für einen demokratischen Sozialismus. In Polen protestierten Studenten im März 1968 gegen nationalistische und antisemitische Tendenzen im Land. Sie forderten in einer Erklärung der Studentenbewegung u. a. die Abschaffung der Zensur, Wirtschaftsreformen und unabhängige Gewerkschaften. In Jugoslawien suchte die «Praxis-Gruppe» nach Verbindungen zum kritischen Marxismus des Westens, auch in Belgrad besetzten Studierende die Fakultäten.

Alle diese Erneuerungsversuche im Osten scheiterten. Das repressive Gesicht des Post-Stalinismus zeigte sich der Welt, als die Panzer des Warschauer Paktes den «Sozialismus mit menschlichem Antlitz» in den Straßen von Prag unter sich begruben.

Die antikolonialen Kämpfe

Als im Januar 1968 vietnamesische Befreiungskämpfer amerikanische Bodentruppen in Saigon und anderen südvietnamesischen Städten angriffen, wurde der Welt demonstriert: Die größte Supermacht der Welt, die USA, kann herausgefordert werden. Dies inspirierte nicht nur die Anti-Kriegs-Bewegung im Westen, sondern auch die antikolonialen Kämpfe der «Dritten Welt» erhielten einen neuen Aufschwung, der in der Unabhängigkeit Indochinas und der verbliebenen portugiesischen Kolonien in Afrika in den 70er Jahren mündete. Die Studierendenproteste anlässlich der Olympischen Spiele 1968 in Mexiko, die Entstehung linker Guerilla-Gruppen und der Aufschwung sozialer Bewegungen in Lateinamerika verdeutlichen die globale Dimension der Revolte.

In den beiden von der Systemkonfrontation geprägten Jahrzehnten vor 1968 waren die Traditionen eines demokratischen Sozialismus «von unten» fast vollständig verschüttet worden. Sie wurden abgewürgt von einem massiven und militanten Antikommunismus und waren unter dem Einfluss des Wirtschaftswunders weitgehend marginalisiert. 1968 steht demgegenüber für den Versuch eines neuen linken Aufbruchs, für die Suche nach Traditionen und neuen Handlungsperspektiven, nach neuen Aktionsformen und neuen Formen des Zusammenlebens.

3. 1968 in der BRD

Die Bewegung von 1968 wird in Westdeutschland hauptsächlich als eine Revolte der Studierenden wahrgenommen. Tatsächlich prägten diese die Bewegung. Die Demonstrationen gegen die Ermordung Benno Ohnesorgs, der große Vietnam-Kongress des «Sozialistischen Deutschen Studentenbundes» (SDS) und die Proteste gegen die Hetze der BILD-Zeitung gingen von Studierenden aus. Aber auch Schüler, Auszubildende und Gewerkschafter, die sich neu der politischen Bewegung angeschlossen hatten, wurden für ihre Interessen aktiv. Die Lehrlingsbewegung, die «Wilden Streiks» von 1969 oder die Welle migrantischer Arbeitskämpfe in den folgenden Jahren wären ohne die Erfahrungen des Jahres 1968 nicht möglich gewesen. In den Protesten gegen die «Notstandsgesetze» kamen Studierenden- und Arbeiterbewegung auch real kurzzeitig zusammen.

Zudem waren die Forderungen, die im Mittelpunkt der 68er-Bewegung standen, generationsübergreifend. Sie kämpfte für eine demokratische Bildungs- und Hochschulreform, die jedem – ungeachtet seiner sozialen Stellung und Herkunft – alle Bildungswege öffnen und die Mitbestimmung von Lernenden und Studierenden garantieren sollte. Des Weiteren forderten die 68er mehr Demokratie im Betrieb, in der Wirtschaft und in der Politik. Sie setzten sich für internationale Solidarität – gegen den Krieg der USA in Vietnam und die Zusammenarbeit Westdeutschlands mit diktatorischen Regimes – ein. Sie waren für Abrüstung

und Frieden, für die Ächtung der Atomwaffen, gegen Blockkonfrontation. Zudem protestierten sie gegen die damalige «law and order»-Politik in Form der Notstandsgesetze. Darüber hinaus wurden sie gegen personelle faschistische Kontinuitäten in der BRD und gegen die NPD aktiv.

Die 68er haben viel erreicht. Die von oben geplante «Hochschulreform» wurde verhindert und stattdessen die Mitbestimmung der Studierenden, der akademischen und sonstigen Mitarbeiter durchgesetzt. Eine «Bildungsexpansion» wurde in Gang gesetzt. Die Bewegung schwächte zudem entscheidend den Versuch des Aufbaus einer neofaschistischen Partei, der NPD.

Die 68er erzeugten eine Politisierung, die weit über die Studierenden hinausging. Mehr als Hunderttausend wurden Mitglieder bei den Jusos und der SPD. Zehntausende organisierten sich in den radikalen Nachfolgeorganisationen des SDS und in der DKP. Gleichzeitig äußerte sich die gesellschaftliche Politisierung in der Bundestagswahl 1972, die der SPD um Willy Brandt bei einer Rekordwahlbeteiligung von über 90 Prozent einen überwältigenden Sieg bescherte.

Außerdem entwickelte die Bewegung Formen praktischer Solidarität. Wohngemeinschaften wurden gebildet, Kinderläden eingerichtet, neue Formen emanzipatorischen Zusammenlebens erprobt. Ohne die Debatten von 1968 über gesellschaftliche Gleichberechtigung von Frauen und Männern sowie über gleichen Lohn für gleiche Arbeit wären auch die neue Frauenbewegung und die Bewegungen der Schwulen und Lesben nicht möglich gewesen. Ohne 1968 und die darauffolgenden Auseinandersetzungen wäre die Freiheit der sexuellen Selbstbestimmung nicht erreicht worden.

4. Vierzig Jahre später

Trotz aller Erfolge der Revolte: Die emanzipatorischen Visionen von 1968 – einer freien, demokratischen und sozialistischen Gesellschaft – wurden nicht eingelöst, viele Errungenschaften später wieder zurückgenommen. Inzwischen werden Studiengebühren eingeführt, Arbeiterkinder aus den Universitäten verdrängt. Marxistische Wissenschaft hat an Hochschulen kaum noch Platz. Betriebliche Demokratie ist auf dem Rückzug. Errungenschaften der Frauenbewegung werden in Frage gestellt. Nazis sitzen wieder in Parlamenten. Trotz aller Erfolge der antikolonialen Befreiungskämpfe dauert die Ausbeutung der Länder der «Dritten Welt» an.

Einige Forderungen der 68er wurden aufgegriffen, aber vor dem Hintergrund der (Teil-)Niederlagen der 70er Jahre in ihr Gegenteil verkehrt. Aus der Forderung nach einer freien Gestaltung des Lebens ist der Zwang zu Flexibilität geworden. Aus dem Wunsch nach einem selbstbestimmten Leben wurde der Zwang zur Selbstverwertung. In der Alternativkultur entwickelte Formen der Produktion prägen unter umgekehrten Vorzeichen als angeblich «flache Hierarchien» moderne Formen der Ausbeutung.

Die Partei, die als Erbin der 1968er angetreten ist – Die Grünen – hat das emanzipatorische Erbe spätestens mit dem Kosovo-Krieg oder ihrer Beteiligung an den sozialrepressiven Hartz-Gesetzen aufgegeben. Der «Marsch durch die Institutionen» einiger 68er hat diese ebenso von den eigentlichen Zielen der Bewegung entfernt wie diejenigen, die in der Sackgasse des bewaffneten Kampfes der RAF gelandet sind. Ähnliches gilt für die oft dogmatischen und autoritär strukturierten maoistischen Organisationen der 70er Jahre.

Das wesentliche Emanzipationsversprechen von 1968 – ein demokratischer Sozialismus – ist bis heute nicht erfüllt. Trotz geänderter Rahmenbedingungen kann aus der Revolte von 1968 für die heutigen Auseinandersetzungen viel gelernt werden – gerade angesichts von Hunger und Elend in der «Dritten Welt», immer wiederkehrender Wirtschafts- und Finanzkrisen und der verheerenden Kriege der USA und ihrer Verbündeten im Irak und Afghanistan.

Es ist an der LINKEN, sich heute offensiv auch in die positiven Traditionen des Aufbruchs von 1968 jenseits von Staatssozialismus und Kapitalismus zu stellen und – aus den historischen Erfahrungen lernend – einen neuen Aufbruch zu wagen.

Diese Erklärung wurde im Auftrag der Historischen Kommission der LINKEN von Marcel Bois und Florian Wilde verfasst und vom Sprecherrat am 15. April 2008 verabschiedet.

DIE REVOLUTIONÄRE GEBURTSTUNDE DER DEUTSCHEN DEMOKRATIE

**ERKLÄRUNG DES SPRECHERRATES DER HISTORISCHEN
KOMMISSION DER LINKEN VOM 30. OKTOBER 2008
ZUM 90. JAHRESTAG DER DEUTSCHEN REVOLUTION
VON 1918/19**

Vor 90 Jahren ereignete sich in Deutschland die Revolution, die den Ersten Weltkrieg beendete und unter dem Namen «Novemberrevolution» in die Geschichte eingegangen ist. Sie begann am 4. November 1918 mit dem erfolgreichen Matrosenaufstand in Kiel, stürmte binnen weniger Tage die dynastischen Residenzen der föderalen Staaten des Deutschen Reiches und kulminierte am 9. November im machtvollen Massenstreik des Berliner Proletariats, der Kaiser Wilhelm II. zur Abdankung zwang und die preußische Monarchie stürzte.

Die deutsche Revolution von 1918/19 war Teil der Weltkriegsrevolutionen in Mittel- und Osteuropa. Diese bewirkte den Zusammenbruch der aus der «Heiligen Allianz» von 1815 überkommenden Autokratien des Kontinents, indem sie Russland, Österreich-Ungarn, Deutschland und somit das Europa des 19. Jahrhunderts umwälzten. Vom Rhein bis Wladiwostok, vom Baltikum bis zum Balkan entstand ein neues Staatensystem. Die Weltkriegsrevolutionen wurzelten in der allgemeinen Erschöpfung der am Krieg 1914 bis 1918 beteiligten Völker, in deren Bestrebungen nach Demokratie und nationaler Unabhängigkeit – nicht zuletzt auch der Einsicht der arbeitenden Klassen in die Friedensunfähigkeit der expansiven und kriegsgewinnlerischen Wirtschaftsunternehmen, ihrer imperialistisch agierenden Regierungen und Militärführungen. Mit den Forderungen nach Frieden ohne Annexion und Kontribution, nach Demokratie, Bodenreform und Sozialisierung nahmen diese Volksbewegungen im Vergleich zu allen früheren Revolutionen einen epochal neuen Charakter an. Die Friedensforderung wandte sich gegen den imperialistischen Krieg, und die Sozialisierungsforderung stellte die gesellschaftspolitische Systemfrage. Zwischen Oktober 1917 und August 1919

konstituierten sich Räterepubliken, die in Russland langfristig, in anderen Ländern nur zeitweilig währten. In Ungarn kam es erstmalig zu einer Regierungsbildung, in der sich Sozialdemokraten und Kommunisten vereinigten.

Es war Deutschland, wo der Revolution eine kontinentale Schlüsselrolle für die Gestaltung der Nachkriegsverhältnisse zukam. Das industriekapitalistische und kulturelle Entwicklungsniveau der Gesellschaft sowie die Reife und Organisiertheit der Arbeiterschaft eröffneten die historische Chance, unter dem politischen Einfluss der sozialdemokratischen Parteien und Gewerkschaften nicht nur die Überreste des Feudalismus vollständig zu beseitigen. Auch die sozialen Negativwirkungen des Kapitalismus waren zu begrenzen, wenn öffentliche und staatliche Kontrolle der Verfilzung von Wirtschaft, Militär, Parteien und Staatsregierung entgegenwirkten. In Gestalt der Räte schufen spontan tätige Volksmassen neue Organisationsformen, die potenziell im Stande waren, die ohnehin beabsichtigte bürgerlich-parlamentarische Demokratie durch Institutionen konsequenter Volkssouveränität zu ergänzen und zu vertiefen.

Adel und Bürgertum waren infolge der Kriegsniederlage diskreditiert und der Volksrevolution paralysiert. Die Initiative lag allein bei der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften. Diese waren ideologisch in verschiedene Richtungen gespalten. Aber die von den SPD-Führern begriffene Logik des Staatskapitalismus, die beispielhafte Wirkung der russischen Oktoberrevolution auf die deutschen Linken und das Veränderungspotenzial in der sozialdemokratischen Basis eröffnete die Chance für eine tiefgreifende sozialorientierte Demokratisierung der bürgerlichen Gesellschaft Deutschlands.

Indes rief diese denkbare, als tendenzielle Triebkraft auch wahrnehmbare historische Alternative alle Kräfte der Gegenrevolution hervor. Unter der politischen Verantwortung der sozialdemokratischen Provisorischen Regierung von Ebert, Scheidemann und Noske konnte es gelingen, die Revolution mit dem Geld der Wirtschaft und der Waffengewalt des weißgardistischen Militärs auf ungehemmt bürgerlich-kapitalistische Strukturen und Ziele zu begrenzen. Obwohl die Schaffung der Republik und liberalistischer Neuerungen des Rechts einen tatsächlichen Fortschritt bedeuteten – das Verfehlen maximal-demokratischer Möglichkeiten der Revolution ist als tragisch zu bewerten. Wurde die russische Sowjetrepublik von der kommunistischen Ein-Partei-Diktatur eingeschränkt und dominiert, so wurden die Rätebewegungen und Räterepubliken der anderen Länder von der Gegenrevolution liquidiert.

Weichenstellung zwischen Revolution und Gegenrevolution

Die Initiative zum historischen Neubeginn am Ende des bisher verheerendsten aller Kriege ging von dem unter Lenins Einfluss stehenden linken Mehrheitsflügel der russischen Sozialdemokratie, den Bolschewiki aus. Die russische Revolution beeinflusste das Denken und Handeln aller politischen Gruppierungen in

Europa. Für die einen war sie Leitbild, für die anderen ein Schreckensszenario. Die politischen Massenstreiks im Januar 1918 waren der Anfang vom Ende der Monarchien der Mittelmächte. Von nun an bereiteten die revolutionären Betriebsobleute mit ihrem Zentrum in Berlin den bewaffneten Aufstand zum Sturz der Monarchie und der Militärdiktatur vor. Nach der gescheiterten Sommeroffensive an der Westfront 1918 brach die militärische Disziplin zusammen. Im Herbst 1918 schlug die Kriegsmüdigkeit der Zivilbevölkerung in revolutionären Unmut um. In dieser Situation förderte die junge Sowjetrepublik die Organisation der revolutionären Kräfte. Doch die deutsche Revolution war das Zusammenspiel von plötzlichem Autoritätsverlust der monarchischen Regierung, absoluter Kriegsverweigerung und spontanem Aufstand. Die von der Matrosenmeuterei in Wilhelmshaven seit dem 4. November 1918 über das ganze Reich rollende Welle der spontanen Machteroberung durch die revolutionären Massen kam dem organisierten Aufstand zuvor. Hierin lag ihre unwiderstehliche Stärke und zugleich ihre Schwäche, denn in das Machtvakuum stießen die ihrer Zusammensetzung und Zielstellung nach sehr heterogenen und widersprüchlichen Arbeiter- und Soldatenräte.

Militärführung und Regierung hatten am 29. September versucht, der Revolution zuvorzukommen, indem sie beschlossen, die Regierungsgewalt und damit die Verantwortung für die Kriegsniederlage und die Waffenstillstandsverhandlungen in die Hände der Parteien der Reichstagsmehrheit zu legen. Dieser Staatsstreich von oben machte aus Deutschland über Nacht eine parlamentarische Monarchie und setzte auch die Sozialdemokratie in die Regierung ein. Die Übertragung dieser Verantwortung am 3. Oktober 1918 reichte der SPD-Führung als Reform des politischen Systems aus. Das änderte sich auch nicht, als US-Präsident Wilson am 24. Oktober als Vorbedingung für den Waffenstillstand die Abdankung des Kaisers forderte. Selbst als bewaffnete Massendemonstrationen der Berliner Arbeiterschaft am 9. November in Berlin dem Kaiserreich den Todesstoß versetzten, und Philipp Scheidemann die demokratische Republik ausrief, um der Proklamation der sozialistischen Republik durch Karl Liebknecht zuvorzukommen, schalt ihn sein Amtskollege Friedrich Ebert, beide Vorsitzende der SPD, für diesen Vorstoß. Ebert hasste nach eigenen Worten die Revolution «wie die Sünde». Nur widerwillig nahmen Ebert und Scheidemann einen Tag später das Mandat des Berliner Arbeiter- und Soldatenrates an, als Volksbeauftragte die provisorische Revolutionsregierung zu führen. Denn Ebert verstand sich als Reichskanzler, der die Regierungsgewalt bereits am Mittag des 9. November von seinem Vorgänger, dem Prinzen Max von Baden übernommen hatte. Seine Befangenheit in den bürgerlichen Demokratie-Traditionen des 19. Jahrhunderts, aber auch der Druck der Ententemächte, den Frieden nur mit einer gemäßigten sozialdemokratischen Regierung zu schließen, war der Grund, weshalb er seine Regierungsmacht nicht auf die bewaffnete revolutionäre Gewalt der Arbeiter-

und Soldatenräte stützte, sondern auf die konterrevolutionäre Gewalt der kaiserlichen Generale, ihrer Berufssoldateska und Freikorps.

Wie wenig Deutschland vor der Gefahr einer bolschewistischen Diktatur stand, bewiesen die Entscheidungen des Reichsrätekongresses am 19. Dezember in Berlin. Neben der Aufhebung des Belagerungszustandes, einer Amnestie, der Abschaffung der Zensur, der Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für Männer und Frauen ab dem 20. Lebensjahr, der Presse-, Rede- und Versammlungsfreiheit befürwortete der Kongress Wahlen zur Nationalversammlung und verzichtete damit auf die Macht. DIE LINKE um Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg war auf dem Kongress nur marginal vertreten, obwohl ihr das Verdienst zukam, den Boden für die Antikriegsproteste bereitet zu haben. Und dennoch hintertrieb Ebert die viel wichtigere Entscheidung des Reichsrätekongresses, sich die Kontrolle über Streitkräfte zu sichern, deren kaiserliche Oberbefehlshaber ihm allein ihre Loyalität versichert hatten. Mehr noch als die Arbeiterräte setzten sich die Soldatenräte aus allen Volksklassen und -schichten zusammen und waren erst recht keine Träger kommunistischen Bewusstseins. Unternehmerverbände und Gewerkschaften hatten sich schon vom 9. bis 12. November auf die künftige Gestaltung der Wirtschaft geeinigt. Die Gewerkschaften garantierten dem Unternehmertum ihren Verzicht auf die Sozialisierung, und die Gewerkschaften sicherten sich die Alleinvertretung der Arbeitnehmerinteressen, den Achtstundentag und die Verbesserung der Sozial-, Alters- und Erwerbslosenversicherung. Damit waren die Weichen für die künftige Entwicklung Deutschlands gestellt.

Trotz wichtiger demokratischer und sozialer Reformen behielten die alten Eliten Preußens und das Großkapital weiter ihre uneingeschränkte wirtschaftliche Macht und damit politischen Einfluss. Das löste den zweiten Aufstand aus. Im Dezember kam es in Berlin aus nichtigen Anlässen zu bewaffneten Kämpfen zwischen regulären regierungstreuen Truppen und der Volksmarinedivision, die Todesopfer forderten. Hinter diesen Kämpfen offenbarte sich der zentrale Konflikt zwischen provisorischer Regierung und Räten. Im Gefolge dessen verließen die ohnehin einflusslosen Unabhängigen Sozialdemokraten den Rat der Volksbeauftragten und gaben damit die letzte Machtposition preis. Die Entlassung des linksorientierten Berliner Polizeipräsidenten Emil Eichhorn (USPD) durch die preußische SPD-Regierung am 4. Januar 1919 gab in der psychologisch angespannten Situation den Anstoß zu einem erneuten Aufstand, der als «Spartakuswoche» (10. bis 15. Januar) in die Geschichte einging. Die inkonsequente Führung der Aktion wurde von Rosa Luxemburg heftig kritisiert, die ihrerseits unter dem Eindruck der Massendemonstration vom 5. Januar 1919 kurzzeitig an einen Erfolg glaubte. Als klar wurde, dass der Aktion der Erfolg versagt blieb, plädierte sie gegen Karl Liebknecht für einen Abbruch des Aufstandes. Die eben erst gegründete KPD war dieser Situation noch nicht gewachsen. Es bedurfte einiger Jahre, ehe sie Einfluss auf politische Entscheidungen gewinnen konnte.

Die Regierung Ebert/Scheidemann schickte mit ihrem Volksbeauftragten für Heer und Marine, Gustav Noske, jenen Mann vor, der sich selbst als «Bluthund» sah, um die Autorität der provisorischen Regierung herzustellen. Ebert, Scheidemann und Noske konnten sich dabei auf die inzwischen organisierte Gegenrevolution stützen, die von der Antibolschewistischen Liga koordiniert und mit 500 Millionen Mark der deutschen Wirtschaft finanziert wurde. Das Geld floss in die Formierung von Freikorps, Bürgerwehren, Propaganda und Mordkommandos. Unter dem Kommandeur der Gardekavallerieschützendivision, Hauptmann Waldemar Pabst, wurde der Aufstand niedergeschlagen und die führenden Linken liquidiert.

Nach der Wahl zur Nationalversammlung sah die sozialdemokratische Führung die Legitimität der vorrevolutionären Reichstagsmehrheit wiederhergestellt. Für die Räte hingegen war die Nationalversammlung allein ein von ihnen beschlossenes und zu kontrollierendes, nicht aber gegen sie gerichtetes Parlament. Dieser Konflikt der Doppelherrschaft von Parlament und nach wie vor bewaffneten Räten war die Ursache des Bürgerkrieges in Deutschland, der sich bis zur Niederschlagung der Bayrischen Räterepublik Anfang Mai 1919 hinzog. Unter dem Kommando Noskes und der politischen Verantwortung Eberts und Scheidemanns schritten die Freikorps, aus denen sich später die SA und SS rekrutierten, mit beispielloser Brutalität zur Entwaffnung der revolutionären Arbeiter und zur Auflösung der Räte.

Fazit

Im Gegensatz zu den Identifikation stiftenden Revolutionen anderer Völker erschien die deutsche Revolution von 1918/19 in den historischen Wertungen und Erinnerungen nicht als Ruhmesblatt. De facto war die Weimarer Republik, die erste bürgerlich-demokratische Ordnung Deutschlands, von keiner Partei ernstlich gewollt. Die Konservativen setzten auf Restauration. Das bürgerliche Lager, einschließlich der sozialdemokratischen Führung, verabscheute die volksrevolutionäre Art ihres Zustandekommens. Veteranen der Arbeiter- und Soldatenräte und linker Gewerkschaftsgruppen hätten lieber eine Kombination von Parlamenten und Räten gesehen. Die kommunistische Linke wollte die alleinige Rätemacht.

Die deutsche Revolution 1918/19 war die erste Revolution in einer großindustriellen Gesellschaft. Mit der bestorganisierten Arbeiterschaft der Welt und der politisch erfahrensten Sozialdemokratie und Gewerkschaft bestanden die Voraussetzungen für eine Vertiefung der tradierten bürgerlich-parlamentarischen Demokratie durch eine soziale Demokratie. Erstmals bestand die historische Chance, das Freiheitsversprechen der französischen Revolution durch deren Solidaritätsversprechen zu ergänzen. Mit der Rätedemokratie schuf das Proletariat spontan eine Form der direkten Selbstverwaltung, deren verfassungsrechtliche

Integration in die parlamentarische Demokratie denkbar war. Gleichmaßen entsprach die Sozialisierungsforderung dem hohen Vergesellschaftungsgrad der Wirtschaft. Derartige Ansätze scheiterten an der politischen Polarisierung der sozialistischen Arbeiterbewegung.

Unter dem Eindruck des fundamentalistischen Bruchs der russischen Oktoberrevolution mit der Vergangenheit und potenziell möglichen ähnlichen Entwicklungen in Deutschland organisierte sich hier die Gegenrevolution vom konservativen bis zum sozialdemokratisch gemäßigten Flügel. Geleitet von den Sachzwängen der Kriegsniederlage, wie Friedensbedingungen, Umstellung der Kriegs- auf Friedenswirtschaft und Interventionsgefahr, geprägt von den tradierten bürgerlichen Demokratieauffassungen des 18. und 19. Jahrhunderts, erkannten die gemäßigten Sozialdemokraten und Gewerkschafter weder die Notwendigkeit des radikaldemokratischen Bruchs mit den aristokratischen Machtpositionen geschweige denn den demokratischen Neuansatz der Räte. Die strikte Ablehnung außerparlamentarischer Masseninitiativen der eigenen Basis, die absolute Unterordnung unter die verfassungsrechtliche Legalität und die daraus resultierende Abhängigkeit von der monarchischen Exekutive hinderte die sozialdemokratische Führung an einer konsequenten Vollendung der bürgerlich-demokratischen Revolution. Die Führungsschwäche der USPD und der mangelnde Kampfgeist ihrer Führungskräfte führten zum vorzeitigen Rückzug aus wichtigen Machtpositionen. Die Fehleinschätzung der historischen Situation durch die radikale Linke und deren Maximalismus bewirkten deren Isolation. Der Niedergang der Revolution war zudem auch von außen beeinflusst. Das Friedensdiktat der Siegermächte stärkte die Gegenrevolution. Die russische Oktoberrevolution verlor ihre Funktion als Initialzündung einer europäischen Revolution. Ihr schrieb Rosa Luxemburg 1918 ins Stammbuch: «In Russland konnte das Problem (die Verwirklichung des Sozialismus – die Verf.) nur gestellt werden. Es konnte nicht in Russland gelöst werden, es kann nur international gelöst werden.»

Die Erklärung des Sprecherrates stützt sich auf Texte von Hartmut Henicke und Mario Hesselbarth.

DER 60. JAHRESTAG DER DOPPELTEN DEUTSCHEN STAATS- GRÜNDUNG 1949 UND DER 20. JAHRES- TAG DES EPOCHEN- UMBRUCHS 1989

ERKLÄRUNG DER HISTORISCHEN KOMMISSION
DER PARTEI DIE LINKE VOM 1. JULI 2009

In diesen Wochen und Monaten begegnen sich im Jubiläumsrückblick auf die deutsche Nachkriegsgeschichte zwei Ereigniskomplexe, die zugleich Zäsuren nationaler und internationaler Entwicklung sind. Mit der doppelten Staatsgründung 1949 wurden zum einen über vier Jahrzehnte deutsche Zweistaatlichkeit eingeleitet. Ihr voran ging die bedingungslose Kapitulation des Deutschen Reiches, in deren Folge in keinem Teil Deutschlands eine souveräne Entwicklung möglich und deutsche Politik überall den Interessen und Weisungen der jeweiligen Siegermächte unterworfen war. Zum anderen stehen die Ereignisse des Herbstes 1989 in der DDR für den Aufbruch zu demokratischer Selbstbestimmung, der neben den veränderten internationalen Rahmenbedingungen Wege zur staatlichen Vereinigung öffnete. Vollzogen wurde ein Beitritt der ostdeutschen Länder zur Bundesrepublik.

Wie schon vor zehn Jahren fokussiert sich die offizielle Erinnerung an 1949 auf die Gründungsakte der Bundesrepublik Deutschland. Der zweite deutsche Staat und seine Gründungsgeschichte tauchen meist nur als Negativfolie zur Erfolgsgeschichte West auf. Das Scheitern der Deutschen Demokratischen Republik und ihr Beitritt zur Bundesrepublik vor fast zwei Jahrzehnten machen jedoch

reichlich vier Jahrzehnte deutscher Zweistaatlichkeit nicht ungeschehen. Dass die Sozialisierungserfahrungen der DDR-Gesellschaft langfristig nachwirken, dürfte inzwischen kaum bestritten werden. Unabhängig davon, ob das als «Nostalgie» beargwöhnt oder als «ostdeutsches Selbstbewusstsein» bewertet wird, wäre die Gesellschaft der Bundesrepublik gut beraten, beide Entwicklungsverläufe der deutschen Nachkriegsgeschichte als ihr Erbe zu begreifen. Beide Stränge münden in aktuelle Prozesse und politische Konstellationen und gehören somit zur historischen Substanz der heutigen Bundesrepublik, unabhängig davon, wie sie im Einzelnen bewertet und gewichtet werden.

Die Gründung der Bundesrepublik Deutschland ging der Bildung der Deutschen Demokratischen Republik voraus. Ihre Gründungsväter kalkultierten im Einvernehmen mit den Westmächten die Ausgrenzung Ostdeutschlands und folglich eine längerwährende staatliche und nationale Spaltung bewusst ein. Diese Entscheidung erfuhr in der Folgezeit mit der Alleinvertretungspolitik eine weitere Zuspitzung. Erst deren Überwindung ermöglichte ab den 1970er Jahren eine teilweise Normalisierung der Beziehungen.

Die Gründung der Bundesrepublik als einzig rechtmäßigen Weg und die Gründung der DDR im Umkehrschluss als nicht legitim darzustellen, geht an der Wirklichkeit jener Jahre völlig vorbei. Die Erfahrungen mit Faschismus und Krieg verlangten nach gesellschaftspolitischen Neuorientierungen. Von der Programmatik der unmittelbaren Nachkriegszeit haben sich jedoch alle deutschen Parteien entfernt und damit anfängliche Übereinstimmungen in ihren gesellschaftspolitischen Forderungen zum Schaden deutscher Einheit preisgegeben. Dass die Antworten auf die gemeinsame Ausgangssituation bald unterschiedlich ausfielen, war in den Auseinandersetzungen zwischen den politischen und sozialen Kräften in Deutschland und deren Polarisierung seit dem Ersten Weltkrieg und der Novemberrevolution angelegt. Der Kalte Krieg forderte zudem seinen Tribut. Während im Westen die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft überlebte und nach dem Demokratieverständnis der westlichen Besatzungsmächte umgestaltet wurde, vollzog sich im Osten unter dem Einfluss der Sowjetunion ein radikaler Umbau von Staat und Gesellschaft nach deren Muster. Dass sich das sowjetische Gesellschaftsmodell letztlich nicht als zukunftsfähig erwies, ändert nichts an den Hoffnungen und Leistungen der Gründer- und Aufbaugeneration sowie großer Teile der DDR-Bevölkerung. Allein aus dem Einfluss der Besatzungsmacht und den Mechanismen von Repression ist die relative Stabilität des zweiten deutschen Staates nicht zu erklären.

DIE LINKE verschließt sich nicht der notwendigen kritischen Rückschau. Das ergibt sich aus der historischen Verantwortung sowie aus den gegenwärtigen gesellschaftlichen Widersprüchen, die nach einer Alternative verlangen. Nur die kritische und selbstkritische Analyse des Scheiterns der DDR, aber auch die des geringen Einflusses linker Organisationen und Initiativen in der früheren BRD,

kann den Weg für gesellschaftliche Zukunftsprojekte öffnen. Die Reduzierung der DDR auf eine Repressionsgeschichte allerdings geht an der vielfältigen sowie widersprüchlichen Lebenswirklichkeit vorbei und führt zu Verwerfungen in der öffentlichen Geschichtsdebatte, die Aufklärung und Einsichten eher behindern als befördern. Der Versuch, die DDR mit Hilfe der Totalitarismuskonzeption schlechterdings als «zweite deutsche Diktatur» in eine Reihe mit dem Faschismus zu stellen, ignoriert bewusst die gravierenden Unterschiede, vor allem ihre antifaschistische Entstehungsgeschichte und Staatsdoktrin. Solche Zweckkonstruktionen dürfen jedoch nicht davon abhalten, das Demokratiedefizit der DDR-Gesellschaft und das Ausmaß an Bevormundung und politischer Verfolgung zu benennen. Die aus der SED hervorgegangene Partei des demokratischen Sozialismus hat sich bereits auf dem Außerordentlichen Parteitag im Dezember 1989 zu dieser Verantwortung bekannt und sich vom «Stalinismus als System» eindeutig distanziert. Dieses Selbstverständnis bleibt eine Existenzbedingung für die Partei DIE LINKE.

Die DDR-Gesellschaft versprach, die Ideale der sozialistischen Bewegung – wie soziale Gerechtigkeit und die Aufhebung des Bildungsprivilegs – zu verwirklichen. Nicht zuletzt deshalb blieb trotz der vielfältigen Konflikte und allgegenwärtigen Deformationen vor allem die «Aufbaugeneration» diesem Staat lange Zeit mehrheitlich in widersprüchlicher Loyalität verbunden. Die Traditionen der Demokratiebewegung hingegen kamen nur eingeschränkt zur Geltung. Die angestrebte Ausstrahlungskraft auf die Bundesrepublik konnte u. a. deshalb nie erreicht werden, was letztlich auch linken Kräften im Westen Grenzen setzte. Die wachsenden Rückstände in der Produktivität und beim Lebensstandard im Osten führten vielmehr zu einem Wettbewerbsvorteil der Bundesrepublik und zu wachsender Anziehungskraft eines lernfähigen Kapitalismus mit seiner sozialen Marktwirtschaft. Dennoch lassen sich zwischen den beiden deutschen Staaten im Rückblick viele wechselseitige Abhängigkeiten und asymmetrische Verschränkungen ausmachen. Manche Ereignisse und Vorgänge erschließen sich erst aus diesem Blickwinkel. Die Systemkonfrontation verlangte sowohl den Bezug auf den nationalen Konkurrenten als auch die deutliche Abgrenzung von ihm. Der Ausgang des Systemwettbewerbs begünstigt die Tendenz, die kritische Analyse auf die unterlegene Seite zu beschränken. Die vorherrschende Geschichtspolitik zielt auf die Delegitimierung der DDR. Die gesellschaftlichen Konflikte und der Reformbedarf der BRD, der bereits vor 1990 offensichtlich war, geraten dabei aus dem Blickfeld. Bewusstes politisches Handeln verlangt aber dringend nach einer kritischen Rückschau auf die Geschichte der Gesellschaft, die in der Systemauseinandersetzung des 20. Jahrhunderts zwar überlegen war, deren Probleme mit diesem Sieg aber nicht verschwanden.

Der Herbst 1989 brachte für Deutschland und die Linken gravierende Einschnitte: Im Osten Deutschlands griffen große Teile der Bevölkerung unmittelbar in die

Politik ein. Heterogene Kräfte mit unterschiedlichen Motiven und Zielen drängten auf die politische Bühne. Insofern war es unausbleiblich, dass in der Folgezeit ein Differenzierungsprozess einsetzte. Viele der damaligen Akteure kehrten enttäuscht in die politische Passivität zurück; manche begaben sich unter das Dach der etablierten westdeutschen Parteien, die mit dem demokratischen Aufbruch des Jahres 1989 nichts im Sinne hatten; nur eine Minderheit verfolgt auch unter den veränderten Bedingungen wiedergewonnener staatlicher Einheit weiterhin die Ursprungsanliegen der 1989er Bewegung.

Die offizielle Geschichtserzählung und die Jubiläumsfeiern der BRD rücken den Mauerfall in den Mittelpunkt der «friedlichen Revolution» des Herbstes 1989. Nach 56 Jahren unter «zwei Diktaturen» hätten die Ostdeutschen die SED-Herrschaft abgeschüttelt und den Weg in die heile Welt der Bundesrepublik mit sozialer Marktwirtschaft und funktionierender parlamentarischen Demokratie gefunden. Die Grenzöffnung im November 1989 und der darauffolgende rasche Beitritt der DDR zur Bundesrepublik 1990 werden aus dieser Sicht zum Höhe- und Schlusspunkt jüngerer deutscher Geschichte.

Für die LINKE kann solch selektive Betrachtung, die in den heutigen Zuständen, d. h. im Kapitalismus, die Erfüllung der Geschichte sieht, nicht das letzte Wort sein. Sie sieht im demokratischen Aufbruch der DDR-Bürger im Herbst 1989 den Versuch einer demokratischen Revolution für eine bessere DDR, der mit der Grenzöffnung am 9. November durch die alte SED-Führung die Spitze genommen und die wenig später unter massiver Einflussnahme der westdeutschen politischen Klasse sowie ihrer Parteien und Institutionen abgebrochen und in eine kapitalistische Restauration übergeleitet wurde.

Die Charakterisierung der Ereignisse im Herbst 1989 als demokratische Revolution, die sich gegen verknöcherte administrativ-zentralistische Strukturen richtete, mag manche Linke, die allein das Resultat sehen, verunsichern. Wenn aber große Teile eines Volkes, unter Beteiligung beträchtlicher Teile der Staatspartei, die bisherigen Machtverhältnisse in Frage stellen, ihre Führung zum Teufel jagen und versuchen, neue politische Strukturen von unten her aufzubauen, dann bleibt das eine Revolution, auch wenn das Resultat von manchen der Akteure nicht gewünscht war.

Dieses Verständnis der Ereignisse von 1989/90 schließt zwei zentrale Einsichten ein: Die DDR steckte wie der gesamte Ostblock 1989 in einer tiefen Krise, die alle gesellschaftlichen Bereiche – Ökonomie, Ideologie, Öffentlichkeit und Macht – erfasste hatte. Nach Reformverzicht und -unterdrückung in den späten 1960er Jahren standen grundlegende Veränderungen auf der Tagesordnung. Das praktizierte sozialistische Gesellschaftsmodell, das das Machtmonopol einer Partei und ihrer Führungsgruppe zementierte, eine willkürliche Sicherheitsdoktrin umsetzte, demokratische Öffentlichkeit und Interessenvermittlung weitgehend ausschloss und nicht zuletzt auf Wirtschaftsreformen verzichtete, war zwar nicht

mehr als des Hochstalinismus mit seinen hemmungslosen Repressionen, aber Bürger wie Parteimitglieder spürten, dass ihre Meinung nicht gefragt war. Sie erlebten, dass abweichendes Verhalten teilweise immer noch zu Repressalien führte und dass demokratische Freiheiten, wie sie die DDR-Verfassung formal garantierte, nicht praktiziert werden konnten. 1989 entlud sich das, was nicht erst seit 1968 in Osteuropa auf der Tagesordnung stand. Bereits im Februar 1989 zwang im Nachbarland Polen die oppositionelle Gewerkschaft Solidarnosc Vertreter der regierenden PVAP zu Gesprächen an den Runden Tisch. Im August wurde dort ein erster nichtkommunistischer Ministerpräsident gewählt. Die jahrzehntelange Verweigerung von ernsthaften Reformen des Systems, die Politik der Blockaden, setzte letztlich auch einer «Revolution im System für das System» Grenzen.

Die Reaktionen auf die Krise waren in der DDR unterschiedlich. Nicht wenige, gerade jüngere Menschen wandten sich von ihrem Staat und seinen Idealen ab und suchten ihr Heil in Flucht oder Ausreise. Die mit der Perestroika verbundenen Hoffnungen zerstoben angesichts der starren Haltung der SED-Führung. Andere, meist außerhalb der SED stehende kritische Bürger, wollten sich mit Krise und Flucht nicht abfinden. Sie formierten sich unter dem Dach der Kirche und in Diskussionskreisen, um über Alternativen zu reden. Doch die sprachlos gewordene SED-Führung verweigerte sich dem notwendigen Dialog. Im Zusammenhang mit den gefälschten Kommunalwahlen vom Mai und dem Massenexodus vom Sommer 1989 formierten sich oppositionelle Kräfte zu Bürgerbewegungen. Erst jetzt und viel zu spät erwachten viele SED-Mitglieder und Funktionäre.

Für eine demokratische Revolution mit antistalinistischer Stoßrichtung spricht ebenfalls, dass die Bürgerbewegungen und die meisten Bürger, die im September und Oktober auf die Straße gingen, eine andere DDR und die Erfüllung der Ideale des Sozialismus einforderten. Die deutsche Einheit oder die Rückkehr zum Kapitalismus standen zunächst nicht auf ihrer Agenda. Die Protestierenden fanden in nachdenklich und zunehmend aufmüpfig werdenden Teilen der SED-Mitgliedschaft Verbündete, die selbst in den Sicherheitsorganen begriffen, dass dieses Land nicht durch Gewalt ruhiggestellt, sondern nur durch Reformen zu ändern war. Die Repressalien im Umfeld der Oktoberfeiern brachten das Fass zum Überlaufen.

Die Aktionen der Bürgerbewegungen und das Umdenken in der SED gaben jene Mischung ab, die der alten DDR und der alten SED ein Ende setzte. Mit dem Außerordentlichen Parteitag im Dezember 1989 machten sich reformbereite Teile der SED auf einen schwierigen Weg der Erneuerung. Für die Rettung des Sozialismus und der DDR war es – wie sich herausstellte – zu spät, aber es war der erklärte Bruch mit der eigenen stalinistischen Vergangenheit, der sozialistischen Ideen und ihren Trägern eine neue Chance eröffnete.

Der Sturz der alten SED-Führung und die Rückkehr der Initiative in die Hände der Bevölkerung, die sich in den vielen Vertrauensabstimmungen in den Betrieben und in der Arbeit der Runden Tische manifestierte, war der Erfolg des Herbstes 1989. Es war der Beginn einer kurzen Utopie im 41. Jahr der DDR, in dem sie ihren Gründungsidealen am nächsten kam. Diese Veränderungen waren nicht in erster Linie das Werk der SED oder ihrer Reformer. Aber ohne das Umdenken in der Partei ist diese Entwicklung gleichfalls nicht zu verstehen.

Mit der Maueröffnung verlor diese Revolution ihre Basis. Die politische Stimmung in der DDR war inzwischen gekippt. Das Verhältnis von Bürgerbewegungen und SED-Reformern blieb von Misstrauen geprägt und durch die schleppende Auflösung des Ministeriums für Staatssicherheit auf lange Zeit zerrüttet bzw. feindselig. Vor allem aber dominierte in der Massenstimmung nun die Sehnsucht nach einem Weg ohne Experimente. Die Bundesrepublik mit ihrer Wirtschaftskraft und ihren sozialen Standards bot sich als Lösung an. Die Wahlen zur Volkskammer am 18. März brachten jene Kräfte in Verantwortung, die bereit waren, auf eigene Wege zugunsten eines raschen Beitritts zur Bundesrepublik zu verzichten.

Die Bilanz fällt für die Ostdeutschen zwiespältig aus. Sie gewannen bürgerlich-demokratische Institutionen und gesetzlich garantierte Freiheiten, eine konvertierbare Währung, Reisemöglichkeiten und Zugang zu einem riesigen Konsumgüterangebot. Bausubstanz und Infrastruktur ihrer Städte und Gemeinden verbesserten sich in den Folgejahren sichtlich. Zugleich büßten sie soziale Rechte ein. Ihnen wurden enorme Anpassungsleistungen abverlangt. Viele verloren ihren Arbeitsplatz. Der versprochene selbsttragende Aufschwung kommt nach der gezielten Deindustrialisierung nur schwer in Gang. Die Anpassung der Löhne, Gehälter und Renten lässt auch nach fast zwei Jahrzehnten auf sich warten. Im Westen der vergrößerten Bundesrepublik änderte sich durch die Umbrüche im Osten zunächst nichts. Im Laufe der Jahre zeigte sich jedoch, dass der Osten Deutschlands als neoliberales Experimentierfeld diente, um danach Deregulierung und Sozialabbau auf ganz Deutschland auszuweiten. Auch die Veränderungen der politischen und Parteienlandschaft sind inzwischen deutlich geworden. Den Linken bleibt die Erfahrung, dass Krisen über Nacht Massen politisieren können, dass es aber weit schwieriger ist, Proteste und Bewegungen durch Organisation und Programm zu verstetigen. Ihnen bleibt die Erfahrung, dass sie sich in der Krise als Partei des demokratischen Sozialismus neu zu formieren wussten, sich in der politischen Landschaft der Bundesrepublik behaupten und mit linken Strömungen in den alten Bundesländern zu einer neuen politischen Kraft formieren konnten, die ein breites Spektrum gesellschaftskritischer Kräfte vereint.

Diese Erklärung wurde von Stefan Bollinger und Jürgen Hofmann ausgearbeitet, in der Historischen Kommission am 13. Juni 2009 diskutiert und vom Sprecherrat am 1. Juli 2009 verabschiedet.

ZUM 65. JAHRESTAG DER ERMORDUNG ERNST THÄLMANNS

ERKLÄRUNG DES SPRECHERRATES DER HISTORISCHEN
KOMMISSION VOM 18. AUGUST 2009

Der 65. Jahrestag der Ermordung Ernst Thälmanns ist Anlass, des aufrechten Kommunisten und Antifaschisten zu gedenken, der seit der Mitte der zwanziger Jahre bis zu seinem Tod an der Spitze der Kommunistischen Partei Deutschlands stand.

Die Partei DIE LINKE wurzelt in verschiedenen Traditionszusammenhängen und steht in einem reichen und fruchtbaren wie auch tragischen und schuldvollen Erbe. Neben sozialdemokratischen und linkssozialistischen Traditionen gehören die des deutschen Kommunismus zu den prägenden ihres historischen Selbstverständnisses. Es ist die Partei Rosa Luxemburgs, Karl Liebknechts, Clara Zetkins, Paul Levis und August Thalheimers, der sich die Linkspartei vor allem verbunden fühlt.

Der KPD ist aber auch nicht ohne Ernst Thälmann zu gedenken. Der Kampf Hunderttausender Proletarier gegen Militarismus, Faschismus und Krieg wird immer mit seinem Namen verbunden bleiben.

Ernst Thälmann kam als 39jähriger an die Spitze der Partei. Nach schweren Klassenkämpfen und komplizierten innerparteilichen Auseinandersetzungen stand er vor Aufgaben, die ein Höchstmaß an intellektuellen und politischen Fähigkeiten abverlangten. Es war dies die Zeit, in der sich der Stalinismus in der internationalen kommunistischen Bewegung zunehmend durchsetzte. Ernst Thälmann trug diese Entwicklung voller Überzeugung mit. Die Sowjetunion und die Politik ihrer Führung blieben für ihn Zeit seines Lebens nichthinterfragtes Vorbild. Die Stalinisierung der weltweit größten kommunistischen Partei außerhalb der Sowjetunion gehört zu den tragischen Kapiteln der Geschichte des deutschen Kommunismus. Für die sich konstituierende Partei des demokratischen Sozialismus gehörte deshalb zum Bruch mit dem Stalinismus als System unverzichtbar auch die kritische Auseinandersetzung mit der Geschichte der KPD.

Mangels demokratischer Legitimation leiteten die Führungen der SED ihren Herrschaftsanspruch nicht zuletzt aus dem von ihnen geschaffenen Mythos um

Ernst Thälmann und der Kontinuität des jeweiligen Politbüros zum «Thälmannschen Zentralkomitee» ab. Kritisches Hinterfragen der Thälmann-Legende war unerlaubt. Der Thälmann-Mythos in der DDR hatte mit der historischen Person Thälmanns nur noch wenig zu tun. Dabei erweist sich der Mensch aus Fleisch und Blut als interessante und widerspruchsvolle Gestalt, dessen Leben über das vergangene Jahrhundert weit mehr auszusagen vermag als die zur Ikone des Thälmann-Mythos erstarrte Figur.

Im Umfeld von PDS/Linkspartei wurde in den zurückliegenden Jahrzehnten intensiv zu diesen Themen geforscht. Konturen eines neuen vielschichtigen und pluralen Bildes der Geschichte des deutschen Kommunismus sind entstanden. In ihm hat Ernst Thälmann seinen Platz.

Ernst Thälmann wurde nicht demontiert. Er wird als kämpfender, irrender, strategisch überforderter, dem Stalinismus dienender, leidender, standhafter, 1939 überraschter, der Haft Tribut zollender, als von Stalin und seinen Gesellen gedemütigter und schließlich vorsätzlich fallengelassener Mensch gezeichnet. Er ist keine Ikone mehr. So hat die Linke ihn zurückgewonnen.

DEN 8. MAI 1945 ALS BEFREIUNG BEGREIFEN

ERKLÄRUNG DES SPRECHERRATES DER HISTORISCHEN KOMMISSION VOM 23. APRIL 2010 ZUM 65. JAHRES- TAG DER BEFREIUNG VOM FASCHISMUS

In der Nacht vom 8. zum 9. Mai 1945 unterzeichneten in Berlin-Karlshorst Vertreter des Oberkommandos der deutschen Wehrmacht sowie die Oberbefehlshaber von Heer, Luftwaffe und Marine vor den Vertretern der Streitkräfte der Anti-Hitler-Koalition die offizielle Urkunde über die bedingungslose Kapitulation. Zuvor war bereits am 7. Mai 1945 in Reims die Kapitulation erklärt und unterzeichnet worden. Der Versuch, die Alliierten auseinanderzudividieren und eine separate Vereinbarung nur mit dem Hauptquartier der vereinten amerikanischen, britischen, kanadischen und französischen Streitkräfte auszuhandeln, scheiterte aber. Auch die sowjetische Seite hatte sich bei der Einnahme Berlins einseitigen Abmachungen verweigert. Gemeinsam hatten die Armeen und Verbände der Alliierten den Aggressor auf seinem eigenen Boden niedergedrückt. Gemeinsam nahmen sie auch die bedingungslose Kapitulation entgegen. Die Völker Europas konnten aufatmen. Für sie war ein Krieg zu Ende, dessen Ausmaße, Zerstörungen und Opfer alles bis dahin Gekannte übertraf. In das kollektive Bewusstsein gingen diese Tage deshalb nicht allein als das Ende des Krieges, sondern vor allem als Tage des Sieges und der Befreiung ein.

Der Sieg über den deutschen Faschismus und die Befreiung Europas bleibt eine Leistung aller Verbündeten in der Anti-Hitler-Koalition. Nur in einer gemeinsamen Anstrengung konnte die menschliche Zivilisation vor einem Terrorregime gerettet werden, das vor keinem Verbrechen zurückschreckte. Die Bedrohung führte Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung und Menschen unterschiedlichster Weltanschauung und politischer Orientierung zusammen. Die Hauptlast im Kampf gegen Nazi-Deutschland trug die Sowjetunion. Die langerwartete zweite Front im Westen verkürzte die Endphase des Krieges erheblich. Das «Volk der Dichter und Denker» hatte sich selbst als «Volk der Mörder und Henker» diskreditiert. «Nie wieder Faschismus und Krieg», lautete deshalb die

Botschaft, die sich 1945 aus bitterer Erfahrung ergab und die auch in Deutschland Widerhall fand. Das schloss die Frage nach Verantwortung und Schuld ein. Während für die Frauen und Männer, die aus Zuchthäusern, Konzentrationslagern und aus der Emigration zurückkehrten, der Mai 1945 als Befreiung und Chance nie in Frage stand, sprachen traditionelle Eliten von Zusammenbruch. Bis heute halten die Versuche an, die Bedeutung dieser Tage unter Verweis auf deutsche Opfer zu relativieren. Gewiss zählen auch viele Deutsche – wenn auch nicht generell ohne Schuld – zu den Opfern des Regimes und des Krieges, dem sie zuvor zugejubelt hatten. Doch gilt für alle Überlebenden: Sie waren befreit von den Schrecken des Krieges. Sie waren befreit von der Rolle, die sie als Gefolgschaft eines mörderischen Regimes gespielt hatten. Sie waren befreit von der Möglichkeit einer schandbaren Perspektive als Sklavenhalter Europas. Die Aufforderung, den 8. Mai 1945 ungeachtet widersprüchlicher Erfahrungen auch als Tag der Befreiung zu begreifen und 1945 nicht von 1933 zu trennen, die Richard von Weizsäcker vor 25 Jahren als Bundespräsident an die Gesellschaft der Bundesrepublik richtete, bleibt ein Maßstab für die demokratische Erinnerungskultur.

Die vorliegende Erklärung wurde von Jürgen Hofmann erarbeitet und vom Sprecherrat am 23. April 2010 verabschiedet.

SOZIALISMUS BRAUCHT MEHRHEITEN

ERKLÄRUNG DER HISTORISCHEN KOMMISSION VOM 14. JUNI 2011 ZUM 50. JAHRESTAG DES BAUS DER BERLINER MAUER

1. Als vor 50 Jahren die Berliner Mauer errichtet wurde, konnte sich kaum einer vorstellen, dass dieses Bauwerk die bestehende deutsche Teilung im wahrsten Sinne des Wortes auf Jahrzehnte zementieren würde. Die komplette Abriegelung der Grenze nach Westberlin am 13. August 1961 und der anschließende Bau der Mauer dienten der Aufrechterhaltung des politischen Systems in der DDR. Die Partei- und Staatsführung sah keine andere Möglichkeit, der anhaltenden Übersiedlungs- und Flüchtlingsbewegung in die Bundesrepublik und dem damit verbundenen Verlust hochqualifizierter Arbeitskräfte Einhalt zu gebieten. Es war das Eingeständnis, den zuvor propagierten Wettbewerb der Systeme bei offenen Grenzen nicht bestehen zu können. Die Mauer symbolisiert somit Schwächen des Sozialismus, die als Geschichtszeichen bis heute nachwirken. Die Mauer als «antifaschistischen Schutzwall» zu rechtfertigen, war ein Missbrauch des wichtigsten demokratischen Legitimationsgutes der DDR. Die Mauer und die Grenzbefestigungsanlagen haben in den folgenden dreißig Jahren fast einhundertfünfzig Menschen das Leben gekostet, Tausende bei Fluchtversuchen ins Gefängnis gebracht, Millionen Menschen das Recht auf Reisefreiheit genommen und zahllose Familien getrennt.

2. DIE LINKE sieht anlässlich des 50. Jahrestages des Mauerbaus keinen Grund, von der unmissverständlichen Klarstellung des Parteivorstandes der PDS aus dem Jahre 2001 abzugehen: «Kein Ideal und kein höherer Zweck kann das mit der Mauer verbundene Unrecht, die systematische Einschränkung der Freizügigkeit und die Gefahr für Freiheit sowie an Leib und Leben, beim Versuch das Land dennoch verlassen zu wollen, politisch rechtfertigen.» Die Lehre des Mauerbaus ist eindeutig: Sozialismus braucht Mehrheiten und kann nicht erzwungen werden.

3. Es gab nach dem Ende von Faschismus und Krieg 1945 in Ost- wie Westdeutschland ein großes Bedürfnis nach einer Alternative zum Kapitalismus. Während im Westen die alte privatkapitalistische Ordnung erneut durchgesetzt wurde, musste in Ostdeutschland die alte herrschende Klasse mit zahlreichen Nazis abtreten. Eine umfassende Bodenreform und zahlreiche fortschrittliche sozialpolitische Maßnahmen folgten. Die unter dem Schirm der sowjetischen Besatzungsmacht vollzogene Vereinigung von KPD und SPD erzeugte die Illusion, sie würde auf basisdemokratischen Traditionen der Arbeiterbewegung fußen. In der Partei wurden jedoch oppositionelle Sozialisten und Kommunisten, die sich für einen demokratischen Sozialismus einsetzten, an den Rand gedrängt, ausgeschlossen, litten unter Repression oder zogen sich zurück. Im Osten Deutschlands etablierte sich faktisch ein autoritäres Regime unter Führung der Staatspartei SED. Schon der spontane Arbeiterprotest von 1953 machte deutlich, dass die beschworene Einheit von Partei und Arbeiterklasse ein uneingelöstes Wunschbild war.

4. Der Bau der Berliner Mauer offenbarte das grundlegende Problem des Herrschafts- und Gesellschaftssystems in der DDR: das Verständnis eines autoritären Staatssozialismus, in dem die Bevölkerung als Objekt behandelt wird, dem die Partei- und Staatsführung ihre Ziele aufzwingt – bis hin zur Einschränkung der Rechte auf Bewegungs-, Koalitions- und Meinungsfreiheit. Dies steht im Gegensatz zu einem selbstbestimmten und demokratischen Sozialismus. Rosa Luxemburg betonte im Programm des Spartakusbundes 1918, man brauche keine Partei «die über die Arbeitermasse oder durch die Arbeitermasse zur Herrschaft gelangen will». Die «Regierungsgewalt» dürfe nie anders übernommen werden «als durch den klaren, unzweideutigen Willen der großen Mehrheit der proletarischen Masse in Deutschland».

5. Der Mauerbau war zugleich ein Produkt des Kalten Krieges und der nach dem Zweiten Weltkrieg neu entstandenen bipolaren Weltordnung von Ost und West. Europa war zwischen den Siegermächten aufgeteilt. Die Teilung Deutschlands und Berlins war besiegelt und wurde auch von den Westmächten befördert. John F. Kennedys Aussage, die Mauer «sei keine schöne Lösung, aber tausendmal besser als Krieg» illustriert knapp diesen Sachverhalt. Die sowjetische Führung und im Gefolge die DDR entschieden sich 1961 auch zum Mauerbau, um einen Krieg zu verhindern. Dieser war angesichts der fortschreitenden Destabilisierung der DDR und unter den Bedingungen der militärischen Konfrontation in Mitteleuropa nicht auszuschließen. Es ist zur Kenntnis zu nehmen: Die Mauer hätte auch nicht über Jahrzehnte bestehen können ohne ihre Tolerierung durch die westlichen Besatzungsmächte (USA, Großbritannien, Frankreich), für die da-

mit der bestehende Status quo gesichert wurde. Die eigentlichen Auseinandersetzungen zwischen Ost- und Westblock fanden nicht mehr in Europa statt, sondern in Teilen der sogenannten Dritten Welt, wie etwa in Kuba, Vietnam oder Afrika. Dass in der Folgezeit die Entspannungspolitik vor allem in Europa rasante Fortschritte machte, gehört zum Paradox des Mauerbaus.

6. Die Mauer hatte Bonner und Westberliner Politikern die dreigeteilte Lage Deutschlands vor Augen geführt. In den Folgejahren akzeptierten Teile der westdeutschen Eliten – auch im eigenen Interesse – die Möglichkeit einer sich im Idealfall reformierenden, zumindest doch im Großen und Ganzen prosperierenden DDR. Sowohl für die politische Klasse der Adenauer-Zeit als auch für die veröffentlichte Meinung bedeutete der Mauerbau die sichtbare Bestätigung ihrer antikommunistischen Propaganda. Etwas anderes hatte man von der DDR gar nicht erwartet, weshalb der Bundeskanzler erst nach erheblicher Verzögerung Westberlin pro forma einen Kondolenzbesuch abstattete. Auch von der kleinen bürgerlichen Opposition und von Teilen der Gewerkschaftsbewegung wurde der Mauerbau zwar nicht begrüßt, aber akzeptiert. Endlich konnte realistisch über die Zukunft der Bundesrepublik diskutiert und die mythische Formel «Deutschland, dreigeteilt niemals» sukzessive kritisiert und mit der Entspannungspolitik obsolet gemacht werden.

7. Zum 40. Jahrestag des Mauerbaus erklärte die Historische Kommission der PDS: «Die Mauer blieb bis 1989 stehen. Sie wurde mehr und mehr zum untrüglichen Indiz gesellschaftlicher Stagnation. Den erneuten massenhaften Ausbruch aus dem, was vielen Bürgerinnen und Bürgern, vor allem jüngeren, zum Gefängnis geworden war, konnte sie am Ende nicht mehr verhindern. Im Schatten der Mauer verkümmerte auch die Gesellschaft, die durch sie geschützt werden sollte.» Die Hoffnung von Teilen der DDR-Bevölkerung, darunter auch namhafter Künstler und Intellektueller, die DDR-Gesellschaft könne nach dem Mauerbau ohne Störungen von außen erfolgreich aufgebaut und reformiert werden, zerstoß im Verlauf eines knappen Jahrzehnts. Das Abwürgen des Prager Frühlings 1968 steht für das Ende reformpolitischer Ansätze im sozialistischen Lager. Die Öffnung der Mauer am 9. November 1989 war nicht von ungefähr eingebettet in die Ereigniskette der Selbstbefreiung der DDR-Bürger von ihrer Entmündigung. Sie wurde durch den Druck der Straße erzwungen und nicht von der Parteiführung geschenkt. Politische Veränderungen in Osteuropa, die die Grenzöffnung von Ungarn nach Österreich beinhalteten, öffneten den «Eisernen Vorhang». Diese Tatsache, kombiniert mit einer tiefen politischen und sozialen Krise in der DDR, war der Hintergrund, vor dem sich die DDR-Bürger 1989 politische Freiheitsrechte erkämpften. Dass dieser revolutionäre Aufbruch in einem konservativen Wahlsieg, in die Wiedervereinigung mit Deindustrialisierung und Massen-

arbeitslosigkeit sowie im Verlust sozialer Errungenschaften restaurativ mündete, ist auch eine Folge der fehlenden Entwicklungsmöglichkeiten einer demokratischen und sozialistischen Linken in der DDR.

8. Bis heute haben DIE LINKE und die Arbeiterbewegung am Erbe des Mauerbaus zu tragen. Die Idee des Sozialismus ist missbraucht und diskreditiert worden. Dies nutzen Verteidiger des kapitalistischen Systems bis heute dazu, jegliche Suche nach grundlegenden Alternativen als einen Weg in Mauer und Stacheldraht zu kriminalisieren. Vor allem aber um der eigenen Glaubwürdigkeit willen ist eine klare und eindeutige Positionierung der LINKEN in dieser Frage unabdingbar. Darüber hinaus verfestigte der Mauerbau über Jahrzehnte die Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung. Die Nachwirkungen sind bis heute spürbar. DIE LINKE steht im wiedervereinigten Deutschland für einen gemeinsamen Kampf in Ost und West für sozialen und politischen Fortschritt.

9. Eine ehrliche Debatte über die Berliner Mauer erfordert ebenfalls eine Auseinandersetzung mit neuen Grenzen und mit Festungsmentalitäten, die heute bestehen und aufgebaut werden. Tausende Menschen starben in den letzten Jahren bei dem Versuch, die um Europa zur Abwehr ökonomischer und politischer Flüchtlinge errichteten «Mauern» zu überwinden. Für Millionen Menschen in unserem Land mit geringem Einkommen gibt es die Reisefreiheit nur auf dem Papier. DIE LINKE kämpft gegen diese Abschottung und Beschränkung der Freiheit. Es ist verlogen, immer wieder auf den Mauerbau 1961 zu verweisen und zugleich neue Mauern zu errichten oder zu rechtfertigen. Dass Freiheit, Demokratie und Sozialismus für alle Zukunft untrennbar verbunden sein müssen, bleibt im 50. Jahr des Mauerbaus die wichtigste Lehre.

Diese Erklärung wurde nach Diskussion in der Historischen Kommission am 14. Juni 2011 vom Sprecherrat verabschiedet.

ZUM 80. JAHRESTAG DER MACHTÜBER- NAHME DES HITLER- FASCHISMUS

ERKLÄRUNG DER HISTORISCHEN KOMMISSION VOM NOVEMBER 2012

Am 30. Januar 2013 jährt sich zum achtzigsten Mal ein Datum, das für den Beginn einer der größten Katastrophen der Menschheitsgeschichte steht. Von diesem Tag an nahm eine Entwicklung ihren Lauf, die zu vielen Millionen Kriegsoptionen und zum Völkermord an den europäischen Juden, den Sinti und Roma, anderen Minderheiten und zur Vernichtung Hunderttausender Gegner des Hitlerfaschismus führte. Mit der NSDAP kam eine Partei an die Macht, die die erste bürgerlich-parlamentarische Demokratie in Deutschland – die Weimarer Republik – beseitigte. Diese Republik, Ergebnis der Revolution 1918/19, erkämpft von den Arbeitern und Soldaten, die das Ende des Völkermordens des Ersten Weltkrieges anstrebten und den Sozialismus wollten, blieb nur ein Teilerfolg. Die Schwäche des revolutionären Flügels der Arbeiterbewegung und die Bereitschaft der rechten Führung der Sozialdemokratie zum Kompromiss mit den reaktionären Eliten erbrachte eine «Demokratie ohne Demokraten» und einen Niedergang der Demokratie. Gleichwohl führte der Weg der Weimarer Republik nicht alternativlos zum Faschismus. Besonders in ihren frühen Jahren gab es Chancen einer demokratischen Entwicklung. Die Weimarer Verfassung bot dafür den rechtlichen Boden. Mit der USPD als der weltgrößten linkssozialistischen Partei und der KPD (Spartakusbund) agierten starke linke Kräfte. Die Zerschlagung des Kapp-Putsches 1920 demonstrierte die Kraft gemeinsamen Handelns der Arbeiterbewegung. Dennoch ist zu konstatieren, dass im gesellschaftlichen Klima in Deutschland rechtskonservative Ideologie und Brauchtum dominant blieben. Auf diesem Boden konnte die NSDAP gedeihen. Die heranreifende Weltwirtschaftskrise bot ihr den idealen Rahmen für ihre demagogische Politik. Es gehört zu den verbreiteten Überzeugungen, dass die Aktionseinheit der Arbeiterbewegung den Faschismus hätte verhindern können. So wünschenswert

eine solche Einheit gewesen wäre und welche bedeutende Rolle sie für den künftigen Antifaschismus hätte spielen können; die Kräfteverhältnisse der Jahre 1932/1933 legen nahe, dass selbst eine solche Einheitsfront die rechtskonservative und faschistische Dominanz nicht mehr hätte brechen können. Dennoch bleibt die Tatsache, dass die KPD – trotz des heroischen Einsatzes Zehntausender ihrer Mitglieder im Kampf gegen den Faschismus – nicht alles getan hat, dieses Regime zu verhindern. Ihre fehlgeleitete Strategie, ihr Kampf an falschen Fronten schwächten die Schlagkraft und die Glaubwürdigkeit der Hitlergegner. Sie und die anderen antifaschistischen Kräfte mussten ihre Unfähigkeit, einen demokratischen und antifaschistischen Konsens zu finden, mit bitteren Erfahrungen und großen Opfern bezahlen. Gegen linke Kräfte in der eigenen Partei und wichtige Gruppierungen wie der SAP oder der KPD(O) gab die rechte Führung der SPD, geblendet durch ihren Antikommunismus, wichtige Errungenschaften der Weimarer Demokratie preis. Der Staatsstreich von Papens in Preußen und die Unfähigkeit der SPD-Führung, gegen diesen Putsch die Massen zu mobilisieren, ließen das Jahr 1932 zum Entscheidungsjahr auf dem Wege zur Machtübernahme der NSDAP werden.

Revolutionarismus auf der einen, Legalismus auf der anderen Seite bewirkten einen Zustand der Selbstblockade und der Lähmung, in dem der Hitlerfaschismus ohne nennenswerten Widerstand an die Macht geschoben werden konnte. Als Hitler im März 1933 sein Ermächtigungsgesetz durchpeitschte, blieb der Widerspruch der SPD folgenlos. Die KPD-Fraktion war von Hitler verfassungswidrig bereits liquidiert worden.

Wenn auch die Frage nach den Erfolgchancen eines Generalstreiks gegen das Hitlerregime offenbleiben muss, ist Willi Brandt zuzustimmen, dass die Zukunft Deutschlands und Europas anders ausgesehen hätte, wenn die Nazis nicht nahezu kampflos das Feld hätten übernehmen können.

Linke Politik heute ist nach diesen historischen Erfahrungen gehalten, jedem antifaschistischen Alleinvertretungsanspruch eine Absage zu erteilen. Breiteste antifaschistische Bündnisse sind unerlässliche Bedingung für den Kampf gegen Rechtsextremismus und Faschismus.

Gegenwärtige Krisenprozesse verweisen auf mögliche Gefahren rascher Entfaltung rechtsextremen Potentials. Aktuelle Entwicklungen auch in Deutschland zeigen die Gefährdung, die aus der Unterschätzung des Rechtsextremismus erwachsen kann. Die zehnjährige Mordserie der NSU-Zelle und die Unfähigkeit der staatlichen Organe, diese Gefahr zu erkennen und angemessen zu bekämpfen, müssen Antifaschisten und alle Demokraten alarmieren.

Die Erklärung wurde von Klaus Kinner ausgearbeitet, von der Historischen Kommission am 3. November 2012 beraten und vom Sprecherrat verabschiedet.

DER 17. JUNI 1953 IM BANNKREIS POLI- TISCHER INTERESSEN

STELLUNGNAHME DES SPRECHERRATES DER HISTORISCHEN KOMMISSION VOM 14. MAI 2013

Die Tage um den 17. Juni 1953 markieren eine einschneidende Zäsur in der deutsch-deutschen Nachkriegsgeschichte. Von Rostock bis Plauen erschütterten Streiks und Demonstrationen die noch junge DDR. Es waren vor allem Arbeiter, die ihren angestauten Unmut spontan zum Ausdruck brachten. Während das Politbüro der SED bereits am 9. Juni auf Anweisung aus Moskau für Landwirte, Handwerker und Gewerbetreibende überspitzte Maßnahmen zurücknahm, blieben ausgerechnet die Normerhöhungen in der Industrie und im Bauwesen in Kraft. Deren Rücknahme am 16. Juni kam zu spät und konnte das Misstrauen nicht mehr ausräumen. Ungefähr eine Viertel Million Arbeiterinnen und Arbeiter beteiligten sich an Streiks. Die Teilnehmer an Demonstrationen und Kundgebungen wurden allein außerhalb Berlins auf ca. 370.000 geschätzt. Alle Bezirke der DDR waren in unterschiedlichem Ausmaß von der Streik- und Demonstrationswelle erfasst.

In dieser, durch ökonomische Schwierigkeiten angespannten Krisensituation meldeten sich bald auch Kräfte zu Wort, die der Entwicklung im Osten Deutschlands feindselig gegenüberstanden. Besonders in der Vier-Sektoren-Stadt Berlin, die zugleich Frontstadt des Kalten Krieges war, spitzte sich die Gemengelage aus sozialen Protesten der Arbeiter und politisch motivierter Konfrontation rasch zu. Aber auch in anderen Ballungsgebieten hatten stalinistische Maßregeln Zündstoff angehäuft, der sich verschiedentlich in Gefangenenbefreiungen und in Gewaltakten gegen Einrichtungen der SED und des Staates niederschlug. Die sowjetische Besatzungsmacht verhängte daraufhin vielerorts den Ausnahmezustand und präsentierte ihre militärischen Instrumente. Obwohl die Befunde der zeitgeschichtlichen Forschung den sowjetischen Truppen ein maßvolles Vorgehen bescheinigen, hält sich das Narrativ, die Unruhen seien «blutig niedergewalzt» worden. Unter den Bedingungen der Systemkonfrontation und des Kalten Krieges unterlag die Interpretation der Ereignisse auf beiden Seiten rasch der politischen

Instrumentalisierung. Während die 14. Tagung des Zentralkomitees der SED sie wenige Tage später als «faschistischen Putsch» bewertete, begrüßten Politiker der Bundesrepublik und Westberlins den «Volksaufstand», erklärten den 17. Juni zum «Tag der deutschen Einheit» und erhoben ihn im August 1953 zum gesetzlichen Feiertag. Die Kennzeichnung als «Tag der deutschen Einheit» ordnete sich lückenlos in die Politik der «Alleinvertretung» ein, die der DDR kein Existenzrecht zubilligte und für zwei Jahrzehnte Annäherung und Verständigung ausschloss. Die Einstufung des 17. Juni 1953 als «faschistischer Putsch» bzw. Konterrevolution in der DDR blockierte die kritische Auseinandersetzung mit eigenen politischen Fehlern und systembedingten Ursachen. Diejenigen, die in der SED-Führung auf eine tiefere Analyse ebenso wie auf personelle Konsequenzen drängten, wurden als die Partei schädigende Fraktion verurteilt und kaltgestellt. Besonders hart traf diese Einstufung Max Fechner. Der DDR-Justizminister hatte auf das in der Verfassung verankerte Streikrecht verwiesen und damit angeblich faschistischen Umtrieben Vorschub geleistet. Er wurde in einem Geheimprozess zu einer hohen Zuchthausstrafe verurteilt.

Die traumatische Erfahrung des 17. Juni 1953 veranlasste die Führung der SED und der DDR, beginnend mit dem «Neuen Kurs», dem Lebensstandard und der Stimmungslage der Werktätigen größere Aufmerksamkeit zu schenken. Sie verzichtete auf einen harten Sparkurs zur Sanierung der DDR-Finanzen, der die Bevölkerung unmittelbar treffen musste. Die Defizite des politischen Systems – insbesondere hinsichtlich der demokratischen Rechte und Freiheiten und der Mangel an Instrumenten und Strategien zur Bewältigung gesellschaftlicher Konflikte – konnten damit jedoch nicht behoben werden, wie sich letztlich auch in der Krisensituation 1989/90 erneut zeigte.

Ungeachtet des inzwischen erreichten Forschungsstandes dominieren in der Erinnerungskultur und in der politischen Bildung vielfach immer noch recht einseitige, von der politischen Instrumentalisierung des Kalten Krieges geprägte Deutungsmuster des Juni 1953. Die Erfahrungen dieses Ereigniskomplexes und seiner Einbettung in das welthistorische Bedingungsgefüge erschließen sich aber erst, wenn die Diskussion darum nicht mehr politischen Zweckdeutungen unterworfen wird. Für diese Debatte kann und muss die LINKE einen Beitrag leisten.

Diese Stellungnahme wurde von Jürgen Hofmann erarbeitet und vom Sprecherat am 14. Mai 2013 verabschiedet. Sie knüpft an die Erklärung der Historischen Kommission der PDS vom April 2003 an.

NEIN ZUM KRIEG IST UND BLEIBT DIE WICHTIGSTE LEHRE

ERKLÄRUNG DER HISTORISCHEN KOMMISSION VOM 22. JULI 2014 ZUM 100. JAHRESTAG DER ZUSTIMMUNG ZU DEN KRIEGSKREDITEN IM DEUTSCHEN REICHSTAG

Der Beginn des Ersten Weltkrieges leitete die «Urkatastrophe» des 20. Jahrhunderts ein. In ihm entfesselten sich mit aller Gewalt die Destruktionspotenziale des Kapitalismus. Der Erste Weltkrieg resultierte aus den imperialistischen Rivalitäten der europäischen Großmächte, wobei das kaiserliche Deutschland aufgrund seiner die anderen Staaten herausfordernden Weltpolitik die Hauptverantwortung für dessen Ausbruch trug. Im Ersten Weltkrieg standen sich erstmals in der Geschichte industriell hochgerüstete Massenheere gegenüber, die jeweils gegeneinander auch Massenvernichtungsmittel einsetzten. Fast zehn Millionen Soldaten aus allen beteiligten Ländern fielen diesem weltumspannenden Krieg zum Opfer, doppelt so viele wurden verletzt. Weitere zehn Millionen Zivilisten starben abseits der Fronten an Hunger und entbehrungsbedingten Krankheiten.

Im Ersten Weltkrieg ging die europäische bürgerliche Gesellschaft des 19. Jahrhunderts unter. «Geschändet, entehrt, im Blute wattend, von Schmutz tiefend» (Rosa Luxemburg), präsentierte sie sich in diesem Krieg. Teil dieser weltgeschichtlichen Katastrophe war die Kapitulation der internationalen sozialistischen Arbeiterbewegung. Indem sich ihre führenden Parteien jeweils mit ihren Regierungen verbündeten und deren Kriegspolitik unterstützten, handelten sie im Gegensatz zu ihren internationalistischen und antimilitaristischen Positionen, die sie in den vorangegangenen Kongressen der II. Internationale mehrfach beschworen hatten. Auf diesen Moment des Verrates ihrer Prinzipien geht eine bis heute wirkende Spaltungslinie der Arbeiterbewegung zurück. Die Partei DIE LINKE sieht sich dabei in der Tradition derer, die an der Gegnerschaft zum Krieg und an einer sozialistischen Zielstellung festhielten.

Der 4. August 1914

Auch die deutsche Sozialdemokratie verwarf ihre jahrelang proklamierte internationalistische Haltung, die SPD-Reichstagsfraktion stimmte am 4. August 1914 geschlossen für die Kriegskredite. Die der Partei nahestehenden Gewerkschaften hatten bereits zwei Tage zuvor erklärt, für die Dauer des Krieges auf Streiks zu verzichten.

Dies war eine folgenschwere Zäsur. Mit ihrer Politik des «Burgfriedens» gab die SPD ihre bisherige oppositionelle Rolle in der Gesellschaft auf. Den Zeitgenossen erschien diese scheinbar so plötzliche Wandlung der Partei geradezu unglaublich. Der bürgerlichen Öffentlichkeit galt sie als «größte aller Wunder», das der «Zauberkünstler und Wundertäter Krieg» vollbracht habe. Lenin hielt die Nachricht von der Zustimmung der SPD zu den Kriegskrediten zuerst für eine gezielte Falschmeldung, so unvorstellbar schien sie ihm. Noch kurz zuvor hatte die SPD versucht, der sich nach dem Attentat von Sarajewo am 28. Juni 1914 immer deutlicher abzeichnenden Kriegsgefahr durch eine massive und von ihrer Basis breit getragene antimilitaristische Mobilisierung zu begegnen. Die Möglichkeit, daraus eine nachhaltige Massenbewegung gegen den Krieg zu entwickeln und der wachsenden Kriegsbegeisterung in Teilen der Gesellschaft entgegenzutreten, ließ die SPD-Führung jedoch ungenutzt. Auch auf einen Generalstreik gegen den drohenden Krieg drängte sie nicht. Stattdessen gelangte der Parteivorstand am 2. August zu der Überzeugung, den Kriegskrediten müsse zugestimmt werden. Die innerhalb der Reichstagsfraktion existierende Minderheit, die die Zustimmung zu den Kriegskrediten ablehnte, beugte sich der jahrzehntelang eingeübten Fraktionsdisziplin. So votierte die Fraktion geschlossen für die Kredite.

Ursachen

Verschiedene Gründe trugen zum Gesinnungswandel der SPD-Führung in der Kriegsfrage bei: Zum einen befürchtete sie, eine Ablehnung der Kredite könne ein Verbot von Partei und Gewerkschaften nach sich ziehen und damit die Zerstörung der so mühevoll aufgebauten Organisationen der Arbeiterbewegung. Hier spielte die Angst vor einer Marginalisierung der SPD eine große Rolle. Zum anderen argumentierte die Reichsleitung, der Krieg diene der «Landesverteidigung». Hier konnte sie an einem in Teilen der Partei vorhandenen Patriotismus anknüpfen. Zudem gelang es ihr, berechnete sozialdemokratische Vorbehalte gegenüber dem russischen Zarismus zu instrumentalisieren. Nicht zuletzt spielten die Nachrichten aus Frankreich eine große Rolle: Dort befürworteten die Sozialisten ihrerseits die «Vaterlandsverteidigung». Außerdem bestand die trügerische Hoffnung, die Herrschenden würden die Unterstützung ihrer Kriegspolitik mit Zugeständnissen an die Arbeiterbewegung honorieren.

In den Jahrzehnten vor Beginn des Ersten Weltkrieges war die SPD die stärkste und am besten organisierte Partei der II. Internationale und somit deren Vorbild.

Mit ihrem Erfurter Programm hatte sie sich im Jahr 1891 eine marxistische und revolutionäre Programmatik gegeben, die mit einem Katalog aktueller Forderungen nach mehr Demokratie und sozialer Gerechtigkeit verbunden war. Es gelang ihr aber nur teilweise, eine damit korrespondierende politische Praxis zu entwickeln. Einerseits entwickelte die deutsche Sozialdemokratie mit ihrer emanzipatorischen praktischen Bildungs- und Kulturarbeit einen wirkungsmächtigen gesellschaftlichen Gegenentwurf zum kaiserlichen Obrigkeitsstaat. Andererseits verkrustete sie infolge ihrer hauptsächlich am stetigen Auf- und Ausbau der Organisationen und an Wahlkämpfen orientierten politischen Arbeit. Insbesondere der wachsende Partei- und Gewerkschaftsapparat sorgte für eine zunehmende Erstarrung. Vor dem Hintergrund eines langen Wirtschaftsbooms konnten die Gewerkschaften steigende Löhne und bessere Arbeitsbedingungen erkämpfen. Trotz ihrer gesellschaftlichen Ausgrenzung durch den kaiserlichen Obrigkeitsstaat war die SPD durch ihre Wahlerfolge zu einem politischen Faktor geworden. Das näherte innerhalb der Arbeiterbewegung jene Vorstellungen, wonach eine allmähliche Reform des Kapitalismus möglich sei. Trotz ihres Wachstums von jeder gesellschaftlichen Mitgestaltung ausgeschlossen, befand sich die SPD in einer strategischen Sackgasse. Versuche der «Revisionisten» in der Partei, die Programmatik an die reformistische Praxis anzupassen, verliefen aufgrund der revolutionären Orientierung des Erfurter Programms jedoch ebenso im Sande, wie die Versuche der Linksradiكالen, in den Massenstreikdebatten eben jene Orientierung neu mit Leben zu füllen und Wege zu einer der Programmatik entsprechenden revolutionären Praxis zu finden.

Der Beginn des Krieges bot aus revisionistischer Sicht die Möglichkeit, endlich aus der Paria-Stellung innerhalb des Kaiserreichs auszubrechen. Die Unterstützung des Krieges schien ein Vehikel, sich in die Gesellschaft zu integrieren. Der Preis dafür war jedoch hoch: Die SPD übernahm die politische Mitverantwortung für millionenfachen Tod und millionenfaches Elend, sie verzichtete für die Kriegsdauer auf eine eigenständige Politik und akzeptierte so die sich immer weiter ausbreitende Militärdiktatur. Auf diese Weise trugen die SPD und viele andere sozialistische Parteien die II. Internationale und mit ihr eine ganze Epoche der Arbeiterbewegung zu Grabe.

Geburt einer neuen Linken

Der 4. August 1914 steht aber nicht nur für das Ende der klassischen, in fester Opposition zu Staat und bürgerlicher Gesellschaft stehenden Sozialdemokratie, er war zugleich die Geburtsstunde einer neuen Linken. Noch am Abend des 4. August trafen sich in der Wohnung Rosa Luxemburgs ihre engsten Freunde und Mitstreiter entsetzt und niedergeschlagen zu einer ersten Beratung. Das Treffen offenbarte zunächst mit aller Deutlichkeit die Schwäche der sozialdemokratischen Linken: Weder waren sie auf die – von ihnen von Anfang an

als «Verrat» empfundene – Zustimmung zu den Kriegskrediten vorbereitet, noch besaßen sie auch nur in Ansätzen eine organisatorische Struktur, um darauf reagieren zu können. Diese aufzubauen, war die zentrale Herausforderung, vor der sie in den nächsten Jahren standen. Dennoch war das Treffen in Luxemburgs Wohnung von historischer Bedeutung. Hier formierte sich unter der Wucht der Ereignisse der Kern, der eine neue politische Organisations- und Traditionslinie begründen sollte, die bis heute fortbesteht.

Mit dem «Nein!» Karl Liebknechts zu den Kriegskrediten am 2. Dezember 1914 wurde zum einen die Existenz der innerparteilichen Antikriegsopposition sichtbar. Zum anderen begründete er an diesem Tag die antimilitaristische Tradition der deutschen Linken neu. Innerhalb von SPD und Gewerkschaften begann sich die Opposition gegen den Krieg und die Burgfriedenspolitik der SPD-Führung zu formieren. Sie speiste sich aus der sozialdemokratischen Vorkriegslinken, deren Mehrheit nun als Gruppe Internationale und später als Spartakusgruppe den Widerstand gegen den Krieg vorantrieb. Außerdem gehörten dieser Opposition viele Sozialdemokraten an, die vor Kriegsausbruch zum Zentrum oder zum revisionistischen Flügel der Partei zählten, sowie eine neue antimilitaristische Opposition in den Gewerkschaften, die «Revolutionären Obleute». Trotz massiver polizeilicher Repressionen gingen von dieser Opposition zunehmend Proteste und Streiks gegen den Krieg aus. Infolge ihres Ausschlusses aus der SPD gründete sie im April 1917 die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD). Nachdem die Novemberrevolution des Jahres 1918 den Kaiser gestürzt und den Krieg beendet hatte, ging zum Jahreswechsel 1918/19 aus der Spartakusgruppe und weiteren linken Oppositionsgruppen die Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) hervor.

Mit ihrem Erfurter Programm von 2011 hat sich die Partei DIE LINKE in der Tradition derer, die in Opposition zum Ersten Weltkrieg standen und am internationalistischen und antimilitaristischen Erbe der sozialistischen Bewegung festhielten, verortet. DIE LINKE bezieht sich damit positiv auf den Spartakusbund, die USPD und die frühe KPD als plurale Organisationen einer radikalen Linken. Dementsprechend hält DIE LINKE heute in einer Welt zunehmender Kriegsgefahren an der prinzipiellen Ablehnung von Kriegseinsätzen, Rüstungsexporten und Militärbündnissen fest. Gleichzeitig stellt sie sich die Aufgabe, den Kampf für konkrete Verbesserungen innerhalb des Bestehenden mit einer über den Kapitalismus hinausweisenden demokratisch-sozialistischen Perspektive zu verbinden. Das «Nein!» zu jedem Krieg ist und bleibt die wichtigste Lehre des 4. August 1914.

Die Erklärung wurde von Florian Wilde erarbeitet, in der Historischen Kommission am 7. Juni 2014 beraten und vom Sprecherrat am 22. Juli 2014 verabschiedet.

DER 8. MAI 1945

STELLUNGNAHME DES SPRECHERRATES DER HISTORISCHEN KOMMISSION DER LINKEN VOM 23. APRIL 2015 ZUM 70. JAHRESTAG DER BEFREIUNG VOM FASCHISMUS

Die Öffentlichkeit sollte aufmerken, wenn die für die Bundesrepublik Deutschland vor dreißig Jahren von Bundespräsident Richard von Weizsäcker formulierte Einsicht, dass der 8. Mai 1945, unbeschadet unterschiedlicher und oft schmerzlicher individueller Erinnerung, zugleich ein Tag der Befreiung war, relativiert oder erneut in Frage gestellt wird. Die Bundesrepublik steht hier in einer besonderen Verantwortung.

Der Sprecherrat der Historischen Kommission der LINKEN erklärt angesichts der gegenwärtig ablaufenden Diskussionen:

Der Sieg über den deutschen Faschismus und die Befreiung Europas bleibt eine Leistung aller Verbündeten in der Antihitlerkoalition. Nur in einer gemeinsamen Anstrengung konnte die menschliche Zivilisation vor einem Terrorregime gerettet werden, das vor keinem Verbrechen zurückschreckte. Die Bedrohung führte Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung und Menschen unterschiedlichster Weltanschauung und politischer Orientierung zusammen. Linke, Kommunisten standen in vorderster Front und konnten doch nicht allein erfolgreich sein, brauchten breiteste Bündnisse. Erst die gemeinsame Abwehr der existentiellen Gefahr setzte die Völker wieder in die Lage, um zivilisatorische Perspektiven zu konkurrieren. Das heutige Europa ist ohne den Sieg über den deutschen Faschismus, seine Verbündeten und Vasallen nicht denkbar.

Die Hauptlast dieses Kampfes trug die Sowjetunion. Im Osten bahnte sich die Niederlage der deutschen Wehrmacht an. Die Distanzierung vom stalinistischen System hebt die Leistung, die die Sowjetunion für die Befreiung der Völker Europas und Asiens erbrachte, nicht auf. Den Kämpfern der Roten Armee gebührt für den unter großen Opfern errungenen Sieg unser Respekt. Dazu hat sich die Bundesrepublik Deutschland im Nachbarschaftsvertrag mit der UdSSR 1990 verbindlich verpflichtet.

Zu beobachten ist, dass der am Ende des Krieges für Zeitgenossen noch offensichtliche Zusammenhang von Kapitalismus und NS-Herrschaft verwischt wird. Die besondere Verantwortung der wirtschaftlichen, politischen und militärischen Führungsgruppen des Deutschen Reiches für NS-Regime und Krieg pas-

sen nicht in das Bild einer Gesellschaft, die sich für alternativlos hält. Ebenso wenig das Versagen der Eliten in West- und Osteuropa 1939/40. Zu erinnern ist, dass in vielen befreiten Staaten Europas, auch in Deutschland, sich nach Kriegsende der Wiederaufbau mit Versuchen basisdemokratischer, oft prosozialistischer Erneuerung der Gesellschaften verband. Soviel Eigenständigkeit mochten die Besatzungs- und neuen Hegemonialmächte nicht. Der beginnende Kalte Krieg beendete diese Experimente.

Die Landung der westlichen Alliierten in der Normandie am «D-Day» trug maßgeblich zur Befreiung Europas bei. Die verdiente Würdigung dieser militärischen Leistung sollte jedoch nicht dazu benutzt werden, die zweite Front zur ersten zu machen. Auch die These, die Befreiung Europas habe dort ihren Anfang und erst mit dem Zusammenbruch des sowjetischen Einflussbereichs 1989/90 ihre Vollendung gefunden, geht an der historischen Wirklichkeit dieser Jahre vorbei. Das Ergebnis der Systemauseinandersetzung am Ausgang des 20. Jahrhunderts soll rückwirkend für 1944 reklamiert werden.

Der Sieg über den Faschismus in Europa begünstigte den Sieg über den japanischen Imperialismus, an dem die Sowjetunion ebenfalls wichtigen Anteil hatte. In Asien erstarkten die antikolonialen Befreiungsbewegungen. Ganze Völker befreiten sich in den folgenden Jahrzehnten in Asien und Afrika aus kolonialer Unterdrückung und betraten als Akteure die weltpolitische Bühne. Die Vereinten Nationen (UNO) sind ebenfalls ein Resultat der Erfahrungen mit der zivilisatorischen Bedrohung der Jahre 1939 bis 1945. Sie sollte dauerhaft den Weltfrieden sichern. Eine Aufgabe, die erneut beängstigend aktuell ist.

Der Blick auf 1945 ist mehr als eine historische Rückschau. Er schließt Fragen ein, die aktuell bleiben und erneut sind. Rechtsextremismus, Nationalismus, Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit und Hegemonieansprüche sind keine Themen der Vergangenheit. Von Schuld kann man sich nicht freikaufen. Trotzdem darf die Anerkennung und Entschädigung der letzten noch lebenden sowjetischen Kriegsgefangenen nicht verschleppt werden, wie das zuvor schon bei Zwangsarbeitern und Deserteuren praktiziert wurde. Deutsche Verantwortung endet nicht.

Die vorliegende Erklärung stützt sich auf Ausarbeitungen von Stefan Bollinger und Jürgen Hofmann.

ZUM 100. JAHRESTAG DER RUSSISCHEN REVOLUTIONEN

**ERKLÄRUNG DER HISTORISCHEN KOMMISSION
BEIM PARTEIVORSTAND DER PARTEI DIE LINKE
VOM 11. JULI 2017**

I. Der 100. Jahrestag der Russischen Revolutionen 1917 ist für die Historische Kommission der Partei DIE LINKE Anlass, an deren historische Ursachen und weltgeschichtliche Bedeutung, an die mit ihnen verbundenen Hoffnungen auf Frieden, soziale Befreiung und Selbstbestimmung der Massen, aber auch deren Enttäuschungen zu erinnern. Mit den Russischen Revolutionen 1917 verbanden sich große historische Chancen und Leistungen, aber auch tiefe Widersprüche und Irrwege bis hin zum Stalinismus und seinen Verbrechen.

Der von den Bolschewiki unternommene Versuch einer sozialistischen Alternative zum Kapitalismus und das millionenfache Engagement in der kommunistischen Weltbewegung lassen sich jedoch nicht auf Ideologie, Terror und diktatorische Parteiherrschaft verengen. Eine solche Sicht verstellt den Blick auf die weltweiten sozialen Auseinandersetzungen des 20. Jahrhunderts und reduziert sie auf einen Kampf zwischen Totalitarismus und Antitotalitarismus, ohne deren historische Ursachen und Konsequenzen zu erfassen. Hierzu ist zunächst zu konstatieren:

- Die Russischen Revolutionen 1917 waren zuerst Revolutionen für den Frieden. Mit dem Sieg der Oktoberrevolution 1917 wurde erstmals erfolgreich versucht, aus dem Todeskreislauf des imperialistischen Ersten Weltkriegs auszubrechen. Sie waren Revolutionen für Demokratie und soziale Befreiung, ein Fanal für die nachfolgenden revolutionären Erschütterungen in Europa, Asien und Lateinamerika. Erstmals seit der blutigen Niederschlagung der Pariser Kommune 1871 hatte die Oktoberrevolution die soziale Revolution praktisch auf die Tagesordnung der Geschichte gesetzt.
- Das Entstehen eines sich sozialistisch verstehenden Staates hat die Welt verändert – mit Folgen bis heute. Erstmals konnte – bei allen sowjetischen Eigeninteressen – ein Gegengewicht zu den imperialistischen Mächten geschaffen werden.

- Es war die Sowjetunion, die, trotz der selbst zu verantwortenden Schwächung durch den stalinistischen Terror, unter ungeheuren Opfern im Zweiten Weltkrieg die Hauptlast im Kampf gegen Nazi-Deutschland trug, gemeinsam mit ihren westlichen Alliierten die Menschheit vor der faschistischen Barbarei rettete und ebenso den japanischen Militarismus schlug. In Europa und Asien leisteten Kommunistinnen und Kommunisten einen herausragenden Beitrag im antifaschistischen Widerstand.
- Die nach dem Zweiten Weltkrieg in Ost- und Mitteleuropa sowie in Asien und Lateinamerika entstandenen sozialistischen Staaten stellten die bis dahin größte Herausforderung für den Kapitalismus dar. Ohne sie und die zeitweise einflussreichen kommunistischen Parteien in Westeuropa wären weder das Ende des Kolonialismus noch das «sozialdemokratische Jahrhundert» (Dahrendorf) mit seinen emanzipatorischen, demokratischen und sozialen Fortschritten im Westen denkbar. Trotz der zumindest zeitweise bemerkenswerten sozialen und kulturellen Leistungen in der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern, einschließlich der DDR, war es letztlich ihre systembedingte Reformunfähigkeit, die 1989–91 nicht nur das Ende des Staatssozialismus sowjetischer Prägung herbeigeführt, sondern auch die Ergebnisse der gesamten Fortschrittsgeschichte des 20. Jahrhunderts wieder zur Disposition gestellt hat.

II. Das «Zeitalter der Extreme» (Hobsbawm) begann nicht mit dem «Sturm auf das Winterpalais», sondern am 1. August 1914. Im Ersten Weltkrieg zerbrachen die alten bürgerlichen Gesellschaften des 19. Jahrhunderts an ihren imperialistischen Rivalitäten, die vorrangig zwischen den alten Kolonialmächten Großbritannien und Frankreich einerseits und dem Emporkömmling Deutschland andererseits seit langem tobten. Gleichzeitig hatte der größte Teil der internationalen Arbeiterbewegung, insbesondere die deutsche Sozialdemokratie, durch ihre Einreihung in die jeweiligen nationalen Kriegsfrenten in ihrer großen Mehrheit politisch versagt und die Spaltung der Linken provoziert.

In der Februarrevolution 1917 zeigte sich nicht nur die tiefe Krise des Russischen Zarenreiches, die durch den Weltkrieg entscheidend verschärft worden war. Jene Petrograder Arbeiterinnen und Arbeiter, die seit dem 23. Februar (8. März) 1917 spontan die Straßen der russischen Hauptstadt erobert hatten, und die sich mit ihnen verbrüdernden Soldaten, brachten zugleich den Willen der arbeitenden Massen Europas nach Frieden, Brot und demokratischer Selbstbestimmung zum Ausdruck. Mit den wiederbelebten Sowjets (Räte), den in der gescheiterten Revolution von 1905/07 bewährten basisdemokratischen Institutionen, sorgten sie gleichzeitig dafür, dass die zu diesem Zeitpunkt alles entscheidende Frage des Friedens nicht mehr nur die Sache der Eliten war.

In diesem zentralen Konflikt des Jahres 1917 nahm Lenin die radikalste Position ein. Für ihn entschied sich der Charakter der Revolution an der Haltung zum Krieg. Wenn dieser, so Lenin, von der Provisorischen Regierung weitergeführt würde, dann müsste die Arbeiterklasse sie stürzen, den Frieden erzwingen und damit die bürgerlich-demokratische in eine sozialistische Revolution umwandeln. Selbst in der Führungsspitze der Bolschewiki gab es noch am Vorabend des Oktoberaufstands Warnungen, die Verhältnisse in Russland seien hierfür nicht reif, das Land würde in Bürgerkrieg und neuer Repression, nun unter sozialistischen Vorzeichen, versinken.

Lenin setzte sich über diese Bedenken hinweg. Er erkannte die Schwäche der Provisorischen Regierung und der sie tragenden politischen Kräfte. Da sie den Krieg fortsetzten, die Versorgungsfrage nicht lösten, die Bodenfrage nicht zugunsten der Bauern entschieden und die Wahl einer Konstituierenden Versammlung auf die lange Bank schoben, verloren sie die Unterstützung der Massen. Das hieraus resultierende Machtvakuum verstand er zu nutzen. Frieden, Boden, Brot, nationales Selbstbestimmungsrecht wurden zu den tragenden bolschewistischen Losungen. Gestützt auf den Stimmungsumschwung der Massen und mit Hilfe der explosionsartig anwachsenden Partei, entschloss sich die Führung der Bolschewiki, am «schwächsten Kettenglied» des Kapitalismus zum Vorreiter der Weltrevolution zu werden. Lenin setzte auf den revolutionären Geist und die Unterstützung der westeuropäischen, insbesondere der deutschen Arbeiterklasse. Der von ihm geforderte und vom Petrograder Sowjet getragene bewaffnete Aufstand in der Nacht zum 26. Oktober (8. November) 1917 stürzte die Provisorische Regierung und stellte die Delegierten des inzwischen bolschewistisch dominierten II. Sowjetkongresses in der Machtfrage vor vollendete Tatsachen. Die Dekrete über den Frieden, den Grund und Boden, die Verstaatlichung von Industrie und Banken, zum Ausbau demokratischer und sozialer Rechte entsprachen der Massenstimmung.

III. «Nach unseren Begriffen ist es die Bewusstheit der Massen, die den Staat stark machen. Er ist dann stark, wenn die Massen alles wissen, über alles urteilen können und alles bewusst tun.» Diese, von Lenin unmittelbar nach dem Oktoberumsturz ausgesprochene Anerkennung einer von den Volksmassen bewusst getragenen und praktizierten Demokratie, kollidierte mit dem Avantgardeverständnis der Bolschewiki als revolutionärem Vortrupp. Die konkreten russischen Bedingungen begünstigten die aus diesem Widerspruch folgenden Entwicklungen. Ähnlich der Deklaration der Menschen- und Bürgerrechte vom 26. August 1789, blieben die Dekrete über Frieden, Brot und Land vom 26. Oktober 1917 ideale Verheißungen gegenüber den nachfolgenden realen Enttäuschungen, «als eine Art Sonntage hoch über der werktäglichen Menschheitsgeschichte.» (Helmut Bock)

Wie in nahezu jeder Revolution war auch in der Februarrevolution 1917 die Umsturzbewegung nach erfolgreicher Beseitigung der bisher herrschenden Macht in widerstrebende Fraktionen und Parteien zerfallen. Was sich im Konflikt um Lenins «April-Thesen» bereits angedeutet hatte, vollzog sich in der Frage der Konstituierenden Versammlung: Der Bruch zwischen unterschiedlichen linken Kräften. Die radikalen Bolschewiki lösten die Konstituierende Versammlung Anfang Januar 1918 auf, nachdem diese sich geweigert hatte, das Regierungsprogramm des vom II. Allrussischen Sowjetkongress gewählten Rates der Volkskommissare für eine grundlegende sozialistische Umwälzung anzuerkennen und sich den Sowjets unterzuordnen. Diese sollten als basisdemokratische Alternative zum Parlamentarismus wirken. So konnten die klassenbewussten, vor allem aber bolschewistischen Arbeiter und ihre Partei leichter Mehrheiten gewinnen als in einem parlamentarisch-demokratischen System.

Den Bolschewiki gelang es, sich auf Grundlage ihres avantgardistischen Selbstverständnisses und ihrer zentralistischen Organisation die Staatsmacht zu erobern und sich im anschließenden Bürgerkrieg sowie gegen die Intervention vierzehn ausländischer imperialistischer Mächte zu behaupten. Ohne die Mobilisierung und das Engagement Hunderttausender Parteimitglieder und von Millionen Arbeitern, Soldaten und Bauern beim Aufbau und der Verteidigung der neuen Ordnung wäre diese Selbstbehauptung unmöglich gewesen. Nicht nur die rigorose «kriegskommunistische» Politik brachte die Bolschewiki zwangsläufig in Konflikt mit ihrer eigenen sozialen Basis, sondern deren Anspruch auf reale Mitsprache widersprach dem Selbstverständnis der «führenden Partei». Diesen Konflikt hat der Sozialismus sowjetischen Typs im Verlauf seiner Entwicklung nie aufgelöst, stattdessen wandelte sich das Sowjetsystem zum Instrument der allein herrschenden kommunistischen Partei.

Tatsächliche Widersprüche beim Aufbau des Sozialismus deuteten Lenin und seine Nachfolger vornehmlich als vom «inneren und/oder äußeren Klassenfeind» initiiert. Reale Konflikte wurden entweder durch Gewalt und Terror – unter Stalin bis zum Exzess gesteigert – und/oder politischen, sozialen und wirtschaftlichen Konzessionen entschärft. Die Grenze des Entgegenkommens bildete dabei stets das Machtmonopol der Partei, wie bereits die Konzeption der Neuen Ökonomischen Politik als Antwort auf den Abfall der Bauernschaft von der Revolution und den Kronstädter Aufstand im Frühjahr 1921 zeigte. Parallel dazu machte der X. Parteitag mit dem Fraktionsverbot einen entscheidenden Schritt in Richtung Abbau der ohnehin begrenzten innerparteilichen Demokratie. Ihre endgültige Beseitigung erfolgte wenige Jahre später im Ergebnis der weiteren innerparteilichen Auseinandersetzungen und der Entscheidung für den Aufbau des Sozialismus in einem Land.

Zunehmender Bürokratismus und ineffiziente Apparateherrschaft ließen sich so nicht überwinden, wie Lenin selbst erkennen musste. Daran scheiterten letztlich

alle Reformansätze, die Neue Ökonomische Politik der 1920er Jahre ebenso wie Chruschtschows Entstalinisierungsversuch und Gorbatschows Perestroika.

IV. Zu ihrem Selbstverständnis als Vortrupp der proletarischen Weltrevolution gehörte die Trennung der Bolschewiki von den Menschewiki in Russland und den sozialdemokratischen Parteien der II. Internationale. Der neue Name Kommunistische Partei Russlands machte ab März 1918 den Bruch kenntlich, der ein Jahr später durch die Bildung der Kommunistischen Internationale auf die internationale Ebene ausgeweitet wurde. Als zentralisierte kommunistische Weltpartei sollte sie die Weltrevolution vorantreiben. Infolge ihres Ausbleibens wurde die Kommunistische Internationale jedoch sehr bald zu einem Instrument sowjetischer Außenpolitik.

Die bereits während des Ersten Weltkriegs gespaltene deutsche Arbeiterbewegung wurde von diesen Entwicklungen besonders beeinflusst und herausgefordert. Waren die Russischen Revolutionen 1917 und insbesondere die Machtergreifung der Bolschewiki von Mehrheits- und Unabhängiger Sozialdemokratie zunächst positiv aufgenommen worden, standen bald die «bolschewistischen Methoden» im Zentrum der Auseinandersetzung und Kritik. Das Bündnis der Führung der Mehrheitssozialdemokratie mit den militärischen und wirtschaftlichen Eliten des in der Novemberrevolution 1918 untergegangenen Kaiserreiches belastete die neue Republik und sorgte mit dafür, dass sich große Teile der eigenen Basis dem Kommunismus zuwandten.

Die Kommunistische Partei Deutschlands wurde so zur stärksten Mitgliedspartei der Kommunistischen Internationale außerhalb der Sowjetunion. Ihre seit Mitte der 1920er Jahre nahezu bedingungslose Unterstützung der sowjetischen Politik resultierte nicht zuletzt aus dem Unverständnis der kritischen und zugleich solidarischen Würdigung der Russischen Revolution durch Rosa Luxemburg. Anders als Karl Kautsky, dessen theoretische Auseinandersetzung mit den Bolschewiki ihn jedoch keine Rückschlüsse für das eigene revolutionäre Handeln ziehen ließ, analysierte Luxemburg aus ihrer Sicht die Verdienste wie die Fehler der Bolschewiki. Sie hätten gezeigt, was eine wirklich revolutionäre Partei unter konkreten historischen Verhältnissen leisten könne. Indem sie mit ihrer Machteroberung und damit die Verwirklichung des Sozialismus auf die Tagesordnung gesetzt hatten, seien sie dem internationalen Proletariat vorangegangen und hätten damit die Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit «mächtig vorangetrieben.» In Russland konnte das Problem jedoch nur gestellt, gelöst werden musste es international.

V. DIE LINKE muss sich mit den historischen Wirkungen, Leistungen und Fehlleistungen der Russischen Revolutionen 1917 als einem der zentralen Ereignisse des 20. Jahrhunderts weiterhin kritisch auseinandersetzen. Sie kann dabei posi-

tiv an die Tradition radikaler und aktiver Kriegsgegnerschaft, den entschlossenen und organisierten Kampf gegen kapitalistische Verhältnisse und den mit ihm verbundenen Fortschritten bei der Gleichstellung der Geschlechter, dem Brechen des bürgerlichen Bildungsprivilegs und weiteren großen kulturellen Leistungen anknüpfen. Zugleich muss sie aus den Erfahrungen des sozialistischen Versuchs erkennen, dass die Schwierigkeiten und Widersprüche sozialistischer Umwälzungen erst offenbar werden, wenn sie praktisch versucht und sich die «Mühen der Ebene» zeigen. Die Überwindung der damit verbundenen Probleme wird nur auf breiter demokratischer Grundlage erfolgen können, denn auch das lehren die Russischen Revolutionen 1917:
Ohne Demokratie kein Sozialismus.

Diese Erklärung wurde von Stefan Bollinger und Mario Hesselbarth erarbeitet, in der Historischen Kommission am 25. März und 17. Juni 2017 diskutiert und am 11. Juli 2017 vom Sprecherrat verabschiedet worden.

MARX LEBT

ERKLÄRUNG DER HISTORISCHEN KOMMISSION DER PARTEI DIE LINKE VOM 12. DEZEMBER 2017 ZUM 200. GEBURTSTAG VON KARL MARX

Vor 200 Jahren, am 5. Mai 1818, wurde Karl Marx geboren. Er hob gemeinsam mit Friedrich Engels die Kritik der politischen Ökonomie und die Philosophie auf eine neue Stufe und gab somit der entstehenden sozialistischen Bewegung wissenschaftliche sowie praktische Impulse.

Marx war ein politischer Mensch. In seinen Schriften baute er auf die Philosophie des deutschen Idealismus, die britischen Nationalökonomien und die vornehmlich französischen Sozialutopisten auf. Hieraus wurde der wissenschaftliche Sozialismus begründet, in Abgrenzung zu ausgemalten Utopien eines zukünftigen Kommunismus und mit dem Anspruch, die sozio-ökonomischen Zusammenhänge der bürgerlichen Gesellschaft wissenschaftlich erklären zu können. Marx und Engels wollten ergründen, wie die kapitalistische Produktionsweise und die auf ihr basierende bürgerliche Gesellschaft entstanden sind und wie sie funktionieren.

Dieser politisch-ökonomische Anspruch wurde später zu einer Programmatik ausgebaut, die über viele Jahrzehnte Gewerkschaften und sozialdemokratische Parteien rund um den Erdball prägte. Marx war selbst über den «Bund der Kommunisten», die Erste Internationale oder beispielsweise seinen Kommentar zum Gothaer Programm der deutschen Sozialdemokratie politisch-organisatorisch aktiv. Die marxistische Theorie war einer jener Grundpfeiler, die den Organisationen der Arbeiterklasse im Industriezeitalter Erfolge in emanzipatorischen Kämpfen auf unterschiedlichen Ebenen einbrachten.

Andererseits wurde der parteiförmige Marxismus dogmatisiert und zur Legitimation von Parteiherrschaft missbraucht. Doch Marx war laut eigener Aussage kein Marxist. Der dogmatisierte Marxismus in Parteiform ist für DIE LINKE und ihre Vorgängerparteien seit 1990 Geschichte. Das Werk von Karl Marx und seine Person brauchen keinen Ismus, um einer modernen Linken Orientierung zu sein, im Gegenteil.

Marx war ein philosophisch geschulter, denkender Politökonom und Historiker. Er analysierte die Entstehung des Kapitalismus (bzw. der kapitalistischen Produktionsweise), untersuchte die Gründe für dessen Funktionieren sowie für seine Krisenhaftigkeit und kam zu dem Schluss, dass der Kapitalismus zwar einerseits ungeheure Umwälzungen und Entwicklungen vollbringt, aber gerade

dadurch bestimmte Widersprüche verschärft und damit zu seinem eigenen Niedergang beiträgt. Marx und Engels begriffen im «Kommunistischen Manifest» die Geschichte noch als «eine Geschichte von Klassenkämpfen». Einen detaillierten «Fahrplan» in die sozialistische Zukunft mit konkreten Handlungsanweisungen konnten und wollten sie nicht vorlegen. Seit damals stellt sich für Linke die Frage, ob bzw. wie man durch Bewegungen und Parteien den Kapitalismus einhegen bzw. bekämpfen kann.

Vor einhundert Jahren ergriff in Russland eine Bewegung, die sich auf Marx berief, die Macht: Die Bolschewiki wollten den Marxismus in die Praxis umsetzen und über den Weg einer «Diktatur des Proletariats» den Kommunismus verwirklichen. Ihre Ausgangsbedingungen waren ungünstig, und innere sowie äußere Einflüsse führten dazu, dass ein Gesellschaftstypus entstand, der sich mit marxistischer Terminologie zu legitimieren suchte und letztlich in der parteidiktatorischen Sackgasse endete. Die demokratischen Ziele des Sozialismus verkamen zum sogenannten demokratischen Zentralismus.

Marx' Element war die Kritik. «An allem ist zu zweifeln», so lautete einer seiner bekanntesten Grundsätze. Er würde wohl die Irrwege, Widersprüche und Verbrechen des Stalinismus im Hinblick auf ökonomische Bedingungen und Bedeutungen analysieren und Schlüsse daraus ziehen. Personalisierte Schuldzuweisungen oder moralisierende Verkürzungen in Form von Kritik an individuellem Versagen wären in seinem Verständnis zu kurzfristig. Gleiches gilt für den heutigen Kapitalismus in seiner vielgestaltigen Ausprägung. Auch dieser ist zu analysieren und im Hinblick auf seine Lebens- und Überlebensfähigkeit zu untersuchen. Auch hier würde Marx keinen moralischen Zeigefinger heben. Eine Linke, die heute den internationalen (Finanzmarkt-) Kapitalismus kritisiert, den Fokus dabei jedoch auf die Vorstände und nicht auf die systemimmanenten Zusammenhänge legt, wäre sicher nicht in seinem Sinne. Denn die Zuordnung von Schuld für Krisen auf einzelne Personen lenkt letztlich vom Gesamtzusammenhang ab.

DIE LINKE tut gut daran, Marx zu lesen, seine Erkenntnisse über das Funktionieren des Kapitalismus zu nutzen und die Widersprüche und Leerstellen in seinem Werk aufzugreifen und zu besetzen. An ihm ist vieles unabgegolten und manches historisch überholt; dies allerdings auch, weil die Arbeiterbewegung mit Marx erfolgreich für Veränderungen gekämpft hat – Wahlrecht, Achtstundentag u.v.m.

Seit Erscheinen des «Kapitals», des wirkungsmächtigsten Werkes von Marx, vor 150 Jahren sind neue Probleme aufgetaucht, die zur Zeit von Marx noch nicht absehbar waren. Heute darf nicht mehr nur die Emanzipation der Arbeiterklasse im Zentrum linker Bestrebungen stehen, es muss um die allgemeine, menschliche Emanzipation gehen, wie sie schon dem jungen Marx vorschwebte. Auch andere Gegenwartsprobleme hat Marx vorweggenommen, so z. B. die ökologische

Frage: Die Ausbeutung von menschlicher Arbeitskraft *und* Natur schafft den gesellschaftlichen Reichtum. Die Zerstörung der Natur jedoch findet heutzutage in einem so dramatischen Ausmaß statt, dass die Frage steht, ob zuerst der Kapitalismus oder der Planet an seine finalen Grenzen stößt.

Marx' Methode, dialektisch und materialistisch zu denken und die Gesellschaft zu analysieren, ist keineswegs überholt. Sein Werk zeugt von großer Weitsicht und analytischer Brillanz. Marx ist und bleibt aktuell.

Diese Erklärung wurde von Alexander Amberger entworfen und am 12. Dezember 2017 vom Sprecherrat der Historischen Kommission beschlossen.

1968: EIN GLOBALER AUFBRUCH

STELLUNGNAHME DER HISTORISCHEN KOMMISSION DER LINKEN VOM 12. JULI 2018

Die Ereignisse des Jahres 1968 stehen gegenwärtig im Fokus medialen und öffentlichen Interesses. Die Historische Kommission nimmt dies zum Anlass für folgende Stellungnahme:

1. Einleitung

«1968» ist eine Chiffre für die bis in die späten 1970er Jahre währende Epoche globalen gesellschaftlichen Aufbruchs. Weltweit gab es Protest- und Emanzipationsbewegungen:

In Westeuropa u. a. den «Pariser Mai» mit einem wochenlangen Generalstreik in ganz Frankreich, Fabrikbesetzungen in Italien und Studentenprotesten in der Bundesrepublik. In Osteuropa steht «1968» vor allem für den Versuch in der Tschechoslowakei, einen «Sozialismus mit menschlichem Antlitz» zu schaffen. Zudem ist «1968» ein Sinnbild für den weltweiten Widerstand gegen den Krieg der USA in Vietnam, für die antikolonialen Befreiungsbewegungen in der «Dritten Welt» und die Bürgerrechtsbewegung gegen Rassismus und Apartheid in den USA.

Mit dem Jahr 1968 verbinden sich für Linke im Westen und im Osten Deutschlands sehr unterschiedliche Erfahrungen. Während für viele, vor allem junge Menschen in der DDR der «Prager Frühling» und seine Niederschlagung prägend waren, dominierten im Westen die Erfahrungen der außerparlamentarischen Opposition. Rudi Dutschke resümierte später: «Im Rückblick war das entscheidende Ereignis des Jahres 1968 in Europa nicht Paris, sondern Prag. Damals waren wir unfähig, das zu sehen.»

Die historische Tragik bestand darin: In einer Zeit, in der der Kapitalismus schwächelte, als der weltweite Protest gegen den Vietnamkrieg Millionen Menschen auf die Straße brachte und für eine sozialistische Utopie begeisterte, als die Gewerkschaften in Westeuropa auf dem Zenit ihres politischen Einflusses standen und sich auch die europäische Sozialdemokratie unter Willy Brandt, Bruno Kreisky und Olof Palme zwar langsam, aber doch nach links bewegte, kamen Leonid Breschnew und die anderen osteuropäischen KP-Chefs den «68ern» in Westeuro-

pa politisch nicht einen Millimeter entgegen. Bekannteste Ausnahme für kurze Zeit: die Reformkommunisten der KPČ unter Alexander Dubček. Die Niederschlagung des Prager Frühlings sollte die Linke in Europa nie verwinden.

2. Traditionsbrüche und globale Dimensionen einer Revolte

In historisch fast einzigartiger Form verdichteten sich 1967–69 verschiedene Emanzipationsbewegungen zu einem globalen Aufbruch einer «Neuen Linken». Es waren vor allem drei unterschiedliche Entwicklungen, die in diesen Jahren zusammentrafen und sich gegenseitig beeinflussten: Eine gegen die «fordistische Fabrikgesellschaft» und ihren oft autoritären staatlichen Überbau gerichtete Revolte in den Ländern des kapitalistischen «Westens», der Versuch eines demokratisch-sozialistischen Ausbruches aus den bürokratischen Strukturen der post-stalinistischen Länder Osteuropas und das Erstarren der antikolonialen Befreiungskämpfe in den Ländern des «Südens».

Die Revolte im Westen

Das für den Antikommunismus wesentliche Bild eines freien und demokratischen Westens geriet unter dem Eindruck des brutal geführten Krieges der USA in Vietnam, der Aufstände gegen rassistische Diskriminierung in den USA und dem engen Bündnis westlicher Regierungen mit diktatorischen, zum Teil faschistischen Regimes (in Portugal, Spanien, Griechenland, aber auch Iran u. a.) in die Krise. In der Bundesrepublik kam die oft ungebrochene Kontinuität ehemaliger NS-Funktionsträger im Staatsapparat hinzu.

Die ideologische Krise des Antikommunismus schuf den Raum für die Entstehung einer neuen sozialistischen Linken. Diese verband sich in vielen Ländern mit dem Erstarren der Arbeiterbewegung. Hinzu kam eine oft subkulturell geprägte antiautoritäre Jugendbewegung. Polizeiliche Repression und autoritäre Strukturen in Schule, Universität und Betrieb kollidierten mit neuen Formen jugendlichen Freizeitverhaltens.

Der Aufbruch im Osten

Die zweite Hälfte der 1960er Jahre war in Osteuropa gekennzeichnet durch den Versuch, eine effektive Verbindung von Plan und Markt auf wirtschaftlichem und technologischem Gebiet zu schaffen, um gegenüber dem Westen aufzuholen, nachdem die auf zentraler Planung beruhenden Siebenjahrpläne sämtlich gescheitert waren, am spektakulärsten in der Sowjetunion und der DDR.

Die Reformen der Ulbricht-Ära sahen mehr Rechte für die Gestaltung des Produktionsprogramms durch die Betriebe vor und führten zu einer größeren innerbetrieblichen Mitbestimmung. Ein Wandel, der von den Belegschaften begrüßt wurde und gleichzeitig von offizieller Seite gewünscht war, rechnete man doch mit einer entsprechenden Produktivitätssteigerung.

Mit «Reformen von oben» gelang es der DDR-Führung auch, die aufkeimende Unruhe unter den Studenten zu kanalisieren. Die «von oben» angeschobene dritte Hochschulreform entwickelte eine Eigendynamik: Verkrustete Strukturen wurden aufgebrochen, die Studenten gewannen zum Teil weitreichende demokratische Mitbestimmungsrechte, die allerdings später zum großen Teil wieder zurückgenommen wurden.

In der Tschechoslowakei legte Parteichef Antonín Novotný eine zögerliche Haltung gegenüber der (schrittweisen) Einführung von Reformen an den Tag. Das führte zu seiner von unten erzwungenen Ablösung durch Dubček im Januar 1968, womit der «Prager Frühling» ausgelöst wurde. Hoffnungen auf einen demokratischen Sozialismus, einen «Sozialismus mit menschlichem Antlitz», keimten in der Folge bei vielen Menschen in Osteuropa. Sie hofften, dass den Wirtschaftsreformen auch eine Demokratisierung des Realsozialismus folgen würde.

In der DDR und in Ungarn wurden die Wirtschaftsreformen zügig angegangen. Dies entsprach den Erwartungen der Beschäftigten und aller Veränderung anstrebenden Kräfte. Es gab daher kaum Anlass für einen «Berliner» oder «Budapester Frühling». Die Reformen wurden in der DDR bis Ende 1970 bzw. in Ungarn bis 1974 fortgeführt. Ihr Scheitern dort hatte mit der gewaltsamen Beendigung des «Prager Frühlings» unmittelbar nichts zu tun.

Dessen Niederschlagung zerstörte jedoch nachhaltig Vertrauen, auch in der DDR. Marxistische Oppositionelle wie Robert Havemann oder Rudolf Bahro waren so empört, dass sie in den Westmedien gegen die Parteiführung auftraten. Bahro bezeichnete sein 1977 erschienenenes Hauptwerk «Die Alternative» als «Antwort auf die Panzer von Prag». Auch bei den Christen in der DDR regte sich Protest. Die Kirche Berlin-Brandenburg protestierte im Herbst 1968 gegen den Einmarsch von Truppen der Warschauer Vertragsstaaten in die Tschechoslowakei. In einem Brief an die «böhmischen Brüder», der als Kanzelabkündigung verlesen wurde, hieß es: «Wir leiden mit Euch darunter, dass noch immer militärische Mittel eingesetzt werden, um politische Fragen zu lösen.»

Während in Jugoslawien die «Praxis-Gruppe» nach Verbindungen zum kritischen Marxismus des Westens suchte und auch in Belgrad Studenten die Fakultäten besetzten, blieben in Polen im März 1968 die landesweiten Studentenproteste für Meinungs- und Versammlungsfreiheit und die Wahrung der weiteren Bürgerrechte weitestgehend isoliert. In die aufgeheizte Stimmung mischte sich offener Antisemitismus, der von Teilen der Parteiführung und des Geheimdienstes geschürt wurde. Juden, darunter viele Parteimitglieder und -veteranen, verloren ihre Arbeitsplätze und wurden aus dem Land gedrängt. In den folgenden Jahren verließen etwa 20.000 Polen jüdischer Herkunft ihr Heimatland.

Die antikolonialen Kämpfe

Als im Januar 1968 vietnamesische Befreiungskämpfer US-amerikanische Bodentruppen in Saigon und anderen südvietnamesischen Städten angriffen, wurde der Welt demonstriert: Die größte Supermacht der Welt, die USA, kann herausgefordert werden. Dies inspirierte nicht nur die Anti-Kriegs-Bewegung im Westen. Auch die antikolonialen Kämpfe der «Dritten Welt» erhielten einen neuen Aufschwung, der u. a. in der staatlichen Unabhängigkeit der verbliebenen portugiesischen Kolonien in Afrika in den 1970er Jahren mündete. Die Studentenproteste anlässlich der Olympischen Spiele 1968 in Mexiko, die Entstehung linker Guerilla-Gruppen und der Aufschwung sozialer Bewegungen in Lateinamerika verdeutlichen die globale Dimension der Revolte.

3. 1968 in der Bundesrepublik

«1968» waren in der Gesellschaft der damaligen Bundesrepublik tiefgreifende Traditionsbrüche vorausgegangen, ausgelöst etwa durch die Auschwitzprozesse, die Frauenbewegung und die Heimkampagne der APO (angestoßen durch die Journalistin Ulrike Meinhof), aber auch durch ein neues Denken in der Kirche: Bereits 1965 war es auf dem Evangelischen Kirchentag in Köln zu einem «kleinen Aufruhr» (Die Zeit) gekommen, als Dorothee Sölle in einem Vortrag ein politisches Christentum forderte.

Die Bewegung von 1968 wird in Westdeutschland hauptsächlich als eine Revolte der Studenten wahrgenommen. Tatsächlich prägten diese die Bewegung. Die Demonstrationen aus Anlass der Ermordung Benno Ohnesorgs, der große Vietnam-Kongress des «Sozialistischen Deutschen Studentenbundes» (SDS) und die Proteste gegen die Hetze der Springer-Presse gingen von Studenten aus. Aber auch Schüler, Auszubildende und Gewerkschafter, die sich der politischen Bewegung neu angeschlossen hatten, wurden für ihre Interessen aktiv. Die Lehrlingsbewegung, die «wilden Streiks» von 1969 oder die Welle migrantischer Arbeitskämpfe in den nachfolgenden Jahren wären ohne die Erfahrungen des Jahres 1968 nicht möglich gewesen. In den Protesten gegen die «Notstandsgesetze» fanden Studenten- und Arbeiterbewegung kurzzeitig zusammen.

Die Forderungen, die im Mittelpunkt der 68er-Bewegung standen, waren generationsübergreifend. Es ging um eine demokratische Bildungs- und Hochschulreform, die jedem – ungeachtet seiner sozialen Stellung und Herkunft – alle Bildungswege öffnen und die Mitbestimmung von Lernenden und Studierenden garantieren sollte. Die «68er» forderten mehr Demokratie im Betrieb, in der Wirtschaft und in der Politik. Sie setzten sich für internationale Solidarität ein. Sie waren für Abrüstung und Frieden, für die Ächtung der Atomwaffen, gegen Blockkonfrontation. Sie protestierten gegen die damalige «law and order»-Politik in Form der Notstandsgesetze. Darüber hinaus wurden sie gegen personelle Kontinuitäten ehemaliger Nazis und gegen die NPD aktiv.

Die «68er» haben viel erreicht. Die von oben geplante «Hochschulreform» wurde verhindert und stattdessen die Mitbestimmung der Studenten, der akademischen und sonstigen Mitarbeiter durchgesetzt. Eine «Bildungsexpansion» wurde in Gang gesetzt. Die «68er» erzeugten eine Politisierung, die weit über die Studentenbewegung hinausging und linke Parteien erstarken ließ.

Auch die Debatten um sexuelle Selbstbestimmung erhielten 1968 einen deutlichen Schub.

4. Fünfzig Jahre später

Trotz aller Erfolge der Revolte: Die emanzipatorischen Visionen von 1968, einer freien, demokratischen und sozialistischen Gesellschaft, wurden nicht Realität, viele Errungenschaften der damaligen Zeit wurden wieder zurückgenommen. Marxistische Wissenschaft hat an Hochschulen kaum noch Platz. Betriebliche Demokratie ist auf dem Rückzug. Errungenschaften der Frauenbewegung werden in Frage gestellt. Rechtsextreme und die NS-Zeit verharmlosende Politiker sitzen wieder in Parlamenten. Trotz aller Erfolge der antikolonialen Befreiungskämpfe dauert die Ausbeutung der Länder des Globalen Südens an.

Einige Forderungen der 68er wurden aufgegriffen, aber vor dem Hintergrund der (Teil-) Niederlagen der 1970er Jahre in ihr Gegenteil verkehrt. Aus der Forderung nach einer freien Gestaltung des Lebens ist der Zwang zur Flexibilität geworden. Aus dem Wunsch nach einem selbstbestimmten Leben wurde der Zwang zur Selbstverwertung. In der Alternativkultur entwickelte Formen der Produktion prägen unter umgekehrten Vorzeichen als angeblich «flache Hierarchien» moderne Formen der Ausbeutung.

Der «Marsch durch die Institutionen» einiger «68er» hat diese ebenso von den eigentlichen Zielen der Bewegung entfernt wie diejenigen, die in der Sackgasse des bewaffneten Kampfes der RAF gelandet sind. Ähnliches gilt für die oft dogmatischen und autoritär strukturierten maoistischen Organisationen der 1970er Jahre. Das wesentliche Emanzipationsversprechen von 1968 – ein demokratischer Sozialismus – ist bis heute nicht erfüllt.

Es ist an der LINKEN, die Traditionen des Aufbruchs von 1968 jenseits von Staatssozialismus und Kapitalismus zu verteidigen und aus den Fehlern wie den Erfolgen der Bewegung zu lernen.

Diese Stellungnahme basiert auf einer Ausarbeitung von Marcel Bois und Florian Wilde vom April 2008. Sie wurde in der Historischen Kommission am 24. März 2018 und 5. Mai 2018 erneut diskutiert, von Alexander Amberger, Karsten Kramnitz und Jörg Roesler überarbeitet und ergänzt und am 12. Juni 2018 vom Sprecherrat verabschiedet.

ZUM 100. JAHRESTAG DER GRÜNDUNG DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCH- LANDS

ERKLÄRUNG DER HISTORISCHEN KOMMISSION DER PARTEI DIE LINKE VOM 11. SEPTEMBER 2018

Die Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands am 30. Dezember 1918 im Festsaal des Preußischen Landtags in Berlin war eine folgenreiche Zäsur in der Geschichte der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung. Sie war der Abschluss und Höhepunkt eines fast zwei Jahrzehnte andauernden Prozesses, in dessen Verlauf sich innerhalb der deutschen Sozialdemokratie mehrere, letztlich unvereinbare prinzipielle Richtungen herausgebildet hatten, deren weltanschauliche und politisch-praktische Differenzen die verbliebenen Gemeinsamkeiten dauerhaft überwogen. Vergleichbare Prozesse vollzogen sich zeitgleich auch in den sozialdemokratischen Parteien anderer Länder.⁴³

Die Feststellung Rosa Luxemburgs auf dem Gründungsparteitag der KPD «Wir sind wieder bei Marx, unter seinem Banner»⁴⁴ signalisierte den Anspruch und das Selbstverständnis der neuen Partei, Erbin und Fortsetzerin der revolutionären Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung zu sein, die in ihrem Verständnis von der Sozialdemokratie spätestens mit der Burgfriedenspolitik in den Jahren des Ersten Weltkriegs endgültig aufgegeben worden waren.

Die Gründung der KPD erfolgte auf dem Höhepunkt der Novemberrevolution, in einem Augenblick, als die grundsätzlichen Entscheidungen über Weg und Ziel

⁴³ Insofern wirkten die Spaltung der deutschen Sozialdemokratie als Folge der fortgesetzten Zustimmung zu den Kriegskrediten, aber auch das Beispiel der russischen Oktoberrevolution des Jahres 1917 nur als Katalysatoren. ⁴⁴ Rosa Luxemburg, Über Programm und politische Situation, in: Rosa Luxemburg, Gesammelte Werke, Band 4, Berlin (DDR) 1974, S. 488–513, hier: S. 494.

des großen gesellschaftlichen Umbruchs am Ende des Ersten Weltkriegs bereits gefallen waren. Die neugegründete Partei, die gerade erst begonnen hatte, sich über ihre Programmatik zu verständigen und eine eigene Organisation zu schaffen, war nicht in der Lage, nachhaltigen Einfluss auf die Weiterführung der Novemberrevolution und die Kämpfe zu ihrer Verteidigung zu nehmen.

Bereits die Ablehnung einer Teilnahme an den Wahlen zur Weimarer Nationalversammlung am 19. Januar 1919 – gegen den erklärten Willen von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht – war ein erstes deutliches Zeichen dafür, dass die KPD in ihrer Gesamtheit nicht bereit und in der Lage war, die Errichtung der Weimarer Republik als das wesentliche und wichtigste Ergebnis der Novemberrevolution zu begreifen und zu akzeptieren, das zwar keinen Umsturz der gesellschaftlichen Verhältnisse bedeutete, aber einen Zugewinn an politischen Rechten und Freiheiten brachte, von dem auch die Arbeiterklasse profitierte, als deren Repräsentantin und Interessenvertreterin sich die KPD verstand.

Die Ermordung von Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, Leo Jogiches, Eugen Leviné und anderen herausragenden Persönlichkeiten der KPD im Verlaufe der ersten Monate des Jahres 1919 beraubte die junge Partei jener Kräfte, die durch ihre politische Autorität und ihre intellektuellen Fähigkeiten in der Lage gewesen wären, die notwendigen programmatischen Klärungsprozesse innerhalb der Partei zu organisieren und zu führen. Dennoch gelang es der KPD unter dem maßgeblichen Einfluss von Paul Levi auf ihrem Heidelberger Parteitag im Oktober 1919, «Leitsätze über kommunistische Grundsätze und Taktik»⁴⁵ durchzusetzen, die eine – vorübergehende – Absage an ultralinke Positionen bedeuteten.

So konnte sich die KPD, nach anfänglichem Zögern ihrer Führung, im März 1920 in die Massenkämpfe zur Niederschlagung des Kapp-Putsches und zur Verteidigung der Weimarer Republik einreihen.

Durch den Zusammenschluss mit dem mitgliederstarken linken Flügel der USPD, der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei, im Dezember 1920 wurde die KPD zur Massenpartei. Für einen kurzen historischen Augenblick eröffnete sich die Möglichkeit, die KPD unter der Führung von Paul Levi und Ernst Däumig zu einer linkssozialistischen Partei zu entwickeln, die nicht dem bolschewistischen Parteimodell folgte.

Doch schon die Märzaktion des Jahres 1921, ein bereits vom Ansatz her zum Scheitern verurteilter bewaffneter Aufstandsversuch, der vor allem den innen- und außenpolitischen Interessen Sowjetrusslands dienen sollte, machte deutlich, dass es jenen Kräften innerhalb der KPD, die ein alternatives Politikverständnis, auch und gerade im Verhältnis zur Weimarer Republik, verfochten, zu keinem Zeit-

⁴⁵ Leitsätze über kommunistische Grundsätze und Taktik, Beschluss des 2. Parteitags der KPD, Heidelberg, 21. Oktober 1919, in: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Band 3, Berlin (DDR) 1966, S. 576 ff.

punkt gelang, nachhaltigen Einfluss auf die Geschicke der Partei zu nehmen. Der Parteiausschluss von Paul Levi, dem entschiedensten Gegner des bolschewistischen Parteimodells innerhalb der KPD, im Mai 1921 wurde so zum Menetekel. Entscheidend für das Schicksal der KPD war und blieb ihre Verankerung und Einbindung in die Kommunistische Internationale, die am 5. März 1919 in Moskau gegründet worden war. Rosa Luxemburg hatte vergeblich davor gewarnt, die russische Oktoberrevolution des Jahres 1917 als «erhabenes Muster der sozialistischen Politik» zu betrachten.⁴⁶ Doch unter den gegebenen Bedingungen war es unvermeidlich, dass «Moskau» zum Zentrum und zur unangefochtenen Führungsmacht der internationalen kommunistischen Bewegung wurde, wobei die KPD und ihr Spitzenpersonal gleichermaßen Subjekt wie Objekt des Wirkens der kommunistischen «Weltpartei» waren. Denn hochrangige Funktionäre der KPD nahmen zu jeder Zeit wichtige Positionen in der Führung der Kommunistischen Internationale ein und trugen damit Verantwortung für die Formulierung und Umsetzung der jeweiligen politischen Vorgaben.

Mit der schrittweisen Umwandlung der Kommunistischen Internationale von einem Zusammenschluss kommunistischer Parteien zu einem Instrument der sowjetischen Außen- und Sicherheitspolitik wurde die KPD – die größte und wichtigste Kommunistische Partei außerhalb der Sowjetunion – mehr und mehr zu einem Spielball der Machtkämpfe innerhalb der Führung der Sowjetunion. Sie spiegelte ihrerseits diese Machtkämpfe in innerparteilichen, zum Teil sehr persönlich geführten Auseinandersetzungen wider.

Mit der Bildung von Arbeiterregierungen – Koalitionsregierungen aus Sozialdemokraten und Kommunisten – im Herbst 1923 in Sachsen und Thüringen unternahmen SPD und KPD ernsthafte Schritte zu einer sachpolitisch basierten Annäherung, die in der Perspektive großen Einfluss auf das Verhältnis der beiden Arbeiterparteien und damit das Schicksal der Weimarer Republik hätte haben können. Doch die Arbeiterregierungen scheiterten am gewaltsamen Widerstand der Reichsbehörden, der vom sozialdemokratischen Reichspräsidenten und von der Spitze der SPD nicht nur geduldet, sondern ausdrücklich befördert wurde, und an der Unfähigkeit und Unwilligkeit der Führung der Kommunistischen Internationale und der Führung der KPD, in den Arbeiterregierungen mehr zu sehen als lediglich kurzfristig wirksame Instrumente zur Vorbereitung einer «deutschen Oktoberrevolution».

Der gescheiterte «Deutsche Oktober» 1923 war der letzte Versuch eines bewaffneten Aufstandes zur Übernahme der politischen Macht. Er stürzte die KPD in eine existenzbedrohende Krise, in deren Ergebnis erneut linksradikale Kräfte die Führungspositionen der Partei besetzten. Mit der von Ruth Fischer und Arkadi

⁴⁶ Rosa Luxemburg, Zur russischen Revolution, in: Rosa Luxemburg, a.a.O., S. 332–365, hier: S. 335.

Maslow ab dem Frühjahr 1924 betriebenen «Bolschewisierung» der KPD, die ein zeitweise distanzierendes Verhältnis zur Führung in Moskau nicht ausschloss, die Partei aber wieder in die politische Isolierung trieb, wurden die Reste der innerparteilichen Demokratie endgültig zerstört und jene Mechanismen der innerparteilichen Auseinandersetzung etabliert, mit denen Fischer und Maslow im Sommer 1925 zunächst aus ihren Funktionen und in der Folge aus der Partei selbst «entfernt» wurden.

Auch und gerade unter der Führung von Ernst Thälmann, der im August 1925 auf Drängen der Moskauer Führungsgremien die Spitzenfunktion in der deutschen Partei übernahm, erwies sich die KPD als unfähig, einen Ausweg aus dem selbstverschuldeten Dilemma zu finden, in einer nichtrevolutionären Zeit revolutionäre Politik betreiben zu wollen. Realpolitische Ansätze, wie die Teilnahme am Volksbegehren und am Volksentscheid für die entschädigungslose Enteignung der deutschen Fürstenthümer im Verlaufe des Jahres 1926, blieben die Ausnahme. Die Tatsache, dass die KPD in der zweiten Hälfte der 1920er Jahre zunehmend zu einer Partei der Arbeitslosen wurde, in der Arbeiter, die «in Lohn und Brot» standen, nur eine Minderheit darstellten, beschränkte die Handlungsmöglichkeiten der KPD auch objektiv.

Im Nachgang zum Sechsten Weltkongress der Kommunistischen Internationale im Sommer 1928, der einen erneuten «Linksschwenk» der Sektionen der kommunistischen «Weltpartei» beschlossen und verkündet hatte, und insbesondere im Ergebnis der Wittorf-Affäre im Herbst 1928 wurden die letzten verbliebenen «Parteirechten», unter ihnen die früheren Parteivorsitzenden Heinrich Brandler und August Thalheimer, sowie die «Versöhnler», unter ihnen Ernst Meyer und Arthur Ewert, aus der Partei bzw. ihren Führungspositionen verdrängt oder in anderer Form innerhalb der Partei mundtot gemacht. Spätestens zu diesem Zeitpunkt war die Stalinisierung der KPD unumkehrbar geworden, ein Prozess, für den der Parteivorsitzende Ernst Thälmann auch persönlich Verantwortung trug.

Alle Versuche, außerhalb der KPD Alternativen zu etablieren, scheiterten. Kommunistische Gruppen und Gruppierungen konnten zu keinem Zeitpunkt der Geschichte des deutschen Parteikommunismus massenwirksamen Einfluss gewinnen. Auch die KPD (Opposition), die sich Ende Dezember 1928, genau zehn Jahre nach der Gründung der KPD, konstituierte und sich in klarer Abgrenzung zur bolschewistischen KPD zu linkssozialistischen Positionen bekannte, wurde letztlich zwischen KPD und SPD zerrieben.

Der Kommunistischen Partei Deutschlands gelang es nicht, die umfassende Bedrohung durch den aufkommenden Faschismus rechtzeitig zu erkennen und eine dieser Bedrohung angemessene Politik zu entwickeln. Sie erklärte – in voller Übereinstimmung mit den entsprechenden Positionen der Kommunistischen Internationale – vielmehr die Sozialdemokratie zum «sozialfaschistischen» Hauptfeind, dessen «Vernichtung» als Voraussetzung für den erfolgreichen Kampf

gegen den Faschismus gesehen wurde. Damit machte sie es der traditionell anti-kommunistisch eingestellten rechten Parteiführung der SPD einfach, alle kommunistischen Angebote zu einer Einheitsfront «von unten» zurückzuweisen. (Ob eine antifaschistische Einheitsfront in den Jahren 1932 und 1933 noch in der Lage gewesen wäre, einen Machantritt des Hitlerfaschismus zu verhindern, ist eine andere Frage.⁴⁷)

Erst auf der «Brüsseler Konferenz» im Herbst 1935 in Moskau gelangte die KPD – nicht zuletzt durch die Mitwirkung von Spitzenfunktionären der Kommunistischen Internationale wie Georgi Dimitrow und Palmiro Togliatti (Ercoli) – zu einer in Ansätzen veränderten Sicht auf die eigene Politik der vorangegangenen Jahre. Allerdings war die KPD auch weiterhin nicht bereit, sich von der «Sozialfaschismus»-These zu lösen und sie als grundsätzlich falsch zurückzuweisen.

Mit ihrem Bekenntnis zur antifaschistischen Volksfrontpolitik fand die KPD den einzig gangbaren Weg, den Kampf gegen die Hitler-Diktatur auf breiter Basis zu organisieren. Die fehlende Bereitschaft allerdings, auf eine «führende Rolle» innerhalb einer möglichen Volksfront zu verzichten, und die tiefsitzenden – und durchaus begründeten – Vorbehalte potenzieller Partner, vor allem jedoch die bedingungslose Unterstützung der KPD für die Moskauer Prozesse der Jahre 1936 bis 1938 und den «Großen Terror» in der Sowjetunion entzogen der Volksfrontpolitik die notwendige Basis. Der sogenannte Hitler-Stalin-Pakt vom August und September 1939 versetzte ihr den Todesstoß.

Es gehört zur großen Tragik in der Geschichte der KPD, dass auch zahllose deutsche Kommunisten – Funktionäre und einfache Mitglieder –, die in der Sowjetunion Zuflucht vor der Verfolgung durch das Hitler-Regime gesucht hatten, dem Stalinschen Terror zum Opfer fielen – sie wurden ermordet oder verbrachten Jahre und Jahrzehnte in Gefängnissen und Lagern.

Ein wirklicher Höhepunkt in der Geschichte der KPD war der Kampf Tausender Kommunisten in den Reihen der Internationalen Brigaden, die zur Verteidigung der Spanischen Republik aufgestellt wurden.

Kommunisten standen in den Jahren der Hitler-Diktatur in der ersten Reihe des Widerstandskampfes, oftmals gemeinsam mit Sozialdemokraten und Antifaschisten aus dem bürgerlichen Lager. Die Kommunisten zahlten dafür einen besonders hohen Blutzoll – Zehntausende von ihnen starben in den Konzentrationslagern und Zuchthäusern des Dritten Reiches.

Ihr Opfer gab der KPD nach der Befreiung vom Faschismus im Mai 1945 das moralische Recht, mit eigenen Vorschlägen für die Zukunft Deutschlands hervorzutreten. Mit dem Aufruf vom 11. Juni 1945 konnte die KPD ein überzeugendes

47 Vgl. dazu: Zum 80. Jahrestag der Machtübernahme des Hitlerfaschismus. Erklärung der Historischen Kommission beim Parteivorstand der Partei DIE LINKE, Berlin, 22. Januar 2013.

Konzept für den Wiederaufbau Deutschlands nach den verheerenden Jahren der Hitler-Diktatur vorlegen. Die KPD forderte eine umfassende antifaschistisch-demokratische Neuordnung Deutschlands. Ziel sollte die «Aufrichtung eines antifaschistischen, demokratischen Regimes, einer parlamentarisch-demokratischen Republik mit allen demokratischen Rechten und Freiheiten für das Volk»⁴⁸ sein. In diesem Zusammenhang fand die KPD kurzzeitig zu einem selbstkritischen Blick auf ihre Politik in den Jahren vor 1933.

Mit dem Beginn des Kalten Krieges zwischen den Siegermächten des Zweiten Weltkriegs wurden derartige Ideen und Überlegungen obsolet. Mehr noch, mit der Spaltung Deutschlands und der doppelten Staatsgründung im Jahre 1949 entstanden zwei deutsche Staaten, die über viele Jahrzehnte sehr unterschiedliche, ja diametral entgegengesetzte Entwicklungswege gingen.

In der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands schlossen sich KPD und SPD zur SED zusammen, ein Vorgang, der bis heute – vor allem aus politischen Motiven – umstritten ist.

In den westlichen Besatzungszonen und der späteren (alten) Bundesrepublik konnte sich die KPD zu keinem Zeitpunkt als wichtige politische Kraft etablieren, auch wenn sie Vertreter in die Parlamentarische Versammlung und den ersten Bundestag entsenden konnte. Das Verbot der Kommunistischen Partei Deutschlands durch das Bundesverfassungsgericht im August 1956 ist und bleibt ein untilgbarer Schandfleck in der politischen und Rechtsgeschichte der Bundesrepublik.

In ihrem Erfurter Programm vom Oktober 2011 bekennt sich die Partei DIE LINKE zu ihrer Herkunft und ihren Traditionen auch aus der kommunistischen Bewegung. Dieses Bekenntnis ist unlösbar verbunden mit einer prinzipiellen Absage an den Stalinismus als System.

Diese Erklärung wurde von Ronald Friedmann entworfen, von der Historischen Kommission am 24. März 2018 diskutiert und grundsätzlich bestätigt und am 11. September 2018 vom Sprecherrat der Historischen Kommission in der vorliegenden Fassung beschlossen.

⁴⁸ Aufruf des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei an das deutsche Volk zum Aufbau eines antifaschistisch-demokratischen Deutschlands vom 11. Juni 1945 (www.1000dokumente.de).

AUFLÖSEN ODER ERNEUERN?

ERKLÄRUNG DES SPRECHERRATES DER HISTORISCHEN KOMMISSION BEIM PARTEIVORSTAND DER LINKEN VOM 25. NOVEMBER 2019 ZUM AUSSERORDENTLICHEN PARTEITAG DER SED IM DEZEMBER 1989

Zu den Ereignissen, an die im Zusammenhang mit den Vorgängen vor 30 Jahren zu erinnern ist, zählt zweifelsohne der Außerordentliche Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands im Dezember 1989.

Angesichts sich überschlagender Ereignisse und der tiefen Krise, in der sich die DDR und die Partei selbst befanden, waren einschneidende Entscheidungen unumgänglich. Die über Jahrzehnte «führende» und mit umfassender Macht ausgestattete Parteispitze allerdings lief den Ereignissen bestenfalls hinterher. Die Ablösung und der Austausch von Personen an der Führungsspitze und die kosmetischen Operationen der zurückliegenden Wochen hatten weder die Basis der Partei noch die Bevölkerung der DDR in ihrer Gesamtheit befriedigen können. Ein Außerordentlicher Parteitag mit entsprechenden Befugnissen musste über das Schicksal der Partei und ihren künftigen Weg entscheiden. Die ursprünglich vorgesehene Parteikonferenz hätte das nicht vermocht.

In dieser Situation stand die Forderung nach Auflösung der Partei im Raum. Nicht wenige der verbliebenen Mitglieder und Teile der Delegierten sahen einen solchen Schritt als logische Konsequenz aus dem Versagen bei der Bewältigung der seit Jahren herangereiften gesellschaftlichen Konflikte und dem galoppierenden Vertrauensverlust.

In einer geschlossenen Sitzung in der Nacht vom 8. zum 9. Dezember – ohne Gäste und Medienvertreter – entschieden sich die Delegierten des Außerordentlichen Parteitags gegen die beantragte Selbstauflösung. Es war insbesondere Hans Modrow – erst wenige Tage zuvor in das Amt des Ministerpräsidenten der DDR gewählt –, der die Delegierten beschwor, sich gerade wegen der Krise ihrer Verantwortung zu stellen. Die Delegierten wählten den bis dahin kaum bekannten Gregor Gysi zum Parteivorsitzenden. Ihm wurde spontan ein Besen überreicht.

Die Entscheidung zur Erneuerung der Partei war ein Akt der Selbstermächtigung in einer komplizierten, schwer zu überschauenden Situation. Schon die erstritte-

ne Einberufung des Außerordentlichen Parteitages durch eine von Teilen der Basis gestützte Arbeitsgruppe war ein solcher Schritt.

Die Entscheidung, die Partei nicht aufzulösen, war nur zu rechtfertigen, wenn diese Entscheidung mit dem Willen zu einer grundlegenden strukturellen und programmatischen Erneuerung verbunden werden konnte. Dieser Wille wurde in den Folgesitzungen des Parteitages am 16. und 17. Dezember bekräftigt. Er fand seinen Ausdruck in dem von einer Arbeitsgruppe vorbereiteten und von Michael Schumann vorgetragenen Referat «Zur Krise der Gesellschaft und ihren Ursachen, zur Verantwortung der SED». Die Frage nach den Ursachen der Krise schloss einen selbstkritischen Rückblick auf die eigene Geschichte ein und war zugleich eine Voraussetzung, um nach Wegen zur Überwindung der Krise und nach tragfähigen Visionen für eine zukünftige Gesellschaft zu suchen.

Die Kernaussage des Referats, das von den Delegierten als Arbeitsgrundlage bestätigt wurde, lautete: «Wir brechen unwiderruflich mit dem Stalinismus als System». Das schloss weit mehr ein als die Verurteilung von Personenkult, Terror und Schauprozessen unter Stalin. Dabei hatte es Nikita S. Chruschtschow 1956 in seiner Geheimrede auf dem XX. Parteitag der KPdSU belassen. Es ging auf dem Außerordentlichen Parteitag um die Absage an ein Partei- und Gesellschaftskonstrukt, das sich letztlich als reformunfähig erwiesen und das Ideal des Sozialismus nachhaltig diskreditiert hatte. Die Wirkungen des stalinistischen Parteikonstrukts und des sowjetischen Gesellschaftsmodells blieben keineswegs nur auf die Länder des sowjetischen Einflussbereichs beschränkt.

Zur Stalinismus-Kritik, die der Komplexität der Erscheinung einigermaßen gerecht wird, gehören deshalb:

Die innenpolitische Dimension von Stalinismus, die durch bürokratisch-diktatorische Herrschaftsformen und Strukturen sowie durch repressive Gewalt in unterschiedlichen Nuancierungen gekennzeichnet ist. Der Monopolanspruch der führenden Partei auf allen Ebenen und in allen Bereichen schuf Doppelstrukturen und degradierte Volksvertretungen und staatliche Einrichtungen zu bloßen Werkzeugen.

Die ökonomische Dimension des stalinistischen Gesellschaftsmodells, das faktisch auf Staatseigentum gründet, welches als sozialistisch bzw. volkseigen deklariert wird. Die ökonomische Entwicklung wird durch eine voluntaristische zentrale Steuerung behindert und letztlich gelähmt.

Die ideologische Dimension des Stalinismus, für die eine einengende und dogmatisierende Interpretation des Marxismus typisch ist. Stalinismus verbirgt sein antimarxistisches Wesen hinter formaler marxistischer Bekenntnistreue.

Die parteipolitischen Implikationen des Stalinismus, die einen die innerparteiliche Demokratie aufhebenden Parteityp hervorbringen und zugleich bedingen. Der beschworene demokratische Zentralismus reduzierte sich weitgehend auf Zentralismus, und dieser engte sich wiederum auf die Weisungs- und Entschei-

dungsmacht eines kleinen Führungszirkels ein. Hierarchisch aufgebaute Parteiapparate steuerten die Masse der Mitglieder und die Gesellschaft. Zugleich entwickelten sich selbst unter widrigen Umständen Verantwortungsbewusstsein, Idealismus, Selbstlosigkeit und Leistungsbereitschaft. Dieses Paradox ist mitzudenken, wenn Vorgänge und persönliche Leistungen gerecht beurteilt werden sollen.

Der Außerordentliche Parteitag entschuldigte sich bei den Bürgern der DDR für Machtmissbrauch und Fehlentscheidungen und versprach den Opfern der stalinistischen Repressionen ein bleibendes Gedenken. Ein Versprechen, das weiter eingelöst werden muss.

Zu den zukunftsweisenden und nachhaltig wirkenden Entscheidungen zählte die Orientierung auf einen demokratischen Sozialismus. Das wurde auch im Namen der Partei verankert. Dafür Konzepte zu entwickeln und gesellschaftliche Mehrheiten zu gewinnen, bleibt Aufgabe.

Ohne den vom Außerordentlichen Parteitag 1989 formulierten und von der Basis getragenen Erneuerungsansatz wäre die deutsche Linke Gefahr gelaufen, innerhalb kürzester Zeit in der politischen Bedeutungslosigkeit zu verschwinden. Die keineswegs widerspruchsfreie und von Rückschlägen begleitete Erneuerung der Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) war eine Voraussetzung, dass im Juni 2007 die Fusion mit der Wahlalternative Arbeit & soziale Gerechtigkeit (WASG) zur Partei DIE LINKE möglich wurde.

Eine Erfahrung aus den Vorgängen von vor 30 Jahren und den Entwicklungen der folgenden Jahrzehnte liegt nahe: Die Bundesrepublik Deutschland braucht eine handlungsfähige moderne sozialistische Partei.

GENERALSTREIK FÜR DIE WEIMARER REPUBLIK

ERKLÄRUNG DER HISTORISCHEN KOMMISSION DER PARTEI DIE LINKE VOM 5. FEBRUAR 2020 ZUM 100. JAHRESTAG DER NIEDERWERFUNG DES KAPP-LÜTTWITZ-PUTSCHES IM MÄRZ 1920

In den frühen Morgenstunden des 13. März 1920 besetzte die Marinebrigade Ehrhardt, ein unter dem Kommando des Reichswehrgenerals Walther von Lüttwitz stehendes Freikorps, das Berliner Regierungsviertel. Der vormalige ostpreußische Generallandschaftsdirektor Wolfgang Kapp wurde zum Reichskanzler erklärt, von Lüttwitz ernannte sich selbst zum Reichswehrminister. Als maßgebliche Reichswehrgeneräle sich weigerten, dem Befehl des rechtmäßigen sozialdemokratischen Reichswehrministers Gustav Noske zu folgen, die Putschisten zu entwaffnen und zu verhaften, flüchtete die Reichsregierung aus Berlin, zunächst nach Dresden, dann nach Stuttgart.

Auslöser für den Putsch war eine Entscheidung Noskes vom 29. Februar 1920 gewesen, entsprechend den Festlegungen des Versailler Vertrages die Marinebrigade Ehrhardt und die Marinebrigade von Loewenfeld aufzulösen. General von Lüttwitz, der die beiden Verbände als unverzichtbar für seine Truppe betrachtete, protestierte am 10. März 1920 beim sozialdemokratischen Reichspräsidenten Friedrich Ebert und verlangte ultimativ eine verbindliche Zusage für den Erhalt der beiden Brigaden. Mehr noch: Von Lüttwitz konfrontierte das Staatsoberhaupt mit einer Reihe von politischen Forderungen, die die Weimarer Republik grundsätzlich in Frage stellten. Ebert wies die Forderungen zwar zurück, verzichtete jedoch darauf, den General auf der Stelle zu entlassen und legte ihm lediglich den sofortigen Rücktritt nahe.

In der Nacht vom 12. zum 13. März 1920 marschierten Truppen unter dem Kommando von General von Lüttwitz, dem am Tag zuvor doch noch das Kommando über die beiden Freikorps entzogen worden war, in Richtung Berlin, ohne auf Widerstand zu stoßen. Viele Soldaten und Offiziere hatten sich weiße Hakenkreuze auf die Helme gemalt, als Symbol ihrer «nationalen» und «völkischen» Gesinnung.

Tatsächlich war die Mehrzahl der Putschisten von einem tiefen Hass auf die gerade errichtete Weimarer Republik getrieben, auch wenn nicht alle eine Restauration der Monarchie anstrebten: Ihnen schwebte die Errichtung einer Militärdiktatur vor, die sich auf die etwa 120 Freikorps stützen sollte, die nach dem Ende des Ersten Weltkriegs entstanden waren und in denen Tausende Soldaten und Offiziere, die nur über eine militärische, aber keine zivile Ausbildung verfügten, ihre einzige Perspektive sahen.

Im Ausland wurden die Ereignisse und Entwicklungen in Deutschland mit großer Aufmerksamkeit und einer gewissen Sorge verfolgt. Dabei stand vor allem die Frage im Mittelpunkt, ob die Putschisten eine sofortige Revision des Versailler Vertrages anstreben und dabei auch eine Fortsetzung des Weltkrieges riskieren würden. In der französischen Öffentlichkeit wurde daher sogar die Möglichkeit einer präventiven militärischen Besetzung Deutschlands diskutiert, doch letztlich beschränkte man sich sowohl in Frankreich als auch in Großbritannien und den USA darauf, nachdrücklich vor jedem Versuch zu warnen, den Versailler Vertrag in Frage zu stellen.

In Sowjetrußland berichteten die Parteizeitung «Prawda» und die Regierungszeitung «Iswestija» vor allem auf der Grundlage französischer Korrespondentenberichte ausführlich über den Staatsstreich in Deutschland, enthielten sich dabei aber weitgehend jeder «revolutionären Propaganda».

Bei ihrer Flucht aus Berlin hinterließ die Reichsregierung einen überraschenden Appell, der in offensichtlichem Widerspruch zu ihrer bisherigen Politik stand, bei der sie rücksichtslos gegen die revolutionären Kräfte vorgegangen waren, die die Träger der politischen Veränderungen seit dem November 1918 gewesen waren. Allerdings waren nur die sozialdemokratischen Minister bereit gewesen, diesen Aufruf zu unterzeichnen, die bürgerlichen Minister der sogenannten Weimarer Koalition verweigerten ihre Unterschrift. Sie besiegelten damit de facto das Ende des Regierungsbündnisses, das mit einer kurzen Unterbrechung etwas mehr als ein Jahr, seit der Konstituierung der Nationalversammlung in Weimar im Februar 1919, bestanden hatte.

In dem Aufruf, dem sich wenig später auch der Parteivorstand der SPD anschloss, hieß es: «Arbeiter, Parteigenossen! Der Militärputsch ist da! Die [...] Landsknechte [...] haben den Versuch unternommen, die Republik zu beseitigen und eine diktatorische Regierung zu bilden. Mit Lüttwitz und Kapp an der Spitze! [...] Wir haben die Revolution nicht gemacht, um uns heute wieder einem blutigen Landsknechtereigiment zu unterwerfen. [...] Es geht um alles! Darum sind die schärfsten Abwehrmittel geboten. ... Deshalb legt die Arbeit nieder! Streikt! Schneidet dieser reaktionären Clique die Luft ab. Kämpft mit jedem Mittel um die Erhaltung der Republik! [...] Lahmlegung jeden Wirtschaftslebens! Keine Hand darf sich mehr rühren! Kein Proletarier darf der Militärdiktatur helfen! Generalstreik auf der ganzen Linie! Proletarier, vereinigt Euch! Nieder mit der Gegenrevolution!»⁴⁹

Auch die in Berlin anwesenden Führungsmitglieder der USPD riefen in den frühen Vormittagsstunden des 13. März 1920 zum Generalstreik auf: «Der Putsch der Offiziere und Monarchisten ist zur Wirklichkeit geworden! General Lüttwitz, der Würger der Arbeiterbewegung, ist der militärische Diktator Deutschlands! Die bisherige Regierung ist beseitigt. [...] Es gilt: Kampf für den revolutionären Sozialismus! Gegen die Militärdiktatur! Gegen den weißen Schrecken! Gegen die Wiederherstellung der Monarchie! Tretet in geschlossener und einiger Kampffront in den Generalstreik! Vereinigt Euch zur Verteidigung Eurer Rechte! Nieder mit der Militärdiktatur! Nieder mit der Reaktion der Offiziere und Monarchisten!»⁵⁰

Ein Aufruf zum Generalstreik kam auch von den Gewerkschaften. Unter der Losung «Auf zum Generalstreik! Die deutsche Republik ist in Gefahr» forderten der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund und die Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände einen «gewaltigen und erdrückenden Abwehrkampf der Arbeiterschaft» in ganz Deutschland: «Es gilt, alle Kräfte des Volkes zum Widerstand zusammenzufassen. Das Volk wäre nicht wert der Freiheiten und Rechte, die es sich erkämpft hat, wenn es sie nicht bis zum Äußersten verteidigen würde. Wir fordern daher alle Arbeiter, Angestellten und Beamten zum einmütigen Protest gegen die Gewaltherrschaft auf, überall sofort in den Generalstreik einzutreten.»⁵¹

Die Führung der KPD nahm in der Frage der Verteidigung der Weimarer Republik zunächst eine sektiererische Haltung ein: Aus ihrer Sicht handelte es sich bei dem Putschversuch nur um den Kampf zwischen «zwei gegenrevolutionären Flügeln», verkörpert durch den sozialdemokratischen Reichspräsidenten Ebert auf der einen Seite und die kaisertreuen Putschisten Kapp und Lüttwitz auf der anderen Seite. Eine Beteiligung am Generalstreik lehnte sie daher zunächst als nicht im Interesse der Arbeiter ab. In einer offiziellen Erklärung vom 13. März 1920 hieß es: «Die Ebert-Bauer-Noske sind stumm und widerstandslos in die Grube gefahren. [...] Im Augenblick des Versinkens ruft diese Gesellschaft von Bankrotteuren die Arbeiterschaft zum Generalstreik auf zur «Rettung der Republik». [...] Das revolutionäre Proletariat [...] wird keinen Finger rühren für die in Schmach und Schande untergegangene Regierung der Mörder Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs. [...] Es wird keinen Finger rühren für die demokratische Republik, die nur eine dürftige Maske der Diktatur der Bourgeoisie war.»⁵²

Erst am folgenden Tag, als sich Paul Levi, der sich seit Mitte Januar 1920 in sogenannter Schutzhaft befand, in die Diskussion eingreifen konnte, korrigierte die

49 Aufruf der sozialdemokratischen Mitglieder der Reichsregierung und des Parteivorstandes der SPD vom 13. März 1920, in: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Band 3, Berlin (DDR) 1966, S. 583f. **50** So zitiert in: Dieter Engelmann und Horst Naumann, Zwischen Spaltung und Vereinigung. Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands in den Jahren 1917–1922, Berlin 1993, S. 145. **51** Aus dem Aufruf des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände vom 13. März 1920, in: ebenda, S. 584. **52** Die Rote Fahne, Berlin, 13./14. März 1920.

Partei ihre Position und rief nun gleichfalls zum Generalstreik auf: «Nach kurzem Zögern erhebt sich das Proletariat spontan, zornentbrannt gegen die von einer Handvoll Stahlbehelmer eingesetzte Diktatur der Generale und Junker. [...] Proletarier in Stadt und Land! Unter der Fahne der proletarischen Diktatur, der Herrschaft der Arbeiterräte, sammelt Euch zum Kampf gegen die Militärdiktatur. Zur Eröffnung dieses Kampfes führt der Generalstreik.»⁵³

Eine zentrale Leitung des Generalstreiks gab es nicht und konnte es unter den konkreten politischen, aber auch logistischen Bedingungen nicht geben. Dennoch beteiligten sich in ganz Deutschland etwa 12 Millionen Menschen am Generalstreik. Es handelte sich um den ersten – und bisher einzigen – politischen Massenstreik in der deutschen Geschichte. In gewisser Weise bestätigte der Generalstreik zur Niederwerfung des Kapp-Lüttwitz-Putsches die einschlägigen Überlegungen Rosa Luxemburgs, die sich seit der Russischen Revolution im Jahre 1905 mit der Frage des politischen Massenstreiks befasst hatte. Sie hatte es stets abgelehnt, Massenkämpfe «organisieren» zu wollen, sondern darauf gesetzt, dass die breiten Massen in einer gegebenen politischen Situation, gestützt auf die Erfahrungen früherer Auseinandersetzungen und in Übereinstimmung mit den aktuellen Erfordernissen, sich spontan und massenhaft zum politischen Kampf entscheiden würden. Bereits 1910 hatte sie festgestellt: «Die moderne proletarische Klasse führt ihren Kampf nicht nach irgendeinem fertigen, in einem Buch, in einer Theorie niedergelegten Schema, der moderne Arbeiterkampf ist ein Stück in der Geschichte, ein Stück der Sozialentwicklung, und mitten in der Geschichte, mitten in der Entwicklung, mitten im Kampf lernen wir, wie wir kämpfen müssen.»⁵⁴

Am 17. März 1920 gaben die Putschisten auf. Kapp floh nach Schweden, von Lüttwitz brachte sich wenige Tage später in Österreich in Sicherheit. Allerdings war die deutsche Justiz nicht wirklich an einer ernsthaften Verfolgung der Putschisten interessiert. In den folgenden Monaten und Jahren wurden nur drei Putschisten angeklagt, und nur in einem Fall kam es zu einer Verurteilung: Der kurzzeitige Innenminister Traugott von Jagow wurde zur Mindeststrafe von fünf Jahren Festungshaft verurteilt, der mildesten Form des Freiheitsentzugs.

Mit großer Härte gingen die Gerichte allerdings gegen die Arbeiter vor, die unter dem Einfluss linker Organisationen in verschiedenen Teilen Deutschlands versucht hatten, den Generalstreik in eine neue Revolution überzuleiten: Innerhalb weniger Tage war im Ruhrgebiet unter Führung von KPD und USPD die Rote Ruhrarmee mit zeitweise 50.000 Kämpfern entstanden. In Sachsen war es der

⁵³ Aus dem Aufruf der KPD vom 14. März 1920, in: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, a. a. O., S. 586 f. ⁵⁴ Rosa Luxemburg, Der politische Massenstreik und die Gewerkschaften, Rede in der Generalversammlung der Freien Gewerkschaften in Hagen, 1. Oktober 1910, in: Rosa Luxemburg, Gesammelte Werke, Band 2, Berlin (DDR) 1986, S. 4633–483, hier: S. 465.

legendäre Max Hoelz, der eine Rote Garde aufstellte und besonders im Vogtland im Stil eines modernen Robin Hood operierte.

Die Ereignisse und Entwicklungen in den Wochen nach der Niederwerfung des Kapp-Lüttwitz-Putsches machten aber auch deutlich, dass große Teile der Bevölkerung in Deutschland zwar bereit gewesen waren, sich aktiv an einem politischen Generalstreik zur Verteidigung der Weimarer Republik zu beteiligen, von der sie weiterhin die Verwirklichung ihrer Erwartungen und Wünsche aus den Tagen der Novemberrevolution erhofften. Diese Mehrheit war aber nicht bereit, sich einer neuen – diesmal sozialistischen – Revolution mit ungewissem Ausgang anzuschließen.

Dieses – direkte und indirekte – Bekenntnis breiter Teile der Bevölkerung zur Weimarer Republik hätte für die sozialdemokratisch geführte Reichsregierung Anlass und Ermutigung sein müssen, nunmehr entschlossen gegen die republikfeindlichen Kräfte im Militär, in der Verwaltung und nicht zuletzt in der Justiz vorzugehen. Dass das nicht geschah, trug wesentlich zur fortschreitenden Schwächung der Weimarer Republik bei und führte letztlich zu ihrem schmachvollen Ende.

Die Erfahrungen des massenhaften parteiübergreifenden Handelns kamen beim Volksbegehren und bei der Volksabstimmung über die entschädigungslose Enteignung der vormals regierenden Fürstenthümer im ersten Halbjahr 1926 noch einmal zum Tragen. In der Schlussphase der Weimarer Republik allerdings gab es nicht einmal mehr einen ernsthaften Versuch, die breiten Massen in vergleichbarer Weise zur Verteidigung der Republik und zur Abwehr der drohenden faschistischen Gefahr zu mobilisieren.

Diese Erklärung wurde von Ronald Friedmann erarbeitet, von der Historischen Kommission am 26. Oktober 2019 diskutiert und vom Sprecherrat in der vorliegenden Fassung am 5. Februar 2020 bestätigt.

DIE LINKSPARTEI UND IHRE HISTORIKER

EIN GESPRÄCH MIT JÜRGEN HOFMANN

*Die Historische Kommission beim Parteivorstand der Linken wird 30.
Ein Grund zum Feiern?*

Grund genug für einen respektvollen Rückblick auf drei Jahrzehnte ehrenamtlicher Arbeit und Dank an alle ehemaligen und gegenwärtigen Kommissionsmitglieder. Sie haben diese Arbeit nicht selten unter komplizierten persönlichen Bedingungen geleistet, ohne auf institutionelle und soziale Absicherung zurückgreifen zu können. Einige vom Gründungsteam, wie der Leipziger Historiker Klaus Kinner, sind immer noch an Bord.

Die Feierlaune dürfte nicht nur ob Corona vermiest sein, sondern auch wegen der Entscheidung der Parteivorsitzenden Katja Kipping just am Mittwoch, die Kommissionsmitglieder empörte. Zu Recht?

Eine Bundestagsabgeordnete der CDU hatte in einem Papier der Kommission aus dem Jahre 2013 einen Satz gefunden, der sich nicht mit der seit Jahrzehnten gepflegten pauschalen Bewertung des 17. Juni 1953 deckt. Damit wurde in der Bundestagsdebatte am Mittwoch ein Angriff auf die Partei DIE LINKE und ihre Glaubwürdigkeit geritten. Ein Verfahren, das übrigens nicht neu ist. Aus dieser Situation heraus ließ die Parteivorsitzende das Papier aus dem Internetauftritt der Kommission herausnehmen.

Einfach so gelöscht. Könnte auch als Kotau interpretiert werden. Und erinnert mich an Misstrauen und Gängelei der Wissenschaftler durch die SED-Führung dereinst.

Das war schon noch mal etwas ganz anderes. Das grundsätzliche Problem ist jedoch, dass oft die Unterschiede zwischen den Bedürfnissen und Aufgaben der Wissenschaft und denen der Politik nicht beachtet werden. Bei einer so hochgradig von politischen Deutungsinteressen berührten Wissenschaft wie der Geschichte ist das ein permanentes Konfliktfeld. Die Freiheit der Wissenschaft und

das Bekenntnis zu einem pluralistischen Geschichtsbild müssen aber auch dann Bestand haben, wenn der Wind der Auseinandersetzung schärfer weht.

Befürchten Sie, dass die Historische Kommission der Linken das Schicksal erleiden könnte wie jene der SPD, die 2018 vom Parteivorstand aufgelöst und durch ein verkleinertes «Geschichtsforum» ersetzt wurde, dem ein Mitglied der Parteilührung direkt vorsteht?

Diese Befürchtung teile ich nicht. Gerade weil die Geschichtsdiskussion immer wieder zur politischen Auseinandersetzung genutzt und nicht selten missbraucht wird, benötigt DIE LINKE ein Gremium, in dem Fragen der Bewertung von historischen Ereignissen abseits von Tagesbefindlichkeiten diskutiert werden können. Zudem kann die Linkspartei nicht auf das gleiche Potenzial in den Institutionen zurückgreifen, das den politischen Konkurrenten zur Verfügung steht. Da die Mitglieder der Historischen Kommission vom jeweiligen Parteivorstand berufen werden, ist dieser selbstverständlich in seiner Entscheidung frei.

Zurück den Anfängen: Wie kam es zur Gründung der Historischen Kommission?

Ausgangspunkt war der Auftrag des Außerordentlichen Parteitages der SED/PDS im Dezember 1989, «zur Weiterführung der grundsätzlichen Klärung objektiver Bedingungen und subjektiver Einflüsse bei der Ausbreitung stalinistischer Praktiken in unserer Partei und Gesellschaft eine Geschichtskommission beim Präsidium des Parteivorstandes zu bilden». Ein Aufruf im «Neuen Deutschland» im Januar 1990 stieß auf großes Interesse. Am 23. Juni traf sich die Historische Kommission zu ihrer Gründungssitzung. Bei dieser Gelegenheit wurde noch einmal bekräftigt, kein parteioffizielles Geschichtsbild anzustreben und keine normierten Wertungen vermitteln zu wollen. Die Stellungnahmen der Historischen Kommission sollten vielmehr den Charakter von Diskussionsangeboten haben und der Tatsache Rechnung tragen, dass die Geschichtsdebatte offen sein und offen bleiben muss. Das war eine wesentliche Lehre aus den Erfahrungen des Realsozialismus.

Wäre es übertrieben zu konstatieren, dass ohne die Arbeit der Historischen Kommission, vor allem ihrer kritischen Aufarbeitung des Stalinismus, die PDS die Wirren der – sozialismus- und kommunismusfeindlichen – Zeit, nicht überlebt hätte?

Die kritische und selbstkritische Geschichtsdiskussion war von Anbeginn ein wesentlicher Bestandteil der Erneuerung der Partei. Hier waren sich Kommission und Parteivorstand einig. «Ehrlich zu sich selbst zu sein, seine eigene Geschichte ohne Wenn und Aber zu befragen und allen Angriffen der politischen Gegner zu widerstehen, verlangt ein hohes Maß an Mut und Offenheit. Nur die kritische

Auseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit bewahrt uns davor, dass Fehler wiederholt werden», lautete ein damals abgegebenes Versprechen. Die Auseinandersetzung mit dem Stalinismus und seinem Nachhall steht seitdem immer wieder im Zentrum der Arbeit. Vor allem bis Mitte der 90er Jahre wurde in der sich erneuernden Partei auf Parteitag, in Konferenzen und an der Basis intensiv zur Geschichte des Sozialismusversuchs und seinen Lehren diskutiert. Das war wichtiger Bestandteil des Selbstfindungsprozesses. Nach der Fusion von Linkspartei.PDS und der Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit, WASG, 2007 zur Partei Die Linke wurde entschieden, diese Arbeit fortzusetzen und erneut eine Historische Kommission zu berufen.

Wie steht es um die öffentliche Wahrnehmung und Wirksamkeit der Kommission?

Diese war in zurückliegenden Etappen unterschiedlich. Wie bereits erwähnt, bildete die Geschichtsdebatte in den ersten Jahren der PDS einen zentralen Punkt bei der programmatischen Neuorientierung. Später traten Geschichtsfragen hinter anderen Herausforderungen der globalen Entwicklung und sozialer Konflikte zurück. Außerdem wird die Geschichtsdiskussion in der Gesellschaft stark von der medialen Vermittlung beeinflusst. Das Interesse der Medien an der Historischen Kommission hielt sich jedoch, von den Anfangsjahren abgesehen, in Grenzen. Lediglich von Zeit zu Zeit, wenn Konflikte vermutet werden, flammt es auf. Auch aus den Reihen der Mitglieder und Sympathisanten der Linken blitzt eine öffentliche Wahrnehmung meist dann auf, wenn Einzelne oder Gruppierungen sich in ihrer eigenen Meinung nicht bestätigt fühlen. So war das zum Beispiel bei der Frage, wie mit der Erinnerung an die Opfer stalinistischer Repression umzugehen sei.

Hatten Sie in all den verflissenen Jahren Feedbacks vom jeweiligen Parteivorstand?

Ja. Umfang und Qualität waren aber unterschiedlich ausgeprägt. Sehr produktiv war es immer dann, wenn Vorstandsmitglieder und Mandatsträger mit der Kommission gemeinsam diskutierten. Konferenzen und Veranstaltungen, bei denen sich Politik und Geschichtswissenschaft trafen, waren aus meiner Sicht für beide Seiten bereichernd. Sie sind eine geeignete Form, Verständnis für die Spezifik der Arbeit des jeweils anderen zu fördern. In den ersten Jahren der PDS fand das regelmäßig statt. Später gab es solche Konstellationen nur noch selten. Es wäre gut, wenn der unmittelbare Austausch wieder öfter gepflegt werden könnte. Dass wir uns aus dem Streit um Geschichtsdeutung nicht heraushalten können, dürfte allen klar sein.

Sind Sie zufrieden mit dem Umgang der Linkspartei mit der Geschichte und ihrer eigenen insbesondere?

Ja und nein. Zunächst gilt festzuhalten, dass die selbstkritische Auseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit eine große Herausforderung ist. Sie schließt vor allem für die älteren Mitglieder und Sympathisanten stets die Frage nach der Rechtfertigung eigenen Tuns ein. Und: Keine der in der jüngsten Vergangenheit in der Bundesrepublik aktiven Parteien hat sich so intensiv mit ihrer eigenen Vorgeschichte auseinandergesetzt wie die PDS und Linke. Das wird zwar von den politischen Konkurrenten gern ignoriert, lässt sich aber anhand von Konferenzen, Publikationen und Dokumenten beweisen. Inzwischen sind wir aber in einer Situation, in der alte Diskussionen und Vergewisserung neu angeeignet und fortgeführt werden müssen. Außerdem tauchen neue Fragen auf. Geschichte muss stets neu befragt werden auf ihren Wert für Gegenwart und Zukunft. Schlusspunkte können da nicht gesetzt werden. Dazu gehört auch die Aneignung des jeweils neuen Forschungsstandes. Es währt leider oft relativ lange, ehe der im Allgemeinwissen ankommt.

Und auf Deutschland und die Deutschen ausgeweitet – wie zufrieden sind Sie da?

An einer Bevölkerungsschelte möchte ich mich nicht beteiligen. Die Verantwortung liegt bei den Vermittlern. Dass Schulbildung und politische Bildung Lücken hinterlassen, ist ein offenes Geheimnis. Ein qualifizierter Diskurs in der Gesellschaft ist aber ohne eine gewisse Substanz an Wissen nicht zu haben. Die Diskussion um die DDR-Geschichte zeigt, dass Pauschalurteile nicht geeignet sind, den Nachhall von über vier Jahrzehnten bis in die Gegenwart zu verstehen.

Was vermissen Sie in der Gedenk- und Erinnerungskultur in der Bundesrepublik?

Bezogen auf die Gesellschaft möchte ich zunächst auf die bemerkenswerten Fortschritte in den letzten Jahrzehnten verweisen. Getragen von gesellschaftlichen Initiativen, aber auch gestützt durch politische Mehrheiten, ist die Gedenk- und Erinnerungskultur vielfältiger und differenzierter geworden. Dennoch gibt es noch viele Baustellen. So sind beispielsweise die Leistungen von Frauen nach wie vor unterrepräsentiert. Das Thema koloniale Vergangenheit ist neu auf die Agenda gekommen. Die Arbeiterbewegung, der das heutige Europa so viel zu verdanken hat, ist nach meiner Beobachtung in der Erinnerungspolitik leider wieder etwas in den Hintergrund gerückt. Das Potenzial an Ereignissen aus der unmittelbaren Nachkriegsgeschichte in beiden deutschen Staaten scheint mir noch nicht ausgeschöpft. Und die Einbindung der DDR-Geschichte in die Erinnerungspolitik lässt sehr zu wünschen übrig. Auch bei kritischer Rückschau kann sie nicht nur auf 17. Juni 1953, Mauerbau und Mauerfall reduziert werden. Die Geschichte der DDR gehört zum Erbe der heutigen Bundesrepublik, die sich nicht aus sich selbst heraus erklärt. Dieses Erbe sollte ohne Wenn und Aber angenommen werden.

ANHANG: DIE MITGLIEDER DER HISTORISCHEN KOMMISSION

1990

Die Konstituierung der Historischen Kommission der PDS erfolgte am 23. Juni 1990 in Berlin. Mit Beschluss vom 21. Juli 1990 bestätigte der Parteivorstand die 28 nominierten Mitglieder und berief zwei weitere Mitglieder in die Kommission.

Günter Benser (Berlin)
Ellen Fauser (Halberstadt)
Kurt Finker (Potsdam)
Nora Goldenbogen (Dresden)
Christiane Härtwig (Dresden)
Iris Heß (Erfurt)
Wolfgang Hillger (Magdeburg)
Jürgen Hofmann (Berlin)
Ilka John (Berlin)
Christine Kind (Schwerin)
Klaus Kinner (Leipzig)

Kurt Lau (Wittenberg)
Roland Müller (Mülsen St. Niclas)
Detlef Nakath (Berlin)
Wilfriede Otto (Berlin)
Wolfram Otto (Woldegk)
Michael H. Ragwitz (Mühlhausen)
Joachim Reinholdt (Lengenfeld)
Jörg Roesler (Berlin)
Otto Schneiderei (Stralsund)
Robert Scholz (Berlin-West)
Helga Schultz (Berlin)
Erich Selbmann (Berlin)
Rolf Stöckigt (Berlin)
Karlen Vesper (Berlin)
Rolf Vettermann (Eilenburg)
Günther Wieland (Berlin)
Eberhard Czichon (Berlin)

Hertha Kuhrig (Berlin)
Kurt Libera (Potsdam)

2001

Auf Vorschlag des Sprecherrates berief der Parteivorstand am 2. Juli 2001 die Historische Kommission in neuer Zusammensetzung:

Günter Benser (Berlin)
Helmut Bock (Berlin)
Stefan Bollinger (Berlin)
Jochen Černý (Berlin)
Ludwig Elm (Jena)
Karl-Heinz Gräfe (Freital)
Jürgen Hofmann (Berlin)
Mario Keßler (Berlin)
Klaus Kinner (Leipzig)
Thomas Klein (Berlin)
Siegfried Kuntsche (Uelitz)
Kurt Libera (Potsdam)
Detlef Nakath (Potsdam)
Wilfriede Otto (Berlin)
Jörg Roesler (Berlin)
Carsten Schatz (Berlin)
Volkmar Schöneburg (Potsdam)
Robert Scholz (Berlin)
Sonja Striegnitz (Berlin)
Jochen Traut (Suhl)
Karlen Vesper (Berlin)

Später kooptiert:

Daniela Fuchs (Berlin)
Bernd Hüttner (Bremen)
Annette Neumann (Berlin)

2007

Am 25. August 2007 fasste der Parteivorstand der LINKEN einen Beschluss über die Bildung einer Historischen Kommission und die Berufung ihrer Mitglieder.

Günter Benser (Berlin)
Helmut Bock (Berlin)
Marcel Bois (Hamburg)
Stefan Bollinger (Berlin)
Jochen Černý (Berlin)
Ludwig Elm (Jena)
Daniela Fuchs (Berlin)
Karl-Heinz Gräfe (Freital)
Christian Grages (Hannover)
Hartmut Henicke (Berlin)
Mario Hesselbarth (Erfurt)
Jürgen Hofmann (Berlin)
Lothar Hornbogen (Berlin)
Bernd Hüttner (Bremen)
Mario Keßler (Berlin)
Klaus Kinner (Leipzig)
Thomas Klein (Potsdam)
Jan Korte (Osnabrück)
Siegfried Kuntsche (Uelitz)
Manfred Laueremann (Hannover)
Dominik Rigoll (Berlin)
Jörg Roesler (Berlin)
Anni Seidl (Berlin)
Reiner Tosstorff (Frankfurt/Main)
Karlen Vesper (Berlin)
Florian Wilde (Hamburg)
Sebastian Zehetmair (München/Berlin)

2013

Auf Vorschlag des Sprecherrates berief der Geschäftsführende Parteivorstand am 9. Dezember 2013 weitere Mitglieder in die Historische Kommission:

Cornelia Domaschke (Berlin)
Ronald Friedmann (Berlin)

2017

Auf Vorschlag des Sprecherrates berief der Parteivorstand die Historische Kommission neu und benannte folgende Mitglieder:

Alexander Amberger (Berlin)
Jürgen Angelow (Potsdam)
Marcel Bois (Hamburg)
Stefan Bollinger (Berlin)
Cornelia Domaschke (Berlin)
Ronald Friedmann (Berlin)
Daniela Fuchs (Berlin)
Anke Geissler-Grünberg (Potsdam)
Christian Grages (Hannover)
Mario Hesselbarth (Erfurt)
Jürgen Hofmann (Berlin)
Bernd Hüttner (Bremen)
Mario Keßler (Berlin)
Klaus Kinner (Leipzig)
Thomas Klein (Berlin)
Jan Korte, MdB (Berlin)
Karsten Krampitz (Berlin)
Jörg Roesler (Berlin)
Martin Schirdewan (Brüssel)
Anni Seidl (Berlin)
Jasper Stange (Berlin)
Nelli Tügel (Berlin)
Reiner Tosstorff (Frankfurt/Main)
Karlen Vesper (Berlin)
Florian Wilde (Hamburg/Berlin)
Sebastian Zehetmair (München/Berlin)

2020

Der Parteivorstand berief am 20. August 2020 in die Historische Kommission:

Simone Barrientos, (Ochsenfurt).
Ausgeschieden waren bis zu diesem Zeitpunkt:
Jan Korte und Nelli Tügel.

IMPRESSUM

Herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung

V. i. S. d. P.: Gerd-Rüdiger Stephan

Straße der Pariser Kommune 8A · 10243 Berlin · www.rosalux.de

ISBN 978-3-948250-24-9 · Redaktionsschluss: November 2020

Titelbild: istockphoto/blackred

Layout/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100% Recycling

Am 23. Juni 1990 konstituierte sich inmitten der turbulenten Ereignisse der «Wende» die Historische Kommission beim Vorstand der Partei des Demokratischen Sozialismus. Im August 2007 erfolgte ihre Neuberufung beim Vorstand der Partei DIE LINKE.

Der vorliegende Band gibt einer interessierten Öffentlichkeit inhaltsreiche Materialien und Diskussionsangebote der Kommission aus dreißig Jahren geschichtspolitischer Arbeit an die Hand. Sie eröffnen einen facettenreichen Blick auf die intensiven Diskurse und Auseinandersetzungen in der und um die PDS bzw. Linkspartei im gesellschaftspolitischen Kontext der Entwicklung in Deutschland seit 1990.

